

immigon

**immigon
portfolioabbau ag**

JAHRES FINANZBERICHT 2017

KENNZAHLEN DER immigon portfolioabbau ag

Werte in EUR Mio.	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Bilanz			
Bilanzsumme	1.603	2.355	3.840
Forderungen an Kunden	215	565	1.109
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	46	308	446
Verbriefte Verbindlichkeiten	479	786	1.175
Nachrangkapital	96	169	509
Ergebnisse			
	2017	2016	2015
Zinsüberschuss	14,5	20,0	92,5
Risikovorsorge	-0,8	6,3	-9,3
Provisionsüberschuss	-1,6	-6,6	9,6
Handelsergebnis	2,2	8,3	4,2
Verwaltungsaufwand	-37,9	-51,2	-157,3
Restrukturierungsergebnis	5,2	1,7	-9,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-29,8	-26,6	337,6
Ergebnis Finanzinvestitionen	150,1	-3,9	-65,2
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	-0,3	4,6	12,3
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0,0	0,0	-11,6
Ergebnis vor Steuern	101,7	-47,5	202,8
Ertragsteuern	-10,5	-3,7	-7,2
Ergebnis nach Steuern	91,2	-51,2	195,6
Fremdanteile	0,1	-3,1	0,4
Konzernergebnis	91,3	-54,3	196,1
Ratios¹⁾			
Operative Cost-Income-Ratio	251,0 %	235,4 %	147,9 %
ROE vor Steuern	12,7 %	-6,1 %	30,0 %
ROE nach Steuern	11,4 %	-6,6 %	29,0 %
ROE Konzern	12,3 %	-7,5 %	33,3 %
Ressourcen¹⁾			
	2017	2016	2015
Ø-Anzahl Mitarbeiter	160	235	891
hievon Inland	91	141	664
hievon Ausland	69	94	227
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	141	193	377
hievon Inland	76	111	215
hievon Ausland	65	82	162
Anzahl Vertriebsstellen	0	0	1
hievon Inland	0	0	1
hievon Ausland	0	0	0

1) Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Handelsergebnis im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand. Alle Kennzahlen wurden ohne Berücksichtigung der aufgegebenen Geschäftsbereiche bzw. der Veräußerungsgruppe dargestellt.

INHALT

immigon portfolioabbau ag

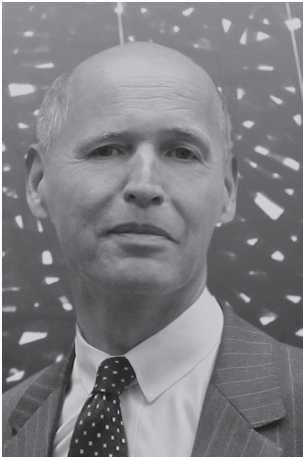
KONZERNLAGEBERICHT

-
- | | |
|---------------------------------------|--|
| 4 Vorwort des Generaldirektors | 20 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage |
| 5 Bericht des Aufsichtsrates | 20 Wirtschaftliches Umfeld 2017 |
| 6 Der Vorstand | 21 Geschäftsausrichtung |
| 8 Corporate Governance-Bericht | 21 Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres |
| 8 Corporate Governance Kodex | 22 Geschäftsverlauf |
| 10 Der Vorstand | 24 Bericht über Zweigniederlassungen |
| 11 Der Aufsichtsrat | 24 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren |
| 14 Vergütungsbericht | 25 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag |
| | 25 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens |
| | 25 Wirtschaftliches Umfeld 2018 |
| | 26 Voraussichtliche Entwicklung |
| | 26 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten |
| | 27 Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile |
| | 27 Bericht über Forschung und Entwicklung |
| | 27 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess |
| | 27 Kontrollumfeld |
| | 28 Risikobeurteilung |
| | 28 Kontrollmaßnahmen |
| | 28 Information und Kommunikation |
| | 29 Überwachung |
-

KONZERNABSCHLUSS**EINZELABSCHLUSS****PERSONEN UND ADRESSEN**

32 Konzerngesamtergebnisrechnung	130 Bilanz zum 31. Dezember 2017	186 immigon portfolioabbau ag
33 Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017	132 Gewinn- und Verlustrechnung	187 Tochtergesellschaften
34 Entwicklung des Konzerneigenkapitals	134 Anhang	188 Impressum
35 Konzerngeldflussrechnung	160 Lagebericht	
36 Inhaltsverzeichnis Notes	176 Bilanzeid	
38 Anhang (Notes) zum Konzernabschluss	177 Bestätigungsvermerk	
122 Bilanzeid		
123 Bestätigungsvermerk		

VORWORT DES GENERALDIREKTORS



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor und
Vorsitzender des Vorstandes

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2017 der immigon stand ganz im Zeichen der Fortsetzung des Abbaus der noch verbliebenen risikotragenden Aktiva und der Reduktion von Verbindlichkeiten bei gleichzeitigem Erhalt bzw. Zuwachs des Eigenkapitals. Darüber hinaus waren die organisatorischen Strukturen an das sinkende Geschäftsvolumen anzupassen und Vorbereitungsmaßnahmen zur Liquidation der Gesellschaft zu ergreifen. All diese Aufgaben konnten erfolgreich bewältigt werden.

Der fokussierte Abbau von Krediten, Immobilien- und Leasingfinanzierungen, Wertpapieren, Beteiligungen und Derivaten führte zu einer weiteren maßgeblichen Reduktion des Bilanzvolumens. In der IFRS-Konzernbilanz betrug der Rückgang 32% auf EUR 1,6 Mrd., die Bilanzsumme im Einzelabschluss der immigon portfolioabbau ag wurde um 28 % auf EUR 1,4 Mrd reduziert.

Aktivseitig besteht der Großteil der Bilanz aus liquiden Mittel. Mehr als zwei Drittel des Vermögens im Konzernabschluss (EUR 1,2 Mrd.) bestehen aus Guthaben bei der Österreichischen Nationalbank. Ein Teil der per Jahresultimo ausgewiesenen Kundenforderungen der immigon portfolioabbau ag wurde bzw. wird bereits im 1. Quartal 2018 zur Zahlung fällig oder besteht aus Forderungen aus bereits beendeten Kreditbeziehungen.

Auf der Passivseite kam es durch planmäßige Tilgungen, vorzeitige Tilgungen im Rahmen von Rückkaufprogrammen sowie aktive Kündigungen von Anleihen zur deutlichen Reduktion des Fremdkapitals.

Deutlich erhöht hat sich dagegen das Eigenkapital. In der Konzernbilanz zeigt sich nach Fremdanteilen ein Eigenkapital in Höhe von EUR 775 Mio. Die immigon portfolioabbau ag weist nach Zubuchung des Jahresüberschusses nun Eigenkapital in Höhe von EUR 674 Mio aus.

Das Jahresergebnis nach Steuern im Konzernabschluss beträgt EUR 91,2 Mio.; in der immigon Einzelbilanz zeigt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 248,5 Mio. Das Ergebnis resultiert primär aus einmaligen Effekten der erfolgreich umgesetzten Abbauschritte, aber auch aus der Anpassung der Strukturen der Gesellschaft sowie aus der Reduktion der Verwaltungsaufwendungen.

Zusätzlich zu den operativen Abbauarbeiten wurde 2017 ein Projekt zur Vorbereitung der Liquidation der Gesellschaft gestartet. Darin werden unter anderem der Rückbau von IT- und organisatorischen Strukturen, die Archivierung von Daten, das Outsourcing von weiterhin notwendigen Leistungen und die Prüfung rechtlicher Aspekte der bevorstehenden Liquidation behandelt.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die immigon ihren Mitte des Jahres 2015 erhaltenen Auftrag zum Abbau von Risiken und Verbindlichkeiten höchst erfolgreich erfüllt hat. In nur 2 ½ Jahren wurden die aus der Vergangenheit übernommenen Risiken auf eine Restgröße von deutlich unter 0,5 Mrd reduziert. Parallel dazu wurden große Teile der Verbindlichkeiten getilgt. Das in dieser Zeit erarbeitete Eigenkapital ermöglicht die Einleitung einer geordneten Liquidation der Gesellschaft.

Im Namen des Vorstands bedanke ich mich für die ausgezeichnete Arbeit, die von allen Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahren geleistet wurde. Viele der Menschen, die zum Abbauerfolg beigetragen haben, sind inzwischen nicht mehr aktiv im Unternehmen tätig, sondern haben die immigon im Zuge der organisatorischen Anpassungen bereits verlassen. Umso höher sind der Einsatz und das Engagement zu bewerten, das unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zuge des Abbaus unter Beweis gestellt haben.

Neben der Veräußerung der restlichen Vermögensteile und der weiteren Reduktion der Verbindlichkeiten werden im laufenden Geschäftsjahr die Vorbereitungsarbeiten auf die Liquidation der immigon im Mittelpunkt stehen. Nach unserer Einschätzung wird die Liquidationsphase nach der Bestellung eines Liquidators im Jahr 2019 beginnen können.

Wien, im April 2018

Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

der immigon portfolioabbau ag gemäß § 96 Aktiengesetz für das Geschäftsjahr 2017

Der Aufsichtsrat der immigon portfolioabbau ag („immigon“) und seine Ausschüsse haben sich im Geschäftsjahr 2017 in Sitzungen sowie über schriftliche Berichte und persönlichen Kontakt vom Vorstand zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen, die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung sowie über die Lage, die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik informiert. Auf dieser Basis konnten die Mitglieder des Aufsichtsrates die ihnen nach Gesetz, Satzung und Corporate Governance-Kodex obliegenden Überwachungsaufgaben umfassend wahrnehmen, sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen und zu den ihnen vorgelegten Anträgen, die gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, Entscheidungen begründet treffen. Themen in den fünf Aufsichtsratssitzungen waren neben den regelmäßigen Berichten gemäß § 81 AktG, den Berichten der Internen Revision und des Risikomanagements insbesondere die Erfüllung des behördlich genehmigten Abbauplans, der Abbau der Assets und der Rückkauf von Verbindlichkeiten, die Liquiditätssituation und Vorbereitung der Liquidation, sowie damit verbundene unternehmensspezifische Themen einer Abbaueinheit gemäß BaSAG (Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken) unter Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Betriebes. Der Aufsichtsrat befasste sich weiters mit den ihm vorgelegten Anträgen, insbesondere zum Verkauf von Beteiligungen, darunter der Verkauf der größten Beteiligung an der Raiffeisen Bank International AG. Die Abbaumaßnahmen führten zu einem erfreulichen Jahresergebnis 2017 und erlauben einen wesentlichen Schritt in Richtung Liquidation der Gesellschaft. Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten über die in den jeweiligen Ausschüssen behandelten Themen.



Mag. Franz Zwickl
Vorsitzender
des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der immigon hatte folgende Ausschüsse gebildet: Prüfungsausschuss und Personalausschuss. Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2017 drei Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wurden neben der Jahresabschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung, insbesondere die Berichte der Internen Revision, das interne Kontrollsystem und das Risikomanagementsystem behandelt. Der Personalausschuss hielt im Jahr 2017 zwei Sitzungen ab, in denen er dem Aufsichtsrat in Anerkennung des erfolgreichen Abbaus die Wiederbestellung von Herrn Dr. Stephan Koren empfahl, bzw den entsprechenden Dienstvertrag abschloss. Der Aufsichtsrat hat auch 2017 eine Effizienzprüfung mittels Selbstevaluierung zur Überprüfung seiner Organisation und Arbeitsweise vorgenommen. Die Auswertung der Selbstevaluierung und Effizienzprüfung wurde von einer externen Stelle durchgeführt. Die Ergebnisse der Selbstevaluierung wurden diskutiert. Der Aufsichtsrat wird die Erkenntnisse aus dieser Selbstevaluierung in seine Tätigkeit im Jahr 2018 einfließen lassen. Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss der immigon zum 31. Dezember 2017 samt Lagebericht und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 samt Konzernlagebericht wurden jeweils von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft („KPMG“) geprüft und – da es keinen Anlass zu Beanstandungen gab – mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Vertreter der KPMG haben in den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrates, in denen die Jahresabschlüsse behandelt wurden, teilgenommen und die Prüfungen erläutert. LeitnerLeitner Audit Partners GmbH Wirtschaftsprüfer hat bestätigt, dass der Corporate Governance Bericht für das Geschäftsjahr 2017 die Offenlegungsverpflichtungen des § 243c UGB sowie des Anhangs 2a des Österreichischen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom Jänner 2018 einhält.

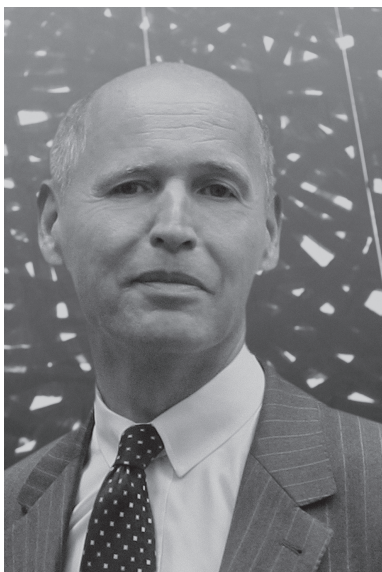
Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zum Jahresabschluss zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss samt Lagebericht sowie den Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und den Corporate Governance-Bericht nach vorheriger Befassung des Prüfungsausschusses gemäß § 96 Abs. 1 Aktiengesetz eingehend geprüft und erörtert. Diese Prüfung durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Der Aufsichtsrat geht auch mit den Ergebnissen der Abschlussprüfung konform. Der Aufsichtsrat billigte daher den Jahresabschluss samt Lagebericht, womit dieser gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt ist. Der Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und der Corporate Governance-Bericht wurden zur Kenntnis genommen. Da im Jahresabschluss kein Bilanzgewinn ausgewiesen ist, entfällt ein Vorschlag für die Gewinnverwendung.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihr persönliches Engagement und den im Jahr 2017 erzielten Erfolg beim Portfolioabbau aus.

Wien, im März 2018
Für den Aufsichtsrat:

Mag. Franz Zwickl, geb. 11.11.1953
Vorsitzender des Aufsichtsrats

DER VORSTAND



Vorsitzender:

Mag. Dr. Stephan Koren

geb. am 14.12.1957,
bestellt seit 03.09.2012 bis längstens 30.06.2019*

Zuständigkeitsbereich:

- Gremialbetreuung und Beteiligungen
- Interne Revision**
- Compliance und Geldwäscheprävention
- Personal
- Legal und Credit Services
- Finanzen
- Treasury
- Organisation / IT / Services

Aufsichtsratsmandate:

- Wüstenrot Wohnungswirtschaft rGmbH, bis 10.05.2017, nunmehr Vorstandsvorsitzender
- BWA Beteiligungs- und Verwaltungs-Aktiengesellschaft, seit 01.06.2017, Vorsitzender
- Bausparkasse Wüstenrot Aktiengesellschaft, seit 01.06.2017, Vorsitzender
- Wüstenrot Versicherungs-Aktiengesellschaft, seit 15.05.2017, Vorsitzender-Stellvertreter
- KA Finanz AG, ab 18.05.2016, Vorsitzender

* Das verlängerte Mandat läuft bis 30.06.2019, längstens jedoch bis zur Hauptversammlung im Jahr 2019, wenn diese die Auflösung der immigon portfolioabbau ag beschließt.

** funktionale Verantwortung Gesamtvorstand

Vorsitzender-Stellvertreter:

Dkfm. Michael Mendel

geb. am 13.06.1957,
bestellt seit 01.01.2009 bis 31.12.2018

Zuständigkeitsbereich:

- Non Core Business
 - Non Core Business Corporate
 - Immobilienfinanzierung
 - Workout Immobilien
- Non Core Beteiligungen
- Risikomanagement



Aufsichtsratsmandate:

- HETA Asset Resolution AG, Vorsitzender
- VB-Leasing International Holding GmbH, Vorsitzender

CORPORATE GOVERNANCE-BERICHT der immigon portfolioabbau ag

gemäß § 243b Unternehmensgesetzbuch sowie Regel 60 und 61 des Österreichischen Corporate Governance Kodex

Corporate Governance Kodex

Der Österreichische Corporate Governance Kodex (im Folgenden auch „ÖCGK“ genannt) stellt österreichischen Aktiengesellschaften einen Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung des Unternehmens zur Verfügung.

Die Regeln des ÖCGK basieren auf den Vorschriften des österreichischen Aktien-, Börse- und Kapitalmarktrechts, den EU-Empfehlungen zu den Aufgaben der Aufsichtsratsmitglieder und zu der Vergütung von Direktoren sowie auf den OECD-Richtlinien für Corporate Governance und gehen über die rein gesetzlichen Anforderungen an Aktiengesellschaften hinaus.

Die im Kodex enthaltenen Regeln sind in

- „L“-Regeln, die auf zwingenden Rechtsvorschriften beruhen,
- „C“-Regeln, bei denen ein Abweichen zulässig, aber zu begründen ist, und
- „R“-Regeln, die Empfehlungscharakter besitzen,

untergliedert.

Für nicht-börsennotierte Gesellschaften wie die immigon portfolioabbau ag (immigon) sind gemäß Präambel des ÖCGK alle nicht zwingend anwendbaren L-Regeln als C-Regeln zu interpretieren.

Geltung erlangt der ÖCGK durch freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen.

Der ÖCGK ist unter www.corporate-governance.at abrufbar.

Bekanntnis zur Einhaltung der ÖCGK-Regeln

Die immigon portfolioabbau ag („immigon“; vormals Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft) verpflichtet sich seit 2013 zur Einhaltung der Regeln des ÖCGK mit dem Ziel, Transparenz über eine verantwortungsvolle, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle gegenüber Aktionären, Kunden, Mitarbeitern und der sonstigen Stakeholder sowie der Öffentlichkeit herzustellen.

Im Jahr 2017 hat die immigon sämtliche L-Regeln und C-Regeln – bis auf die folgenden genannten C-Regeln bzw. als C-Regeln zu interpretierenden L-Regeln – eingehalten, wobei es betreffend der Begründung der Abweichungen zu berücksichtigen gilt, dass die immigon seit 4.7.2015 eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG ist.

Regel 2:

Das Prinzip „One Share - One Vote“ wird, solange die Republik Österreich (Bund) Namensaktien an der Gesellschaft hält, nicht angewendet als dieser das (ausschließlich an die FIMBAG-Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes übertragbare) Recht auf Entsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates (Kapitalvertreter) eingeräumt wird. Im Falle der Übertragung der bisher vom Bund an der Gesellschaft gehaltenen Namensaktien an die FIMBAG geht das diesbezügliche Entsendungsrecht von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf diese über. Sobald die FIMBAG diese an der immigon gehaltenen Namensaktien wieder an die Republik Österreich (Bund) rückübertragen sollte, wird auch das ihr eingeräumte Recht auf Entsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf die Republik Österreich (Bund) (rück)übertragen.

Regel 27:

Im Hinblick auf die strategische Ausrichtung „Abbau“ wurde von der Gesellschaft beschlossen, dass die Kriterien der Regel 27 hinsichtlich der variablen Vergütungsbestandteile des Vorstandes bei allen Vorstandsmitgliedern der immigon nicht angewendet werden.

Regel 65:

Die immigon ist eine Abbaugesellschaft iS des § 162 BaSAG und tätigt den Abbau entlang eines behördlich genehmigten und veröffentlichten Abbauplanes. Oberstes Gebot für einen erfolgreichen Abbau und auch für eine Prüfung der Geschäftstätigkeit durch den Rechnungshof ist Effizienz, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. In diesem Sinne und aufgrund des geringen Mehrwertes an Information aus den Zwischenberichten hat die Gesellschaft beschlossen, keine Zwischenberichte zu veröffentlichen.

Regel 68:

Die Regel 68 richtet sich inhaltlich an börsennotierte Gesellschaften (dh, mit Aktien, die zum Handel an einer Börse zugelassen sind). Nach vollständigem Rückzug der immigon-Schuldverschreibungen von der Wiener Börse hat die weitere Veröffentlichung der Jahresfinanzberichte und Halbjahresbericht in englischer Sprache weder für die immigon noch für die Anleger einen erkennbaren Nutzen.

Regel 83:

Die Gesellschaft hat beschlossen, 2016 und in den Folgejahren keine externe Prüfung durchführen zu lassen. Die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems der Abbaugesellschaft für das Geschäftsjahr 2015 wurde extern geprüft und im März 2016 dem Aufsichtsrat darüber berichtet. Diese Prüfung führte zu keinen Feststellungen oder Empfehlungen. Die wesentlichen Risiken einer Abbaugesellschaft mit eingeschränkter Geschäftstätigkeit ergeben sich aus der Umsetzung des Abbauplanes. In diesem sind Risikomanagementmaßnahmen darzulegen, wobei als wesentliche Risiken insbesondere das Kreditrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko zu berücksichtigen sind. Die Risikolage bleibt, mit Ausnahme der Effekte aus der Verringerung des Geschäftsvolumens entsprechend dem Abbauauftrag im Wesentlichen unverändert. Der Vorstand setzt sich regelmäßig über Risikomanagementberichte mit den wesentlichen Risikofeldern detailliert auseinander. Der Aufsichtsrat verschafft sich durch die quartalsweisen Berichte ein ausreichendes Bild über die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements. Die Abschlussprüfung und die Prüfungen durch die interne Revision gehen in angemessener Weise auf die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems ein.

INFORMATIONEN ZUM VORSTAND

Zusammensetzung des Vorstands sowie Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen der Vorstandsmitglieder in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften (C-Regel 16 ÖCGK)

Vorstandsmitglied	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode	Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften
Dr. Stephan Koren Vorsitzender geb. 14.12.1957	03.09.2012	30.06.2019 ¹⁾	<ul style="list-style-type: none"> – Wüstenrot Wohnungswirtschaft rGmbH, bis 10.05.2017 – BWA Beteiligungs- und Verwaltungs-Aktiengesellschaft, seit 01.06.2017, Vorsitzender – Bausparkasse Wüstenrot Aktiengesellschaft, seit 01.06.2017, Vorsitzender – Wüstenrot Versicherungs-Aktiengesellschaft, seit 15.05.2017, Vorsitzender-Stellvertreter – KA Finanz AG, ab 18.05.2016, Vorsitzender
Dkfm. Michael Mendel Stv. Vorsitzender geb. 13.06.1957	01.01.2009	31.12.2018	<ul style="list-style-type: none"> – HETA Asset Resolution AG, Vorsitzender

Arbeitsweise des Vorstands

Die Zusammenarbeit der Mitglieder des Vorstands ist in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Die vom Gesamtvorstand beschlossene Geschäftsverteilung wird vom Aufsichtsrat genehmigt. Die Geschäftsordnung regelt die Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen der Vorstandsmitglieder untereinander und in einem Zustimmungskatalog die Angelegenheiten, die der Genehmigung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

Die Vorstandsmitglieder haben beim Portfolioabbau ehrlich, redlich und professionell im Interesse einer bestmöglichen Vermögensverwertung vorzugehen. Interessenkonflikte im Rahmen der Maßnahmen der Geschäftsführung sind zu vermeiden. Ist ein Interessenkonflikt unvermeidbar, ist dies unverzüglich an den Aufsichtsrat zu berichten. Eine Maßnahme der Geschäftsführung, die mit einem Interessenkonflikt behaftet ist, darf nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats erfolgen.

Die Vorstandssitzungen, in welchen die Mitglieder des Vorstands über den aktuellen Geschäftsverlauf berichten, Beschlüsse fassen und unternehmensstrategische Entscheidungen treffen, finden regelmäßig (wöchentlich) statt. Darüber hinaus erfolgt auch außerhalb der Vorstandssitzungen ein kontinuierlicher Informationsaustausch über relevante Geschehnisse zwischen den Vorstandsmitgliedern.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements im Konzern. Darüber hinaus hält der Vorsitzende des Aufsichtsrates regelmäßig Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden und diskutiert mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens.

Kompetenzverteilung im Vorstand

(C-Regel 16 ÖCGK)

Dr. Stephan Koren

Vorstandsvorsitzender

- Gremialbetreuung und Beteiligungen
- Interne Revision²⁾
- Compliance und Geldwäscheprävention
- Personal
- Legal und Credit Services
- Finanzen
- Treasury
- Organisation / IT / Services

Dkfm. Michael Mendel

stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

- Non Core Business
 - Non Core Business Corporate
 - Immobilienfinanzierung
 - Workout Immobilien
- Non Core Beteiligungen
- Risikomanagement

¹⁾Das verlängerte Mandat läuft bis 30.06.2019, längstens jedoch bis zur Hauptversammlung im Jahr 2019, wenn diese die Auflösung der immigon beschließt.

²⁾funktionale Verantwortung Gesamtvorstand

INFORMATIONEN ZUM AUFSICHTSRAT

Zusammensetzung des Aufsichtsrats sowie andere Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen der Aufsichtsratsmitglieder in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften (C-Regel 58 ÖCGK)

Während des Geschäftsjahres waren folgende Personen Mitglieder des Aufsichtsrates:

Aufsichtsratsmitglied	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode	Funktion	Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften
Mag. Franz Zwickl geb. 11.11.1953	25.08.2015	b.a.w. (entsandt)	Vorsitzender	keine
Mag. Birgit Noggl geb. 10.09.1974	01.06.2016	b.a.w. (entsandt)	Stellvertreterin des Vorsitzenden	Raiffeisen Bank International AG, seit 22.06.2017
Dr. Martha Oberndorfer, CFA, MBA geb. 09.05.1962	25.08.2015	b.a.w. (entsandt)	Mitglied	keine
Edwin Reiter geb. 06.05.1962	24.05.2006	HV 2022	Mitglied	keine
Vom Betriebsrat delegiert:				
DI Wolfgang Agler geb. 11.05.1957	24.09.2015	b.a.w.	Mitglied	keine
Sabine Römer geb. 27.03.1966	24.09.2015	b.a.w.	Mitglied	keine

Kein Aufsichtsratsmitglied gehört dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft an.

Mitgliedschaft in den Ausschüssen des Aufsichtsrats inkl. Angabe der (stellvertretenden) Vorsitzenden (C-Regel 39 ÖCGK)

Name	Prüfungsausschuss ¹⁾	Personalausschuss
Mag. Franz Zwickl	Mitglied	Vorsitzender
Mag. Birgit Noggl	Vorsitzende	Stellvertreterin des Vorsitzenden
Dr. Martha Oberndorfer, CFA, MBA	Vorsitzende-Stellvertreterin	–
Edwin Reiter	Mitglied	–
DI Wolfgang Agler	Mitglied	–
Sabine Römer	Mitglied	–

¹⁾ Alle Aufsichtsratsmitglieder gehören auch dem Prüfungsausschuss an.

Unabhängigkeit des Aufsichtsrats

(C-Regel 53 ÖCGK)

Im Zuge der Einführung des ÖCGK hat der Aufsichtsrat der immigon Kriterien für die Unabhängigkeit seiner Mitglieder in Anlehnung an Anhang 1 des ÖCGK festgelegt:

Leitlinien für die Unabhängigkeit

Ein Aufsichtsratsmitglied ist als unabhängig anzusehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen materiellen Interessenkonflikt begründet und daher geeignet ist, das Verhalten des Mitglieds zu beeinflussen.

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zu der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im letzten Jahr unterhalten haben. Dies gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den letzten drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft oder Beteiligter oder Angestellter der prüfenden Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht länger als 15 Jahre dem Aufsichtsrat angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkte Nachkommen, Ehegatten, Lebensgefährten, Eltern, Onkeln, Tanten, Geschwister, Nichten, Neffen) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Darstellung, welche Mitglieder als unabhängig anzusehen sind

(C-Regel 53 ÖCGK)

Auf der Grundlage der oben genannten Kriterien haben sämtliche gewählte bzw. von einem Aktionär entsandte Mitglieder des Aufsichtsrates ihre Unabhängigkeit erklärt.

Information zur Selbstevaluierung des Aufsichtsrates

(C-Regel 36 ÖCGK)

Der Aufsichtsrat hat im November 2017 mit externer Begleitung durch die LeitnerLeitner Audit Partners GmbH Wirtschaftsprüfer die Effizienz seiner Tätigkeit, insbesondere seine Organisation und Arbeitsweise, evaluiert und das Ergebnis dieser Selbstevaluierung in seiner Sitzung am 20.12.2017 behandelt. Der Aufsichtsrat wird die Erkenntnisse aus dieser Selbstevaluierung in seine Tätigkeit im Jahr 2018 einfließen lassen.

Arbeitsweise und Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2017 und Bericht über seine Tätigkeit (C-Regel 36 ÖCGK)

Der **Aufsichtsrat** hat seine Tätigkeit nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung auszuüben. Er hat die Aufgabe, die Tätigkeit des Vorstands zu überwachen, insbesondere, ob durch die Tätigkeit des Vorstands der Gesellschaftszweck, die Vermögenswerte mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen, (Portfolioabbau) verwirklicht wird.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2017 fünf Sitzungen abgehalten. Ein Mitglied blieb einer Sitzung fern.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung und die Lage des Unternehmens, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements informiert. Der Aufsichtsrat hat sich in den Sitzungen sowie im Rahmen

seiner Ausschüsse mit den mündlich und schriftlich erstatteten Berichten des Vorstands befasst. Aufgrund der erhaltenen Informationen konnte der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrnehmen und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen.

Themen in den fünf Aufsichtsratssitzungen waren neben den regelmäßigen Berichten gemäß § 81 AktG, den Berichten der Internen Revision und des Risikomanagements insbesondere die Erfüllung des behördlich genehmigten Abbauplans, der Abbau der Assets und der Rückkauf von Verbindlichkeiten, die Rückgabe der Ausfallsbürgschaft der Republik Österreich, die Liquiditätssituation und Vorbereitung der Liquidation, sowie damit verbundene unternehmensspezifische Themen einer Abbaueinheit gemäß BaSAG (Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken) unter Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Betriebs. Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten über die in den jeweiligen Ausschüssen behandelten Themen. Der Aufsichtsrat fasste drei Umlaufbeschlüsse. Zwei betrafen die Zustimmung zu Beteiligungsverkäufen, der dritte die externe Unterstützung zur Selbstevaluierung des Aufsichtsrates.

Anzahl und Art der eingerichteten Ausschüsse und deren Entscheidungsbefugnisse (C-Regel 34 ÖCGK)
sowie Anzahl der Sitzungen der Ausschüsse im Geschäftsjahr 2017 und Bericht über ihre Tätigkeit (C-Regel 39 ÖCGK)

Der Aufsichtsrat hatte zwei Ausschüsse gebildet: den Prüfungsausschuss und den Personalausschuss. Den Ausschüssen kommt innerhalb ihres zugewiesenen Kompetenzbereiches jeweils Entscheidungsbefugnis zu.

Der **Prüfungsausschuss** ist zuständig für

- a) die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses sowie die Erteilung von Empfehlungen oder Vorschlägen zur Gewährleistung seiner Zuverlässigkeit;
- b) die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems;
- c) die Überwachung der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung unter Einbeziehung von Erkenntnissen und Schlussfolgerungen in Berichten, die von der Abschlussprüferaufsichtsbehörde veröffentlicht werden;
- d) die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers), insbesondere im Hinblick auf die für die Gesellschaft bzw. ihren Konzern erbrachten zusätzlichen Leistungen;
- e) die Erstattung des Berichtes über das Ergebnis der Abschlussprüfung an den Aufsichtsrat und die Darlegung, wie die Abschlussprüfung zur Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung beigetragen hat, sowie die Rolle des Prüfungsausschusses dabei;
- f) die Prüfung des Jahresabschlusses und die Vorbereitung seiner Feststellung, die Prüfung des Vorschlags für die Gewinnverteilung, des Lageberichts und des Corporate Governance-Berichts sowie die Erstattung des Berichtes über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat;
- g) gegebenenfalls die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts, des konsolidierten Corporate Governance-Berichtes sowie die Erstattung des Berichtes über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat;
- h) die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers) unter Bedachtnahme auf die Angemessenheit des Honorars sowie die Empfehlung für seine Bestellung an den Aufsichtsrat;
- i) Genehmigung von Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers;
- j) Vorbereitung aller im Aufsichtsrat zu behandelnden Controlling- und Budgetierungsthemen

und erörterte diese Belange im Jahr 2017 in drei Sitzungen und fasste die erforderlichen Beschlüsse.

Der **Personalausschuss** ist für die Behandlung aller Personalbelange der Vorstandsmitglieder in gesellschaftsrechtlicher und dienstrechtlicher Hinsicht sowie für die Entscheidung über die Entlohnung der Vorstandsmitglieder und über das diesbezügliche Prämiensystem zuständig. Der Personalausschuss befasste sich in zwei Sitzungen im Jahr 2017 mit einer Besetzungsempfehlung für ein Vorstandsmandat sowie dem Abschluss eines Dienstvertrages. Weiters fasste der Personalausschuss einen schriftlichen Beschluss, mit welchem das Protokoll einer Sitzung genehmigt wurde.

Zu Informationen über Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wird auch auf den Bericht des Aufsichtsrates verwiesen.

Bekanntnis zur Förderung von Frauen in Organ- und Leitungsfunktionen

Im Hinblick auf die Abwicklung der immigon innerhalb der nächsten Jahre wird Personal entsprechend den Fortschritten des Portfolioabbaus ausschließlich reduziert, sodass sich die Festlegung bzw Weiterverfolgung einer zukünftig zu erreichenden Quote für das unterrepräsentierte Geschlecht im Vorstand, im Aufsichtsrat und den sonstigen Führungsebenen erübrigt.

Die Anzahl der weiblichen Aufsichtsräte zum 31.12.2017 beträgt 50%. Die Relation im Vorstand blieb konstant (100% männlich).

Auf der ersten und zweiten Berichtsebene (Bereichs- und Stabstellenleitungen und Abteilungsleitungen) ist der weibliche Führungskräfteanteil im Jahr 2017 auf 36% angestiegen.

Bekanntnis zur Bekämpfung von Korruption

Der Vorstand der immigon bekennt sich ausdrücklich zum Kampf gegen korrupte Handlungen und berichtet dem Aufsichtsrat jährlich über Vorkehrungen der immigon zur Bekämpfung von Korruption im Unternehmen. Aufgrund der festgestellten Prüfkompetenz des Rechnungshofes wurde im März 2016 für die immigon und Konzerngesellschaften eine Arbeitsrichtlinie "Verhaltenskodex der immigon" in Kraft gesetzt. Darin behandelte Themen sind u.a. Prüfständigkeit des Rechnungshofes, Amtsträgereigenschaft der Mitarbeiter und Organe, Korruptionsprävention, Anti-Korruptionsbestimmungen, Gewährung und Annahme von Zuwendungen, Interessenkonflikte, Nebenbeschäftigungen, Umgang mit Lieferanten, Dienstleistern und Werkvertragspartnern als Geschäftspartner. Die Mitarbeiter wurden hierzu auch im Jahr 2017 entsprechend geschult. Zur Abklärung von Zweifelsfragen bzw bei Grenzfällen (Prävention) steht das Compliance Office der immigon den Mitarbeitern zur Verfügung. In der VB Leasing Gruppe wurde im Juni 2016 eine eigene, den Erfordernissen angepasste, Arbeitsrichtlinie "Verhaltenskodex der VB LI" implementiert, die auch für die Tochtergesellschaften in Slowenien, Kroatien, Bosnien und Serbien gilt. In der immigon ist ein strukturiertes und umfassendes Internes Kontrollsystem implementiert. Das seit Februar 2014 implementierte Whistleblowing-System steht allen Mitarbeitern der immigon weiterhin zur Verfügung. Hierbei haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, über eine Internetplattform rechtlich relevante Auffälligkeiten (zB korrupte oder betrügerische Handlungen) anonym einzumelden.

Offenlegung von Informationen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vergütung der Vorstandsmitglieder

(C-Regel 30 und 31 ÖCGK)

Bezüge für das Geschäftsjahr 2017 in EUR:

	Fixe Bezüge	Sonstige Bezüge	Variable Bezüge	Gesamtbezüge
Dr. Stephan Koren	549.999,94	63.591,96	0	613.591,90
Dkfm. Michael Mendel	475.000,12	127.016,25	0	602.016,37

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen.

In der Position „Sonstige Bezüge“ sind Pensionskassenbeiträge bzw. Rentenversicherungsbeiträge, Beiträge zur Vorsorgekasse (Abfertigung Neu) und div. Sachbezüge enthalten.

Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der immigon.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“. Bei Dkfm. Mendel wurde aus den Altverträgen die Regelung übernommen, dass bei Beendigung in definierten Fällen (Krankheit, Tod bzw bei Nichtverlängerung) eine freiwillige Abfertigung in der Höhe von 3 Monatsbruttogehältern gebührt. Die Verpflichtungen und Vorgaben der Regel 27a des Corporate Governance Kodex sowie die Anlage zu § 39b BWG werden eingehalten. Die Vorstandsverträge enthalten für den Fall der Abberufung der Organstellung als Vorstand nach Aktiengesetz Koppelungsklauseln für die schuldrechtliche Beendigung des Vertrages.

Veröffentlichung der im Geschäftsjahr 2017 gewährten Vergütungen für jedes Aufsichtsratsmitglied einzeln in EUR

(C-Regel 51 ÖCGK)

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung am 24.05.2006 wurde für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ein Gesamtbetrag von EUR 101.000,- (exkl. Sitzungs- und Taggeld) festgelegt. Dieser Betrag wurde seitdem – auch in Berücksichtigung der Restrukturierung der immigon – nicht mehr erhöht.

Das Vergütungsschema für den Aufsichtsrat gestaltet sich wie folgt:

Vorsitzender	EUR 25.000,-
Stellvertretende Vorsitzende	EUR 12.500,-
Ausschussvorsitzende	EUR 7.000,-
Einfache Mitglieder	EUR 6.000,-

Die Vergütungen werden an die Aufsichtsratsmitglieder jeweils nach der ordentlichen Hauptversammlung rückwirkend für das vorige Geschäftsjahr (aliquotiert nach Mandatsdauer) ausbezahlt.

Für das Jahr 2017 fallen für die Aufsichtsratsmitglieder folgende Sitzungs- und Tagelder sowie Vergütungen an:

	Sitzungs- und Taggeld ¹⁾	AR-Vergütung 2017 ²⁾	Gesamtsumme
Zwickl	901,12	25.000,00	25.901,12
Noggler	901,12	12.500,00	13.401,12
Oberndorfer	726,71	6.000,00	6.726,71
Reiter	726,71	6.000,00	6.726,71
DI Wolfgang Agler	–	–	–
Sabine Römer	–	–	–
Summe	3.255,66	49.500,00	52.755,66

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates sind grundsätzlich keine Stock-Option-Pläne vorgesehen.

D&O-Versicherung

Es wird auf das Bestehen einer derartigen Versicherung für Vorstand, Geschäftsführer, Aufsichtsrat und leitende Angestellte der immigon sowie der Tochtergesellschaften, an denen die immigon direkt oder indirekt die Mehrheit der Kapitalanteile hält oder bei denen der immigon direkt oder indirekt die Leitung oder Kontrolle zusteht, hingewiesen. Die Kosten werden von der immigon getragen.

Bericht über externe Evaluierung

Die Überprüfung der Umsetzung und Einhaltung der einzelnen Regelungen des Kodex wird regelmäßig, mindestens alle drei Jahre, durch eine externe Institution vorgenommen.

Diese Evaluierung wurde zuletzt für das Geschäftsjahr 2016 von LeitnerLeitner Audit Partners GmbH Wirtschaftsprüfer durchgeführt.

¹⁾ Sitzungs- und Tagelder wurden 2017 ausbezahlt.

²⁾ Die AR-Vergütung für das Geschäftsjahr 2017 wird nach der ordentlichen Hauptversammlung 2018 ausbezahlt.

Bericht über externe Evaluierung

Es gab keine Veränderungen von berichtspflichtigen Sachverhalten zwischen dem Abschlussstichtag und dem Zeitpunkt der Aufstellung des Corporate Governance Berichtes.

Wien, im März 2018

Der Vorstand



Dr. Stephan Koren
Vorsitzender



Dkfm. Michael Mendel
Stv. Vorsitzender



KONZERNLAGEBERICHT

-
- 20** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 20** Wirtschaftliches Umfeld 2017
 - 21** Geschäftsausrichtung
 - 21** Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 22** Geschäftsverlauf
 - 24** Bericht über Zweigniederlassungen
 - 24** Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 25** Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

 - 25** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 25** Wirtschaftliches Umfeld 2018
 - 26** Voraussichtliche Entwicklung
 - 26** Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
 - 27** Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile

 - 27** Bericht über Forschung und Entwicklung

 - 27** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess
 - 27** Kontrollumfeld
 - 28** Risikobeurteilung
 - 28** Kontrollmaßnahmen
 - 28** Information und Kommunikation
 - 29** Überwachung
-

KONZERNLAGEBERICHT

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Wirtschaftliches Umfeld 2017

Die Vermögenswerte der immigon Gruppe bestehen im Wesentlichen in Veranlagungen in den folgend angeführten Ländern. Die allgemeine Markt-, Wirtschafts- und Zinsentwicklung in diesen Ländern hat einen Einfluss auf die Wertentwicklung und Veräußerbarkeit dieser Vermögenswerte und damit auch auf die Abbauziele.

Das Bruttoinlandsprodukt in **Österreich** ist laut Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vom Dezember im Jahr 2017 um 3,0% gewachsen. Dies stellt eine spürbare Zunahme der Dynamik gegenüber dem Jahr 2016 dar, in dem das Wachstum nur 1,5% betragen hatte. Die Wirtschaft Österreichs hat damit im vergangenen Jahr deutlich stärker zugelegt als die der Eurozone, die laut Schätzungen der Europäischen Zentralbank um 2,4% gewachsen ist. Das Wachstum in Österreich beruhte sowohl auf erhöhter Binnennachfrage als auch auf verstärkter Exportnachfrage.

Vor dem Hintergrund dieser Wachstumsbeschleunigung ist die österreichische Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr leicht gesunken: Sie fiel von 5,7% zu Beginn des Jahres auf 5,4% im November. In der Eurozone war der Abwärtstrend noch deutlicher: Von wesentlich höheren Werten ausgehend fiel die Arbeitslosenrate von 9,6% zu Jahresbeginn auf 8,7% im November. Laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich in den ersten elf Monaten des Jahres zwischen 2,0% und 2,5%. Österreich gehörte damit, wie schon in den Jahren davor, zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone. Im gemeinsamen Währungsraum lag die Teuerungsrate im vergangenen Jahr zwischen 1,3% und 2,0%.

Die Geldpolitik in der **Eurozone** blieb auch im vergangenen Jahr sehr expansiv. Die Europäische Zentralbank beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0,00%, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und Einlagensatz bei -0,40%. Im März entschied die Europäische Zentralbank EZB aber, ihre monatlichen Wertpapierkäufe von EUR 80 Mrd. auf EUR 60 Mrd. zu senken. Im Oktober erklärte sie, die Nettokäufe ab Jänner 2018 im verminderten Umfang von monatlich EUR 30 Mrd. zumindest bis September 2018 weiterzuführen.

Die Geldmarktzinsen blieben das gesamte vergangene Jahr fast unverändert niedrig. Der Dreimonatssatz begann das Jahr mit -0,32% und beendete es mit -0,33%. Die Renditen am Kapitalmarkt haben im vergangenen Jahr hingegen geringfügig angezogen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in Österreich stieg 2017 von 0,43% auf 0,59% an. In Deutschland stieg sie von 0,20% auf 0,42%.

Trotz der Straffung der Geldpolitik in den USA – die US-Notenbank hob 2017 ihren Leitzins in drei Schritten um insgesamt 75 Basispunkte an – wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf deutlich auf. Und zwar von 1,05 USD/EUR auf 1,20 USD/EUR. Auch gegenüber dem Schweizer Franken zeigte sich der Euro deutlich stärker.

Das Bruttoinlandsprodukt in **Ungarn** ist im vergangenen Jahr laut Schätzung der Europäischen Kommission aus dem November 2017 vor dem Hintergrund starker Zuwächse beim privaten Konsum und bei den Investitionen um 3,7% gewachsen. Ein Boom bei den Importen hat allerdings dazu geführt, dass der Handelsbilanzüberschuss (2,7% des Bruttoinlandsprodukts) und der Leistungsbilanzüberschuss (2,7% des Bruttoinlandsprodukts) letztes Jahr gesunken sind. Der für die Region relative hohe Staatsschuldenstand hat sich 2017 weiter verringert und lag laut Schätzung der Europäischen Kommission bei 72,6% des Bruttoinlandsprodukts. Der Wechselkurs des Forint gegenüber dem Euro blieb im vergangenen Jahr stabil.

Die Wirtschaftsleistung in der **Tschechischen Republik** ist im Jahr 2017 gemäß Schätzung der Europäischen Kommission um 4,3% gestiegen. Dies war sowohl auf die gute Entwicklung der Binnenwirtschaft als auch auf den Außenhandel zurückzuführen. Die tschechische Leistungsbilanz war im vergangenen Jahr ausgeglichen, der Haushalt der Tschechischen Republik erzielte laut Schätzung der Europäischen Kommission sogar einen deutlichen Überschuss. Die Tschechische Nationalbank hat – früher als erwartet – im März die Wechselkursuntergrenze von 27 CZK/EUR freigegeben. In Folge wertete die tschechische Krone bis Jahresende auf 25,5 CZK/EUR auf.

Die Europäische Kommission schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt **Rumäniens** im Jahr 2017 um 5,7% gewachsen ist. Hierfür ist der starke Zuwachs bei der Binnennachfrage verantwortlich, welcher im Wesentlichen auf den Anstieg des privaten Konsums um 8,6%, des staatlichen Konsums um 3% und der Investitionen um 1,6% zurückzuführen ist. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war aufgrund stark steigender Importe dagegen negativ. Das Haushaltsdefizit erreichte im vergangenen Jahr 3,0% des Bruttoinlandsprodukts. Der Leu hat im vergangenen Jahr gegenüber dem Euro geringfügig abgewertet.

Die Wirtschaft [Polens](#) ist laut Herbstprognose der EU-Kommission im vergangenen Jahr um 4,2% gewachsen. Der staatliche beziehungsweise der private Konsum legten um 2,5% beziehungsweise knapp etwa 5% zu, die Investitionen wuchsen um mehr als 4%. Der Außenhandel erzielte aufgrund deutlich höherer Dynamik bei den Importen einen negativen Wachstumsbeitrag. Das Haushaltsdefizit Polens lag im Jahr 2017 bei 2,1% des Bruttoinlandsprodukts. Der Zloty wertete gegenüber dem Euro um etwa 5% auf.

Mit einem Plus von 3,2% konnte [Kroatien](#) laut Schätzung der EU-Kommission das höchste Wirtschaftswachstum seit vielen Jahren erreichen. Der starke private Konsum und die anziehenden Investitionen waren dafür hauptverantwortlich. Der Leistungsbilanzüberschuss betrug 3,1%, das Budgetdefizit 0,9% des Bruttoinlandsprodukts. Der Wechselkurs des Kuna zum Euro zeigte im vergangenen Jahr keine Auffälligkeiten.

Eine kräftige Binnennachfrage und die gute Entwicklung der Nettoexporte ließen [Sloweniens](#) Wirtschaft laut Schätzung der Europäischen Kommission vergangenes Jahr um 4,7% wachsen. Das Haushaltsdefizit sank auf 0,8% des Bruttoinlandsprodukts, die Staatsschuldenquote auf 86,4% des Bruttoinlandsprodukts.

Die Wirtschaft in [Serbien](#) ist 2017 laut Schätzung der Europäischen Kommission um 2,0% gewachsen. Das Wachstum beruhte auf gestiegener Binnennachfrage. Trotz eines kräftigen Plus bei den Exporten konnte der Außenhandel keinen positiven Wachstumsbeitrag erzielen. Der Staatshaushalt erzielte einen Überschuss in Höhe von 0,8% des Bruttoinlandsprodukts. Der Dinar wertete zum Euro geringfügig auf.

Laut Schätzung des Internationalen Währungsfonds vom Oktober 2017 ist das Bruttoinlandsprodukt [Bosnien-Herzegowinas](#) im Jahr 2017 um 2,5% gewachsen.

In den [Immobilienmärkten](#) Zentral- und Osteuropas ist 2017 eine annähernd gleiche Nachfrage wie 2016 zu beobachten. Nach Berichten von CBRE wurden in den Kernländern Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Ungarn im Jahr 2017 rund EUR 11,0 Mrd. investiert (2016: EUR 11,3 Mrd.). Das Interesse der Investoren konzentriert sich dabei weiterhin auf die Länder Polen und Tschechien. Wie schon in den Jahren zuvor war Polen 2017 mit einem Investmentvolumen von EUR 4,5 Mrd. der stärkste Markt. Die Immobilienmärkte in Ungarn und Rumänien haben sich gesteigert. Die Renditeerwartungen in Zentral- und Osteuropa blieben im Wesentlichen unverändert. Auch die Entwicklung der Büromieten blieb weitgehend stabil.

Geschäftsausrichtung

Die immigon portfolioabbau ag (immigon) ist eine Abbaugesellschaft gemäß §162 Abs 1 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und die Konzernmuttergesellschaft von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften. Bis zum 4. Juli 2015 firmierte die Gesellschaft als Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG). Die Webpage der immigon lautet www.immigon.com. Neben der Veröffentlichung von Ad-Hoc-Meldungen und Berichten zum jeweiligen Geschäftsjahr findet sich auf der Webpage im Bereich Investor Relations in einem gesonderten Menüpunkt „Corporate Governance“ eine Entsprechungserklärung zum Österreichischen Corporate Governance Kodex durch den Vorstand und den Aufsichtsrat der immigon vom Dezember 2017.

Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Schon seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 befand sich die Gesellschaft in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde lagen.

In der Hauptversammlung der ÖVAG am 28. Mai 2015 wurde schließlich die Abspaltung zur Aufnahme des „Zentralorganisations- und Zentralinstitut-Funktion“ Teilbetriebes der ÖVAG als übertragende Gesellschaft auf die Volksbank Wien-Baden AG (nunmehr VOLKSBANK WIEN AG) als übernehmende Gesellschaft beschlossen. Die Übertragung erfolgte rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals zur Verlustdeckung beschlossen.

Die FMA hat mit Bescheid vom 2. Juli 2015 den Betrieb der Gesellschaft als Abbaugesellschaft im Sinne des § 162 BaSAG unter der Bedingung der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch genehmigt. Seit der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch am 4. Juli 2015 ist die Gesellschaft kein Kreditinstitut mehr. Der Firmenwortlaut wurde am 4. Juli 2015 auf immigon portfolioabbau ag geändert. Seither ist die immigon eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs 1 BaSAG. Der Geschäfts-

gegenstand gemäß § 2 der Satzung sieht vor, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen. Die Gesellschaft hat demnach einen Abbauplan zu erfüllen, der die Eliminierung der wesentlichen risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 vorsah.

Die Gesellschaft wurde 2017 noch von Moody's Investors Service geratet, allerdings auf einer „Nonparticipating“ Basis. Das geringer gewordene Emissionsvolumen hat per 8. Jänner 2018 zu einem Entzug des seit 19. Juni 2017 hinaufgesetzten Issuer Ratings von Ba1 durch Moody's geführt. Fitch Ratings hat das Rating bereits per 26. August 2015 entzogen.

Geschäftsverlauf

Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2017

Die Ertragslage der immigon-Gruppe ist aufgrund der Eigenschaft der immigon portfolioabbau ag als Abbaugesellschaft nicht mit der einer Bank vergleichbar. Die wesentlichsten Ergebnistreiber sind Sondereffekte aus dem Abbau. Das Konzernergebnis der immigon Gruppe vor Steuern beträgt EUR 102 Mio., nach Steuern und Minderheiten ergibt sich ein Ergebnis in Höhe von EUR 91 Mio.

Der Zinsüberschuss beträgt für das Geschäftsjahr 2017 EUR 14 Mio. und liegt damit um EUR 6 Mio. unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode 2016 von EUR 20 Mio. Der Rückgang des Zinsüberschusses resultiert vor allem aus den Abbaumaßnahmen.

Das Ergebnis aus der Risikovorsorge zeigt für das Geschäftsjahr 2017 einen Aufwand in Höhe von EUR 1 Mio. Im Vergleich zum Ertrag aus dem Vorjahr von EUR 6 Mio. ist das eine Verschlechterung um EUR 7 Mio. Während wertberichtigte Engagements über dem Buchwert veräußert werden konnten, waren Dotierungen für Engagements vor allem in Rumänien und Kroatien erforderlich.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR -2 Mio. und verbesserte sich im Vergleich zur Vorperiode durch geringere Garantieforderungen um EUR 5 Mio. Der Großteil der Provisionsaufwendungen 2016 war noch auf die Entgeltzahlungen für die per Ende August 2016 gekündigte Asset Garantie der Republik Österreich zurückzuführen.

Das Handelsergebnis beläuft sich im Geschäftsjahr 2017 auf EUR 2 Mio. Im Vergleich zur Vorperiode (2016: EUR 8 Mio.) ist somit ein Rückgang von EUR 6 Mio. zu verzeichnen. Im Vorjahr konnte ein größeres Ausmaß an Derivaten mit Gewinnen aufgelöst werden.

Der Verwaltungsaufwand liegt mit EUR 38 Mio. um EUR 13 Mio. unter dem Vorjahresvergleichswert von EUR 51 Mio. Darin spiegelt sich der weiter voranschreitende Personalabbau ebenso wider, wie ein dem geringeren Geschäftsumfang entsprechender rückläufiger Sachaufwand. Der Personalstand verringerte sich gegenüber dem Ultimo 2016 von 193 Mitarbeiter auf 141 vollzeitäquivalente Mitarbeiter. Davon sind 65 nicht in Österreich beschäftigt.

Die Rückstellungen für laufende Umstrukturierungen konnten im Geschäftsjahr 2017 um rund EUR 5 Mio. aufgelöst werden, woraus sich ein Ertrag in Höhe von EUR 5 Mio. ergab. Dieser betrifft fast zur Gänze den Personalbereich. Im Vorjahr lag der Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für Umstrukturierungen bei EUR 2 Mio.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich für das Geschäftsjahr 2017 auf EUR -30 Mio. Gegenüber dem Vorjahreswert von EUR -27 Mio. zeigt sich hier keine wesentliche Veränderung. Wie im Vorjahr waren die sonstigen betrieblichen Erträge durch das Rückkaufprogramm für Verbindlichkeiten geprägt. Die Rückkäufe von nachrangigen Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital erfolgten teilweise auch mit Verlusten gegenüber dem Buchwert der Verbindlichkeiten. Für Details zum Rückkaufprogramm verweisen wir auf den Risikobericht in den Notes. Aus der Anpassung der Buchwerte von verlusttragenden Verbindlichkeiten gemäß IAS 39 AG 8 wurde in der Berichtsperiode ein Ergebnis von EUR -42 Mio. (2016: EUR -16 Mio.) erfasst, da die erwarteten Rückzahlungskurse der verbliebenen Ergänzungskapitalanleihen sich deutlich verbessert haben.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR 150 Mio. Es hat sich damit um EUR 154 Mio. gegenüber der Vergleichsperiode verbessert (2016: EUR -4 Mio.). Aufgrund der am 18. März 2017 in das Firmenbuch eingetragenen Verschmelzung der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft auf die Raiffeisen Bank International AG (RBI) hat die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der immigon, rund 9,9 Mio. Aktien der RBI erhalten. Diese Aktien wurden im März 2017 im Rahmen eines beschleunigten Bookbuilding-Verfahrens an institutionelle Investoren zur Gänze verkauft. Durch diese Transaktion verbesserte sich im Wesentlichen das Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen inklusive Beteiligungen von EUR 0,5 Mio. im Jahr 2016 auf EUR 163 Mio. im

Jahr 2017. Das Ergebnis aus sonstigen derivativen Finanzinstrumenten verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 7 Mio. auf EUR 11 Mio. Die Ergebnisse aus der Bewertung und dem Verkauf von investment property und operating lease Vermögenswerten verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 6 Mio. auf EUR -1 Mio.

Das Ergebnis der at equity bewerteten Unternehmen ist negativ mit EUR -0,3 Mio. (2016: EUR 5 Mio.). Es handelt sich hierbei um die Übernahme der anteiligen Ergebnisse der beiden at equity bewerteten Unternehmen TPK-24 Europe B.V. und VBI Beteiligungs GmbH.

Wie bereits im Vorjahr ist kein Ergebnis aus einem aufgegebenen Geschäftsbereich angefallen.

Aufgrund des steuerlichen Gewinns in einigen Gesellschaften des Konzerns wurde ein entsprechender Steueraufwand erfasst. Da für die Folgejahre keine steuerlichen Gewinne erwartet werden, wurden in der immigon weiterhin keine aktiven latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge angesetzt. Der Aufwand aus Steuern vom Einkommen beträgt damit EUR 10 Mio. (2016: EUR 4 Mio.) und führt zu einem Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von EUR 91 Mio. (2016: EUR 51 Mio.).

Vermögenslage und Abbaumaßnahmen

Entsprechend der Abbauziele der immigon Gruppe konnte das Geschäftsvolumen im Jahr 2017 weiter signifikant reduziert werden. Die Konzernbilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 1.603 Mio. und hat sich im Vergleich zum Ultimo 2016 um EUR 752 Mio. oder 32% verringert.

Die Barreserve besteht wie im Vorjahr fast ausschließlich aus Veranlagungen bei der Oesterreichische Nationalbank und konnte mit EUR 1.175 Mio. auf dem Vorjahresniveau von EUR 1.203 Mio. gehalten werden. Die Guthaben bei der Oesterreichischen Nationalbank sind zum Bilanzstichtag auch größer als die Summe aller Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 82 Mio. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 182 Mio.) um EUR 100 Mio. gesunken. Der Bestand an nicht börsennotierten Bankanleihen konnte, bedingt durch den Abbau von Derivaten, ebenso vermindert werden wie die diesbezüglichen Besicherungskonten für Derivatgeschäfte bei anderen Banken.

Die Forderungen an Kunden betragen per 31. Dezember 2017 EUR 215 Mio. und sind im Vergleich zum Ultimo Vorjahr (EUR 565 Mio.) um EUR 349 Mio. bzw. 62% zurückgegangen. Mit den Abbautransaktionen wurden Kreditengagements sowie Leasingfinanzierungen abgebaut. Wesentliche Transaktionen waren neben dem Abbau der Kundenforderungen der immigon portfolioabbau ag, insbesondere Immobilienfinanzierungen in Ungarn, in Prag sowie österreichische Konsortialkredite, die Reduktion des Mobilienleasinggeschäftes der VB Leasing International und auch Abbaumaßnahmen im Immobilienleasingbereich in Österreich, Polen und Tschechien.

Im Jahr 2016 zeigten die Handelsaktiva durch die Auflösung von derivativen Finanzgeschäften und der Einstellung des Handelsbuchs einen massiven Rückgang von EUR 528 Mio. auf EUR 39 Mio. Demgegenüber zeigt sich im Jahr 2017 eine vergleichsweise geringe Reduktion der Position Handelsaktiva auf EUR 24 Mio. Dieser Bestand an Anleihen der Immobank wurde zur geplanten Fälligkeit am 2. Jänner 2018 zurückbezahlt.

Die Finanzinvestitionen verminderten sich um EUR 174 Mio. im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 212 Mio.) auf EUR 38 Mio. Im Buchwert per 31. Dezember 2016 war noch die Beteiligung an der RZB enthalten. Wie bereits in den Erläuterungen zum Konzernergebnis angeführt hat die die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung aufgrund der am 18. März 2017 in das Firmenbuch eingetragenen Verschmelzung der RZB auf die RBI rund 9,9 Mio. Aktien der RBI erhalten. Diese Aktien wurden im März 2017 im Rahmen eines beschleunigten Bookbuilding-Verfahrens an institutionelle Investoren zur Gänze verkauft. Dieser Abgang stellt einen wesentlichen Teil der Reduktion dar.

Auch bei den Investment property Vermögenswerten zeigt sich der Erfolg der Abbaumaßnahmen: Verkäufe von Objekten bzw. Objektgesellschaften haben den Bestand von EUR 28 Mio. auf EUR 10 Mio. vermindert. Ein weiteres Objekt, dessen Verkauf im Jahr 2018 sehr wahrscheinlich ist, wird unter den Vermögenswerten, die zur Veräußerung bestimmt sind, ausgewiesen.

Die sonstigen Aktiva reduzierten sich durch die Abbaumaßnahmen des Jahres 2017 um EUR 94 Mio. Unter den sonstigen Aktiva in Höhe von EUR 41 Mio. (2016: EUR 135 Mio.) sind positive Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten von EUR 7 Mio. enthalten (2016 EUR 98 Mio.). In den Vermögenswerten, die zur Veräußerung bestimmt sind, sind unter anderem der Verkauf einer vollkonsolidierten Immobilienleasinggesellschaft und einer Liegenschaft in Slowenien erfasst, deren Verkauf zum 31. Dezember 2017 höchstwahrscheinlich ist.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 105 Mio.) um EUR 100 Mio. auf EUR 5 Mio. gesunken. Auch hier hat der Abbau von Derivaten zu einer Verminderung der Besicherungskonten für Derivatgeschäfte von anderen Banken geführt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 46 Mio. sind im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 308 Mio.) um EUR 262 Mio. gesunken, was unter anderem durch den Rückkauf von Schuldscheindarlehen begründet ist.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2017 EUR 479 Mio. und sind somit im Vergleich zum 31. Dezember 2016 (EUR 786 Mio.) um EUR 307 Mio. zurückgegangen. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus regulären und vorzeitigen Tilgungen sowie Rückkäufen von Schuldverschreibungen.

Die Rückkäufe von Nachrangkapital der immigon portfolioabbau ag sowie die Kündigung einer Emission haben zu der Reduktion um EUR 72 Mio. auf EUR 96 Mio. geführt.

Das Eigenkapital hat sich im Wesentlichen durch den Gewinn des Geschäftsjahres 2017 im Vergleich zum Vorjahresultimo um EUR 62 Mio. verbessert und beträgt per 31. Dezember 2017 EUR 833 Mio.

Bericht über Zweigniederlassungen

Der Konzern der immigon verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Für eine Abbaugesellschaft wie die immigon portfolioabbau ag sind finanzielle Leistungsindikatoren, wie sie typischerweise für die Beurteilung von Banken herangezogen werden, nur bedingt aussagekräftig. Im Fokus steht nunmehr die Abbauleistung unter Schonung des Eigenkapitals.

Der Rückgang der Konzernbilanzsumme im Ausmaß von EUR 752 Mio. ist im Wesentlichen abbaubedingt.

Für die immigon als Abbaugesellschaft ist die verfügbare Liquidität von besonderer Bedeutung, da neue Mittelaufnahmen am Geld- oder Kapitalmarkt nicht vorgesehen sind. Aufgrund der Guthaben bei der Oesterreichische Nationalbank und kurzfristiger Bankveranlagungen ergibt sich eine rasch verfügbare Liquidität in Höhe von EUR 1.192 Mio. Aus hoch liquiden kurzfristig verwertbaren Anleihen stehen der immigon portfolioabbau ag weitere EUR 30 Mio. zur Verfügung.

Die Eigenkapitalquote der immigon Gruppe beträgt 52,0 % (2016: 32,8 %). Die Eigenkapitalquote errechnet sich als Quotient von Eigenkapital und Bilanzsumme. Der Return on Equity (ROE) vor Steuern der immigon Gruppe für das Jahr 2017 beträgt 12,7 % (2016: -6,1 %). Der ROE vor Steuern berechnet sich als Quotient des Ergebnisses vor Steuern (bereinigt um die Ergebnisse eines aufgegebenen Geschäftsbereiches) und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres. Der ROE nach Steuern betrug 11,4 % (2016: -6,6 %). Der ROE nach Steuern berechnet sich als Quotient des Ergebnisses nach Steuern (bereinigt um die Ergebnisse eines aufgegebenen Geschäftsbereiches) und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio der immigon Gruppe liegt in der Berichtsperiode bei 251,0 % (2016: 235,4 %).

Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Der geordnete Abbau von MitarbeiterInnen stand auch 2017 im Mittelpunkt der Anstrengungen des Bereichs Human Resources. Der notwendige Personalabbau wird, wo immer es geht, von sozialer Verantwortung begleitet. Eine wesentliche Komponente ist der mit den Belegschaftsvertretern verhandelte Sozialplan. Zu den Maßnahmen des verantwortungsvollen Trennungsmanagements zählen vor allem Qualifizierungsmaßnahmen von MitarbeiterInnen, Angebote für Job-Caching und Stiftungslösungen in Österreich. Dementsprechend wird die massive Verringerung des Personalstandes größtenteils durch einvernehmliche Auflösungen gemäß Sozialplan erreicht. Wird kein Einvernehmen erzielt, werden betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen.

Aufgrund des vorhersehbaren Endes der Beschäftigungsmöglichkeiten in der immigon kommt der Erhaltung der Motivation der MitarbeiterInnen besondere Bedeutung zu. Situationsbedingt liegt daher ein besonderer Schwerpunkt des Personalmanagements in der Erhöhung der Vermittelbarkeit der MitarbeiterInnen, um sie für die Anforderungen am Arbeitsmarkt

nach ihrer Beschäftigung in der immigon optimal vorzubereiten. Etliche frühere MitarbeiterInnen der immigon arbeiten mittlerweile im Bankenbereich oder anderen Abbaugesellschaften, viele haben ihr Berufsbild aber deutlich verändert und sind etwa als Lehrer in einer Volksschule, einer HAK, als Immobilienentwickler oder Landschaftsgärtner aktiv. Es hat sich gezeigt, dass die individuelle Entwicklung von neuen beruflichen Perspektiven für die Erhaltung der Motivation und Leistungsfähigkeit ein wesentlicher Faktor ist.

Zum 31. Dezember 2017 beschäftigte der immigon Konzern 141 MitarbeiterInnen (Vollzeitäquivalente), davon 65 im Ausland und 76 im Inland. Die Anzahl hat sich im Jahr 2017 somit um 52 Personen vermindert. Ausländische Standorte existieren nur mehr in der VB Leasing International – Gruppe, nachdem die VB Real Estate das letzte ausländische Büro 2016 geschlossen hatte.

Die Erhaltung einer funktionsfähigen Organisationsstruktur war für die immigon auch im Jahr 2017 trotz der laufenden Personalreduktion eine besondere Herausforderung. Der Erfahrungsaustausch mit den anderen österreichischen Abbaugesellschaften wurde auch in diesem Zusammenhang intensiviert.

Die Abbaugesellschaft stellt sich auch den Herausforderungen hinsichtlich der **Nachhaltigkeit** ihrer Handlungen. Dies betrifft neben den Bestrebungen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, Motivation und Gesundheit im Personalbereich auch Aspekte des Umweltschutzes, wo Druckerpools als Standardeinstellung doppelseitigen Druck vorgegeben haben. Es wird auch seit vielen Jahren Umweltschutzpapier mit EU-Ecolabel bezogen. Die Zentrale der immigon ist gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Die Nachhaltigkeit der Aktivitäten in der Abbaugesellschaft dokumentieren sich auch an den Aspekten der Qualitätssicherung und der Compliance Bestimmungen. Insbesondere beim Verkauf von Vermögenswerten muss auf die Standards der Bietersuche, der Preisfindung sowie der sorgfältigen und sparsamen Abwicklung besondere Aufmerksamkeit gelegt werden. Die Förderung von Kunst-, Kultur oder Sportaktivitäten sowie Sponsoring aus der Bankenvergangenheit wurden hingegen schon in Vorjahren eingestellt.

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Hinsichtlich der Angaben über Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld 2018

Laut der im Dezember veröffentlichten Konjunkturprognose des WIFO sollte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2018 um 3 % wachsen. Die Europäische Zentralbank hat im Dezember ihre Projektionen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2018 auf 2,3 % erhöht, die EU-Kommission ging in ihrer im November veröffentlichten Herbstprognose noch von einer Jahreswachstumsrate von 2,1 % aus.

Das Wachstum Österreichs sollte damit – genauso wie das der zentral- und südosteuropäischen Länder – jenes der Eurozone übertreffen. Die Prognose der Europäischen Kommission lautet für Ungarn 3,6 %, für die Tschechische Republik 3,0 %, für Polen 3,8 %, für Rumänien 4,4 %, für Kroatien 2,8 %, für Slowenien 4,0 % und für Serbien 3,3 %. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für Bosnien-Herzegowina für das 2018 Jahr eine Wachstumsrate von 2,6 %.

Die Projektion der Europäischen Zentralbank für die durchschnittliche Inflationsrate 2018 beträgt im Mittel 1,4 %. Damit würde die Teuerungsrate auch im Jahr 2018 das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp 2 % verfehlen. Dies und die entsprechend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sprechen für ein weiterhin niedriges Zinsniveau, obwohl von der sich fortsetzenden geldpolitischen Straffung in den USA weiterhin ein leichter Aufwärtstrend ausgehen sollte. Das sehr hohe Zinsdifferential zugunsten des US-Dollar sollte einer weiteren Aufwertung des Euro entgegenwirken. Die Währungen der hier betrachteten Volkswirtschaften außerhalb der Eurozone könnten im Jahr 2018 angesichts der guten konjunkturellen Lage von erhöhter Risikobereitschaft der internationalen Investoren und einer guten Entwicklung der Direktinvestitionen profitieren.

Die Risiken für diesen Ausblick sind vielfältig. Dazu zählen etwa die möglichen Beschränkungen des Außenhandels durch die USA, die die stark exportorientierten Ländern der Region überdurchschnittlich stark treffen könnte. Spannungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien oder eine nachlassende Eurofreundlichkeit in

den großen Mitgliedsländern, etwa nach Neuwahlen, stellen ein Risiko für die fortgesetzte wirtschaftliche Erholung der Region dar. Ein rascher Zinsanstieg wäre ebenfalls als Risiko für Konjunktur und Immobilienmärkte einzustufen. Zusätzlich haben auch geopolitische Konflikte das Potenzial, einen grundsätzlich sehr freundlichen wirtschaftlichen Ausblick zu trüben.

Voraussichtliche Entwicklung

Die immigon Gruppe wird ihre Abbaubemühungen weiter fortsetzen und sich um eine aktive, rasche und bestmögliche Verwertung der Vermögenswerte im Einklang mit einer entsprechenden Reduktion der Refinanzierung bemühen. Gemäß der Abbaustrategie ist jede Möglichkeit zum vorzeitigen Abbau zu nützen und ein aktiver Verkauf von Vermögenswerten anzustreben.

Restliche Vermögensbestände der immigon selbst haben zu einem guten Teil Restlaufzeiten im ersten Quartal 2018 oder sind fällige Forderungen aus beendeten Kreditbeziehungen, Restanten sind weiterhin durch Umfinanzierungen seitens der Kreditnehmer oder durch Verkauf von Einzelengagements abzubauen. Im Bereich der Tochtergesellschaften sind die verbliebenen Mobilien- und Immobilien-Leasingforderungen und Immobilien zu verwerten bzw. Gesellschaftsanteile zu veräußern. Der Umfang des Konzerns ist dementsprechend weiter zu reduzieren, d.h. auch Liquidationen von Tochtergesellschaften bis zu Löschungen im Firmenbuch voranzutreiben.

Im Einklang mit der Reduktion der Vermögenswerte sind auch weitere Maßnahmen nicht ausgeschlossen, die dazu beitragen könnten, die Passivseite weiter zu reduzieren und damit den hohen Liquiditätsbestand abzubauen. Hierzu stehen auch die Bestrebungen zur vorzeitigen Kündigung von Ergänzungsanleihen. Eine Reduktion der Passivseite und damit ein Abbau der Überliquidität kann dabei nur insofern erfolgen, als der in der Planung berücksichtigte Liquiditätspuffer nicht unterschritten wird.

Die Vorbereitungen auf die Liquidation der immigon werden im Mittelpunkt der Anstrengungen für das Jahr 2018 stehen. Das entsprechende Projekt beschäftigt sich mit dem Rückbau der IT-Systeme, dem Outsourcing von Leistungen, der Archivierung von Daten, weiteren Komplexitätsreduktionen, rechtlichen Aspekten und einer möglichst guten Vorbereitung der Liquidationsphase. Aufgrund des fortgeschrittenen Abbaus und der damit einhergehenden Risikoreduktion werden in der immigon strukturelle Anpassungen in der Aufbau- und Ablauforganisation vorzunehmen sein. Gleichzeitig ist ein effizienter und sicherer Betrieb des Unternehmens zu gewährleisten.

Die aktuelle Arbeitshypothese geht davon aus, dass die Liquidation der immigon nach einer Ausschreibung eines Liquidators im Jahr 2019 beginnen wird können. Unverändert ist immigon auch der Ansicht, dass der Abschluss der formalen und rechtlichen Liquidation und damit die Löschung der Firma mit großer Wahrscheinlichkeit erst sehr viel später erfolgen wird können.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Im Rahmen der Abbaugesellschaft ergeben sich wesentliche Risiken aus der Umsetzung des Abbauauftrags, insbesondere in Zusammenhang mit der Verwertung der Vermögensgegenstände. Das Risikomanagement orientiert sich daher an den spezifischen Anforderungen einer Abbaugesellschaft hinsichtlich der Bonitäts- und Marktrisiken, allfälliger Bewertungsabschläge bei Verkaufsprozessen und der Liquiditätssteuerung. Auch wenn der bisherige Abbau der immigon weit vorangeschritten ist, zeigt die nationale und internationale Erfahrung, dass Abbauprozesse mitunter mit höheren Aufwendungen verbunden sind, als dies ex ante erkennbar war.

Ein weiteres Risiko liegt im aktuellen Zinsniveau, welches derzeit eine kurz- und mittelfristige Veranlagung nur unter Inkaufnahme von Negativzinsen zulässt. Aus der Veranlagung von Liquidität ergeben sich daher derzeit laufende Verluste. Die Entwicklung des Zinsniveaus in den kommenden Jahren stellt daher aus der Sicht der Profitabilität der immigon ein Risiko dar.

Ferner besteht das Risiko, dass auch im Rahmen der Veräußerung von anderen Vermögensgegenständen beziehungsweise dem Schließen von Derivaten Abschläge erforderlich sein könnten. Darüber hinaus bestehen allgemeine branchen- beziehungsweise geschäftstypische Gewährleistungsrisiken aus den bereits erfolgten und noch geplanten Beteiligungsverkäufen und Abbaumaßnahmen sowie Rechtsrisiken aus bestehenden und drohenden Passivprozessen.

Ein weiteres Risiko entsteht aus der notwendigen Personalreduktion der Abbaugesellschaft und den dadurch bedingten Prozessanpassungen, den zunehmenden Outsourcingerfordernissen sowie den Anforderungen an das Wissensmanagement. Aus dem deutlich kleiner werdenden Personalstand ist die immigon verstärkt auch den allgemeinen Personalrisiken wie Fluktuation oder Krankheit, sowie mit diesen einhergehenden operationellen Risiken ausgesetzt.

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und -methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und cash-flow Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 47).

Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile

Die folgenden eigenen Aktien und Partizipationsscheine werden mit dem Eigenkapital saldiert.

Eigene Aktien oder Anteile und Partizipationsscheine:

	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Eigene Stammaktien	16.816	16.816
Eigene Partizipationsscheine	2.655	2.655
Summe	19.470	19.470

Zu- und Abgänge eigener Aktien:

	Anzahl Stk.	Nennwert TEUR	Buchwert TEUR
Stand am 31.12.2016	49.819	51	16.816
Veränderung	0	0	0
Stand am 31.12.2017	49.819	51	16.816

Die Partizipationsscheine im Portefeuille der immigon stellen sich wie folgt dar:

	Anzahl Stk.	Nennwert TEUR	Buchwert TEUR
Stand am 31.12.2016	18.296	13	2.655
Veränderung	0	0	0
Stand am 31.12.2017	18.296	13	2.655

Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine

Es gab im Geschäftsjahr 2017 keine Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine.

Bericht über Forschung und Entwicklung

Der Konzern der immigon betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive interne Kontrollen in Hinblick auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Kontrollumfeld

Das interne Kontrollsystem ist ein System zur Dokumentierung aller durchgeführten Kontrolltätigkeiten und baut auf allen bereits in der Organisation aktiv durchgeführten Kontrollen auf (Operative Kontrollen / Management-Kontrollen). In der Konzernrichtlinie IKS (Richtlinie: Internes Kontrollsystem) wird ein konzernweiter Rahmen für die Implementierung des internen Kontrollsystems vorgegeben. Das Management von Tochtergesellschaften ist für die Implementierung der Konzernanweisungen verantwortlich. Die Implementierung des internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in internen Richtlinien und Vorschriften festgelegt.

Um zu gewährleisten, dass die von den Konzerntöchtern zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware Tagetik weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Risikobeurteilung

Das wesentliche Risiko im Rechnungslegungsprozess besteht in einer unrichtigen Abbildung von Sachverhalten in der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage. Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht, um insbesondere die vollständige und korrekte Erfassung sämtlicher Geschäftsfälle, die zeitgerechte Überweisung von Rechnungen und die richtige Berechnung sowie termingerechte Abfuhr von Steuern sicherzustellen. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich zu betrachten sind.

In regelmäßigen Abständen wird eine Übersicht über sämtliche wesentliche Rechnungslegungsprozesse und -abläufe erstellt. Diese Prozesse sind durch die Prozessverantwortlichen kontinuierlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes zu prüfen und in IKS-relevante und nicht IKS-relevante Prozesse einzuteilen.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Konzernabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken der Abwicklung des ehemaligen Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Kontrollmaßnahmen

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potentiellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und zeitnahe korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Im Rahmen des internen Kontrollsystems werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden.

Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen, die von Mitarbeitern anhand bestimmter Arbeitsschritte durchgeführt werden, automatische Kontrollen, die mit Hilfe von EDV-Systemen durchgeführt werden, präventive Kontrollen, die das Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.

Managementkontrollen dienen dazu, auf Stichprobenbasis die Einhaltung von operativen Kontrollen durch die Führungskräfte sicherzustellen. Dazu liegt ein eigener Kontrollplan vor, in dem die Periodizität der Überprüfungen in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter) festgelegt ist. Die Stichproben sind für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden halbjährlich an die nächste Führungskraft (Managementreporting) berichtet.

Die gesamte Kontrolldokumentation (Operative Kontrollen und Managementkontrollen) erfolgt teilweise automationsunterstützt.

Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert. Zusätzlich dazu werden die Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend im Hinblick auf Neuerungen in der Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können. Die Erstellung von Berichten wie Tages- und Monatsbilanz oder Risikobericht erfolgt größtenteils automatisiert mit Schnittstellen zu Vorsystemen.

Ein Managementreport über interne Kontrollen wird zweimal jährlich erstellt. Dieser beinhaltet Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Das Management erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. monatliche Berichte über den Abbau-fortschritt, halbjährliche Berichte über die Entwicklung in den Segmenten und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Der Informationsfluss beinhaltet neben der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auch das Budget sowie Kommentierungen der wesentlichen Entwicklungen, einen vierteljährlichen Risiko-bericht sowie die Darstellung der Liquiditätssituation. An den Aufsichtsrat berichten darüber hinaus die Interne Revision sowie der Compliance Officer.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Abteilungsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen.

Über das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet. Der Report beinhaltet eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis. Weiters wird im Report dokumentiert, wie viele Kontrollen in Relation zu den Kontrollvorgaben durchgeführt wurden. Auch die interne Revision übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

Die interne Revision überprüft unabhängig und gemäß einem jährlich zu erstellenden und vom Vorstand genehmigten Revisionsplan und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle dem Vorstand zugeordnet, die Leistungserbringung wurde aufgrund der vorgenommenen Personalabbau-maßnahmen im Jahre 2016 zur Gänze outgesourct. Die zuständige Leitung des Dienstleisters berichtet direkt an den Vorstands-vorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Wien, am 14. März 2018

Der Vorstand



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

KONZERNABSCHLUSS

32 Konzerngesamtergebnisrechnung

33 Konzernbilanz zum
31. Dezember 2017

34 Entwicklung des
Konzerneigenkapitals

35 Konzerngeldflussrechnung

36 Inhaltsverzeichnis Notes

38 Anhang (Notes)
zum Konzernabschluss

122 Bilanzzeit

123 Bestätigungsvermerk

Konzerngesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Anhang (Notes)	1-12/2017 EUR Tsd.	1-12/2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd. %	
Zinsen und ähnliche Erträge		42.844	71.255	-28.410	-39,87 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-28.345	-51.223	22.879	-44,66 %
Zinsüberschuss	4	14.500	20.031	-5.532	-27,61 %
Risikovorsorge	5	-764	6.251	-7.015	-112,22 %
Provisionserträge		1.501	3.549	-2.048	-57,70 %
Provisionsaufwendungen		-3.101	-10.168	7.067	-69,50 %
Provisionsüberschuss	6	-1.600	-6.619	5.019	-75,83 %
Handelsergebnis	7	2.205	8.347	-6.142	-73,59 %
Verwaltungsaufwand	8	-37.908	-51.216	13.308	-25,98 %
Restrukturierungsertrag	29	5.248	1.658	3.590	> 200,00 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	-29.824	-26.634	-3.190	11,98 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10	150.095	-3.920	154.015	< -200,00 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity		-259	4.603	-4.862	-105,62 %
Jahresergebnis vor Steuern		101.694	-47.497	149.191	< -200,00 %
Steuern vom Einkommen	11	-10.495	-3.674	-6.821	185,68 %
Jahresergebnis nach Steuern		91.199	-51.171	142.369	< -200,00 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)		91.332	-54.304	145.636	< -200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		91.332	-54.304	145.636	< -200,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		-133	3.133	-3.266	-104,25 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		-133	3.133	-3.266	-104,25 %
Sonstiges Ergebnis					
		1-12/2017 EUR Tsd.	1-12/2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Jahresergebnis nach Steuern		91.199	-51.171	142.369	< -200,00 %
Sonstiges Ergebnis					
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)		10.620	4.061	6.559	161,51 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19		-2.650	-1.034	-1.616	156,36 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		7.970	3.027	4.943	163,27 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Währungsrücklage		389	101	288	> 200,00 %
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung		123.625	43.312	80.313	185,43 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		-162.436	-3.967	-158.469	> 200,00 %
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung (effektiver hedge)		0	12	-12	-100,00 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		0	4	-4	-100,00 %
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		0	6	-6	-100,00 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		1.219	-689	1.908	< -200,00 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		-37.202	38.780	-75.982	-195,93 %
Summe sonstiges Ergebnis		-29.232	41.807	-71.039	-169,92 %
Gesamtergebnis		61.966	-9.363	71.330	< -200,00 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis		61.981	-12.453	74.435	< -200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		61.981	-12.453	74.435	< -200,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Gesamtergebnis		-15	3.090	-3.105	-100,48 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		-15	3.090	-3.105	-100,48 %

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017

	Anhang (Notes)	31.12.2017 EUR Tsd.	31.12.2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Aktiva					
Barreserve	12	1.175.185	1.203.409	-28.224	-2,35 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	13	82.483	182.028	-99.544	-54,69 %
Forderungen an Kunden (brutto)	14	215.363	564.511	-349.148	-61,85 %
Risikovorsorge (-)	15	-71.186	-112.496	41.310	-36,72 %
Handelsaktiva	16	23.879	39.454	-15.576	-39,48 %
Finanzinvestitionen	17	38.100	211.355	-173.255	-81,97 %
Investment property Vermögenswerte	18	9.729	28.041	-18.312	-65,30 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	19	22.285	22.753	-467	-2,05 %
Anteile und Beteiligungen	20	14.483	19.088	-4.605	-24,13 %
Immaterielles Anlagevermögen	21	31	102	-71	-69,34 %
Sachanlagen	22	12.676	25.596	-12.920	-50,48 %
Ertragsteueransprüche	23	13.885	13.806	79	0,57 %
laufende Ertragsteueransprüche		13.489	13.362	127	0,95 %
latente Ertragsteueransprüche		396	444	-48	-10,82 %
Sonstige Aktiva	24	41.181	135.141	-93.961	-69,53 %
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	25	24.905	22.245	2.659	11,96 %
Summe Aktiva		1.602.998	2.355.033	-752.035	-31,93 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	5.388	105.461	-100.074	-94,89 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	45.540	307.798	-262.258	-85,20 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	479.142	786.280	-307.138	-39,06 %
Rückstellungen	29, 30	92.239	134.283	-42.044	-31,31 %
Ertragsteuerverpflichtungen	23	16.477	8.005	8.472	105,84 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen		15.337	5.048	10.290	> 200,00 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen		1.140	2.957	-1.818	-61,46 %
Sonstige Passiva	31	22.816	72.503	-49.687	-68,53 %
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	32	11.149	0	11.149	100,00 %
Nachrangkapital	33	96.437	168.643	-72.206	-42,82 %
Eigenkapital	35	833.811	772.061	61.750	8,00 %
Eigenanteil		775.176	713.182	61.994	8,69 %
Nicht beherrschende Anteile		58.634	58.879	-244	-0,42 %
Summe Passiva		1.602.998	2.355.033	-752.035	-31,93 %

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

	Gezeichnetes Kapital ¹⁾	Gewinnrücklage	Währungsrücklage	Bewertungsrücklagen gem. IAS 39 ²⁾		Eigenkapital ohne nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
				Available for sale Rücklage	Hedging Rücklage			
EUR Tsd.								
Stand 1. Jänner 2016	29.662	693.932	-1.406	3.522	-9	725.700	55.913	781.614
Konzernjahresergebnis ³⁾		-54.304				-54.304	3.133	-51.171
Veränderungen latenter Steuern auf un versteuerte Rücklage		6				6		6
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)		3.093				3.093	-66	3.027
Währungsrücklage			85			85	17	101
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				39.345		39.345		39.345
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					9	9	6	16
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		0	-689	0	0	-689		-689
Gesamtergebnis	0	-51.204	-604	39.345	9	-12.453	3.090	-9.363
Ausschüttung						0	-124	-124
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen		-65				-65	-1	-65
Stand 31. Dezember 2016	29.662	642.664	-2.010	42.867	0	713.182	58.879	772.061
Konzernjahresergebnis ³⁾		91.332				91.332	-133	91.199
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)		7.987				7.987	-17	7.970
Währungsrücklage			254			254	135	389
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				-38.811		-38.811		-38.811
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		0	1.219	0	0	1.219		1.219
Gesamtergebnis	0	99.318	1.474	-38.811	0	61.981	-15	61.966
Ausschüttung						0	-230	-230
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen		13				13	0	13
Stand 31. Dezember 2017	29.662	741.995	-536	4.056	0	775.176	58.634,40	833.811

1) Der Ausweis des gezeichneten Kapitals entspricht dem Ausweis im Einzelabschluss der immigon portfolioabbau ag.

2) Bei der available for sale Rücklage wurden zum 31.12.2017 EUR -341 Tsd. (31.12.2016: EUR -775 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.
Bei der hedging Rücklage wurden zum 31.12.2017 EUR 0 Tsd. (31.12.2016: EUR 1 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.

3) Die Währungsdifferenzen aus der Bewertung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu Durchschnittskursen betragen für das Kapital ohne nicht beherrschende Anteile EUR -10 Tsd. (1-12/2016: EUR -10 Tsd.) und für die nicht beherrschende Anteile EUR -12 Tsd. (1-12/2016: EUR -1 Tsd.).

Für weitere Angaben zum Kapital verweisen wir auf Kapitel 35 in den Notes.

Konzerngeldflussrechnung

EUR Tsd.	Anhang (Notes)	1-12/2017	1-12/2016
Jahresergebnis (vor nicht beherrschenden Anteilen)		91.199	-51.171
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten			
Zinsüberschuss	4	-6.755	-10.762
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanz- und Sachanlagen	8, 10	54.381	32.023
Dotierung und Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	5, 8	-9.262	-2.857
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	9, 10	-2.679	-10.389
Steuern vom Einkommen	11	10.495	3.674
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute	13	74.887	254.230
Forderungen an Kunden	14	310.270	477.317
Handelsaktiva	16	15.576	80.334
Finanzinvestitionen	17	131.637	-27.416
Investment property Vermögenswerte	18	6.250	62.438
Sonstiges Umlaufvermögen	24	-1.518	-14.539
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	-96.998	-246.009
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	-234.455	-103.898
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	-304.367	-388.930
Derivate	24, 31	57.319	151.238
Andere Passiva	31	-23.624	-100.790
Erhaltene Zinsen		27.958	64.074
Gezahlte Zinsen		-32.645	-45.416
Erhaltene Dividenden		3.316	44.480
Gezahlte Ertragsteuern		-2.961	-8.952
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit		68.023	158.680
Mittelzufluss aus der Veräußerung bzw. Tilgung von			
Beteiligungen	20	10.507	94.158
Sachanlagen	21, 22	7.135	6.292
Abgang von Tochterunternehmen (abzüglich abgegangener Zahlungsmittel)	2	3.217	752
Mittelabfluss durch Investitionen in			
Beteiligungen	20	-30	-952
Sachanlagen	21, 22	-246	-208
Cash flow aus Investitionstätigkeit		20.582	100.044
Dividendenzahlungen	35	-230	-124
Auszahlung für Rückkauf Nachrangkapital	33	-115.767	-324.542
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit		-115.997	-324.666
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode (=Barreserve)	12	1.203.409	1.269.830
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit		68.023	158.680
Cash flow aus Investitionstätigkeit		20.582	100.044
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit		-115.997	-324.666
Effekte aus Wechselkursänderungen		385	-479
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode (=Barreserve)	12	1.176.402	1.203.409

Details zu der Berechnungsmethode zur Geldflussrechnung sind in Kapitel 3) hh) angeführt.

Die detaillierte Darstellung der Ein- und Auszahlungen vom Nachrangkapital sind in Kapitel 33) dargestellt.

Die Differenz zwischen der Position Barreserve lt. Bilanz und dem Zahlungsmittelbestand resultiert aus der Umgliederung in Höhe von EUR 1.217 Tsd. der VB Real Estate Leasing Alpha GmbH in die Veräußerungsgruppe.

ANHANG (NOTES)	38
1) Allgemeine Angaben	38
2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises	40
3) Rechnungslegungsgrundsätze	41
a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften	42
b) Neue Rechnungslegungsvorschriften	44
c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen	48
d) Konsolidierungsgrundsätze	49
e) Währungsumrechnung	49
f) Zinsüberschuss	50
g) Risikovorsorge.....	50
h) Provisionsüberschuss	50
i) Handelsergebnis	51
j) Verwaltungsaufwand	51
k) Sonstiges betriebliches Ergebnis	51
l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen.....	51
m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	52
n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	55
o) Risikovorsorge.....	56
p) Handelsaktiva und -passiva	56
q) Finanzinvestitionen.....	56
r) Investment property Vermögenswerte.....	57
s) Beteiligungen	58
t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen.....	58
u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	59
v) Sonstige Aktiva.....	60
w) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	60
x) Verbindlichkeiten	61
y) Sozialkapital	61
z) Rückstellungen.....	63
aa) Sonstige Passiva.....	63
bb) Nachrangkapital	63
cc) Eigenkapital.....	64
dd) Kapitalrücklagen.....	64
ee) Gewinnrücklagen.....	64
ff) Treuhandgeschäfte	64
gg) Eventualverpflichtungen	65
hh) Geldflussrechnung	65
4) Zinsüberschuss	66
5) Risikovorsorge	66
6) Provisionsüberschuss	67
7) Handelsergebnis	67
8) Verwaltungsaufwand	67
9) Sonstiges betriebliches Ergebnis	68
10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	69
11) Steuern vom Einkommen	70
12) Barreserve	72
13) Forderungen an Kreditinstitute	72
14) Forderungen an Kunden	72
15) Risikovorsorge	73
16) Handelsaktiva	73
17) Finanzinvestitionen	74
18) Investment property Vermögenswerte	75
19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	77
20) Anteile und Beteiligungen	79
21) Immaterielles Anlagevermögen	80
22) Sachanlagen	81
23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen	81
24) Sonstige Aktiva	83
25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	83
26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	83
27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	84
28) Verbriefte Verbindlichkeiten	84
29) Rückstellungen	84
30) Sozialkapital	85
31) Sonstige Passiva	87

32)	Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt.....	87
33)	Nachrangkapital.....	88
34)	Zahlungsströme Verbindlichkeiten.....	89
35)	Eigenkapital.....	89
36)	Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.....	92
37)	Cash flow hedges.....	98
38)	Derivate.....	99
39)	Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.....	99
40)	Treuhandgeschäfte.....	99
41)	Nachrangige Vermögenswerte.....	100
42)	Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten.....	100
43)	Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken.....	100
44)	Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen.....	101
45)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	102
46)	Segmentberichterstattung	103
a)	Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern.....	104
b)	Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten.....	105
47)	Risikobericht	106
a)	Allgemein.....	106
b)	Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze.....	106
c)	Kreditrisiko.....	107
d)	Marktrisiko.....	114
e)	Liquiditätsrisiko.....	116
f)	Operationelles Risiko.....	118
g)	Beteiligungsrisiko.....	119
h)	Sonstige Risiken.....	119
i)	Ausblick 2018.....	119
48)	Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾	120
49)	Beteiligungsunternehmen bewertet at equity	120
50)	Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen	121

ANHANG (NOTES)

1) Allgemeine Angaben

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter Berücksichtigung des geplanten Abbaus vorgenommen. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt, da dies die funktionale Währung des Konzerns ist. Alle Daten sind in Tausend EUR dargestellt, sofern nichts anderes angegeben ist. Rundungsdifferenzen sind in den nachstehenden Tabellen möglich. Alle Bezeichnungen im Anhang, die ausschließlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 14. März 2018 vom Vorstand unterzeichnet und wird anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Angaben betreffend die Muttergesellschaft

Die immigon portfolioabbau ag (immigon) mit Firmensitz in 1090 Wien, Peregringasse 2, ist eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und das Mutterunternehmen von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften. Bis zum 4. Juli 2015 firmierte die Gesellschaft als Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) mit Firmensitz in 1090 Wien, Kolingasse 14 – 16. Von ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 bis zur Spaltung im Juli 2015 befand sich die Gesellschaft in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde lagen.

In der Hauptversammlung vom 28. Mai 2015 wurde die Abspaltung zur Aufnahme des Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetriebes der damaligen ÖVAG (Rechtsnachfolger: immigon) als übertragende Gesellschaft auf die Volksbank Wien-Baden AG (VBW) als übernehmende Gesellschaft beschlossen. Die Übertragung erfolgte rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals zur Verlustdeckung beschlossen.

Die FMA hat mit Bescheid vom 2. Juli 2015 den Betrieb der Gesellschaft als Abbaugesellschaft im Sinne des § 162 BaSAG unter der Bedingung der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch genehmigt. Seit der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch am 4. Juli 2015 ist die Gesellschaft kein Kreditinstitut mehr und schied gleichzeitig aus dem Volksbanken-Verbund aus. Der Firmenwortlaut wurde am 4. Juli 2015 auf immigon portfolioabbau ag geändert. Seit diesem Stichtag ist die immigon eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs. 1 BaSAG. Der Geschäftsgegenstand gemäß § 2 der Satzung sieht vor, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen. Die Gesellschaft hat demnach einen Abbauplan zu erfüllen, der die Eliminierung der wesentlichen risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 vorsah. Hierunter fällt auch der Verkauf und Abbau von Tochtergesellschaften.

Abbaumaßnahmen sowie Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Ziel der immigon ist es, den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig zu vollenden, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und die immigon und ihre Tochtergesellschaften final abzuwickeln. Die immigon ist als Abbaugesellschaft trotz des sehr weit fortgeschrittenen Abbaus den Unsicherheiten und Risiken im Abbauprozess, unter anderem hinsichtlich erzielbarer Verkaufspreise von Vermögensgegenständen, ausgesetzt. Ferner besteht das Risiko, dass auch im Rahmen der Veräußerung bzw. dem Schließen von Derivaten Abschläge erforderlich sein könnten. Darüber hinaus bestehen im Konzern allgemeine Gewährleistungsrisiken aus Beteiligungsverkäufen sowie Rechtsrisiken aus bestehenden Passivprozessen.

Im Einzelabschluss der immigon sowie den Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften wurden entsprechende bilanzielle Vorsorgen gebildet, um Unsicherheiten und Risiken im Abbauprozess, etwa hinsichtlich erzielbarer Verkaufspreise von Assets, den Bonitätsentwicklungen ausstehender Kredite und höheren Aufwendungen und Gewährleistungen Rechnung zu tragen. Dem Umstand der unerwarteten Risiken und Unsicherheiten wurde unter anderem auch durch die Einstellung des Jahresüberschusses der immigon in die Rücklagen Rechnung getragen. Für den hier vorliegenden Konzernabschluss nach IFRS gilt es zu beachten, dass mögliche künftige Verluste aus dem vorzeitigen Abbau des Kreditportfolios, die daraus resultieren, dass Veräußerungserlöse unter den fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen liegen, gemäß IAS 37 und 39 nicht berücksichtigt werden dürfen, sodass ein Teil dieser Vorsorgen nach UGB im Konzernabschluss nach IFRS nicht gebildet wurden.

Der Abbau der Vermögenswerte des Konzerns konnte 2017 erfolgreich fortgesetzt werden. Hierbei sind insbesondere die folgenden Transaktionen anzuführen:

- Der Bestand an nicht börsennotierten Bankanleihen konnte vermindert werden.
- Wesentliche Transaktionen im Bereich der Kundenforderungen waren drei Immobilienfinanzierungen in Ungarn, der vollständige Abbau von Forderungen aus Immobilienleasingverträgen in Tschechien und Polen sowie der Abbau österreichischer Immobilienleasingfinanzierungen, eine Immobilienfinanzierung in Prag sowie der Abbau österreichischer Konsortialkredite.
- Im Bereich der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere wurden wenig liquide Anleihen veräußert, einige hochliquide Wertpapiere waren zur Rückzahlung fällig.
- Aufgrund der am 18. März 2017 in das Firmenbuch eingetragenen Verschmelzung der RZB auf die RBI hat die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung (UBG), eine vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der immigon, rund 9,9 Mio. Aktien der Raiffeisen Bank International AG erhalten. Diese Aktien wurden im März 2017 im Rahmen eines beschleunigten Bookbuilding-Verfahrens an institutionelle Investoren zur Gänze verkauft.

Zum Abbau der Passivseite hat die immigon auch 2017 angeboten, ausstehende Verbindlichkeiten gegenüber Investoren vorzeitig zurückzukaufen.

- Die Rückkaufprogramme für Verbindlichkeiten wurden 2017 fortgeführt bzw. auf nachrangige (Senior Subordinated) Verbindlichkeiten ausgeweitet. immigon stellt Rückkaufkurse für bestimmte Verbindlichkeiten auf ihrer Homepage <http://www.immigon.com> zur Verfügung und lädt Anleger ein, ihr die genannten Instrumente zu diesen Kursen zum Rückkauf anzudienen. Im Geschäftsjahr 2017 waren von diesen Rückkäufen Nominalwerte von EUR 94,8 Mio. betroffen.
- Weiters hat immigon im Februar 2017 eine Nachranganleihe vorzeitig gekündigt.
- Durch den Abbau von Derivatgeschäften konnten zugehörige Besicherungskonten zurückgezahlt werden.

In Summe ist es gelungen, die Bilanzsumme des immigon-Konzerns von EUR 2.355 Mio. zum 31. Dezember 2016 auf EUR 1.603 Mio. zum 31. Dezember 2017 zu reduzieren.

Die immigon wird ihre Abbaubemühungen weiter fortsetzen und sich um eine aktive, rasche und bestmögliche Verwertung der Vermögenswerte im Einklang mit einer entsprechenden Reduktion der Refinanzierung bemühen. Gemäß der Abbaustrategie ist jede Möglichkeit zum vorzeitigen Abbau zu nutzen und ein aktiver Verkauf von Vermögenswerten anzustreben. Restliche Vermögensbestände der immigon selbst haben zu einem guten Teil Restlaufzeiten im ersten Quartal 2018 oder sind fällige Forderungen aus beendeten Kreditbeziehungen, Restanten sind weiterhin durch Umfinanzierungen seitens der Kreditnehmer oder durch Verkauf von Einzelengagements abzubauen. Im Bereich der Tochterge-

sellschaften sind die verbliebenen Leasingforderungen und Immobilien zu verwerten bzw. Gesellschaftsanteile zu veräußern. Hierunter fallen insbesondere die durch die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehaltene VB-Leasing International Beteiligung und die indirekt über die Investkredit-IC Holding alpha GmbH gehaltenen Beteiligungen an Immobilienleasinggesellschaften in Österreich. Im Bereich der Tochtergesellschaften ist deren Anzahl weiterhin zu reduzieren, d.h. vor allem Liquidationen von Tochtergesellschaften bis zu Löschungen im Firmenbuch voranzutreiben.

Die Vorbereitungen auf die Liquidation der immigon werden im Mittelpunkt der Anstrengungen für das Jahr 2018 stehen. Das entsprechende Projekt beschäftigt sich mit dem Rückbau der IT-Systeme, dem Outsourcing von Leistungen, der Archivierung von Daten, weiteren Komplexitätsreduktionen, rechtlichen Aspekten und einer möglichst guten Vorbereitung der Liquidationsphase. Aufgrund des fortgeschrittenen Abbaus und der damit einhergehenden Risikoreduktion werden in der immigon strukturelle Anpassungen in der Aufbau- und Ablauforganisation vorzunehmen sein. Gleichzeitig ist ein effizienter und sicherer Betrieb des Unternehmens zu gewährleisten.

Die aktuelle Arbeitshypothese geht davon aus, dass die Liquidation der immigon nach einer Ausschreibung eines Liquidators im Jahr 2019 beginnen wird können. Unverändert ist immigon auch der Ansicht, dass der Abschluss der formalen und rechtlichen Liquidation und damit die Löschung der Firma mit großer Wahrscheinlichkeit erst sehr viel später erfolgen wird können.

2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises

Im Geschäftsjahr 2017 wurden die Beteiligungsstrukturen weiter bereinigt und drei vollkonsolidierte Unternehmen liquidiert. Weiters wurden im Geschäftsjahr sieben Gesellschaften verkauft.

Berechnung Entkonsolidierungsergebnis

EUR Tsd.

Aktiva anteilig	33.933
Passiva anteilig	27.053
Währungsrücklage anteilig	-43
Abgang anteiliges Reinvermögen (Passivüberhang)	-6.924
Verkaufserlös anteilig	6.038
Entkonsolidierungsergebnis	-886

In den Konzernabschluss 2017 werden drei Tochterunternehmen nicht mehr einbezogen, weil deren Einbezug nicht mehr wesentlich für die Darstellung des Konzerns ist. Die Entkonsolidierung ist erfolgsneutral dargestellt und dabei gehen Aktiva und Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils EUR 99 Tsd. ab. Zwei Tochterunternehmen in Liquidation wurden nach erfolgter Vermögensverteilung im Geschäftsjahr 2017 endkonsolidiert.

Anzahl der in den Konzern einbezogenen Unternehmen

	31.12.2017			31.12.2016		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Vollkonsolidierte Unternehmen						
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitute	6	5	11	9	7	16
Sonstige Unternehmen	13	11	24	13	21	34
Gesamt	19	16	35	22	28	50
At equity einbezogene Unternehmen						
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Unternehmen	1	1	2	1	2	3
Gesamt	1	1	2	1	2	3

Anzahl der in den Konzern nicht einbezogenen Unternehmen

	31.12.2017			31.12.2016		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verbundene Unternehmen	10	9	19	10	14	24
Assoziierte Unternehmen	2	1	3	3	5	8
Unternehmen gesamt	12	10	22	13	19	32

Diese Unternehmen sind zusammen für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit wird neben den quantitativen Merkmalen Bilanzsumme und Jahresergebnis nach Steuern die Auswirkung einer Konsolidierung auf einzelne Bilanzpositionen sowie auf den true and fair view im Konzernabschluss berücksichtigt. Für die Berechnung der quantitativen Merkmale wurden die letzten verfügbaren Jahresabschlüsse der Gesellschaften sowie der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2017 zugrunde gelegt.

Die Liste der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der at equity bewerteten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen mit Detailinformationen befindet sich am Ende des Anhangs (siehe Kapitel 48), 49), 50)).

3) Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig auf alle in diesem Abschluss veröffentlichten Perioden und konsistent von allen Konzernmitgliedern angewendet.

Der Konzernabschluss 2017 sowie die Vergleichswerte 2016 wurden nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS; früher: International Accounting Standards, IAS) erstellt und erfüllen die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit allen am Bilanzstichtag gültigen IFRS/IAS, die das International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht hat, sowie allen Interpretationen (IFRIC/SIC) des International Financial Reporting Interpretations Committee bzw. des Standing Interpretations Committee erstellt, sofern diese auch von der Europäischen Union im Endorsement-Verfahren übernommen wurden.

Der Konzernabschluss ist mit Ausnahme der folgenden Positionen auf Basis von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erstellt:

- Derivative Finanzinstrumente – bewertet mit dem fair value
- Finanzinstrumente der Kategorie at fair value through profit or loss und available for sale – bewertet mit dem fair value
- Investment property Vermögenswerte – bewertet mit dem fair value
- Sozialkapitalrückstellungen – Ansatz erfolgt mit dem Barwert abzüglich des Barwertes des Planvermögens

In den beiden nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine Darstellung von geänderten und neuen Rechnungslegungsvorschriften, die wesentlich für den Konzernabschluss der immigon sind.

a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften

Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Änderungen zu IAS 7 – Kapitalflussrechnungen: Die Änderungen haben die Zielsetzung, die Information über die Veränderung der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Es sind Angaben über die Änderungen jener finanziellen Verbindlichkeiten zu machen, deren Ein- und Auszahlungen in der Geldflussrechnung im cash flow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Die geforderten Angaben können in Form einer Überleitungsrechnung der Bilanzposten dargestellt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern.

Änderungen zu IAS 12 – Ertragsteuern: Die Änderungen stellen klar, dass noch nicht eingetretene Verluste auf Schuldinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, für Steuerzwecke jedoch zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zur Entstehung einer aktiven Steuerlatenz führen können. Weiters stellen die Änderungen klar, dass nicht der Buchwert sondern der steuerliche Wert eines Vermögenswertes die relevante Größe bei der Schätzung zukünftiger zu versteuernder Gewinne ist und der Buchwert dabei nicht die Obergrenze für die Berechnung darstellt. Beim Werthaltigkeitstest der aktiven latenten Steuern darf bei der Schätzung der zukünftig zu versteuernden Gewinne der Effekt aus der Veränderung der latenten Steuerposition aus Umkehrung dieser temporären Differenzen nicht berücksichtigt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014-2016)

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an drei Standards vorgenommen. Die Änderungen betreffen verbesserungsbedürftige Formulierungen und Klarstellungen sowie Änderungen, welche eine gänzliche Überarbeitung eines Standards nicht erforderlich machen. Betroffen sind die Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28. Die neuen Regelungen sind bezüglich IFRS 1 und IAS 28 verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen und für IFRS 12 für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen zu IFRS 12 haben keine Auswirkungen auf den immigon Konzern. Weiters werden die Änderungen zu IFRS 1 und IAS 28 keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Klarstellung zu IFRS 15 – Erlöse aus Verträgen mit Kunden: Die Änderungen betreffen die Themen Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, Prinzipal/Agent-Erwägungen, Lizenzen und Übergangserleichterungen für modifizierte bzw. abgeschlossene Verträge. Bei der Identifizierung von Leistungsverpflichtungen wurde ausgeführt, dass zu prüfen ist, ob die Übertragung der Waren/Dienstleistungen einzeln geschieht, oder ob es sich um zusammengesetzte Posten handelt. Dabei ist der „Kontext des Vertrages“ zu berücksichtigen. Der zweite wesentliche Punkt bei der Klarstellung zu IFRS 15

bezieht sich auf die Einschätzung des Unternehmens, inwieweit es als Prinzipal oder als Agent gegenüber anderen Parteien auftritt. Dabei ist zu beachten, ob das Unternehmen die Waren/Dienstleistungen beherrscht. Bei der Gewährung von Lizenzen ist festzustellen, ob diese zu einem Zeitpunkt oder über einen Zeitraum gewährt werden. Das IASB hat zur Klarstellung die Anwendungsleitlinien ausgeweitet. Bezüglich des Übergangs auf IFRS 15 wurden zusätzlich zwei optional anzuwendende Erleichterungen definiert. Die Änderung ist in der EU für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IFRS 2 – Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung:

Bezüglich der Bilanzierung von IFRS 2 Sachverhalten wurden verschiedene Anfragen zu Klarstellungen beim IASB und beim IFRS Interpretations Committee eingebracht, welche gesammelt in einem Projekt abgehandelt wurden. Bisher hatte es lediglich Leitlinien zu in Eigenkapitaltiteln erfüllten Vergütungen gegeben. Mit den Änderungen werden auch zusätzliche Vorschriften zu in bar erfüllten Vergütungen aufgenommen. Dadurch wird klargestellt, dass die Bewertungsvorschriften nach IFRS 2 für beide Arten von anteilsbasierten Vergütungen gelten. Des Weiteren gibt es eine Änderung bei der Klassifizierung von anteilsbasierten Vergütungen als in Eigenkapitaltitel erfüllt. Dabei wird geregelt, dass auch die Bezahlung des Steuereinhalts als in Eigenkapitaltitel erfüllt zu klassifizieren ist, wenn die anteilsbasierte Vergütung dementsprechend klassifiziert wird. Zusätzlich wurden Regelungen aufgenommen, wie bei einem Wechsel, von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich zu einer Erfüllung durch Eigenkapitalinstrumente aufgrund von Änderungen der Vereinbarung, vorzugehen ist. Bis dato war dieser Sachverhalt nicht geregelt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IFRS 4 – Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente mit IFRS 4 Versicherungsverträge:

Mit dieser Anpassung wird der möglichen Problematik der Anwendung von IFRS 9 für Versicherungsunternehmen bis zur Anwendung des künftigen Standards für Versicherungsverträge (IFRS 17) Rechnung getragen. Es kommen zwei optionale Ansätze zur Anwendung. Entweder werden die Volatilitäten welche aufgrund der Anwendung von IFRS 9 entstehen im OCI statt in der GuV erfasst oder Versicherungsunternehmen wenden weiterhin IAS 39 an, bis der neue Versicherungsstandard anzuwenden ist. Erstanwendung ist im Geschäftsjahr, das am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnt. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Änderungen des IFRS 10 - Konzernabschlüsse und IAS 28 - Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures

durch den IASB: Angepasst wurden die Regelungen bei Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder joint venture. Ursprünglich war der Erstanwendungszeitpunkt der 1. Jänner 2016. Der Erstanwendungszeitpunkt wurde vom IASB auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Möglichkeit einer vorzeitigen Anwendung bleibt jedoch erhalten. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IAS 40 – Übertragung von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien:

Die Änderungen schlagen Leitlinien vor, wann ein Vermögensgegenstand zwischen den Kategorien des Vorratsvermögens und der als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wechselt. So wird u.a. klargestellt, dass eine beabsichtigte Nutzungsänderung seitens der Unternehmensleitung nicht ausreicht, um eine Nutzungsänderung gem. IAS 40 zu argumentieren. Vielmehr hat eine tatsächliche Nutzungsänderung vorzuliegen, damit eine Übertragung auf oder von der Kategorie als Finanzinvestition gehaltene Immobilien erfolgt. Die Liste der Änderungssachverhalte ist als nicht abschließend anzusehen. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IAS 19 – Leistungen an Arbeitnehmer: im Februar 2018 hat das IASB Änderungen zu IAS 19 veröffentlicht. Es wird mit diesen Änderungen klargestellt, dass bei Planänderungen, -kürzungen und Abgeltungen der Pensionsverpflichtungen der Dienstzeitaufwand und die Nettozinsen für den Rest der Planperiode auf Basis aktualisierter Annahmen zu berücksichtigen sind. Die Änderungen sind ab dem 1. Jänner 2019 anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig. Der immigon Konzern prüft gegenwärtig, welche Auswirkungen die Anwendung von diesen Änderungen auf den Konzernabschluss haben wird.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2015-2017)

im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind die Standards IFRS 3, IFRS 11, IAS 12 und IAS 23. Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2019 beginnen. Die Standards werden nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

Änderungen zu IFRS 9 – Finanzinstrumente und IAS 28 – Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen: im Oktober 2017 wurden Änderungen an IFRS 9 und IAS 28 veröffentlicht. Die vorgeschlagenen Änderungen an IFRS 9 betreffen eine begrenzte Anpassung der für die Klassifikation von finanziellen Vermögenswerten relevanten Beurteilungskriterien. Finanzielle Vermögenswerte mit einer negativen Vorfälligkeitsentschädigung („pre-payment feature with negative compensation“) dürfen unter bestimmten Voraussetzungen zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis anstatt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden. Die Änderungen von IAS 28 stellen klar, dass IFRS 9 auf langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen anzuwenden ist, deren Bilanzierung nicht nach der Equity-Methode erfolgt. Die Änderungen sind ab dem 1. Januar 2019 anzuwenden. Eine vorzeitige Anwendung der Änderungen ist zulässig. Die Bestimmungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

b) Neue Rechnungslegungsvorschriften

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Neue Standards und Interpretationen

IFRS 9 – Finanzinstrumente (IASB Anwendungspflicht 1. Jänner 2018): Im Juli 2014 wurde die endgültige Version von IFRS 9 Finanzinstrumente verabschiedet. Der neue Standard ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen.

Der immigon Konzern hat eine Einschätzung der Auswirkung der erstmaligen Anwendung von IFRS 9 auf den Konzernabschluss basierend auf den Bilanzpositionen per 31. Dezember 2017 vorgenommen. Die Gesamtauswirkung auf die Eigenkapitaleröffnungsbilanz des immigon Konzerns wurde auf EUR 1 Mio. geschätzt und ist im Wesentlichen auf den Anstieg des Gewinnvortrags aufgrund der fair value Bewertung der Kundenforderungen, die aktuell unter IAS 39 zu amortised cost bewertet werden, zurückzuführen.

Klassifizierung und Bewertung - IFRS 9 sieht neue Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften für finanzielle Vermögenswerte vor, die das Geschäftsmodell, in dem diese Vermögenswerte gehalten werden und die Charakteristika der Zahlungsströme widerspiegeln. Demgemäß existieren nunmehr drei Kategorien zur Klassifikation von finanziellen Vermögenswerten: zu amortised cost, zum fair value through other comprehensive income (FVOCI) und zum fair value through profit and loss (FVTPL).

Aufgrund der Abbaustrategien, die im immigon Konzern für diverse Teilportfolien vorgegeben sind, können Finanzinstrumente ausschließlich dem Geschäftsmodell „other business model“ zugeordnet werden. Die diesem Modell zugeordneten Finanzinstrumente werden künftig zum fair value through profit and loss (FVTPL) bewertet. Dies betrifft im Wesentlichen alle aktuell unter IAS 39 zu amortised cost bewerteten Kredite und die Wertpapiere der Kategorien held for trading und available for sale im Segment Kredite und Wertpapiere, nicht jedoch die Leasingforderungen, da deren Bewertung in IAS 17 geregelt ist.

Basierend auf der oben angeführten Einschätzung wird der potenzielle Effekt zum Zeitpunkt der Erstanwendung voraussichtlich wesentliche Auswirkungen in prozessualer Hinsicht, jedoch keine wesentliche betragliche Auswirkung auf die Bilanzierung von Forderungen und Finanzinvestitionen haben. Gemäß den Vorschriften von IFRS 9 werden Derivate, die in hybride Verträge mit einem finanziellen Vermögenswert im Anwendungsbereich des IFRS 9 als Basisvertrag eingebettet sind, in ihrer Gesamtheit beurteilt.

Derivative Instrumente sowie Eigenkapitalinstrumente werden nach IFRS 9 ebenfalls erfolgswirksam zum fair value bewertet. Von der Ausübung der Option, Eigenkapitalinstrumente zum fair value über das OCI zu bewerten (OCI Option), wird kein Gebrauch gemacht.

Die Regelungen des IAS 39 zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten wurden im Wesentlichen in den IFRS 9 übernommen. Bei fair value through profit and loss designierten finanziellen Verbindlichkeiten werden Veränderungen des fair value, welche auf das eigene Kreditrisiko zurückzuführen sind, im Sonstigen Ergebnis erfasst. Fair value through profit and loss designierte finanzielle Verbindlichkeiten finden im immigon Konzern keine Anwendung.

Wertminderungen - Durch die neuen Vorschriften sind nicht mehr nur eingetretene Verluste, sondern auch bereits erwartete Verluste zu erfassen. Dabei wird der Umfang der Erfassung erwarteter Verluste danach differenziert, ob sich das Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte seit dem erstmaligen Ansatz signifikant erhöht hat. Liegt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos vor, so sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit (lifetime expected credit loss) zu erfassen. Andernfalls ist der erwartete Zwölf-Monats-Kreditverlust zu erfassen.

Das neue Wertminderungsmodell ist auf finanzielle Vermögenswerte, die zu amortised cost oder zu fair value through other comprehensive income (FVOCI) bewertet werden – mit Ausnahme von als Finanzanlagen gehaltenen Dividendenzertifikaten – sowie auf vertragliche Vermögenswerte anzuwenden.

Aufgrund der zukünftigen fair value through profit and loss (FVTPL) Bewertung für nahezu alle aktuell unter IAS 39 zu amortised cost bewerteten Kredite bzw. Wertpapiere der Kategorien held for trading und available for sale im Segment Kredite und Wertpapiere, finden die Vorschriften des neuen Wertminderungsmodells keine Anwendung auf diese Finanzinstrumente.

Ausnahmeregelungen bestehen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie für Leasingforderungen, wodurch die Wertminderung stets in Höhe des lifetime expected credit loss erfasst werden muss (Forderungen ohne wesentliche Finanzierungskomponente) bzw. darf (Forderungen mit wesentlicher Finanzierungskomponente). Der immigon Konzern hat in Hinblick auf seine Abbaustrategie entschieden, die vereinfachte Methode zur Erfassung der Wertminderung von Leasingforderungen anzuwenden. Basierend auf der Einschätzung der Effekte aus der Anwendung des vereinfachten Ansatzes zur Erfassung von Wertminderungen für Leasingforderungen und den allgemeinen Wertminderungsvorschriften für Kreditzusagen und Finanzgarantien erwartet die Gruppe voraussichtlich einen Anstieg des Eigenkapitals um rd. EUR 100 Tsd. sowie einen Anstieg der nicht beherrschenden Anteile um rd. EUR 50 Tsd.

Hedge accounting - Der Standard IFRS 9 sieht Änderungen an den Regelungen zu hedge accounting vor, nach denen sich die Beurteilung der Sicherungsbeziehungen stärker an der ökonomischen Risikosteuerung des Unternehmens orientiert. IFRS 9 enthält das Wahlrecht, entweder die Vorschriften des IAS 39 oder IFRS 9 anzuwenden. Das hedge accounting im immigon Konzern wurde im Geschäftsjahr 2016 beendet, dadurch ergeben sich per 1. Jänner 2018 keine Erstanwendungs- und Anpassungseffekte.

Zusammenfassend ergibt sich nach der Analyse der Bereiche Klassifizierung und Bewertung, Wertminderung und hedge accounting nach derzeitiger Schätzung ein positiver IFRS 9 Erstanwendungseffekt auf das IFRS Eigenkapital des immigon Konzerns in Höhe von rund EUR 1 Mio. Dieser Effekt resultiert vor allem aus der Zuordnung des Kreditgeschäfts zum „other business model“ und der daraus resultierenden Bewertung von amortised cost zu fair value through profit and loss.

Angaben – IFRS 9 erfordert erweiterte Angaben, insbesondere in Bezug auf hedge accounting, Kreditrisiko und erwartete Verluste. Der immigon Konzern führte eine Analyse der erforderlichen Änderungen im Rechnungslegungsprozess und der internen Kontrollen durch.

Übergangsbestimmungen – der immigon Konzern beabsichtigt, die vom Standard eingeräumte Übergangserleichterung in Anspruch zu nehmen und wird in seinen Finanzberichten 2018 nach IFRS 9 keine Vergleichsinformationen veröffentlichen.

IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Kundenverträgen: IFRS 15 ist auf Umsatzerlöse aus Kundenverträgen anzuwenden und wird die bisher geltenden Standards IAS 11 und IAS 18 ersetzen. IFRS 15 ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die immigon als Abbaugesellschaft schließt keine neuen Kundenverträge ab. Bereits bestehende Kundenverträge unterliegen aktiven Abbaumaßnahmen. IFRS 15 sieht ein prinzipienorientiertes fünfstufiges Modell vor, wonach zunächst der Kundenvertrag und die darin enthaltenen separaten Leistungsverpflichtungen zu identifizieren sind. Anschließend wird der Transaktionspreis bestimmt und auf die Leistungsverpflichtungen des Vertrages aufgeteilt. Die Umsatzerlöse sind dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Dienstleistungen hat. Dies kann entweder zeitraum- oder zeitpunktbezogen erfolgen. Die Übertragung der Chancen und Risiken ist nicht mehr entscheidend. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten.

Zinserträge und Dividenden aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, für die bisher IAS 18 anzuwenden war, werden von IFRS 15 nur mehr eingeschränkt erfasst. Auf Entgelte für Finanzdienstleistungen sind die Regelungen gemäß IFRS 9 bzw. IAS 39 anzuwenden, sofern diese einen integralen Bestandteil des Effektivzinses darstellen. Inhaltlich ergeben sich dadurch keine Auswirkungen zur bisherigen Vorgehensweise. Aus diesem Grund ist für den immigon Konzern insbesondere die Abgrenzung der Erlöse gemäß IFRS 15 von Erträgen aus Finanzinstrumenten, die unter IFRS 9 fallen, sowie von Erträgen aus Leasingverhältnissen nach IFRS 16 bzw. IAS 17 von Bedeutung. In den Anwendungsbereich des IFRS 15 können Provisionen und Gebühren fallen. Die Anhangangaben werden im Vergleich zu IAS 18 umfangreicher sein. Für die Erträge aus Finanzdienstleistungen nach IAS 39 bzw. IFRS 9 gelten jedoch weiterhin Angabevorschriften gemäß IFRS 7 Finanzinstrumente. Im Hinblick auf die Abbaustrategie des immigon Konzerns und mangels Neugeschäft ist davon auszugehen, dass die Anwendung des Standards, im Vergleich zur bisherigen Vorgehensweise, zu keinen wesentlichen Änderungen der Erlösrealisierung führen wird.

IFRS 16 - Leasingverhältnisse: Der immigon Konzern beurteilt derzeit die potenziellen Auswirkungen von IFRS 16 auf den Konzernabschluss. IFRS 16 wird mit 1. Jänner 2019 wirksam und ersetzt den bisherigen Standard IAS 17. Geschäftsfälle, die der Anwendung von IFRS 16 unterliegen, betreffen im immigon Konzern KFZ Leasingverträge. Eine

Quantifizierung und Detaillierung erfolgt im ersten Halbjahr 2018. Eine wesentliche Änderung betrifft die Abbildung der operating lease Verträge beim Leasingnehmer, da Vermögenswerte und Schulden aus operativen Leasingverhältnissen nun zu erfassen sein werden. Es besteht das Wahlrecht für operative Leasingvereinbarungen, die eine Laufzeit von nicht mehr als 12 Monaten aufweisen, sowie für jene, deren zugrundeliegender Vermögenswert von geringem Wert ist, als Aufwand zu erfassen. Ob eine der praktischen Erleichterungen genutzt wird, die nach IFRS 16 möglich sind, wurde noch nicht festgelegt. Die Bilanzierung beim Leasinggeber ändert sich im Vergleich zu IAS 17 nur unerheblich. Die Anhangangaben werden im Vergleich zu IAS 17 umfangreicher sein. Auf die Finanzierungsleasing-Verhältnisse werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Neue Standards und Interpretationen

IFRS 14 - Regulatorische Abgrenzungsposten: wurde als Interim Standard veröffentlicht, der eine Zwischenlösung darstellt, bis sich das IASB im Rahmen des Projekts Rate-regulated activities auf die Bilanzierung des Sachverhaltes geeinigt hat. Durch die Regelungen des Standards wird es Unternehmen, die erstmals einen IFRS-Abschluss gemäß IFRS 1 aufstellen, ermöglicht, sogenannte regulatorische Abgrenzungsposten, die sie unter Geltung ihrer bisherigen nationalen Rechnungslegungsvorschriften im Zusammenhang mit preisregulierten Tätigkeiten angesetzt haben, im IFRS Abschluss beizubehalten und weiterhin nach den bisherigen Rechnungslegungsmethoden zu bilanzieren. Hierdurch soll betroffenen Unternehmen ein Übergang auf IFRS erleichtert werden. Die Anwendung der Regelung ist allerdings explizit nur für IFRS-Erstanwender vorgesehen; bereits nach IFRS bilanzierende Unternehmen sind von der Anwendung ausgenommen. Die Bestimmungen haben keine Auswirkungen auf den immigon Konzern, da die immigon kein IFRS-Erstanwender ist.

IFRIC 22 - Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen ist eine Interpretation zu IAS 21 Auswirkungen von Wechselkursänderungen: Bei der Interpretation wird klargestellt, auf welchen Zeitpunkt der Wechselkurs für die Umrechnung von Transaktionen in Fremdwährungen zu ermitteln ist, wenn das Unternehmen einen nicht monetären Vermögenswert oder eine nicht monetäre Schuld ansetzt, welche aus einer im Voraus geleisteten Zahlung/Erhalt einer Gegenleistung entsteht, bevor das Unternehmen den zugehörigen Vermögenswert, Ertrag oder Aufwand erfasst. Dabei ist grundsätzlich der Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung des nicht monetären Vermögenswertes bzw. der nicht monetären Schuld ausschlaggebend. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den immigon Konzern haben.

IFRIC 23 Unsicherheit bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung: im Mai 2017 wurde IFRIC 23, Unsicherheit bei der ertragsteuerlichen Behandlung, vom IASB herausgegeben. Mit der Interpretation wird die Bilanzierung von Unsicherheit in Bezug auf Ertragsteuern klargestellt. Ein Unternehmen hat Ermessen anzuwenden, wenn es bestimmt, ob jede steuerliche Behandlung einzeln oder ob manche steuerlichen Behandlungen gemeinsam beurteilt werden sollen. Die Entscheidung sollte darauf beruhen, welcher Ansatz die bessere Vorhersage der Auflösung der Unsicherheit ermöglicht. Im Rahmen der Einschätzung der Unsicherheit hat ein Unternehmen zu beurteilen, ob es wahrscheinlich ist, dass die Steuerjurisdiktion die ertragsteuerliche Behandlung akzeptieren wird. IFRIC 23 ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den immigon Konzern haben.

IFRS 17 Versicherungsverträge: der im Mai 2017 veröffentlichte Standard beinhaltet Vorschriften zur bilanziellen Abbildung von Versicherungsverträgen. Er ersetzt die Vorschriften des IFRS 4 und enthält nunmehr konsistente Bilanzierungsprinzipien für Versicherungsverträge, die für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen innerhalb der Versicherungsbranche sowie industrieübergreifend (z.B. im Vergleich mit Abschlüssen von Banken) sorgen sollen. Der Schwerpunkt der Neuregelung liegt auf der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellung und Ver-

mögenswerte, der periodengerechten Erfassung von Umsatzerlösen aus Versicherungsverträgen sowie der umfassenden Berichterstattung im Anhang. IFRS 17 ist auf die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2021 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Eine vorzeitige Anwendung des IFRS 17 ist nur bei gleichzeitiger Anwendung von IFRS 9 und IFRS 15 zulässig. Die Bestimmungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den immigon Konzern haben.

c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Diese Schätzungen und Annahmen haben Einfluss auf die in der Bilanz und die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Beträge der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen.

Bei den folgenden Annahmen und Schätzungen besteht naturgemäß die Möglichkeit, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen am Bilanzstichtag entwickeln, es zu wesentlichen Anpassungen von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr kommen kann.

- Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen. Die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zu Grunde gelegten Parameter beruhen teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen (siehe Kapitel 17).
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von investment properties (siehe Kapitel 18), immateriellen Vermögenswerten (siehe Kapitel 21), und Sachanlagen (siehe Kapitel 22) basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden oder der available for sale Kategorie zugeordnet werden, basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen (siehe Kapitel 36 und derivative Finanzinstrumente in Kapitel 38).
- Dem Ansatz der aktiven latenten Steuern liegt die Annahme zu Grunde, dass in Zukunft ausreichend steuerliche Einkünfte erwirtschaftet werden, um die bestehenden Verlustvorräte zu verwerten; ggf. werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt (siehe Kapitel 23).
- Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet (siehe Kapitel 30).
- Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt auf Basis von Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Indikationen von betrauten Rechtsanwälten, Erfahrungswerten und finanzmathematischen Berechnungsmethoden (siehe Kapitel 29).
- Zu den in der Bilanz nicht erfassten Verpflichtungen und Wertminderungen auf Grund von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungsverhältnissen werden regelmäßig Einschätzungen vorgenommen, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss zu erfolgen hat (siehe Kapitel 43).
- Bei verlusttragenden Eigenmittelinstrumenten wird der Rückzahlungsbetrag gemäß IAS 39 AG 8 in der Folgeperiode regelmäßig angepasst. Für die Ermittlung des Buchwertes der finanziellen Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert. Für die Berechnung der zukünftigen cash flows wird die aktuellste Planung zu Grunde gelegt (siehe Kapitel 33).

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargestellt. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen zum Bilanzstichtag entwickeln. Änderungen

werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt und die Prämissen entsprechend angepasst.

d) Konsolidierungsgrundsätze

Grundlage des vorliegenden Konzernabschlusses bilden nach IFRS erstellte Einzelabschlüsse aller vollkonsolidierten Unternehmen. Im Rahmen der Bewertung at equity wurden die Wertansätze in den lokalen Abschlüssen assoziierter Unternehmen an die konzerneinheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, sofern die Auswirkungen auf den Konzernabschluss wesentlich waren.

Die im Wege der Vollkonsolidierung und nach der Equity Methode einbezogenen Jahresabschlüsse wurden auf Basis des Bilanzstichtages zum 31. Dezember 2017 erstellt.

Unternehmenszusammenschlüsse ab dem 31. März 2004 werden gemäß IFRS 3 nach der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden alle zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Übersteigen die Anschaffungskosten den anteiligen Zeitwert des Nettovermögens, wird ein Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Die full goodwill Methode wird nicht angewendet. Anpassungen von bedingten Kaufpreisbestandteilen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs als Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden erfolgswirksam erfasst. Transaktionen, bei denen der Konzern weiterhin die Beherrschung behält, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sofern Unternehmen, die von der immigon direkt oder indirekt beherrscht werden, für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlich sind, werden sie im Konzernabschluss vollkonsolidiert. Die Quotenkonsolidierung wird im immigon Konzernabschluss nicht angewendet. Unternehmen mit einem Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % ohne Beherrschungsvertrag werden nach der Equity Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Beziehungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Zuge der Schuldenkonsolidierung aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen zwischen Konzernunternehmen werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebnisse im Wege der Zwischenergebniseleinminierung eliminiert.

e) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21 werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden, nicht monetäre zum fair value bewertete Positionen sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte zum Devisen-Kassa-Mittelkurs, noch nicht abgewickelte Termingeschäfte zum Devisen-Termin-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden mit dem Anschaffungskurs angesetzt.

Die Umrechnung von Einzelabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in fremden Währungen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 für die Bilanz mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag und für das Eigenkapital mit den historischen Kursen. Differenzen, die sich aus dieser Umrechnung ergeben, werden erfolgsneutral in der Währungsrücklage verrechnet. Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten aus der Erstkonsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die vor dem 1. Jänner 2005 entstanden sind, werden mit den historischen Wechselkursen umgerechnet. Alle Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten von Unter-

nehmenszusammenschlüssen nach dem 1. Jänner 2005 werden mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden die durchschnittlichen Devisen-Kassa-Mittelkurse, berechnet auf Basis von Monatsultimoständen, für das Geschäftsjahr herangezogen. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung werden ergebnisneutral mit dem Eigenkapital in der Währungsrücklage verrechnet.

f) Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Laufende oder einmalige zinsähnliche Erträge und Aufwendungen wie Kreditprovisionen, Überziehungsprovisionen oder Bearbeitungsgebühren werden im Zinsüberschuss nach der Effektivzinsmethode erfasst. Agien und Disagien werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Finanzinstrumentes verteilt und im Zinsüberschuss dargestellt.

Der sich aus der Berechnung der Risikovorsorge ergebende Barwerteffekt wird im Zinsergebnis dargestellt.

Der Zinsüberschuss setzt sich zusammen aus:

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (inklusive Barwerteffekt aus den Risikovorsorgen)
- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen
- Mieterträgen aus operating lease Verträgen und investment property Vermögenswerten sowie Abschreibungen von operating lease Vermögenswerten
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von Einlagen
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital
- Zinskomponenten von Derivaten des Bankbuches

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis dargestellt.

Die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse von Wertpapieren, Aktien und Beteiligungen werden im Ergebnis aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

g) Risikovorsorge

In der Position Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden die Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen (siehe Kapitel 3) I) erfasst. Direkt abgeschriebene Forderungen und die Eingänge aus bereits abgeschriebenen Forderungen werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Weiters erfolgt hier auch der Ausweis der Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen.

h) Provisionsüberschuss

Im Provisionsüberschuss werden alle Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen entstehen, periodengerecht dargestellt.

i) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus im Handelsbestand (Handelsaktiva und Handelspassiva) gehaltenen Wertpapieren, Devisen und Derivaten, bis zum Übertrag der Derivate in das Bankbuch im vierten Quartal 2016, erfasst. Diese umfassen nicht nur die Ergebnisse aus Marktwertänderungen, sondern auch alle Zinserträge, Dividenden und Refinanzierungsaufwendungen von Handelsaktiva.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Positionen in Fremdwährungen werden ebenfalls im Handelsergebnis dargestellt.

j) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand enthält alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der in den Abschluss einbezogenen Unternehmen.

Dem Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Zahlungen an die Pensionskasse und Mitarbeitervorsorgekasse sowie alle Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen zugeordnet.

Im Sachaufwand sind alle Aufwendungen für Geschäftsräume, Kommunikation, Werbung und Marketing, Rechtsberatung und sonstige Beratung, Schulungen sowie der EDV-Aufwand enthalten.

Weiters werden im Verwaltungsaufwand die Abschreibungen auf immaterielles und materielles Anlagevermögen – außer die Wertminderungen von Firmenwerten – dargestellt.

k) Sonstiges betriebliches Ergebnis

In dieser Position werden neben dem Ergebnis aus der Bewertung bzw. dem Rückkauf von finanziellen Verbindlichkeiten, den Wertminderungen von Firmenwerten, den Bewertungen von IFRS 5 Veräußerungsgruppen und dem Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen alle übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnisse erfasst. Mietkäufe sowie Betriebskosten und Versicherungszahlungen, die an Kunden weiterverrechnet werden, werden saldiert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, da eine Saldierung den wirtschaftlichen Gehalt dieser Geschäftsvorfälle besser widerspiegelt.

l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse von Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss und aller Derivate im Bankbuch dargestellt. Die Ergebnisse aus Zinsen und Dividenden werden in Zinsüberschuss erfasst.

Weiters werden hier die Veräußerungsergebnisse aller verbrieften Finanzinvestitionen der Kategorien available for sale (inklusive Beteiligungen), loans & receivables und held to maturity erfasst. Die Bewertungsergebnisse, wenn sie aus Gründen einer wesentlichen oder dauerhaften Wertminderung (impairment) resultieren, werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden bei nachträglichem Wegfall des Wertminderungsgrundes bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam in dieser Position erfasst.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Fremdwährungen werden im Handelsergebnis dargestellt.

m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Erfassung

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann in der Bilanz erfasst, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird und infolgedessen das Recht auf Empfang oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von flüssigen Mitteln hat. Ein Finanzinstrument gilt mit Handelsdatum als zu- oder abgegangen. Am Handelsdatum orientieren sich der erstmalige Ansatz in der Bilanz, die Bewertung in der Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzierung des Abganges eines Finanzinstrumentes.

Ausbuchung

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt zum Zeitpunkt des Verlustes der vertraglichen Rechte an den cash flows. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Saldierungen

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann miteinander verrechnet, wenn der Konzern ein vertragliches Recht darauf hat und wenn der Konzern die verrechnete Verbindlichkeit auf einer Nettobasis tilgt oder gleichzeitig mit der Realisierung der Forderung die Verbindlichkeit begleicht.

Erträge und Aufwendungen werden nur dann netto dargestellt, wenn das von den Rechnungslegungsstandards erlaubt ist oder wenn die Gewinne und Verluste aus einer Gruppe gleichartiger Transaktionen entstehen.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind jener Betrag, der sich aus den ursprünglichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Tilgungsbeträgen, der Verteilung von Agien oder Disagien nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit sowie von Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Grund von Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit ergibt.

Fair value Bewertung

Der fair value ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungstichtag für den Verkauf eines Vermögenswertes eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde.

Für die Berechnung der fair values wird die folgende fair value Hierarchie herangezogen, die die Bedeutung der einzelnen Parameter widerspiegelt.

Level 1: Ein auf einem aktiven Markt notierter Preis für identische Instrumente. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Level 2: Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Daten beruhen – entweder direkt als Preise oder indirekt abgeleitet von Preisen. Zu den Bewertungsmethoden gehören die Verwendung der jüngsten Geschäftsvorfälle zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern sowie der Vergleich mit dem aktuellen beizulegenden Zeitwert eines anderen, im Wesentlichen identischen Finanzinstrumentes. Bei der Analyse von diskontierten cash flows sowie Optionspreismodellen werden alle wesentlichen Parameter direkt oder indirekt von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Dabei werden alle Faktoren berücksichtigt, die Marktteilnehmer bei einer Preisfeststellung beachten würden. Die Bewertung ist mit anerkannten wirtschaftlichen Methoden für die Preisfindung von Finanzinstrumenten konsistent. Alle für diese Berechnungsmethoden angewandten Schätzungen spiegeln angemessene Markterwartungen wider und beachten alle Risikofaktoren, die normalerweise in Finanzinstrumenten enthalten sind.

Level 3: Bewertungsmethoden, die zum Großteil nicht am Markt beobachtbare Parameter verwenden. Diese Parameter haben einen wesentlichen Effekt auf die Ermittlung des fair values. In dieser Kategorie werden auch Instrumente ausgewiesen, bei denen die Bewertung durch Anpassung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren erfolgt, sofern diese Anpassung erheblich ist.

Die Bewertungsmethoden werden periodisch neu ausgerichtet und auf Validität überprüft, indem Preise von beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen oder Preise, die auf verfügbaren, beobachtbaren Marktdaten beruhen, für dasselbe Finanzinstrument verwendet werden.

Wertminderungen

Quartalsweise findet ein Prozess für die Bewertung der Kreditforderungen mit dem Auftrag an die für das Risiko zuständigen Organisationseinheiten statt, auf Basis aktueller Entwicklungen einen Vorschlag für den Kreditrisikovorbedarft zu machen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eines Finanzinstrumentes objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument hat und deren Auswirkung verlässlich geschätzt werden kann.

Objektive Hinweise für das Auftreten von Wertminderungen sind z.B. finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners; Umschuldung einer Forderung zu Konditionen, die ansonsten nicht gewährt werden; Indikationen, dass der Schuldner in Insolvenz geht; das Verschwinden eines Wertpapiers von einem aktiven Markt und andere beobachtbare Daten im Zusammenhang mit einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten, wie Veränderungen im Zahlungsstand von Kreditnehmern oder wirtschaftliche Bedingungen, die mit den Ausfällen der Gruppe korrelieren.

Für die Berechnung des Vorsorgebedarfes werden zuerst die Vermögenswerte einzeln auf objektive Hinweise auf Wertminderung untersucht. Alle wesentlichen (signifikanten) Vermögenswerte werden auf Basis der erwarteten cash flows bewertet. Finanzielle Vermögenswerte, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, werden einer gemeinsamen Bewertung unterzogen. Dabei werden sie in Gruppen mit vergleichbaren Risikoprofilen zusammengefasst. Alle Vermögenswerte, bei denen kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden im Rahmen der Portfoliowertberichtigung für Wertminderungen, die bereits aufgetreten, aber noch nicht entdeckt wurden, wertberichtigt.

Der Betrag der Wertminderungen für Vermögenswerte, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wird aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem Effektivzinssatz des Vermögenswertes, ermittelt. Der Abwertungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund der Wertminderungen weg, wird der Betrag über die Gewinn- und Verlustrechnung wieder zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen wird der Betrag der Risikovorsorge auf einem eigenen Konto dargestellt. Verbrieft Forderungen werden direkt ab- bzw. zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen erfolgt eine Direktabschreibung dann, wenn der Vermögenswert ausgebucht wird und keine ausreichende Risikovorsorge bis zum Zeitpunkt der Ausbuchung gebildet war.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt für homogene Portfolien. Bei der Berechnung der Höhe dieser Wertberichtigung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- die historischen Verluste aus Forderungsausfällen
- die für die Folgeperiode geschätzten Ausfälle
- die geschätzte Zeitdauer zwischen Eintritt eines Ausfalls und Identifizierung des Ausfalls (loss identification period: 30 – 360 Tage)

- die Erfahrung des Managements, ob die aus den historischen Zeitreihen hergeleitete Schätzung der Höhe der Ausfälle größer oder kleiner als die voraussichtlichen Ausfälle in der aktuellen Periode ist.

Bei available for sale Vermögenswerten wird bei Vorliegen einer Wertminderung diese sofort als Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Kriterien für Wertminderungen sind erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Zins- oder Tilgungsverzug), die hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens, der Wegfall eines aktiven Marktes aufgrund finanzieller Schwierigkeiten oder nachweisbare Daten über einen messbaren Rückgang zukünftiger Zahlungsströme innerhalb einer Gruppe gleichartiger Finanzinstrumente, die sich noch nicht auf einzelne Vermögenswerte der Gruppe niederschlagen.

Die bisher in der available for sale Rücklage erfassten Beträge werden ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Fällt der Wertminderungsgrund weg, werden abgeschriebene Beträge bei Fremdkapitalinstrumenten wieder erfolgswirksam zugeschrieben. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern im sonstigen Ergebnis.

At fair value through profit or loss Designierung

Es wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Finanzinstrumente unwiderruflich als at fair value through profit or loss zu designieren. Eine Zuordnung zu dieser Kategorie erfolgt, wenn eine der drei folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Gruppen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden nach einer dokumentierten Risikomanagementstrategie und Investitionsstrategie auf fair value Basis gemanagt.
- Durch den fair value Ansatz wird eine Inkonsistenz bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nachweislich verhindert.
- Ein Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat, das grundsätzlich getrennt vom Rahmenvertrag zum fair value anzusetzen wäre.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Bankbuch, die der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet werden, werden Zinsen, Dividenden sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionserträge und -aufwendungen in den jeweiligen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bewertung zum fair value wird getrennt davon im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

Im Kapitel 37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Betrag, der der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurde, dargestellt. Die Beschreibung über die Gründe der Designierung ist bei den Notes zu den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten.

Derivate

Derivate werden grundsätzlich mit ihrem Marktwert ergebniswirksam bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auch auf credit value adjustments (CVA) bzw. debt value adjustments (DVA) Bedacht genommen. Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels CVA bzw. DVA - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko - Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Da für diese Kontrahenten keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads zur Verfügung stehen, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten der Kontrahenten auf internen Ratings des Konzerns.

Da die immigon als Abbaugesellschaft keine Handelsaktivitäten mehr betreibt, wurde entschieden, die Derivate des Handelsbuches in das Bankbuch zu übertragen. Die Übertragung erfolgte im vierten Quartal 2016. Daher werden alle Marktwerte von Derivaten nunmehr in den sonstigen Aktiva bzw. sonstigen Passiva (bisher Handelsaktiva und Handelspassiva) ausgewiesen. Die Ergebnisse aus der Bewertung der Derivate werden seit der Übertragung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen (bisher Handelsergebnis) dargestellt.

Um die Abbauvorgaben effizient umzusetzen, wird unter anderem eine Verminderung von Komplexitäten in allen Bereichen angestrebt. Da aufgrund des fortgeschrittenen Abbaus eine Absicherung der noch bestehenden Geschäfte nicht mehr für notwendig erachtet wird, wurde beschlossen das hedge accounting auf Ebene der immigon portfolioabbau ag per 30. September 2016 zu beenden. Die bis zur Beendigung des hedge accounting aktivierten bzw. passivierten Marktwertänderungen des Grundgeschäfts werden über die Restlaufzeit im Zinsergebnis amortisiert.

Es bestehen nach Beendigung des hedge accounting auf Ebene der immigon portfolioabbau ag ökonomische Hedges aus Derivaten, welche im Wesentlichen zur Absicherung der eigenen Emissionen dienen. Dabei handelt es sich um jene Sicherungsbeziehungen, die ursprünglich als bilanzielle Sicherungsbeziehungen im Rahmen des hedge accounting gewidmet waren. Ökonomisch werden diese bis zum Abbau des entsprechenden Grundgeschäfts fortgeführt. Im Rahmen der Rückkäufe der Emissionen werden auch die Sicherungsbeziehungen angepasst bzw. die Sicherungsinstrumente abgebaut. Es erfolgt im Risikomanagement kein darüber hinausgehendes monitoring oder Management dieser ökonomischen Sicherungsbeziehungen.

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die für einen fair value hedge verwendet werden, werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Die Marktwertänderung des Grundgeschäftes, die aus dem gesicherten Risiko resultiert, wird ebenfalls im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst, unabhängig ihrer Zuordnung zu den einzelnen Kategorien gemäß IAS 39. Fair value hedges werden für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken bzw. Fremdwährungsrisiken aus festverzinslichen Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten, Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie strukturierten Emissionen verwendet.

Eingebettete abspaltungspflichtige Derivate werden unabhängig von dem Finanzinstrument, in das sie eingegliedert sind, bewertet, es sei denn, das strukturierte Investment wurde in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Eigene Eigenkapital- und Schuldinstrumente

Eigene Eigenkapitalinstrumente werden mit den Anschaffungskosten bewertet und passivseitig vom Eigenkapital abgesetzt. Rückgekaufte eigene Emissionen werden passivseitig mit dem Rückzahlungsbetrag von den Emissionen abgesetzt. Die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und den Anschaffungskosten wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren und nicht verbrieft sind.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit den Bruttobeträgen vor Abzug von Wertberichtigungen inklusive abgegrenzter Zinsen angesetzt. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorgen wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen als Kürzungsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz nach den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte ist in der Position Rückstellungen enthalten.

Der erstmalige Ansatz der Forderungen erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer die Forderungen wurden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Finanzierungsleasing

Der Konzern betreibt Finanzierungsleasing sowohl für Immobilien als auch für bewegliche Güter. Dabei ist der Konzern Leasinggeber von einem Leasingobjekt, bei dem die Risiken und Chancen zum Großteil auf den Leasingnehmer übergehen und somit dieser der Eigentümer des Leasinggutes ist. Diese Geschäfte werden in den Forderungen ausgewiesen. Dabei wird statt des Leasingvermögens der Barwert der zukünftigen Zahlungen unter Berücksichtigung etwaiger Restwerte ausgewiesen.

Die Immobilienleasingverträge weisen in 2017 Laufzeiten von 15 bis 20 Jahren auf, Mobilienleasing im Retailbereich im Wesentlichen Laufzeiten zwischen 3 bis 6 Jahren. Der Außenzinssatz der Leasingvereinbarungen wird im Zeitpunkt des Abschlusses der Leasingverträge für die gesamte Leasingdauer fixiert. Aufgrund von Zinsanpassungsklauseln kann der Außenzinssatz an die Entwicklung des Kapitalmarktes angepasst werden.

o) Risikovorsorge

Für die Kreditrisiken werden Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen gebildet. Für weitere Details verweisen wir auf das Kapitel 3) m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

p) Handelsaktiva und -passiva

In der Position Handelsaktiva werden Wertpapiere ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden. Im vierten Quartal 2016 wurden alle Derivate in das Bankbuch übertragen, wodurch diese nicht mehr Teil der Handelsaktiva bzw. Handelspassiva sind.

Sowohl der erstmalige Ansatz als auch die Folgebewertung erfolgt mit Marktwerten. Die Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Marktwertveränderungen sowie alle dem Handelsbestand zurechenbaren Zinserträge, Dividendenerträge und Refinanzierungskosten werden im Handelsergebnis dargestellt.

q) Finanzinvestitionen

Unter den Finanzinvestitionen werden alle verbrieften Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, sofern sie nicht unter den Anteilen und Beteiligungen erfasst werden, ausgewiesen. Der erstmalige Ansatz der Finanzinvestitionen erfolgt mit den Marktwerten zuzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten. Die Folgebewertung ist abhängig von der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den Kategorien at fair value through profit or loss, available for sale, loans & receivables und held to maturity.

At fair value through profit or loss

Es werden einige Wertpapiere in diese Kategorie gewidmet und die Marktwertänderungen dieser Wertpapiere werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wie bereits im Kapitel 3) m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten näher beschrieben.

Available for sale

Dieser Kategorie werden alle Finanzinstrumente zugeordnet, die nicht in die Kategorie at fair value through profit or loss, loans & receivables oder held to maturity eingeordnet werden. Aufgrund des fehlenden Fälligkeitstermines werden hier auch alle Eigenkapitalinstrumente eingeordnet, sofern sie nicht der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurden. Nicht börsennotierte Aktien, deren Marktwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaf-

fungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Alle anderen available for sale Vermögenswerte werden zu Marktwerten bewertet. Die Marktwertänderungen werden direkt im Eigenkapital erfasst, bis die Finanzinvestition verkauft oder wertberichtigt wird und der Bewertungsbetrag aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht wird. Bei Finanzinstrumenten mit festen und bestimmaren Zahlungen wird zusätzlich die Differenz zwischen Anschaffungskosten inklusive Transaktionskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Somit wird nur die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem fair value in die available for sale Rücklage eingestellt.

Einige Finanzinstrumente werden mittels anerkannten wirtschaftlichen Methoden bewertet und entsprechend der Qualität der Inputparameter den jeweiligen Levels der Bewertungshierarchie zugeordnet – siehe Kapitel 3) m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Note 37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

Loans & receivables

In die Kategorie loans & receivables werden alle verbrieften Finanzinvestitionen mit festen und bestimmaren Zahlungen klassifiziert, die nicht an einem aktiven Markt notieren und die das Unternehmen nicht sofort oder in naher Zukunft veräußern möchte. Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode.

Held to maturity

Es werden Finanzinstrumente in diese Kategorie gewidmet, wenn die Absicht und die Fähigkeit besteht, diese Finanzinstrumente bis zur Fälligkeit zu halten und wenn diese Finanzinstrumente bestimmte oder bestimmare Zahlungen und einen Fälligkeitstermin aufweisen.

Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode. Jeder Verkauf oder jede Umwidmung eines wesentlichen Teiles aus dieser Kategorie, der nicht nahe beim Tilgungszeitpunkt liegt oder einem einmaligen isolierten Sachverhalt zuzurechnen ist, der sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht und von diesem praktisch nicht vorhergesehen werden konnte, führt zu einer Umwidmung aller held to maturity Finanzinvestitionen in die available for sale Kategorie für die folgenden zwei Geschäftsjahre. Da im Geschäftsjahr 2016 wesentliche Teile des held to maturity Portfolios verkauft wurden, erfolgte eine Umwidmung aller verbleibenden held to maturity Finanzinvestitionen in die Kategorie available for sale.

r) Investment property Vermögenswerte

Sämtliche Grundstücke und Gebäude, die die Definition von investment properties gemäß IAS 40 erfüllen, werden mit dem Marktwert bilanziert. Bei Grundstücken und Gebäuden erfolgt die jährliche Bewertung im Wesentlichen nach dem Standard der RICS (Royal Institution of Chartered Surveyors). RICS definiert den Marktwert (Verkehrswert) als geschätzten Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden könnte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt. Die Berechnungen sind kapitalwertorientierte Ertragswertrechnungen, die bei vermieteten Liegenschaften anhand der discounted cash flow Methode auf Basis aktueller Mietzinslisten samt Mietauslaufprofil unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätzen erstellt werden. Die verwendeten Renditen werden vom Bewerter definiert und spiegeln die aktuelle Marktsituation und die Vor- und Nachteile des jeweiligen Objektes wider. Für unbebaute Grundstücke werden keine Entwicklungen in näherer Zukunft erwartet, hier werden Vergleichswertverfahren angewendet. Dabei werden Transaktionspreise von ähnlichen Objekten zugrundegelegt, die in der jüngsten Zeit auf dem offenen Markt veräußert wurden. Diese Verkaufspreise werden unter Einbezug entsprechender Vergleichsobjekte analysiert und im Hinblick auf

Differenzen mit dem bewerteten Objekt auf der Grundlage von Vergleichselementen wie beispielsweise Größe, Aufteilung, Standort oder Widmung angepasst.

Das Immobilien-Portfolio wird ausschließlich von externen Gutachtern bewertet. Die Auswahl von Gutachtern wird unter anderem aufgrund ausgewiesener professioneller Qualifikation und Erfahrung hinsichtlich der jeweiligen Standorte und Kategorien der bewerteten Objekte vorgenommen. Als unabhängige Gutachter der ausländischen investment properties wurde Cushman & Wakefield und Jones Lang LaSalle beauftragt. In Österreich gab es aufgrund der durchgeführten Abbaumaßnahmen keinen Bestand an investment properties per 31. Dezember 2017. Das Entgelt für den externen Gutachter ist ein fixer Betrag und hängt nicht vom festgestellten Marktwert des bewerteten Objektes ab.

Da für die Bewertung der investment property Vermögenswerte Parameter herangezogen werden, welche nicht auf Marktdaten basieren, erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie. Die bewertungsrelevanten Annahmen und Parameter werden zu jedem Bewertungsstichtag aktualisiert, was zu erheblichen Wertschwankungen der Wertansätze führen kann.

Die Mietverhältnisse bestehen gegenüber gewerblichen Bestandsnehmern und sind auch aufgrund der geografischen Streuung unterschiedlich. In der Regel haben die Mietverhältnisse eine längerfristige Laufzeit von bis zu 10 Jahren und sind mit Kauttionen besichert. Es werden marktübliche Indexanpassungen berücksichtigt, umsatzabhängige Mieten bestehen nicht.

Die Mieterträge werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

s) Beteiligungen

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird, werden nach der Equity Methode bewertet. Alle übrigen Beteiligungen werden mit dem ihnen beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgt durch Bezugnahme auf Marktpreise auf aktiven Märkten oder, soweit keine aktiven Märkte bestehen, anhand von Bewertungsverfahren. Der Wert einer Beteiligung wird dabei auf Basis der Planungszahlen des Unternehmens grundsätzlich mittels der discounted cash flow Methode bzw. discounted earnings Methode ermittelt und dem aktuellen Buchwert gegenübergestellt. Der Diskontierungszinssatz wird auf Basis aktueller Marktdaten abgeleitet. Sollten – insbesondere für die Bewertung von Minderheitsanteilen – nicht ausreichend Informationen für eine discounted cash flow Bewertung verfügbar sein, werden auch andere Verfahren zur Überprüfung der Wertansätze herangezogen. Ergänzend werden Verfahren angewendet, bei denen beizulegende Zeitwerte durch Anpassung beobachtbarer Marktdaten ähnlicher Finanzinstrumente ermittelt werden. Jene Beteiligungen, bei denen der beizulegende Zeitwert nicht zuverlässig bestimmbar ist, sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei Wertminderungen werden entsprechende Abwertungen vorgenommen. Fällt der Grund der Wertminderung weg, erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern direkt im Eigenkapital. Bei der Bewertung der Beteiligungen wurden weiters konkrete Abbauvorgaben und die Einschätzung erzielbarer Veräußerungspreise berücksichtigt.

t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen

Der Ausweis der immateriellen Vermögenswerte erfolgt mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bzw. um Wertminderungen. Diese Position umfasst vor allem entgeltlich erworbene Software.

Leasinggegenstände, die dem operating lease dienen, werden dem Konzern zugerechnet und unter den Sachanlagen ausgewiesen. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die – soweit es sich

um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer vermindert werden.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen, bei Wegfall dieses Abschreibungsgrundes werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten durchgeführt.

Die Nutzungsdauer entspricht dem tatsächlichen Nutzungsverbrauch und beträgt für:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Möbel)	max. 10 Jahre
EDV-Hardware (inkl. Rechenmaschinen, etc.)	max. 5 Jahre
EDV-Software	max. 4 Jahre
Fahrzeuge	max. 5 Jahre
Tresoranlagen, Panzerschränke	max. 20 Jahre
Gebäude, Umbauten	max. 50 Jahre
Mietrechte	max. Laufzeit des Mietrechtes

Die Mietverträge für operating lease Vermögenswerte haben ursprünglich eine durchschnittliche Laufzeit von 4 Jahren und betreffen im Wesentlichen Fahrzeuge. Der Leasingnehmer kann den Vertrag vorzeitig kündigen; eine Übernahme des Leasingobjekts nach Vertragsbeendigung (auch bei vorzeitiger Kündigung) durch den Leasingnehmer ist ausgeschlossen.

Die Leasingerlöse von operating lease Vermögenswerten werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und gemeinsam mit den Abschreibungen in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

In diesen Positionen werden sowohl die laufenden als auch die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Gemäß IAS 12 wird die latente Steuerabgrenzung nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode ermittelt. Dabei wird eine Steuerabgrenzung auf alle temporären Unterschiede zwischen dem steuerlichen Wertansatz eines Vermögenswertes oder Schuldpostens und dem Wertansatz im IFRS Abschluss gebildet. Die Berechnung der latenten Steuern in den einzelnen einbezogenen Unternehmen erfolgt mit den zum Bilanzstichtag gültigen oder bereits angekündigten landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Unternehmen vorgenommen.

Aktive latente Steuern unter anderen auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in derselben Gesellschaft in Zukunft ausreichend zu versteuernde Gewinne vorhanden sein werden bzw. wenn in ausreichendem Umfang steuerpflichtige temporäre Differenzen vorhanden sind. Der Beurteilungszeitraum beträgt bis zu 4 Jahre. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge oder andere Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Verwertbarkeit nicht ausreichend gesichert ist, werden wertberichtigt. Eine Abzinsung für latente Steuern wird nicht vorgenommen.

Aktive latente Steuern auf temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nur in dem Ausmaß angesetzt, als es wahrscheinlich ist, dass sie das zu versteuernde Ergebnis entlasten. Passive latente Steuern auf diese temporären Differenzen werden immer angesetzt. Die Ausnahme gemäß IAS 12.39 (b) wird auf Grund des Abbauhorizonts nicht in Anspruch genommen.

v) Sonstige Aktiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Vermögenswerten in dieser Position ausgewiesen werden. Im Falle von Wertminderungen werden Wertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle positiven Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit dem Marktwert bewertet werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

w) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

Ein langfristiger Vermögenswert (oder eine Veräußerungsgruppe) ist als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird.

Damit dies der Fall ist, muss der Vermögenswert (die Veräußerungsgruppe) im gegenwärtigen Zustand zu Bedingungen, die für den Verkauf derartiger Vermögenswerte (oder Veräußerungsgruppen) gängig und üblich sind, sofort veräußerbar sein und eine solche Veräußerung muss höchstwahrscheinlich sein.

Diese Kriterien sind dann erfüllt, wenn die notwendigen Gremialbeschlüsse vorliegen, die Vermögenswerte ohne wesentlicher Modifikation oder Umstrukturierung verkauft werden können, mit der Vermarktung der Vermögenswerte begonnen wurde und zum Bilanzstichtag entweder ein verbindliches Angebot oder bereits ein unterschriebener Vertrag vorliegen und das Closing innerhalb von 12 Monaten erwartet wird. Vorzeitig, direkt durch den Schuldner getilgte Kredite, erfüllen, auch wenn die vorzeitige Tilgung durch einen Abschlag auf den Kreditbetrag von der Immigo initiiert wurde, nicht die Definition einer Verkaufstransaktion.

Eine Veräußerungsgruppe umfasst zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte, andere Vermögenswerte und Schulden, die zusammen in einer einzigen Transaktion verkauft werden. Nicht zur Abgangsgruppe gehören daher jene Verbindlichkeiten, welche mit dem Erlös aus dem Verkauf der Abgangsgruppe getilgt aber nicht übertragen werden.

Ein aufgegebenen Geschäftsbereich ist ein Unternehmensbestandteil, der bereits veräußert wurde oder als zur Veräußerung gehalten eingestuft wird und einen gesonderten, wesentlichen Geschäftszweig oder geographischen Geschäftsbereich darstellt, Teil eines einzelnen, abgestimmten Plans zur Veräußerung eines wesentlichen Geschäftszweigs oder geographischen Geschäftsbereichs ist, oder ein Tochterunternehmen darstellt, das ausschließlich mit der Absicht der Wiederveräußerung erworben wurde.

Im Konzern stellt ein aufgegebenen Geschäftsbereich ein berichtspflichtiges Segment dar. Auch ein wesentlicher Geschäftszweig oder ein geographischer Geschäftsbereich, der an den Vorstand berichtet wird und einen bedeutenden Effekt auf die finanzielle Situation des Konzerns hat, wird bei Vorliegen aller Voraussetzungen als aufgegebenen Geschäftsbereich dargestellt. Stellt der Konzern die Geschäftstätigkeit in einem einzelnen Land ein, handelt es sich nur dann um einen aufgegebenen Geschäftsbereich, wenn bestimmte Größenkriterien überschritten sind. Stellt der Konzern die Geschäftstätigkeit in einer ganzen Region ein, dann handelt es sich unabhängig von den oben dargestellten Größenkriterien immer um einen aufgegebenen Geschäftsbereich. Um eine Region handelt es sich dann, wenn diese gesondert im Geschäftsbericht in der Regionalverteilung der Gesamtforderungen auf die strategischen Geschäftsfelder dargestellt wird.

Nach der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten sind langfristige Vermögenswerte oder Vermögensgruppen mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen. Wertminderungsaufwendungen werden ergebniswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen und zugehörige Verbindlichkeiten, die als zur Veräußerung gehalten eingestuft werden, werden in der Bilanz getrennt von anderen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten dargestellt.

Für einen aufgegebenen Geschäftsbereich ist in der Gesamtergebnisrechnung das Ergebnis nach Steuern des aufgegebenen Geschäftsbereichs und das Ergebnis nach Steuern, das bei der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder bei der Veräußerung der Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die den aufgegebenen Geschäftsbereich darstellen, zu erfassen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres ist entsprechend anzupassen.

x) Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

y) Sozialkapital

Bei beitragsorientierten Plänen (defined contribution plans) stellen die Beiträge an den Fonds einen Aufwand der laufenden Periode dar. Ungleichmäßig verteilte Beitragszahlungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Der immigon Konzern hat einzelnen Mitarbeitern leistungsorientierte Pläne (defined benefit plans) für die Höhe der späteren Versorgungsleistung zugesagt. Diese Pläne sind teilweise unfunded, d.h. die zur Bedeckung benötigten Mittel verbleiben im Unternehmen, die Bildung der Rückstellung erfolgt im immigon Konzern. Die Finanzierung dieser Pläne erfolgt ausschließlich durch den Konzern, Arbeitnehmer müssen keine Beiträge zu den Plänen leisten. Im immigon Konzern wurden in den Vorjahren Pensionsansprüche von Mitarbeitern auf Pensionskassen übertragen, die als ausgelagertes Vermögen – Planvermögen – dargestellt sind. Außergewöhnliche, unternehmens- oder planspezifische Risiken bzw. erhebliche Risikokonzentrationen sind nicht zu erblicken.

Die Pensionskassen haben für jene Teile der Pensionsverpflichtungen, die auf sie ausgelagert sind, einen Asset-Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) eingerichtet.

Gemäß diesem Prozess wird in der Valida Pension AG einmal im Jahr ausgehend von der passivseitigen Struktur der Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (VRG), die sich wiederum aus der Bilanz ergibt, die Risikotragfähigkeit der VRG evaluiert. Von dieser Risikotragfähigkeit wird die Veranlagungsstruktur der VRG abgeleitet. Bei der Definition der Veranlagungsstruktur werden definierte und dokumentierte Wünsche des Kunden mitberücksichtigt. Die definierte Veranlagungsstruktur wird in der VRG 40, in der die rückgestellten Beträge der immigon veranlagt werden, mit einem Konzept-Investment umgesetzt. Dies bedeutet, dass die Gewichtung von vordefinierten Asset-Klassen im Rahmen von Bandbreiten nach objektiven Kriterien erfolgt, die sich aus Markttrends ableiten lassen. In Stressphasen wird zudem eine Absicherung der Aktienkomponente vorgenommen.

In der BONUS Pensionskasse Aktiengesellschaft wird das Risiko auf der Ebene einer VRG durch die Risikoindikatoren Value-at-Risk (VaR) und Shortfall-Risk (SFR) berechnet. Dadurch werden maximale Verlustwahrscheinlichkeiten unter

üblichen Marktbedingungen quantifiziert. Zudem werden zwecks Berücksichtigung selten auftretender extremer Marktbewegungen Szenarioanalysen durchgeführt. Die Risikoindikatoren VaR und SFR sind die Kernfaktoren zur Steuerung des Risikos auf VRG Ebene. Festgelegte Limite von VaR- und SFR-Werten unter Berücksichtigung von bei negativen Marktentwicklungen in Kraft tretenden Absicherungsmaßnahmen bilden dabei den Rahmen für die Veranlagung.

Beide Pensionskassen erfüllen im eigenen Bereich die Vorgaben der Risikomanagementverordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) und berichten regelmäßig darüber an den Aufsichtsrat. Hinsichtlich der passivseitigen Verpflichtungen werden die biometrischen Risiken in der VRG regelmäßig überprüft, um langfristige Abweichungen zu den verwendeten Rechnungsgrundlagen rechtzeitig zu erkennen und durch eine entsprechende Anpassung der Tafeln zu vermeiden. Gleiches gilt für die Bewertung jener Verpflichtungen, die nicht ausgelagert wurden. Diesbezüglich gibt es kein spezifisches ALM-Management, da bei direkten Leistungszusagen (Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeldverpflichtungen) keine Bedeckung dieser Rückstellungen mit direkt zuordenbaren Aktiva vorliegt. Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse werden jedoch Schwankungsbandbreiten, die aus Schwankungen der einbezogenen Parameter resultieren, ermittelt und überwacht, um die Auswirkungen allfälliger Schwankungen auf die Aktivseite der Bilanz rechtzeitig abschätzen zu können.

Für die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen werden gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik der Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei der Abfertigungsverpflichtung werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand wird im Zeitpunkt der Planänderung sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Aufwendungen und Erträge in Zusammenhang mit leistungsorientierten Plänen werden im Personalaufwand erfasst.

Parameter zur Berechnung der Sozialkapitalverpflichtungen

	2017	2016	2015	2014	2013
Zinssatz Pensionsrückstellung	1,60 %	1,20 %	1,60 %	1,60 %	3,00 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung	n.a.	n.a.	2,00 %	2,00 %	3,00 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung run-down	0,00 %	0,00 %	0,50 %	n.a.	n.a.
Zinssatz Jubiläumsrückstellung	n.a.	n.a.	2,00 %	1,80 %	3,00 %
Zinssatz Jubiläumsrückstellung run-down	0,00 %	0,00 %	0,50 %	n.a.	n.a.
Zinssatz Planvermögen	1,60 %	1,20 %	1,60 %	1,60 %	3,00 %
Künftige Gehaltssteigerungen	2,50 %	2,50 %	3,00 %	3,50 %	3,50 %
Künftige Pensionssteigerungen	1,70 %	1,50 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsabschläge	keine	keine	keine	keine	keine

Alle Dienstverhältnisse zum Stichtag 31. Dezember 2017 bestehen in run-down Gesellschaften. Es wird unterstellt, dass alle Dienstverhältnisse mit 31. Dezember 2018 bzw. 31. Dezember 2019 beendet werden.

Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler&Pagler, Angestelltenbestand verwendet. Da der Rückstellungsbedarf für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, unwesentlich ist, wird auf eine Anpassung der Parameter und biometrischen Grundwerte auf die Verhältnisse in den Ländern dieser Tochtergesellschaften verzichtet.

Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden wer-

den. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt. Für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, wurden die lokal üblichen Alterspensionsgrenzen für die Berechnung herangezogen.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

z) Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden und es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich ist. Sie werden in Höhe der wahrscheinlichsten voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerte und finanzmathematische Berechnungsmethoden verwendet. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Rechtsrisiken werden zudem Annahmen über die Höhe von Streitwerten und Ansprüchen, die Verfahrens- und Verhandlungsdauer und die Erfolgsaussichten getroffen. Liegt nur eine mögliche Verpflichtung vor und kommt es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss bzw. ist keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich, so wird eine Eventualverpflichtung ausgewiesen. Eine Abzinsung wird seit 2016 vorgenommen.

In den Risikorückstellungen werden Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten (insbesondere Finanzgarantien) ausgewiesen. Die anderen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierungen sowie Risiken aus Immobilienprojekten. Die Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Risikovorsorgen erfasst. Die Dotierung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellung erfolgt in der Position Restrukturierungsaufwand, während die Aufwendungen und Erträge aller anderen Rückstellungen vorwiegend im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst sind.

aa) Sonstige Passiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Verbindlichkeiten in dieser Position ausgewiesen werden. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle negativen Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit den Marktwerten angesetzt werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

bb) Nachrangkapital

Der erstmalige Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet. Bei verlusttragenden Instrumenten ist der Rückzahlungsbetrag gemäß IAS 39 AG 8 in der Folgeperiode regelmäßig anzupassen. Für die Ermittlung des Buchwertes der finanziellen Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert. Für die Berechnung der zukünftigen cash flows wird bei den Ergänzungskapitalanleihen die aktuellste Planung zu Grunde gelegt. Für Instrumente, die nach lokalem Recht Eigenkapital darstellen und daher von der Kapitalherabsetzung betroffen sind, wird der Kurs nach Kapitalherabsetzung verwendet. Sind die zukünftigen cash flows nicht verlässlich bestimmbar, werden der Bewertung gemäß IAS 39.9 die vertraglichen cash flows über die gesamte Laufzeit zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem ursprünglich passivierten Betrag und dem so berechneten Barwert wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt. Die Effektivverzinsung wird im Zinsaufwand erfasst.

Verbriefte oder unverbiefte finanzielle Verbindlichkeiten werden dann dem Nachrangkapital zugeordnet, wenn die Verbindlichkeit im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Unternehmens erst nach den Verbindlichkeiten der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden muss.

Ergänzungskapital beinhaltet in den Vertragsbedingungen zusätzlich zur Nachrangigkeit auch eine ergebnisabhängige Zinszahlung. Zinsen dürfen nur soweit ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung des emittierenden Unternehmens gedeckt sind. Weiters nehmen Ergänzungskapitalanteile auch am Verlust teil. Der Rückzahlungsbetrag wird durch laufende Verluste gemindert. Eine Tilgung zum Nominale kann erst dann wieder erfolgen, wenn die evidenzmäßig erfassten Verluste durch Gewinne aufgefüllt werden.

cc) Eigenkapital

Als Eigenkapital werden jene emittierten Finanzinstrumente ausgewiesen, die keine vertragliche Verpflichtung beinhalten, flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben oder finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im immigon Konzern. Das Kapitalmanagement richtet sich nicht mehr an den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen einer Bank aus, sondern wurde den Bedürfnissen der Abbaugesellschaft angepasst. Sämtliche Entscheidungen in den Abbauportfolien sowie die Beurteilung einer geordneten, aktiven und bestmöglichen Verwertung unterliegen aber weiterhin grundsätzlich einem banküblichen Risikomanagement.

Die Hauptziele des Kapital- und Risikomanagements bestehen in der Umsetzung des Abbauauftrags unter möglicher Schonung des Eigenkapitals. Abbauentscheidungen berücksichtigen daher die Auswirkungen konkreter Umsetzungen auf die Kapitalsituation der immigon, auch in einer prospektiven Sichtweise. Den erwarteten Verlusten aus Abbaumaßnahmen wird durch eine Vorsorge Rechnung getragen. Die Eigenkapitalposition des Mutterunternehmens wird täglich im Vergleich zu Planwerten beobachtet.

dd) Kapitalrücklagen

Im Falle von Kapitalrücklagen werden gemäß IAS 32 die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion unter Berücksichtigung von latenten Steuern abgesetzt, sofern es sich dabei um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt. Weiters wird hier auch der Unterschied zwischen Nominale und Rückkaufswert von eigenen Aktien abgesetzt, sofern er in den Kapitalrücklagen Deckung findet. Sind nicht genügend Kapitalrücklagen vorhanden, wird der Betrag von den Gewinnrücklagen abgesetzt.

ee) Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen werden alle gesetzlichen, satzungsmäßigen und freien Gewinnrücklagen i.e.S., die Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG, die un versteuerten Rücklagen und alle sonstigen nicht ausgeschütteten Gewinne dargestellt.

ff) Treuhandgeschäfte

Geschäfte, in denen ein in den Abschluss einbezogenes Unternehmen als Treuhänder oder in anderer treuhändischer Funktion agiert und somit Vermögenswerte auf fremde Rechnung verwaltet oder platziert, werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss dargestellt.

gg) Eventualverpflichtungen

Unter den Eventualverpflichtungen werden mögliche Verpflichtungen ausgewiesen, bei denen es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss kommen wird, oder bei denen keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich ist. Für Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln werden im Rahmen der Risikorückstellungen Vorsorgen gebildet, wenn es voraussichtlich zu Inanspruchnahmen kommen wird.

Verpflichtungen aus Finanzgarantien werden erfasst, sobald der Konzern Vertragspartei wird, d.h. im Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots. Der erstmalige Ansatz der Finanzgarantien erfolgt mit dem fair value. Grundsätzlich entspricht der fair value dem Wert der vereinbarten Prämie.

Unter den sonstigen Eventualverpflichtungen werden die Haftsummenzuschläge bei Beteiligungen an Genossenschaften ausgewiesen.

Im Rahmen der Folgebewertung wird regelmäßig überprüft, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss erforderlich ist.

hh) Geldflussrechnung

Die Ermittlung der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der netto cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresergebnis nach Steuern und vor Fremdanteilen ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren. Weiters werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden. Diese Zahlungen werden bei den cash flows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit erfasst. Die in der Geldflussrechnung gesondert dargestellten Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen betreffen ausschließlich das operative Geschäft.

Dem cash flow aus Investitionstätigkeit werden cash flows aus langfristigen Vermögenswerten wie held to maturity Wertpapiere, Beteiligungen und Anlagevermögen zugeordnet. Im cash flow aus Finanzierungstätigkeit sind alle Zahlungsströme der Eigentümer sowie Veränderungen im Nachrangkapital und den Minderheitenanteilen erfasst. Als Zahlungsmittelbestand wurde die Barreserve definiert, die neben dem Kassenbestand die Guthaben bei Zentralnotenbanken umfasst. Diese Guthaben setzen sich aus kurzfristigen Veranlagungen bei verschiedenen Notenbanken zusammen.

4) Zinsüberschuss

EUR Tsd.	2017	2016
Zinsen und ähnliche Erträge	42.844	71.255
Zinsen und ähnliche Erträge aus	38.036	63.573
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kreditinstituten	128	846
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kunden	26.022	38.505
Festverzinslichen Wertpapieren	2.527	2.873
Derivaten des Bankbuches	9.360	21.349
Laufende Erträge aus	1.913	2.965
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	25	243
Sonstigen verbundenen Unternehmen	1.338	2.131
Sonstigen Beteiligungen	550	592
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	2.895	4.717
Mietträge investment property	1.223	2.492
Erträge von operating lease Verträgen	1.672	2.225
Mietträge	8.023	11.609
Abschreibungen	-6.352	-9.384
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-28.345	-51.223
Einlagen von Kreditinstituten (inkl. Zentralbanken)	-5.914	-5.783
Einlagen von Kunden	-8.249	-10.768
Verbrieften Verbindlichkeiten	-6.656	-18.072
Nachrangkapital	-7.526	-16.114
Derivaten des Bankbuches	0	-487
Zinsüberschuss	14.500	20.031

Darstellung des Zinsüberschusses nach IAS 39 Kategorien:

EUR Tsd.	2017	2016
Zinsen und ähnliche Erträge	42.844	71.255
Zinsen und ähnliche Erträge aus	38.036	63.573
Derivaten des Bankbuches	9.360	21.349
Finanziellen Vermögenswerten nicht at fair value through profit or loss	28.676	42.223
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	2.527	2.873
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	26.150	39.351
Hievon Finanzierungsleasing	12.570	23.054
Hievon Barwerteffekt aus Risikovorsorge	1.133	463
Laufende Erträge aus	1.913	2.965
Finanziellen Vermögenswerten available for sale	1.913	2.965
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	2.895	4.717
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-28.345	-51.223
Derivaten des Bankbuches	0	-487
Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-28.345	-50.737
Zinsüberschuss	14.500	20.031

5) Risikovorsorge

EUR Tsd.	2017	2016
Zuführung zu Risikovorsorgen	-19.188	-28.126
Auflösung von Risikovorsorgen	16.472	33.336
Zuführung zu Risikorückstellungen	0	0
Auflösung von Risikorückstellungen	2.214	5.374
Direktabschreibungen von Forderungen	-909	-5.460
Erträge aus dem Eingang von abgeschrieben Forderungen	647	1.128
Risikovorsorge	-764	6.251

6) Provisionsüberschuss

EUR Tsd.	2017	2016
Provisionserträge	1.501	3.549
aus dem Kreditgeschäft	1.289	3.187
aus dem Wertpapiergeschäft	0	0
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	4	30
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	209	332
Provisionsaufwendungen	-3.101	-10.168
aus dem Kreditgeschäft	-2.562	-9.676
aus dem Wertpapiergeschäft	-419	-395
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	-120	-81
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	0	-15
Provisionsüberschuss	-1.600	-6.619

In den Provisionserträgen sind keine Erträge und in den Provisionsaufwendungen keine Aufwendungen aus at fair value through profit or loss gewidmeten Finanzinvestitionen enthalten.

Des Weiteren sind im Provisionsüberschuss keine Provisionserträge aus der Verwaltung von Treuhandverträgen erfasst.

7) Handelsergebnis

EUR Tsd.	2017	2016
Aktienbezogene Geschäfte	232	5.699
Währungsbezogene Geschäfte	-283	2.084
Zinsbezogene Geschäfte	2.257	564
Handelsergebnis	2.205	8.347

Das rückläufige Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2016 ein größeres Ausmaß an Derivaten mit Gewinnen aufgelöst werden konnte.

8) Verwaltungsaufwand

EUR Tsd.	2017	2016
Personalaufwand	-20.473	-18.380
Löhne und Gehälter	-17.830	-17.741
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-2.163	-3.133
Freiwilliger Sozialaufwand	-277	-393
Aufwand für Altersvorsorge	-719	-5.245
Dotierung Abfertigungs- und Pensionsrückstellung	516	8.133
Sachaufwand	-17.070	-32.509
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-365	-327
planmäßig (-)	-338	-446
außerplanmäßig (-)	-27	119
Verwaltungsaufwand	-37.908	-51.216

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne in Höhe von EUR 529 Tsd. (2016: EUR 1.491 Tsd.) enthalten.

Im Verwaltungsaufwand sind Aufwendungen für die Verwaltung von investment property Vermögenswerten in Höhe von EUR 133 Tsd. (2016: EUR 1.247 Tsd.) ausgewiesen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Konzernabschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft betragen in Summe EUR 1.064 Tsd. (2016: EUR 1.364 Tsd.). Davon entfallen EUR 788 Tsd. (2016: EUR 1.117 Tsd.) auf die Prüfung des Konzernabschlusses sowie von Abschlüssen einzelner verbundener Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, EUR 226 Tsd. (2016: EUR 226 Tsd.) auf andere

Beratungsleistungen, auf Steuerberaterleistungen EUR 36 Tsd. (2016: 0 EUR Tsd.) und EUR 13 Tsd. (2016: EUR 21 Tsd.) auf sonstige Leistungen.

Angaben über Bezüge von Organen

EUR Tsd.	2017	2016
Gesamtbezüge		
Mitglieder des Aufsichtsrates	-53	-55
Vorstandsmitglieder	-1.077	-1.073
Frühere Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie ihre Hinterbliebenen	-708	-346
Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen Vorstandsmitglieder		
Vorstandsmitglieder	919	1.140
hievon für beitragsorientierte Versorgungspläne	-119	-142

Im Geschäftsjahr 2017 konnten Rückstellungen für Vorstandsmitglieder aufgelöst werden, was zu einem Ertrag im Personalaufwand führte.

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder setzen sich aus einem fixen Grundgehalt und sonstigen Bezügen (z.B. Sachbezüge) zusammen. Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der immigon.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“, aus den Altverträgen wurden gewisse Regelungen übernommen. Die Vorstandsverträge enthalten für den Fall der Abberufung der Organstellung als Vorstand nach Aktiengesetz Koppelungsklauseln für die schuldrechtliche Beendigung des Vertrages. Zusätzlich besteht eine D&O-Versicherung (Directors und Officers Versicherung). Im Geschäftsjahr 2017 betrug der diesbezügliche Aufwand EUR 549 Tsd. (2016: EUR 660 Tsd.).

Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2017	2016	31.12.2017	31.12.2016
Inland	91	141	76	111
Ausland	69	94	65	82
Mitarbeiter gesamt	160	235	141	193

9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

EUR Tsd.	2017	2016
Sonstige betriebliche Erträge	22.828	41.682
Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen	-886	2.828
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-51.299	-70.349
Sonstige Steuern	-467	-795
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-29.824	-26.634

Das Ergebnis aus der Anpassung des Buchwertes des PS 2008 und der Ergänzungskapitalanleihe gemäß IAS 39 AG 8 beträgt für die Berichtsperiode EUR -41.629 Tsd. (2016: EUR -16.181 Tsd.). Das Gesamtergebnis aus den in 2017 durchgeführten Rückkaufprogrammen von Emissionen beläuft sich auf EUR -7.966 Tsd. (2016: EUR -5.999 Tsd.).

Im Geschäftsjahr 2017 wird im Entkonsolidierungsergebnis in Höhe von EUR -886 Tsd. das Ergebnis aus dem Verkauf von sieben Gesellschaften der VB Real Estate Services Gruppe dargestellt. Weiters wird im sonstigen betrieblichen Aufwand die Bewertung von IFRS 5 Vermögensgruppen in Höhe von EUR 0 Tsd. (2016: EUR -6.145 Tsd.) ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2017 sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen keine Leerstehungskosten aus investment property Vermögenswerten enthalten (2016: nur unwesentliche).

10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	2017	2016
Ergebnis aus Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-136	-628
Bewertung Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-136	-628
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-136	-628
Ergebnis aus fair value hedges	0	-4.054
Bewertung Grundgeschäfte	0	3.575
Forderungen Kreditinstitute und Kunden	0	-403
Verbindlichkeiten Kreditinstitute und Kunden	0	4.279
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	-876
Nachrangkapital	0	575
Bewertung Derivate	0	-7.629
Ergebnis aus sonstigen Derivaten Bankbuch	-11.129	-4.471
aktienbezogen	-2.421	1.497
währungsbezogen	-11	-29
zinsbezogen	-8.769	-6.053
kreditbezogen	72	114
Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen)	162.662	527
realisierte Gewinne / Verluste	165.619	7.731
Zuschreibungen	115	171
Abschreibungen (impairments)	-3.072	-7.374
Ergebnis aus operating lease und investment property Vermögenswerten sowie sonstigen Finanzinvestitionen	-1.302	4.706
realisierte Gewinne / Verluste	-1.957	-3.535
Wertveränderungen investment property	655	8.241
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	150.095	-3.920

Im Geschäftsjahr 2017 wurden aus der available for sale Rücklage EUR 162.436 Tsd. (2016: EUR 3.967 Tsd.) in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht. Unterjährig erfolgte die Zuschreibung einer Beteiligung über die available for sale Rücklage, wodurch die Veränderung der Rücklage nicht mit dem Betrag der Umbuchung ident ist.

Aktien der Raiffeisen Bank International AG wurden im März 2017 im Rahmen eines beschleunigten Bookbuilding-Verfahrens an institutionelle Investoren zur Gänze verkauft. Durch diese Transaktion verbesserte sich das Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen) signifikant.

EUR Tsd.	2017	2016
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-10.610	-912
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-136	-628
Fair value hedges	0	-4.054
Sonstige Derivate Bankbuch	-11.129	-4.471
Investment property Vermögenswerte	655	8.241
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht zum fair value bewertet werden und Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	160.705	-3.007
Realisierte Gewinne / Verluste	163.662	4.196
Available for sale Finanzinvestitionen	165.619	7.731
Operating lease Vermögenswerte und sonstige Finanzinvestitionen	-1.957	-3.535
Zuschreibungen	115	171
Available for sale Finanzinvestitionen	115	171
Abschreibungen (impairments)	-3.072	-7.374
Available for sale Finanzinvestitionen	-3.072	-7.374
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	150.095	-3.920

11) Steuern vom Einkommen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Laufende Steuern vom Einkommen	-5.272	-2.765
Latente Steuern vom Einkommen	2.586	1.868
Steuern vom Einkommen der laufenden Periode	-2.686	-897
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden fortgeführter Geschäftsbereich	-7.809	-2.777
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden	-7.809	-2.777
Steuern vom Einkommen	-10.495	-3.674

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen errechnetem und ausgewiesenem Steueraufwand.

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Jahresergebnis vor Steuern - fortgeführter Geschäftsbereich	101.694	-47.497
Jahresergebnis vor Steuern - aufgegebenen Geschäftsbereich	0	0
Jahresergebnis vor Steuern - Gesamt	101.694	-47.497
Errechneter Steueraufwand 25 %	25.423	-11.874
Steuereffekte		
aus steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-5.364	-7.635
aus Investitionsbegünstigungen	-1	0
aus Beteiligungsbewertungen	-4.245	-7.059
aus nicht zu versteuernden Bewertungsergebnissen	4.038	763
aus Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	1.161	3.363
aus Nichtansatz von aktiven latenten Steuern	283	18.727
aus Wiederansatz von aktiven latenten Steuern	-7.929	-360
aus Steuersatzänderungen	-75	120
aus abweichenden Steuersätzen Ausland	-347	-1.041
aus sonstigen Unterschieden	-10.259	5.893
Ausgewiesene Ertragsteuern	2.686	897
Effektive Steuerquote - fortgeführter Geschäftsbereich	2,64 %	-1,89 %
Effektive Steuerquote - inklusive aufgegebenem Geschäftsbereich	2,64 %	-1,89 %

Durch die hohen Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern bzw. den Nichtansatz von aktiven latenten Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge weichen die effektiven Steuerquoten stark vom gesetzlichen Steuersatz in Österreich ab.

Die Steuersatzänderungen resultieren zum Großteil aus Änderungen in Polen (2016: in Slowenien).

EUR Tsd.	Ergebnis vor Steuern	2017 Ertrag- steuern	Ergebnis nach Steuern	Ergebnis vor Steuern	2016 Ertrag- steuern	Ergebnis nach Steuern
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	10.620	-2.650	7.970	4.061	-1.034	3.027
Währungsrücklage	384	0	384	104	0	104
Available for sale Rücklage	-39.245	434	-38.811	39.396	-51	39.345
Hedging Rücklage	7	-1	6	15	-3	13
Veränderung latenter Steuern auf un versteuerte Rücklagen	0	0	0	0	6	6
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity	1.219	0	1.219	-689	0	-689
Summe sonstiges Ergebnis	-27.015	-2.218	-29.232	42.889	-1.082	41.807

Angaben zur Konzernbilanz

12) Barreserve

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Kassenbestand	4	5
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.175.182	1.203.405
Barreserve	1.175.185	1.203.409

13) Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 82.483 Tsd. (2016: EUR 182.028 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	16.764	38.115
bis 3 Monate	19.249	62.279
bis 1 Jahr	947	29.722
bis 5 Jahre	0	2.217
über 5 Jahre	45.523	49.694
Forderungen an Kreditinstitute	82.483	182.028

14) Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 215.363 Tsd. (2016: EUR 564.511 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	48.758	14.736
bis 3 Monate	26.154	35.693
bis 1 Jahr	48.455	88.804
bis 5 Jahre	78.421	318.040
über 5 Jahre	13.575	107.237
Forderungen an Kunden	215.363	564.511

Angaben zum Leasinggeschäft

EUR Tsd.	bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
2017				
Bruttoinvestitionswert	62.598	61.147	20.882	144.627
Abzüglich unverzinsten geleisteter Kautionen	0	-79	-506	-585
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-5.194	-6.001	-4.232	-15.427
Nettoinvestitionswert	57.404	55.067	16.144	128.615
Nicht garantierte Restwerte				0
2016				
Bruttoinvestitionswert	106.450	144.204	54.586	305.240
Abzüglich unverzinsten geleisteter Kautionen	0	-72	-644	-716
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-12.223	-16.591	-10.140	-38.954
Nettoinvestitionswert	94.227	127.541	43.801	265.570
Nicht garantierte Restwerte				0

Der Nettoinvestitionswert ist in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten enthalten. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem fair value der Finanzierungsleasinggeschäfte, da den Verträgen variable Zinssätze zugrunde liegen.

15) Risikovorsorge

EUR Tsd.	Einzelwert- berichtigung Kreditinstitute	Einzelwert- berichtigung Kunden	Portfoliowert- berichtigung	Gesamt
Stand am 01.01.2016	703	210.525	2.719	213.947
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-7.444	0	-7.444
Währungsumrechnung	0	17	2	19
Umgliederungen	0	-18.365	0	-18.365
Barwerteffekt	0	-463	0	-463
Verbrauch	-52	-69.937	0	-69.989
Auflösung	-651	-31.326	-1.358	-33.336
Zuführung	0	28.126	0	28.126
Stand am 31.12.2016	0	111.132	1.363	112.496
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	191	5	196
Umgliederungen	0	18.987	0	18.987
Barwerteffekt	0	-1.133	0	-1.133
Verbrauch	0	-62.076	0	-62.076
Auflösung	0	-15.511	-961	-16.472
Zuführung	0	19.188	0	19.188
Stand am 31.12.2017	0	70.778	408	71.186

In den Forderungen an Kunden sind zinslos gestellte Forderungen in Höhe von EUR 16.883 Tsd. (2016: EUR 61.301 Tsd.) enthalten. Die darauf entfallende Zinszuschreibung ist in der Zuführung im Ausmaß von EUR 1.386 Tsd. (2016: EUR 1.014 Tsd.) enthalten. In der Zeile Umgliederungen sind Umgliederungen in die Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt enthalten. Die Portfoliowertberichtigungen betreffen zur Gänze Forderungen an Kunden.

16) Handelsaktiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.735	38.369
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	144	1.086
Handelsaktiva	23.879	39.454

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	23.735	12.616
bis 1 Jahr	0	182
bis 5 Jahre	0	23.444
über 5 Jahre	0	2.127
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.735	38.369

17) Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	1	149
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	149
Finanzinvestitionen available for sale	38.099	211.205
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38.099	124.905
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	86.300
Finanzinvestitionen	38.100	211.355

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	1.031	0
bis 1 Jahr	36.308	84.867
bis 5 Jahre	760	39.778
über 5 Jahre	1	260
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38.100	124.905

Wertpapieraufgliederung gemäß BWG

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Börsennotierte Wertpapiere	38.099	123.883
Festverzinsliche Wertpapiere	38.099	123.883
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere	1.013	172.189
Rediskontfähige Wertpapiere	0	93.871

In der Position dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere werden alle Wertpapiere erfasst, die der Konzern beabsichtigt länger als ein Jahr im Bestand zu halten.

Finanzinvestitionen bewertet at fair value through profit or loss

Finanzinvestitionen werden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert, weil der Konzern diese Finanzinvestitionen auf Marktwertbasis gemäß seiner Investitionsstrategie verwaltet. Das interne Berichtswesen und die Ergebnismessung erfolgen für diese Wertpapiere auf Marktwertbasis.

18) Investment property Vermögenswerte

EUR Tsd.	Investment properties
Anschaffungswerte 01.01.2016	156.514
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-32.237
Währungsumrechnung	38
Zugänge inklusive Umbuchungen	5.438
Abgänge inklusive Umbuchungen	-83.411
Anschaffungswerte 31.12.2016	46.342
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-6.767
Währungsumrechnung	24
Zugänge inklusive Umbuchungen	0
Abgänge inklusive Umbuchungen	-19.259
Anschaffungswerte 31.12.2017	20.340

EUR Tsd.	Investment properties
2016	
Anschaffungswerte 31.12.2016	46.342
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-18.301
Buchwert 31.12.2016	28.041
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-1.531
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	9.772
Buchwert 01.01.2016	93.650
2017	
Anschaffungswerte 31.12.2017	20.340
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-10.611
Buchwert 31.12.2017	9.729
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-263
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	918

Bei den kumulierten Ab- und Zuschreibungen handelt es sich um fair value Wertänderungen. Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Von diesen Bewertungen betrifft ein Betrag von EUR 555 Tsd. (2016: EUR 304 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen investment property Vermögenswerte. Diese Zahl beinhaltet auch Bewertungen von Vermögensgegenständen, welche in der Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt ausgewiesen werden.

Im Geschäftsjahr 2017 gingen bei den investment property Vermögenswerten Buchwerte in Höhe von EUR 6.250 Tsd. (2016: EUR 62.529 Tsd.) ab.

Unter investement properties werden unbebaute Grundstücke mit einem Buchwert in Höhe von EUR 9.729 Tsd. (2016: EUR 13.294 Tsd.) ausgewiesen, die in den Ländern Osteuropas stehen. Das zum 31. Dezember 2017 bestehende fertiggestellte Objekt (2016: 2) mit einem Buchwert von EUR 13.000 Tsd. (2016: EUR 14.747 Tsd.) wurde in die Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt umgegliedert. Im Geschäftsjahr 2017 gibt es, wie auch 2016, kein in Bau befindliches Objekt. Alle investment property Vermögenswerte wurden zum Berichtsstichtag mit dem fair value bewertet. Hinsichtlich der Veräußerbarkeit gibt es für zwei unbebaute Grundstücke ein Vorkaufsrecht von lokalen Gebietskörperschaften.

Für die Bewertung der investment property Vermögenswerte werden Parameter herangezogen, die nicht auf Marktdaten basieren, daher erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie.

Die nicht beobachtbaren Inputfaktoren werden von den unabhängigen externen Gutachtern zur Verfügung gestellt und reflektieren die aktuelle Markteinschätzung unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale jedes einzelnen Objekts. Im Folgenden werden die wesentlichen Inputparameter dargestellt, wobei zwischen fertiggestellten Objekten und Objekten in Bau sowie unbebauten Grundstücken unterschieden wird. Für jeden einzelnen Inputparameter wird jeweils der niedrigste Wert (Minimum), der höchste Wert (Maximum) und der mit dem Buchwert gewichtete Durchschnittswert (Durchschnitt) dargestellt. Die Parameterausprägungen beziehen sich daher in aller Regel nicht auf ein und dieselbe Immobilie.

Fertiggestellte Objekte

	2017			2016		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	0	0	0	4.150	12.400	8.275
Vermietbare Fläche in m ²	0	0	0	3.974	7.643	6.723
Vermietungsgrad	n.a.	n.a.	n.a.	53,61 %	96,00 %	85,37 %
ERV p.a.* in EUR Tsd.	n.a.	n.a.	n.a.	474	1.277	1.076
Diskontierungszinssatz	n.a.	n.a.	n.a.	10,00 %	10,25 %	10,06 %

* Estimated rental value (geschätzter Mietwert)

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd. 31.12.2017	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
ERV (10 % Veränderung)	0	0
ERV (5 % Veränderung)	0	0
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	0	0
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	0	0
31.12.2016		
ERV (10 % Veränderung)	1.069	-1.069
ERV (5 % Veränderung)	534	-534
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-401	422
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-783	865

Objekte in Bau und unbebaute Grundstücke

	2017			2016		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	930	5.157	2.432	567	5.372	2.234
Grundstücksgröße in m ²	74.687	318.251	166.796	11.180	318.251	167.466
Wert pro m ² in EUR	3	24	20	3	179	39

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd. 31.12.2017	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Grundstückswert (10 % Veränderung)	973	-973
Grundstückswert (5 % Veränderung)	486	-486
31.12.2016		
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.564	-1.564
Grundstückswert (5 % Veränderung)	782	-782

In der oben abgebildeten Tabelle wurde als Änderung der Parameter für die Sensitivität eine potentielle Erhöhung bzw. Minderung des Grundstückswertes pro m² in Höhe von 5% bzw. 10% unterstellt, die zu einer Erhöhung bzw. eine Minderung des beizulegenden Zeitwertes führen würden.

In den Sensitivitätsanalysen sind die investment property Vermögenswerte, die im Geschäftsjahr in den Vermögenswerten zur Veräußerung bestimmt umgegliedert wurden, nicht enthalten.

Der Konzern hat sich bei investment property Vermögenswerten, die von Dritten refinanziert werden, diesen gegenüber zur Instandhaltung der Projekte verpflichtet. Ansonsten bestehen keine weiteren Verpflichtungen investment property Vermögenswerte zu kaufen, zu erstellen, zu entwickeln oder zu erhalten.

19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	Gemeinschafts- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
Buchwert 01.01.2016	35.327	27.366
Zugänge	0	0
Abgänge	0	-9
Anteiliges Gesamtergebnis	1.654	390
Erhaltene Dividende	-35.700	-6.889
Zuschreibung	614	0
Buchwert 31.12.2016	1.895	20.858
Zugänge	0	0
Abgänge	0	0
Anteiliges Gesamtergebnis	-149	1.110
Erhaltene Dividende	-1.428	0
Zuschreibung	0	0
Buchwert 31.12.2017	318	21.967

Gemeinschaftsunternehmen

Die immigon hält zum 31. Dezember 2017 Anteile an folgendem Gemeinschaftsunternehmen: VBI Beteiligungs GmbH (VBI Bet).

Diese Gesellschaft notiert an keiner Börse.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen der VBI Bet dargestellt.

Zusatzinformationen zu den Gemeinschaftsunternehmen

EUR Tsd.	2017	2016
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	17	27
Sonstige Aktiva	6.546	10.611
Summe Aktiva	6.563	10.637
Passiva		
Sonstige Passiva	5.940	6.922
Eigenkapital	623	3.715
Summe Passiva	6.563	10.637
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	0	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-34	-92
Zinsüberschuss	-34	-83
Jahresergebnis vor Steuern	-290	3.245
Steuern vom Einkommen	-2	-2
Jahresergebnis nach Steuern	-292	3.243
Gesamtergebnis	-292	3.243

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2017	2016
Eigenkapital	623	3.715
Anteilsquote	51,00 %	51,00 %
Anteiliges Eigenkapital	318	1.895
Buchwert 31.12.2017	318	1.895

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet.

Assoziierte Unternehmen

Die immigon hält Anteile an folgendem assoziierten Unternehmen: TPK-24 Europe B.V. (TPK-24 Europe). Im Zuge einer im Geschäftsjahr 2016 erfolgten Umgründung brachten die immigon sowie ihre Mitgesellschafter ihre Anteile an der TPK-24 Sp.z.o.o. (TPK-24 PL) in die TPK-24 Europe ein und die immigon erhielt im Gegenzug 30 % der Anteile an der TPK-24 Europe. Diese Umgründung hatte keine Auswirkung auf den Konzernabschluss. Die TPK-24 Europe hat ihren Sitz in den Niederlanden, ihre 100 %ige Tochtergesellschaft TPK-24 PL hatte ihren Sitz in Warschau und war im Geschäftsbereich Immobilienentwicklung tätig. Beide Gesellschaften wurden im Geschäftsjahr miteinander verschmolzen.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen für alle Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da keine Gesellschaft aufgrund der der immigon zurechenbaren anteiligen Finanzinformationen als wesentlich eingestuft wird.

Zusatzinformationen zu den assoziierten Unternehmen

EUR Tsd.	2017	2016
Aktiva		
Barreserve	1	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	162
Forderungen an Kunden (brutto)	21.983	0
Finanzinvestitionen	0	69.328
Sonstige Aktiva	2	47
Summe Aktiva	21.985	69.538
Passiva		
Sonstige Passiva	54	12
Eigenkapital	21.931	69.526
Summe Passiva	21.985	69.538
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	1.296	3.249
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.483	-28
Zinsüberschuss	-187	3.221
Jahresergebnis vor Steuern	-263	2.971
Steuern vom Einkommen	0	36
Jahresergebnis nach Steuern	-263	3.007
Sonstiges Ergebnis	4.064	-2.295
Gesamtergebnis	3.802	712

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2017	2016
Eigenkapital	21.931	69.526
Anteilsquote	n.a.	30 %
Anteiliges Eigenkapital	21.967	20.858
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	0	0
Nicht erfasster anteiliger Verlust	0	0
Bewertungen Vorjahre	0	0
Umgliederungen Buchwert	0	0
Buchwert 31.12.2017	21.967	20.858

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Die immigon hält einen Anteil von 30 % an der TPK-24 Europe B.V. Im Zuge der Umgründung wurde eine Sondervereinbarung über die Verteilung des Liquidationserlöses abgeschlossen, wodurch 100 % der Forderungen der B.V. und somit de facto rd. 100 % des Eigenkapitals der immigon zustehen.

20) Anteile und Beteiligungen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	11.303	13.257
Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	650	959
Sonstige Beteiligungen	2.530	4.873
Anteile und Beteiligungen	14.483	19.088

Eine Liste der verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen findet sich in Kapitel 50). Bei den Anteilen und Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr Beteiligungen mit einem Buchwert von EUR 3.184 Tsd. (2016: EUR 2.783 Tsd.) veräußert bzw. nach Beendigung des Liquidationsprozesses gelöscht. Dabei wurde ein Ergebnis von EUR 3.091 Tsd. (2016: EUR 2.532 Tsd.) realisiert, das in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen dargestellt wird.

Anteile und Beteiligungen von Unternehmen, deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind mit den Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Anteile und Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 14.299 Tsd. (2016: EUR 7.433 Tsd.) sind mit dem Marktwert bewertet.

Gemäß dem Abbauplan des Konzerns werden Geschäfte abgebaut oder verkauft. Das schließt auch Anteile und Beteiligungen mit ein.

21) Immaterielles Anlagevermögen

EUR Tsd.	Software	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2016	10.179	95	10.274
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-2.631	0	-2.631
Währungsumrechnung	6	0	6
Zugänge inklusive Umbuchungen	182	0	182
Abgänge inklusive Umbuchungen	-334	-10	-344
Anschaffungswerte 31.12.2016	7.401	85	7.486
Währungsumrechnung	24	0	24
Zugänge inklusive Umbuchungen	10	0	10
Abgänge inklusive Umbuchungen	0	-28	-28
Anschaffungswerte 31.12.2017	7.436	57	7.493

EUR Tsd.	Software	Sonstiges	Gesamt
2016			
Anschaffungswerte 31.12.2016	7.401	85	7.486
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-7.305	-79	-7.384
Buchwert 31.12.2016	97	5	102
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	97	5	102
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-73	-2	-74
Außerplanmäßige Zu- und Abschreibung des Geschäftsjahres	0	0	0
Buchwert 01.01.2016	168	7	175

2017			
Anschaffungswerte 31.12.2017	7.436	57	7.493
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-7.406	-56	-7.461
Buchwert 31.12.2017	30	1	31
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	30	1	31
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-51	-2	-52
Außerplanmäßige Zu- und Abschreibung des Geschäftsjahres	-27	0	-27

22) Sachanlagen

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige operating lease Vermö- genswerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2016	2.545	1.036	3.691	62.907	893	71.072
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-630	-238	-1.261	-22	-267	-2.418
Währungsumrechnung	0	1	3	478	-1	481
Zugänge inklusive Umbuchungen	41	169	227	123	312	871
Abgänge inklusive Umbuchungen	-18	-142	-519	-16.047	-387	-17.112
Anschaffungswerte 31.12.2016	1.938	826	2.142	47.438	550	52.894
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	-119	0	-4	-122
Währungsumrechnung	1	8	9	568	5	591
Zugänge inklusive Umbuchungen	0	24	107	0	107	237
Abgänge inklusive Umbuchungen	-674	-38	-142	-17.319	-143	-18.316
Anschaffungswerte 31.12.2017	1.265	820	1.998	30.686	515	35.284

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige operating lease Vermö- genswerte	Sonstiges	Gesamt
2016						
Anschaffungswerte 31.12.2016	1.938	826	2.142	47.438	550	52.894
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-994	-766	-1.776	-23.420	-341	-27.298
Buchwert 31.12.2016	944	60	367	24.017	209	25.596
Planmäßige Abschreibung des Ge- schäftsjahres	-58	-70	-111	-8.804	-131	-9.176
Außerplanmäßige Zuschreibung des Geschäftsjahres	122	0	0	0	0	122
Außerplanmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	0	0	-3	-580	0	-583
Buchwert 01.01.2016	878	135	489	39.025	471	40.999

2017

Anschaffungswerte 31.12.2017	1.265	820	1.998	30.686	515	35.284
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-706	-787	-1.630	-19.167	-318	-22.608
Buchwert 31.12.2017	559	33	368	11.519	197	12.676
Planmäßige Abschreibung des Ge- schäftsjahres	-53	-49	-100	-6.190	-84	-6.476
Außerplanmäßige Zuschreibung des Geschäftsjahres	0	0	0	-161	0	-161
Außerplanmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	0	0	0	0	0	0

Künftige Mindestleasingeinzahlungen aus unkündbaren operating lease Verträgen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	1.356	1.927
bis 1 Jahr	3.072	5.361
bis 5 Jahre	3.393	8.063
über 5 Jahre	72	231
Künftige Mindestleasingeinzahlungen	7.893	15.582

23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

EUR Tsd.	31.12.2017		31.12.2016	
	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen
Laufende Ertragsteuer	13.489	15.337	13.362	5.048
Latente Ertragsteuer	396	1.140	444	2.957
Ertragsteuer Gesamt	13.885	16.477	13.806	8.005

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen entstehen

EUR Tsd.	2017		2016		Nettoabweichung 2017		
	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflich- tungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflich- tungen	Gesamt	Über Gewinn- und Verlust- rechnung	Über sonstiges Ergebnis
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	11	1	-10	10	0
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	565	536	826	695	-103	-206	0
Handelsaktiva	0	46	164	296	86	86	0
Finanzinvestitionen	63	330	65	904	572	825	-254
Investment property							
Vermögenswerte	0	1.583	0	1.921	338	310	0
Anteile und Beteiligungen	101	15	13.593	15	-13.492	-14.180	687
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	1	0	30	0	-29	-30	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	189	98	-91	-91	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	145	0	2.667	7	-2.516	-2.451	0
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	2.941	2.386	6.926	10.232	3.862	3.862	0
Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0
Pensions-, Abfertigungs- und sonstige Rückstellungen	424	885	7.289	8.064	314	2.964	-2.650
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	801	1.415	7.220	19.326	11.492	11.491	-1
Übrige Bilanzpositionen	0	0	0	6	6	0	0
Verlustvorräte	0	0	71	0	-71	-5	0
Latente Steuern vor Verrechnung	5.041	7.196	39.051	41.564	358	2.586	-2.218
Verrechnung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern	-4.645	-4.645	-38.607	-38.607	0	0	0
Ausgewiesene latente Steuern	396	2.552	444	2.957	358	2.586	-2.218
hievon in Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	1.412	0	0			

Der Restbetrag aus der Nettoabweichung im Jahresvergleich, der sich weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch im sonstigen Ergebnis widerspiegelt, ist vor allem auf Änderungen des Konsolidierungskreises sowie Währungsdifferenzen zurückzuführen.

Die Verrechnung zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen erfolgt jeweils nur im gleichen Unternehmen.

Für die Prüfung der Verwertung der steuerlichen Verlustvorräte, sowie der Werthaltigkeit anderer aktiver latenter Steuern, wurde ein Zeitraum von bis zu 4 Jahren entsprechend der Konzernsteuerplanung zu Grunde gelegt.

Latente Steuern auf aktive temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen in Höhe von EUR 18.522 Tsd. (2016: EUR 3.540 Tsd.) wurden nicht angesetzt, da das Management davon ausgeht, dass kein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis vorhanden sein wird, gegen das diese temporären Unterschiede verwendet werden können.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 4.646 Tsd. (Steuerbemessungsgrundlage) (2016: EUR 13.453 Tsd.) wertberichtigt sowie aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 1.133 Tsd. (2016: EUR 74.907 Tsd.) nicht angesetzt, weil nach Einschätzung des Managements die Verwertbarkeit dieser aktiven

latentem Steuern auf Verlustvorträge und anderer aktiver latenter Steuern in einem angemessenen Zeitraum (bis zu 4 Jahre) unwahrscheinlich ist. Somit wurden auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 1.297.460 Tsd. (2016: EUR 2.899.383 Tsd.) keine latenten Steuern gebildet. Von diesen steuerlichen Verlustvorträgen sind EUR 1.287.850 Tsd. (2016: EUR 2.885.801 Tsd.) unbeschränkt vortragsfähig und betreffen vor allem die immigon selbst.

24) Sonstige Aktiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungsabgrenzungsposten	289	433
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	34.040	36.323
Positive Marktwerte der Derivate im Bankbuch	6.852	98.385
Sonstige Aktiva	41.181	135.141

In den Sonstigen Aktiva sind insgesamt EUR 6.852 Tsd. aus den positiven Marktwerten der Derivate im Bankbuch ausgewiesen. Da die immigon als Abbaugesellschaft keine Handelsaktivitäten mehr entfaltet, wurde 2016 entschieden, das Handelsbuch in das Bankbuch zu übertragen. Im Vorjahr ergab sich eine Erhöhung der Position um EUR 51.988 Tsd. aus der Übertragung des Handelsbuches.

Durch die Beendigung des hedge accounting per 30. September 2016 gibt es, wie im Vorjahr, keine positiven Marktwerte für Derivate, die für das hedge accounting herangezogen werden.

25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Vermögenswerte, die zur Veräußerung gem. IFRS 5 bestimmt sind, zusammengefasst. Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen.

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve	1.217	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	184	0
Forderungen an Kunden (brutto)	10.627	37.646
Risikovorsorge (-)	-752	-19.550
Investment property Vermögenswerte	13.000	4.150
Sonstige Aktiva	630	0
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	24.905	22.245

26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Sonstige Kreditinstitute	5.388	105.461
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.388	105.461

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	0	1.292
bis 3 Monate	3.180	49.567
bis 1 Jahr	38	29.375
bis 5 Jahre	269	14.564
über 5 Jahre	1.901	10.663
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.388	105.461

27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Sonstige Einlagen	45.540	307.798
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.540	307.798

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	847	1.034
bis 3 Monate	15.386	19.331
bis 1 Jahr	22.266	167.486
bis 5 Jahre	463	67.683
über 5 Jahre	6.579	52.265
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.540	307.798

28) Verbriefte Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Anleihen	479.142	786.280
Verbriefte Verbindlichkeiten	479.142	786.280

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	365	0
bis 3 Monate	21.507	26.291
bis 1 Jahr	252.963	211.827
bis 5 Jahre	175.932	507.769
über 5 Jahre	28.375	40.392
Verbriefte Verbindlichkeiten	479.142	786.280

29) Rückstellungen

EUR Tsd.	Rückstellung				Gesamt
	Risikorück- stellungen	Rückstellung Rechtsrisiko	Redimensio- nierung	Andere Rück- stellungen	
Stand am 01.01.2016	9.829	30.093	41.660	20.438	102.020
Veränderung im Konsolidierungskreis	-39	0	0	-24	-64
Währungsumrechnung	0	3	0	2	5
Umgliederungen	39	0	0	0	39
Barwerteffekt	0	0	-106	-124	-230
Verbrauch	0	-2.002	-7.892	-762	-10.656
Auflösung	-5.374	-6.382	-4.914	-5.278	-21.948
Zuführung	0	18.157	3.500	7.499	29.156
Stand am 31.12.2016	4.455	39.869	32.247	21.750	98.322
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	24	0	0	24
Umgliederungen	0	-1	0	-189	-189
Barwerteffekt	0	0	0	0	0
Verbrauch	-2.241	-2.025	-6.013	-5.547	-15.826
Auflösung	-2.214	-6.955	-5.589	-2.894	-17.652
Zuführung	0	3.946	148	1.805	5.898
Stand am 31.12.2017	0	34.858	20.793	14.926	70.577

Die gebildeten Risikorückstellungen betreffen Vorsorgen für außerbilanzielle Transaktionen insbesondere Haftungen und Garantien und wurden 2017 verwendet bzw. aufgelöst.

Für Rechtsrisiken bestehen Vorsorgen in Höhe von insgesamt EUR 34.858 Tsd. (2016: EUR 39.869 Tsd.) Diese Position enthält Vorsorgen für wahrscheinliche Abflüsse aus noch nicht weitergegebenen Zinsanpassungen in Höhe von EUR 1.007 Tsd. (2016: EUR 506 Tsd.).

In der Position Rückstellung Redimensionierung wird für Verpflichtungen vorgesorgt, die wahrscheinlich in Zukunft zu einem Mittelabfluss führen werden. Die im Geschäftsjahr 2011 erstmalig gebildete Restrukturierungsrückstellung erfüllt die Kriterien gemäß IAS 37.10 und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 20.793 Tsd. (2016: EUR 32.247 Tsd.). Die Rückstellung ist teilweise langfristig da ein Teil der Zahlungsabflüsse erst in Folgejahren erwartet wird.

In der Position Restrukturierungsertrag werden im Wesentlichen Auflösungen der Rückstellungen für Redimensionierung Trennen und der Rückstellung für Bestandsschutz beziehungsweise Sonderleistungen dargestellt. Die Zuführung zur Rückstellung Redimensionierung Trennen betrug in 2017 EUR 148 Tsd. (2016: EUR 3.233 Tsd.), die Auflösung dieser Rückstellung betrug in 2017 EUR 1.995 Tsd. (2016: EUR 189 Tsd. inkl. Barwertänderung). Die Zuführung zur Rückstellung für Bestandsschutz, Sonderleistungen betrug in 2017 EUR 0 (2016: EUR 267 Tsd.), die Auflösung dieser Rückstellung betrug in 2017 EUR 3.401 Tsd. (2016: EUR 4.717 Tsd. inkl. Barwertänderung).

In den anderen Rückstellungen in Höhe von EUR 14.926 Tsd. (2016: EUR 21.750 Tsd.) sind für Immobilienprojekte und Beteiligungsrisiken Vorsorgen in Höhe von EUR 2.836 Tsd. (2016: EUR 9.234 Tsd.) sowie Vorsorgen in Zusammenhang mit Systemrückbauten und Langzeitarchivierungen in Höhe von EUR 5.184 Tsd. (2016: EUR 5.235 Tsd.) als teilweise langfristige Rückstellungen enthalten.

30) Sozialkapital

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
Barwert 01.01.2016	102.644	7.635	263	110.543
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-33	0	-33
Dienstzeitaufwand	-2.608	438	7	-2.163
Zinsaufwand	1.653	55	1	1.710
Zahlungen	-22.848	-1.539	-142	-24.529
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-2.060	-2.013	-76	-4.149
Barwert 31.12.2016	76.781	4.543	53	81.377
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Dienstzeitaufwand	640	141	2	783
Zinsaufwand	927	0	0	927
Zahlungen	-14.023	-1.184	-1	-15.208
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-12.321	-200	41	-12.479
Barwert 31.12.2017	52.005	3.300	96	55.400

Barwert des Planvermögens

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung
Barwert des Planvermögens 01.01.2016	44.752
Ertrag aus dem Planvermögen	2.844
Beiträge zum Planvermögen	864
Auszahlungen	-3.044
Barwert des Planvermögens 31.12.2016	45.416
Ertrag aus dem Planvermögen	548
Beiträge zum Planvermögen	255
Auszahlungen	-10.580
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-1.901
Barwert des Planvermögens 31.12.2017	33.739

Die Pensionsrückstellung wird saldiert mit dem Barwert des Planvermögens in dieser Position ausgewiesen.

In 2018 werden Beitragszahlungen in Höhe von EUR 150 Tsd. an das Planvermögen erwartet.

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
31.12.2016				
Sozialkapitalverpflichtung	76.781	4.543	53	81.377
Barwert des Planvermögens	-45.416	0	0	-45.416
Bilanzierte Nettoschuld	31.365	4.543	53	35.961
31.12.2017				
Sozialkapitalverpflichtung	52.005	3.300	96	55.400
Barwert des Planvermögens	-33.739	0	0	-33.739
Bilanzierte Nettoschuld	18.266	3.300	96	21.662

Historische Information

EUR Tsd.	2017	2016	2015	2014	2013
Barwert der Verpflichtungen	55.400	81.377	110.543	142.395	124.904
Barwert des Planvermögens	33.739	45.416	44.752	44.940	41.980

Zusammensetzung Planvermögen

EUR Tsd.	31.12.2017			31.12.2016		
	Plan- vermögen notiert	Plan- vermögen unnotiert	Plan- vermögen gesamt	Plan- vermögen notiert	Plan- vermögen unnotiert	Plan- vermögen gesamt
Anleihen Gebietskörperschaften	11.404	75	11.478	12.753	269	13.022
Anleihen Kreditinstitute	1.185	0	1.185	2.543	47	2.590
Anleihen Sonstige	6.071	186	6.257	7.922	1.029	8.951
Aktien EU Länder	5.074	0	5.074	6.346	0	6.346
Aktien USA und Japan	1.061	0	1.061	4.585	0	4.585
Aktien Sonstige	5.062	0	5.062	4.218	66	4.285
Derivate	388	418	805	515	261	776
Immobilien	146	1.505	1.651	0	1.554	1.554
Festgeld	17	26	44	0	69	69
Kassenbestand	225	897	1.121	0	3.239	3.239
Gesamt	30.632	3.107	33.739	38.882	6.534	45.416

In der Spalte Planvermögen - notiert werden alle Vermögenswerte im Planvermögen dargestellt, die einen an einem aktiven Markt notierten Marktpreis haben.

Sensitivitätenanalyse

Bei Konstanzhaltung der anderen Annahmen hätten bei vernünftiger Betrachtungsweise am Abschlussstichtag möglich gewesene Veränderungen bei einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen die leistungsorientierte Verpflichtung mit den nachstehenden Beträgen beeinflusst.

EUR Tsd.	Barwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
31.12.2016		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-7.178	8.436
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	327	-319
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	2.507	-2.381
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	3.397	-3.346
31.12.2017		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-4.668	5.469
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	222	-217
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	1.624	-1.543
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	2.310	-2.275

Zum 31. Dezember 2017 lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei den Pensionen bei 12,5 Jahren (2016: 13,0 Jahre) und bei den Abfertigungen bei 1,3 Jahren (2016: 1,5 Jahren).

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten cash flows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

31) Sonstige Passiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungsabgrenzungsposten	2.029	3.919
Sonstige Verbindlichkeiten	16.607	20.827
Negative Marktwerte der Derivate im Bankbuch	4.180	47.757
Sonstige Passiva	22.816	72.503

In den Sonstigen Passiva sind insgesamt EUR 4.180 Tsd. aus den negativen Marktwerten der Derivate im Bankbuch ausgewiesen. Im Vorjahr ergab sich eine Erhöhung der Position um EUR 40.262 Tsd. aus der Übertragung des Handelsbuches.

Durch die Beendigung des hedge accounting per 30. September 2016 gibt es wie im Vorjahr keine negativen Marktwerte für Derivate, die für das hedge accounting herangezogen werden.

32) Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Verbindlichkeiten, die zur Veräußerung gem. IFRS 5 bestimmt sind, zusammengefasst.

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.033	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.550	0
Rückstellungen	1	0
Ertragsteuerverpflichtungen	1.431	0
Sonstige Passiva	134	0
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	11.149	0

Die Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

33) Nachrangkapital

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	20.658	125.583
Ergänzungskapital	75.779	43.059
Nachrangkapital	96.437	168.643

Die nachrangigen Verbindlichkeiten werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Rückgang des Volumens in 2017 ist vor allem auf Rückkäufe der immigon zurückzuführen.

Der Buchwert des Ergänzungskapitals wurde gemäß IAS 39 AG 8 neu berechnet, indem der Barwert durch Abzinsen der geschätzten zukünftigen cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz ermittelt wurde. Die erwarteten Rückzahlungskurse der verbliebenen Ergänzungskapitalanleihen haben sich deutlich verbessert, was zu höheren Buchwerten geführt hat.

In dieser Position sind auch gewinnabhängige Verbindlichkeiten mit einem Nominale in Höhe von EUR 43.125 Tsd. (2016: EUR 43.125 Tsd.) ausgewiesen.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	35	0
bis 3 Monate	43.045	17.843
bis 1 Jahr	19.798	60.355
bis 5 Jahre	3.350	56.208
über 5 Jahre	30.209	34.238
Nachrangkapital	96.437	168.643

Darstellung der Ein- und Auszahlung des Nachrangkapitals

EUR Tsd	Subordinated liabilities
Stand 1.1.2017	168.643
Zahlungszuflüsse	0
Zahlungsabflüsse	-115.767
Nicht zahlungswirksame Veränderungen	
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0
Marktwertveränderungen	43.134
Sonstige	427
Summe nicht zahlungswirksame Veränderungen	43.561
Stand 31.12.2017	96.437

34) Zahlungsströme Verbindlichkeiten

Darstellung der zukünftigen cash flows der Verbindlichkeiten gegliedert nach ihrer vertraglichen Fälligkeit.

EUR Tsd.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Nachrangkapital	Derivate im Bankbuch
31.12.2017					
Buchwert	5.388	45.540	479.142	96.437	4.180
Zahlungsabflüsse gesamt	5.766	49.323	484.905	102.045	4.180
bis 3 Monate	3.284	16.512	22.444	46.898	1.245
bis 1 Jahr	64	22.672	254.117	20.539	927
bis 5 Jahre	403	1.024	178.019	4.080	715
über 5 Jahre	2.014	9.116	30.325	30.528	1.292
31.12.2016					
Buchwert	105.461	307.798	786.280	168.643	47.757
Zahlungsabflüsse gesamt	130.212	313.077	797.881	179.436	46.165
bis 3 Monate	56.156	20.816	27.823	17.853	0
bis 1 Jahr	48.367	167.594	215.831	66.180	25.789
bis 5 Jahre	14.821	67.969	511.611	60.053	10.729
über 5 Jahre	10.868	56.698	42.616	35.350	9.647

Die Zahlungsströme der Eventualverbindlichkeiten werden in Kapitel 43) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken dargestellt.

35) Eigenkapital

Das Grundkapital der immigon beträgt vor Abzug der eigenen Aktien am 31. Dezember 2017 EUR 19.336 Tsd. Es setzt sich aus folgenden Namensaktien zusammen:

	EUR Tsd.
18.907.729 Namensaktien	19.336

Das Grundkapital blieb 2017 unverändert.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 23. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, bis 23. Mai 2018 das Grundkapital der Gesellschaft zum Zweck der Einziehung nach § 102a Abs. 7 Satz 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 auszugebenden Partizipationskapitals um bis zu EUR 289 Mio. durch Ausgabe neuer Aktien - allenfalls in mehreren Tranchen – gegen Barzahlung in Form von Stammaktien zu erhöhen, wobei der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates wie folgt festgesetzt wurden: Der Ausgabebetrag hat sich am Unternehmenswert der Gesellschaft, der nach einer zu diesem Zweck durchzuführenden Unternehmensbewertung zu ermitteln ist, im Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung zu orientieren (genehmigtes Kapital).

Neben dem Grundkapital verfügte die Gesellschaft am 31. Dezember 2017 über ein Partizipationskapital mit Nennbetrag von TEUR 15.414; von diesem Partizipationskapital befanden sich aufgrund von Rückkäufen aus Drittbesitz Partizipationsbescheinigungen mit Nennbetrag von EUR 13 Tsd. (2016: EUR 13 Tsd.) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,09 % (2016: 0,09 %) sowie 49.819 Stück eigene Anteile (2016: 49.819 Stück) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,26 % (2016: 0,26 %) im Portefeuille der immigon.

Das im Jahr 2009 begebene Partizipationskapital der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft im Volumen von Nominale EUR 10 Mio. (nach Kapitalherabsetzung) befand sich zum 31. Dezember 2017 zur Gänze im Besitz der Republik Österreich.

Insgesamt verfügt die immigon zum 31. Dezember 2017 über ein im Eigenkapital ausgewiesenes Partizipationskapital im Nennbetrag von EUR 10 Mio. (2016: EUR 10 Mio.) Diese Partizipationsscheine lauten auf Inhaber und entsprechen infolge ihrer Ausgabebedingungen und der erfolgten Einzahlung den Bestimmungen des § 23 Abs. 4 BWG in der Fassung vor BGBl 2013/184.

Entwicklung des gezeichneten Kapitals

In Stück	31.12.2017		31.12.2016	
	Aktien	PS	Aktien	PS
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 01.01.	18.857.910	162.153	18.857.910	162.153
Kapitalherabsetzung	0	0	0	0
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.	18.857.910	162.153	18.857.910	162.153
Eigene Aktien und Partizipationsscheine	49.819	18.296	49.819	18.296
Anzahl Aktien und Partizipationskapital am 31.12.	18.907.729	180.449	18.907.729	180.449

20.449 Stück (2016: 20.449 Stück) der im Umlauf befindlichen und der gesamten Partizipationsscheine weisen ein Nominale von EUR 502,50 je Partizipationsschein auf. Die restlichen Partizipationsscheine haben einen Nennwert von EUR 0,73 pro Schein.

Im Geschäftsjahr 2018 werden keine Schüttungen auf das Aktien- und Partizipationskapital durchgeführt.

Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 5,69 % (2016: -2,17 %) und errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und Bilanzsumme zum Bilanzstichtag.

Nicht beherrschende Anteile

Gesellschaftsname	Minderheitenanteil		Teilkonzern
	2017	2016	
VB-NEPREMICNINE podjetje za promet z nepremicninami, d.o.o.; Wien	40,00 %	40,00 %	Übrige Unternehmen
VB-Leasing International Holding GmbH; Novi Beograd	50,00 %	50,00 %	VBLI
VBS Leasing d.o.o.; Wien	50,00 %	50,00 %	VBLI
VB LEASING d.o.o.; Wien	50,00 %	50,00 %	VBLI
Volksbank Leasing BH d.o.o.; Wien	50,00 %	50,00 %	VBLI
VB Leasing doo Beograd; Wien	50,00 %	50,00 %	VBLI
VBL SERVICES DOO BEOGRAD u likvidaciji; Wien	50,00 %	50,00 %	VBLI
"VBL POSREDNIK" d.o.o.; Wien	50,00 %	50,00 %	VBLI

In der folgenden Tabelle werden die Finanzinformationen der Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe (VBLI) gesondert und alle anderen Gesellschaften, da sie unwesentlich sind, insgesamt dargestellt.

Zusatzinformation nicht beherrschende Anteile

EUR Tsd.	VBLI Teilkonzern		Übrige Unternehmen	
	2017	2016	2017	2016
Aktiva				
Barreserve	1	1	0	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	8.045	4.207	111	432
Forderungen an Kunden (brutto)	114.012	225.861	0	0
Risikovorsorge (-)	-11.830	-13.780	0	0
Sonstige Aktiva	13.942	26.550	13.133	12.534
Bilanzsumme	124.170	242.840	13.244	12.965
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	47.256	4.033	4.634
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.067	71.068	93	125
Sonstige Passiva	11.986	12.358	1.423	1.201
Eigenkapital	111.117	112.157	7.696	7.006
Passiva Gesamt	124.170	242.840	13.244	12.965
Gesamtergebnisrechnung				
Zinsen und ähnliche Erträge	12.330	22.774	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.062	-4.331	-97	-78
Zinsüberschuss	11.268	18.443	-97	-78
Risikovorsorge	-1.036	-1.237	0	0
Jahresergebnis vor Steuern	-858	8.157	1.536	-108
Steuern vom Einkommen	-401	-1.722	-295	-103
Jahresergebnis nach Steuern	-1.258	6.435	1.240	-211
Sonstiges Ergebnis	237	-87	0	0
Gesamtergebnis	-1.022	6.349	1.240	-211

36) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den einzelnen Kategorien und ihre fair values dar.

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2017							
Barreserve	0	0	0	0	1.175.185	1.175.185	1.175.185
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	82.483	82.483	
EWB zu Forderungen an KI	0	0	0	0	0	0	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	82.483	82.483	82.483
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	215.363	215.363	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-70.778	-70.778	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	144.584	144.584	147.114
Handelsaktiva	23.879	0	0	0	0	23.879	23.879
Finanzinvestitionen	0	1	0	38.099	0	38.100	38.100
Beteiligungen	0	0	0	14.299	184	14.483	14.483
Derivative Instrumente Bankbuch	6.852	0	0	0	0	6.852	6.852
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	11.275	11.275	11.537
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	30.731	1	0	52.398	1.413.712	1.496.842	1.499.632
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	0	5.388	5.388	5.388
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	0	45.540	45.540	45.163
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	479.142	479.142	484.474
Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0
Derivative Instrumente Bankbuch	4.180	0	0	0	0	4.180	4.180
Nachrangkapital	0	0	0	0	96.437	96.437	99.145
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	9.583	9.583	9.583
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	4.180	0	0	0	636.090	640.270	647.935

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2016							
Barreserve	0	0	0	0	1.203.409	1.203.409	1.203.409
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	182.028	182.028	
EWB zu Forderungen an KI	0	0	0	0	0	0	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	182.028	182.028	180.911
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	564.511	564.511	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-111.132	-111.132	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	453.378	453.378	439.515
Handelsaktiva	39.454	0	0	0	0	39.454	39.454
Finanzinvestitionen	0	149	0	211.205	0	211.355	211.355
Beteiligungen	0	0	0	7.432	11.656	19.088	19.088
Derivative Instrumente Bankbuch	98.385	0	0	0	0	98.385	98.385
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	18.095	18.095	20.886
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	137.839	149	0	218.638	1.868.567	2.225.193	2.213.004
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	0	105.461	105.461	106.178
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	0	307.798	307.798	308.952
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	786.280	786.280	712.974
Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0
Derivative Instrumente Bankbuch	47.757	0	0	0	0	47.757	47.757
Nachrangkapital	0	0	0	0	168.643	168.643	159.238
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	47.757	0	0	0	1.368.182	1.415.939	1.335.100

EWB = Einzelwertberichtigung

Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 184 Tsd. (2016: EUR 11.656 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann. Im Geschäftsjahr wurden mit Anschaffungskosten bewertete Instrumente mit einem Buchwert in Höhe von EUR 2.357 Tsd. (2016: EUR 19.603 Tsd.) veräußert. Dabei wurde ein Ergebnis von EUR 1.485 Tsd. (2016: EUR 237 Tsd.) realisiert. Der beizulegende Zeitwert ist nicht verlässlich ermittelbar, da für diese Titel kein aktiver Markt besteht und eine angemessene Einschätzung der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Eintritts unterschiedlicher Zeitwertschätzungen nicht möglich ist.

Einige Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten sind Kategorien zugeordnet, in denen sie nicht erfolgswirksam mit dem fair value bewertet werden. Bis zur Beendigung des hedge accounting per 30. September 2016 waren diese als Grundgeschäfte zu fair value hedges bezüglich des Zins- und des Währungsrisikos designiert. Im Zuge des hedge accounting wurden diese Finanzinstrumente bezüglich des gehedgten Zinssatzes und des gehedgten Währungsrisikos bewertet.

Die nachfolgende Tabelle ordnet alle zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
31.12.2017				
Handelsaktiva	0	0	23.879	23.879
Finanzinvestitionen	5.304	32.795	0	38.100
At fair value through profit or loss	0	1	0	1
Available for sale	5.304	32.795	0	38.099
Anteile und Beteiligungen	0	0	14.299	14.299
Derivative Instrumente Bankbuch	0	6.852	0	6.852
Gesamt	5.304	39.647	38.178	83.129
Derivative Instrumente Bankbuch	0	4.180	0	4.180
Gesamt	0	4.180	0	4.180
31.12.2016				
Handelsaktiva	0	0	39.454	39.454
Finanzinvestitionen	10.853	114.201	86.300	211.355
At fair value through profit or loss	0	149	0	149
Available for sale	10.853	114.052	86.300	211.205
Anteile und Beteiligungen	0	0	7.433	7.433
Derivative Instrumente Bankbuch	0	98.385	0	98.385
Gesamt	10.853	212.586	133.187	356.626
Derivative Instrumente Bankbuch	0	47.757	0	47.757
Gesamt	0	47.757	0	47.757

In den Anteilen und Beteiligungen sind Fondsanteile an Privat Equity Gesellschaften in Höhe von EUR 2.494 Tsd. (2016: EUR 2.898 Tsd.) enthalten. Die Marktkurse werden vom externen Fondsmanagement auf Basis der für diese Finanzinstrumente branchenüblichen EVCA Bewertungsrichtlinien ermittelt und tourlich zur Verfügung gestellt. Ein hausinternes Monitoring der Preise erfolgt durch das Asset Management. In der Vergangenheit wurden keine signifikanten Wertabweichungen festgestellt, die auf wesentliche Unsicherheiten bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes hindeuten.

Für die Beschreibung der Bewertungsverfahren für Anteile und Beteiligungen verweisen wir auf die Ausführungen in Kapitel 3) s) Beteiligungen.

Bei der Berechnung der Marktwerte für Level 2 Finanzinvestitionen verwendet die immigon keine nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungskurse. Systemseitig angelieferte Kursinformationen werden bei nicht aktiv gehandelten Positionen auf Basis sekundär verfügbarer Marktdaten wie etwa Credit Spreads oder auf aktiven Märkten zustande gekommener Transaktionen in vergleichbaren Produkten überprüft und bei Bedarf an diese angepasst.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine Umgliederungen zwischen Level 1 und Level 2 vorgenommen.

Darstellung der Entwicklung der Level 3 Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten

EUR Tsd.	Handelsaktiva	Finanz- investitionen at fair value through profit or loss	Anteile und Beteiligungen	Available for sale	Gesamt
Stand 1.1.2016	119.509	7.248	13.083	21.634	161.474
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	654	0	654
Zugänge	53	0	351	47.800	48.204
Abgänge	-85.115	-6.650	-2.427	-21.634	-115.826
Bewertung					
über die Gewinn- Verlustrechnung	5.007	-598	-2.949	-1.800	-340
über sonstiges Ergebnis	0	0	-1.280	40.300	39.020
Stand 31.12.2016	39.454	0	7.433	86.300	133.187
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	2.754	0	2.754
Zugänge	0	0	9.086	0	9.086
Abgänge	-15.546	0	-4.892	-86.300	-106.738
Bewertung					
über die Gewinn- Verlustrechnung	-29	0	-3.013	0	-3.043
über sonstiges Ergebnis	0	0	2.931	0	2.931
Stand 31.12.2017	23.879	0	14.299	0	38.178

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestition (Gewinn- und Verlustrechnung) bzw. in der available for sale Rücklage (Sonstiges Ergebnis) erfasst. Von den Bewertungen, die über die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst sind, betrifft ein Betrag von EUR -1.811 Tsd. (2016: EUR -5.044 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Vermögenswerte. Der Anstieg bei den Anteilen und Beteiligungen ist im Wesentlichen auf die Einbeziehung einer weiteren Gesellschaft zurückzuführen, die ab 2017 zum fair value bewertet wird.

Handelsaktiva

Im Geschäftsjahr 2017 waren die Handelsaktiva, die aufgrund des Wegfalls eines aktiven Marktes nur eine alternative Bewertung zulassen, weiterhin rückläufig. Das Portfolio Bankanleihen mit Landeshaftung wurde bereits im Geschäftsjahr 2017 zur Gänze abgebaut, die Bankanleihen ohne Landeshaftung konnten im vergangenen Jahr nochmals reduziert werden.

Die Widmung zu Level 3 bleibt aufrecht und ist auf den weiterhin fehlenden aktiven Markt und die Verwendung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren zurückzuführen. Da sich aufgrund von Veräußerungen und Tilgungen des Wertpapierportfolios in diesem Bereich „Bankanleihen ohne Landeshaftung“, deren Bewertung auf Level 3 Ansätze beruht, auf acht (8) Titel (Vorjahr: 18) mit einem Buchwert von TEUR 23.879 (Vorjahr TEUR 39.454) verringert werden konnte und die Restlaufzeit zum Bilanzstichtag ausnahmslos 1 Tag beträgt (Fälligkeit 1.1.2018), wird von einer Sensitivitätenanalyse abgesehen. Da alle betroffenen Wertpapiere von dem gleichen Emittenten begeben wurden (Long Term Issuer Default Rating von Fitch: BB+), wird davon ausgegangen, dass mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit die regelkonforme Tilgung am ersten Geschäftstag des neuen Jahres stattfinden wird.

Available for sale

Die Zugänge der Level 3 Marktwerte im Geschäftsjahr 2016 ergaben sich im Wesentlichen aufgrund der fair value Bewertung des Aktienpakets an der RZB. Diese Position ist dem Teilportfolio Europäische Bankaktien gewidmet und konnte 2017 zur Gänze abgebaut werden. Im Jahr 2017 gab es keine Zugänge der Level 3 Marktwerte.

Die Bewertung dieser Position erfolgte im Vorjahr über ein Multiple-Modell, basierend auf zwei marktüblichen Branchenindices unter Berücksichtigung eines Bewertungsabschlages für Gängigkeit und Marktentwicklung. Bei der Gewichtung der Indices und dem Bewertungsabschlag handelt es sich um nicht am Markt beobachtbare Inputfaktoren, weshalb die Position dem Level 3 der Bewertungshierarchie zugeordnet ist.

Die nachfolgenden Angaben stellen mögliche Auswirkungen dar, die sich aus der Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten im Jahr 2016 ergaben. Im Jahr 2017 erfolgt wie vorstehend erwähnt aufgrund Fälligkeit per 1. Jänner 2018 der Bankanleihen ohne Landeshaftung sowie des Wegfalls der Europäischen Bankaktien im Jahr 2017 keine Sensitivitätsanalyse.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt die Auswirkungen auf den fair value, wenn die höchsten und niedrigsten Werte der Bandbreite gewählt worden wären

		Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
31.12.2017			
Wertpapiere in EUR Tsd.	Volumen		
Bankanleihen ohne Landeshaftung	0	0	0
Bankanleihen mit Landeshaftung	0	0	0
Europäische Bankaktien	0	0	0
Abschlag +/- 10 %	0	0	0
Gewichtung 60/40 %	0	0	0
Summe	0	0	0
31.12.2016			
Wertpapiere in EUR Tsd.	Volumen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
Bankanleihen ohne Landeshaftung	39.454	565	-479
Bankanleihen mit Landeshaftung	0	0	4
Europäische Bankaktien	86.300	0	0
Abschlag +/- 10 %	0	11.508	-11.508
Gewichtung 60/40 %	0	16.113	-16.113
Summe	125.754	28.185	-28.099

Bei Bankanleihen ohne Landeshaftung wurde im Vorjahr als Änderung der Parameter für die Sensitivität, die zu einer Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes führen würden, eine Verminderung des Credit Spreads von 300 BP auf 130 BP bzw. von 500 BP auf 300 BP unterstellt. Die Höhe dieser Anpassung ergab sich aus der Beobachtung von liquiden vergleichbaren österreichischen Bankanleihen. Als Änderung der Parameter für die Sensitivität, die zu einer Verminderung des beizulegenden Zeitwertes führen würden, wurde eine Erhöhung des Credit Spreads von 300 BP auf 470 BP bzw. von 500 BP auf 700 BP unterstellt.

Bei der Bewertung der Europäischen Bankaktien waren im Vorjahr die Annahmen zum Bewertungsabschlag sowie zum Verhältnis Substanzwert- zu Ertragswertkomponente wesentliche Einflussgrößen. Im Rahmen der Level 3 Sensitivitätsanalyse erfolgte eine Modifikation dieser beiden Einflussgrößen. Durch die Verminderung des Bewertungsabschlages von 25 % auf 15 % (- 10 Prozentpunkte) sowie durch die Übergewichtung der Substanzwertkomponente zur Ertragswertkomponente von 50 % auf 60 % (+ 10 Prozentpunkte) ergab sich eine Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes. Als Simulation einer Verminderung des beizulegenden Zeitwertes wurde eine Erhöhung des Bewertungsabschlages von 25

% auf 35 % (+10 Prozentpunkte) sowie eine Untergewichtung der Substanzwertkomponente zur Ertragswertkomponente von 50 % auf 40 % (- 10 Prozentpunkte) unterstellt.

Für die Sensitivitätsanalysen für die Marktwerte des Level 3 der Bewertungshierarchie bei der Position Anteile und Beteiligungen erfolgt die Ermittlung werterhöhender und wertmindernder Effekte bei alternativen Bewertungsszenarien durch Variation von Ertragsschätzungen und ertragsabhängigen Parametern mit einer Bandbreite von 5 %. Dabei ergibt sich bei einer vorteilhaften Bewegung eine Veränderung der Marktwerte in Höhe von EUR 713 Tsd. (2016: EUR 340 Tsd.) und bei einer unvorteilhaften Bewegung eine Veränderung in Höhe von EUR -713 Tsd. (2016: EUR -340 Tsd.).

Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von investment property (IAS 40) sind in Note 18) Investment property Vermögenswerte dargestellt.

Für Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird der beizulegende Zeitwert nur für die Zwecke der Anhangsangabe berechnet und hat keinen Einfluss auf die Konzernbilanz und die Konzerngesamtergebnisrechnung.

Die nachfolgende Tabelle ordnet die Marktwerte aller nicht zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte
31.12.2017					
Barreserve	0	1.175.185	0	1.175.185	1.175.185
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	82.483
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	82.483	82.483	82.483
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	215.363
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-70.778
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	147.114	147.114	144.584
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	11.537	11.537	11.275
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	0	1.175.185	241.134	1.416.319	1.413.528
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	5.388	5.388	5.388
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	45.164	45.164	45.540
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	484.474	484.474	479.142
Nachrangkapital	0	0	99.145	99.145	96.437
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	9.583	9.583	9.853
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	643.754	643.754	636.090

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte
31.12.2016					
Barreserve	0	1.203.409	0	1.203.409	1.203.409
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	182.028
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	180.911	180.911	182.028
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	564.511
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-111.132
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	439.515	439.515	453.378
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	20.886	20.886	18.095
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	0	1.203.409	641.312	1.844.722	1.856.911
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	106.178	106.178	105.461
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	308.952	308.952	307.798
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	712.974	712.974	786.280
Nachrangkapital	0	0	159.238	159.238	168.643
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	1.287.343	1.287.343	1.368.182

Für Finanzinstrumente, welche überwiegend kurzfristig sind, stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des fair values dar.

Für langfristige Finanzinstrumente erfolgt die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme. Für Aktiva werden Zinssätze verwendet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken (insbesondere geschätzte Ausfälle bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft) hätten erzielt werden können. Im Fall der Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, mit denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag aufgenommen oder emittiert hätten werden können.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden den drei Kategorien der IFRS fair value Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – Mit notierten Preisen in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Finanzinstrument ist.

Level 2 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und die einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

37) Cash flow hedges

Bis zur Beendigung des hedge accountings per 30. September 2016 wurden im Rahmen des cash flow hedge accountings Zinsswaps und Caps & Floors eingesetzt, um das Zinsrisiko von variabel verzinsten Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten abzusichern.

Im Vorjahr wurden erfolgswirksame Veränderungen in Höhe von EUR -1 Tsd. aus der hedging Rücklage gebucht.

38) Derivate

Derivative Finanzinstrumente

2017 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2017
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	91	11	11	113	1.461
Caps & Floors	8	0	0	8	0
Futures - zinsbezogen	0	0	0	0	0
Interest Rate Swaps	83	11	11	105	1.461
Swaptions	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte	0	0	0	0	1
FX Swaps	0	0	0	0	1
Kreditbezogene Geschäfte	87	0	0	87	0
Sonstige Geschäfte	19	36	15	70	1.210
Optionen	19	36	15	70	1.210
Gesamtsumme	196	47	26	269	2.672

2016 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2016
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	1.790.173	742.084	289.593	2.821.850	49.729
Caps & Floors	27.932	11.731	600	40.262	272
Futures - zinsbezogen	171.250	146.250	0	317.500	0
Interest Rate Swaps	1.570.991	584.104	273.993	2.429.088	49.722
Swaptions	20.000	0	15.000	35.000	-265
Währungsbezogene Geschäfte	40.386	0	0	40.386	-214
FX Swaps	40.386	0	0	40.386	-214
Kreditbezogene Geschäfte	515.328	88.974	0	604.301	-85
Sonstige Geschäfte	75.284	105.582	27.169	208.035	1.198
Optionen	75.284	105.582	27.169	208.035	1.198
Gesamtsumme	2.421.170	936.640	316.762	3.674.573	50.627

Alle derivativen Finanzinstrumente sind – ausgenommen Futures – OTC-Produkte.

39) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögenswerte in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 29.888 Tsd. (2016: EUR 105.779 Tsd.), jener der Verbindlichkeiten auf EUR 27.858 Tsd. (2016: EUR 54.099 Tsd.).

40) Treuhandgeschäfte

Bei den Treuhandgeschäfte handelt es sich im Wesentlichen um treuhändig veranlagte Gelder von verbundenen, nicht konsolidierten Unternehmen.

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	15.482	35.011
Finanzinvestitionen	0	727
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.482	35.011
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	727

41) Nachrangige Vermögenswerte

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	0	3.604

42) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte		
Forderungen an Kunden	55	38.707
Verpflichtungen, für die Vermögenswerte übertragen wurden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	55	38.707

Im Rahmen von Unternehmensrefinanzierungen durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) werden Kundenforderungen in Höhe von EUR 55 Tsd. (2016: EUR 71 Tsd.) als Sicherheiten gestellt. Diese Forderungen sind durch Ausfallgarantien des Bundes, durch Privatversicherungen und Wechselbürgschaften garantiert. Die OeKB kann diese Kundenforderungen bei vertragskonformer Leistung des Konzerns nicht weiterverpfänden oder veräußern.

Die DZ Bank AG mit EUR 0 Tsd. (2016: EUR 28.547 Tsd.) hatte im Vorjahr ebenfalls keine Möglichkeit bei vertragskonformer Leistung die Sicherheiten zu verwerten oder weiter zu verpfänden.

43) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Eventualverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen	54	5.309
Sonstiges (Haftsumme)	10.797	22.247
Kreditrisiken		
Kreditrisiken aus noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen	770	1.001

In der Position Sonstiges sind Haftsummen für Beteiligungen an Genossenschaften enthalten.

Darstellung der zukünftigen cash flows der Eventualverbindlichkeiten nach ihrer vertraglichen Fälligkeit und bei den Garantien auch nach der erwarteten Fälligkeit

EUR Tsd.	Kreditzusagen	Garantien - vertraglich vereinbart
31.12.2017		
Buchwert	770	54
Zahlungsabflüsse gesamt	770	10.852
bis 3 Monate	770	376
bis 5 Jahre	0	86
über 5 Jahre	0	10.389
31.12.2016		
Buchwert	1.001	5.309
Zahlungsabflüsse gesamt	1.001	32.556
bis 3 Monate	1.001	32.198
bis 1 Jahr	0	111
über 5 Jahre	0	247

Bei den Kreditrisiken wurde bei der Darstellung der vertraglichen Laufzeit auf das Ende abgestellt. Bei der Darstellung der vertraglich vereinbarten Garantien wird die erste vertragliche Möglichkeit der vollen Inanspruchnahme dargestellt, während in der Spalte der erwarteten Garantien die vom Management in den verschiedenen Laufzeiten erwartete Inanspruchnahme angegeben wird.

Das Management geht nicht davon aus, in den nächsten fünf Jahren für die Haftsummenzuschläge in Anspruch genommen zu werden. Daher erfolgt der Ausweis bei den Zahlungsabflüssen über 5 Jahre und sind diese nicht im Buchwert enthalten.

Die immigon führt eine Reihe von Aktivprozessen zur Einbringung von Forderungen aus den bis zur Zurücklegung der Bankkonzession ausgeübten Bankgeschäften in einem für die Zusammensetzung des Portfolios angemessenen Ausmaß. Darüber hinaus ist die immigon Beklagte in dreizehn Gerichtsverfahren (Passivprozesse).

44) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

EUR Tsd.	Gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Gegenüber assoziierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, die als Aktionär signifikanten Einfluss auf die Konzernmutter haben
31.12.2017				
Forderungen an Kunden	1.636	0	0	0
Risikovorsorge (-)	-867	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	21.993	0
Geschäftsvorfälle	8.037	1.091	21.570	0
31.12.2016				
Forderungen an Kunden	13.652	1.637	0	0
Risikovorsorge (-)	-916	-1.514	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	21.065	0
Geschäftsvorfälle	15.613	1.689	20.927	0

Der Betrag der Geschäftsvorfälle stellt den Durchschnittsbestand der Forderungen und Verbindlichkeiten an Kunden dar und berechnet sich aus dem jeweiligen Durchschnittsstand an den Halbjahresstichtagen im Berichtszeitraum, der Vorzeichenneutral aufgerechnet wird.

Zum Bilanzstichtag besteht eine Kreditforderung der immigon an die VB Real Estate Leasing FMZ eins GmbH in Höhe von TEUR 1.636, die mit TEUR 867 wertberichtigt wurde. Des Weiteren weisen die Skalea Investments Limited und die VB Real Estate Holding eins GmbH Kreditverbindlichkeiten in Höhe von insgesamt TEUR 21.993 gegenüber der at equity bewerteten Beteiligung TPK-24 Europe B.V. aus.

Aufgrund des Verkaufes der drei OBI-Gesellschaften bzw. der Kreditrückführungen der SHELF INVESTMENT Kft. „v.a.“ und der SANCTIMONIA d.o.o. z ausluge u stecaju lagen die durchschnittlichen Geschäftsvorfälle der Geschäftsbeziehungen gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen um TEUR 7.576 unter den Vorjahreswerten.

Verrechnungspreise zwischen dem immigon Konzern und nahestehenden Unternehmen orientieren sich an den marktüblichen Gegebenheiten. Zum Bilanzstichtag besteht eine sonstige Verpflichtung der immigon im Zusammenhang mit der Steuergruppe gegenüber der verbundenen nicht konsolidierten Gesellschaft VIBE-Holding GmbH in Höhe von EUR 2.141 Tsd. und gegenüber der verbundenen nicht konsolidierten Gesellschaft VBV Holding GmbH in Höhe von EUR 4 Tsd. (2016: EUR 0 Tsd.). Wie im Vorjahr bestehen keine sonstigen Verpflichtungen des immigon Konzerns für assoziierte Unternehmen.

Die Republik Österreich übt als Aktionär signifikanten Einfluss auf die immigon portfolioabbau ag aus.

Von der Ausnahmeregelung gemäß IAS 24.25 wird Gebrauch gemacht. Es fanden im Geschäftsjahr jedoch keine Transaktionen statt.

Als Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gelten im immigon Konzern die Mitglieder des Vorstandes sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens. Es wurden keine Verträge mit Schlüsselpersonen abgeschlossen.

45) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 2. Jänner 2018 wurden Anleihen der Immobank aus den Handelsaktiva mit einem Buchwert zum 31. Dezember 2017 von EUR 23,9 Mio. konditionskonform getilgt.

In den Monaten Jänner und Februar 2018 konnten drei ungarische verbundene, nicht konsolidierte Gesellschaften verkauft werden. Weiters konnte die Liquidation von zwei österreichischen und einer kroatischen verbundenen und nicht konsolidierten Gesellschaft sowie eine Verschmelzung von drei zypriotischen Gesellschaften abgeschlossen werden.

Die in den sonstigen Aktiva der zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte enthaltenen stillen Beteiligungen konnten per Jänner 2018 vorzeitig abgebaut werden.

Weiters konnte ein investment property in Rumänien verkauft werden.

Mit Rahmenvertrag vom 13. Februar 2018 wurden die Geschäftsanteile an der VB Real Estate Leasing Delta GmbH, VB Real Estate Leasing Gamma GmbH, VB Real Estate Leasing FMZ eins GmbH und VB Real Estate Leasing Penta GmbH aufschiebend bedingt verkauft, wobei die Bedingungen bis zum 30. April 2018 eintreten müssen (Long-Stop-Date).

Für die VB-Leasing International Gruppe, bestehend aus der österreichischen VB-Leasing International Holding GmbH und den verbliebenen Gesellschaften in Slowenien, Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina, wurde im Jahre 2017 ein Tenderverfahren gestartet. Nach Erhalt der Angebote im Februar 2018 befinden sich die derzeitigen Eigentümer in Verkaufsverhandlungen mit dem Bestbieter. Die Transaktion könnte auf den Eigenanteil des Eigenkapitals einen nicht signifikanten negativen Einfluss haben.

Am 30. Jänner 2018 beschlossen die ÖVAG Finance (Jersey) Limited und IK Funding Ltd. ihre Emissionen vorzeitig zu kündigen. Die Rückzahlung wird jeweils zum Nennbetrag stattfinden. Die angestrebten Rückzahlungstermine sind 22. März 2018 (ÖVAG Finance) und 30. März 2018 (IK Funding). Der Gesamtbetrag der Rückzahlung an fremde Investoren (d.h. ohne den von immigon gehaltenen Bestand) wird rund EUR 43.125.000 ausmachen. Als Abbaugesellschaft sieht immigon damit die Möglichkeit einer weiteren Komplexitätsreduktion sowie eine Kostenersparnis aus der nachfolgenden Liquidation der beiden Tochtergesellschaften.

Nach dem vorzeitigen Rückkauf eines langlaufenden Schuldscheindarlehens und der Tilgung des letzten Schuldscheindarlehens im Februar konnte der Konzern alle Schuldscheindarlehen zurückkaufen oder tilgen.

Das Aufsichtsratsmitglied Edwin Reiter hat mit Wirkung des Ablaufs des 21. März 2018 seine Funktion zurückgelegt.

46) Segmentberichterstattung

Der immigon Konzern hat drei Geschäftssegmente, die den strategischen Geschäftsfeldern entsprechen. Diese Geschäftsfelder bieten unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen an und werden gemäß der internen Management- und Berichtsstruktur unterschiedlich gesteuert. Diese Steuerung setzt auf das Mutterunternehmen sowie die einzelnen Tochterunternehmen auf.

Für jedes Geschäftsfeld wird zumindest halbjährlich an den Vorstand und die Managementebene Bericht erstattet. Basis der Berichterstattung sind die nach IFRS erstellten Einzelabschlüsse der Tochtergesellschaften sowie der Einzelabschluss des Mutterunternehmens. Die Verrechnungspreise für Veranlagungen, Refinanzierungen oder erbrachte Dienstleistungen zwischen Unternehmenseinheiten entsprechen marktüblichen Gegebenheiten.

Für die Segmentberichterstattung werden dieselben Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze angewendet wie im Konzernabschluss. Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt nach den in der Segmentberichterstattung angeführten Gewinn- und Verlustrechnungspositionen sowie den angeführten Bilanzwerten. Da die Steuerung unter anderem nach dem Zinsüberschuss erfolgt, werden Zinserträge und Zinsaufwendungen nicht separat angeführt.

Kredite und Wertpapiere

Das Segment umfasst die Finanzierungen in Form von Krediten und Wertpapieren. Diese entsprechen der immigon als Einzelinstitut.

Leasing

In diesem Segment werden die Tochterunternehmen aus dem Bereich Immobilienleasing der VB Real Estate Services Gruppe sowie das Mobilienleasing in CEE der VB Leasing International Gruppe zugeordnet. Das mittlerweile abgebaute Immobilienleasinggeschäft der Leasing - west GmbH & Co KG in Liqu. war ebenfalls in diesem Segment enthalten.

Investment Property und Sonstiges

Die gewerblichen Immobilien der VB Real Estate Services Gruppe sind diesem Segment zugeordnet. Diese beinhalten auch unbebaute Grundstücke, welche vor allem in Tochtergesellschaften der REWO Unternehmensverwaltung GmbH gehalten werden. Neben der VB Factoring Bank Aktiengesellschaft, die im April 2016 veräußert wurde, werden hier alle übrigen Aktivitäten abgebildet, die keinem der anderen Unternehmensbereiche eindeutig zuordenbar sind.

Konsolidierung

Die Konsolidierungssachverhalte werden getrennt von den übrigen Aktivitäten in der Spalte Konsolidierung ausgewiesen. Die Positionen enthalten Beträge aus Konsolidierungen, die nicht innerhalb eines Segments durchgeführt werden.

Sekundäre Segmentberichterstattung

Die sekundäre Segmentberichterstattung orientiert sich an den Märkten, in denen der immigon Konzern tätig ist. Dabei werden alle Aktivitäten mit Schwerpunkt Österreich sowie Mittel- und Osteuropa dargestellt. Übrige Märkte, da sie keinen wesentlichen Anteil ausmachen, werden zum Segment Sonstiges zusammengefasst. Im Segment Mittel- und Osteuropa sind keine Länder enthalten, die einzeln dargestellt wesentlich sind. Die geographische Segmentberichterstattung orientiert sich grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft. Die Ergebnisse der immigon selbst werden der Region Österreich zugeordnet. Alle Konsolidierungen, die nicht innerhalb der Regionen Mittel- und Osteuropa sowie Sonstige Märkte vorzunehmen sind, sind im Bereich Österreich enthalten.

a) Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

EUR Tsd.	Kredite und Wertpapiere	Leasing	Investment Property und Sonstiges	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss					
1-12/2017	831	12.763	905	0	14.500
1-12/2016	-3.399	20.211	3.224	-4	20.031
Risikovorsorge					
1-12/2017	705	-1.451	-18	0	-764
1-12/2016	2.345	618	3.288	0	6.251
Provisionsüberschuss					
1-12/2017	-824	-542	-209	-24	-1.600
1-12/2016	-7.204	137	472	-24	-6.619
Handelsergebnis					
1-12/2017	2.470	249	-514	0	2.205
1-12/2016	7.227	863	258	0	8.347
Verwaltungsaufwand					
1-12/2017	-24.165	-13.525	-2.197	1.980	-37.908
1-12/2016	-33.050	-16.742	-4.678	3.253	-51.216
Restrukturierungsertrag					
1-12/2017	5.373	-125	0	0	5.248
1-12/2016	1.658	0	0	0	1.658
Sonstiges betriebliches Ergebnis					
1-12/2017	-27.668	553	-753	-1.956	-29.824
1-12/2016	-30.257	9.144	-2.295	-3.226	-26.634
Ergebnis aus Finanzinvestitionen					
1-12/2017	-11.384	160.925	555	0	150.095
1-12/2016	-9.377	-3.247	8.704	0	-3.920
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity					
1-12/2017	0	0	-259	0	-259
1-12/2016	0	0	4.603	0	4.603
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches					
1-12/2017	0	0	0	0	0
1-12/2016	0	0	0	0	0
Jahresergebnis vor Steuern					
1-12/2017	-54.662	158.847	-2.491	0	101.694
1-12/2016	-72.057	10.985	13.575	0	-47.497
Steuern vom Einkommen inklusive Steuern eines aufgegebenen Geschäftsbereiches					
1-12/2017	15.268	-28.122	2.359	0	-10.495
1-12/2016	-1.303	-2.214	-156	0	-3.674
Jahresergebnis nach Steuern					
1-12/2017	-39.394	130.725	-132	0	91.199
1-12/2016	-73.360	8.770	13.419	0	-51.171
Bilanzsumme					
31.12.2017	1.293.112	231.802	78.085	0	1.602.998
31.12.2016	1.797.579	432.722	124.733	0	2.355.033
Forderungen an Kunden					
31.12.2017	88.237	126.720	406	0	215.363
31.12.2016	291.915	271.751	845	0	564.511
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen					
31.12.2017	-54	0	22.339	0	22.285
31.12.2016	0	0	22.753	0	22.753
Verbindlichkeiten Kunden					
31.12.2017	21.563	1.084	22.893	0	45.540
31.12.2016	240.861	44.086	22.851	0	307.798
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital					
31.12.2017	528.812	0	46.767	0	575.579
31.12.2016	908.155	0	46.768	0	954.922

b) Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten

EUR Tsd.	Österreich	Mittel- und Osteuropa	Sonstige Märkte	Gesamt
Zinsüberschuss				
1-12/2017	2.358	12.113	28	14.500
1-12/2016	269	19.695	68	20.031
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft				
1-12/2017	216	-980	0	-764
1-12/2016	7.798	-946	-600	6.251
Provisionsüberschuss				
1-12/2017	-1.717	118	0	-1.600
1-12/2016	-6.815	196	0	-6.619
Handelsergebnis				
1-12/2017	2.436	210	-441	2.205
1-12/2016	7.235	1.530	-418	8.347
Verwaltungsaufwand				
1-12/2017	-28.477	-9.021	-410	-37.908
1-12/2016	-38.882	-11.670	-664	-51.216
Restrukturierungsertrag				
1-12/2017	5.248	0	0	5.248
1-12/2016	1.658	0	0	1.658
Sonstiges betriebliches Ergebnis				
1-12/2017	-28.581	-1.250	7	-29.824
1-12/2016	-31.552	4.783	135	-26.634
Ergebnis aus Finanzinvestitionen				
1-12/2017	147.133	-1.302	4.264	150.095
1-12/2016	-7.226	2.802	504	-3.920
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity				
1-12/2017	-180	0	-79	-259
1-12/2016	3.492	0	1.111	4.603
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches				
1-12/2017	0	0	0	0
1-12/2016	0	0	0	0
Ergebnis vor Steuern				
1-12/2017	98.436	-112	3.370	101.694
1-12/2016	-64.023	16.390	136	-47.497

Langfristige Vermögenswerte (das sind Investment property Vermögenswerte, Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen) in Höhe von EUR 22.076 Tsd. (2016: EUR 53.025 Tsd.) werden in Mittel- und Osteuropa gehalten.

47) Risikobericht

a) Allgemein

Die immigon wird seit 4. Juli 2015 als Abbaugesellschaft gemäß § 162 iVm § 84 Abs 1 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) betrieben. Sie darf ausschließlich solche Geschäfte betreiben, die der Erfüllung ihrer Aufgabe einer geordneten, aktiven und bestmöglichen Verwertung dienen.

Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen einer Bank gem. CRR und CRD sind nicht mehr, die Bestimmungen des BWG nur mehr eingeschränkt anwendbar. Folgender Risikobericht geht auf die spezielle Geschäftstätigkeit der immigon als Abbaugesellschaft und die daraus resultierenden Risiken ein.

Aufgabe des Risikomanagements ist es, die Umsetzung des Abbauplans bestmöglich zu unterstützen und die damit verbundenen Risiken zu managen, wobei der Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahr 2017 aufgrund des Abbauauftrages in der Risikomessung, Risikolimitierung und Risikoüberwachung lag. In Anlehnung an § 84 (6) Z4 BaSAG wurden nachfolgende Erfordernisse an das Risikomanagement bestimmt:

Sämtliche Entscheidungen in den Abbauportfolien sowie die Beurteilung der verschiedenen Optionen des Portfolioabbaus unterlagen im Jahr 2017 grundsätzlich einem banküblichen Risikomanagement und somit dem 4-Augen-Prinzip. Hierbei waren auch die Beurteilung der gesamten Kundenbeziehung und die Auswirkungen der Einzelentscheidung auf die Abbaustrategie beim betroffenen Kunden von Relevanz. Laufende, mindestens jährliche Bonitäts- und Kreditbeurteilungen sowie die Second Opinion zu Abbauanträgen gehörten zum Aufgabenbereich des Risikomanagements.

Weiters kam dem Zins-, dem Währungs- und dem Liquiditätsrisikomanagement im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund der spezifischen Situation der Abbaugesellschaft eine besondere Rolle zu. Hier wurden die Auswertungen und Verfahren des früheren Volksbanken-Verbundes für die Abbaugesellschaft weiterverwendet und diese nach den Grundsätzen des geordneten und bestmöglichen Abbaus ausgerichtet. Das Risikomanagement orientierte sich im Jahr 2017 wesentlich an den im Volksbanken-Verbund im Einsatz befindlichen Methoden und Auswertungen und bediente sich der dortigen Risikomanagementsysteme und -verfahren, die mittels Service Level Agreement der immigon zur Verfügung gestellt wurden. Dies jedoch mit der Einschränkung, dass sämtliche auf §§ 39, 39a BWG bezogenen internen Verfahren, insbesondere zur Beurteilung, Steuerung und Überwachung bankgeschäftlicher und bankbetrieblicher Risiken und zur Ermittlung des ökonomischen Kapitalerfordernisses von der immigon nicht formal bankaufsichtsrechtlich verstanden werden, sondern als materielle Risikomanagementstandards wie sie immigon zur Identifikation, Steuerung und Begrenzung ihrer verbleibenden Risiken einsetzt. Die derart eingesetzten Methoden, Systeme und Verfahren umfassten vor allem die Risikoinventur, Rating, Sicherheitenmanagement, Frühwarnsystem, Sanierungsmanagement, Marktrisiko, operationelles Risiko und Liquiditätsrisiko.

Im Speziellen umfasste das entsprechende Risikomanagement daher das Kredit-, Kontrahenten-, Konzentrations-, Markt-, Zins- und Liquiditätsrisiko sowie das operationelle Risiko.

b) Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze

Risikomanagementstruktur

Die immigon hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um im abgelaufenen Geschäftsjahr dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen, wie sie beispielsweise in den Mindeststandards an das Kreditgeschäft formuliert sind. Es gab eine klare Trennung zwischen Markt und Risikobeurteilung, -messung und

-kontrolle. Diese Aufgaben wurden aus Gründen der Sicherheit und zur Vermeidung von Interessenskonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Alle Risikoagenden werden von Dkfm. Michael Mendel in seiner Funktion als Chief Risk Officer (CRO) geleitet.

Risikopolitische Grundsätze

Die immigon steuert und überwacht ihre Risiken mit dem Ziel einer geordneten, aktiven und bestmöglichen Verwertung ihrer Vermögensgegenstände. Dabei galten im Jahr 2017 folgende risikopolitischen Grundsätze:

- Es bestehen klare Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich alle Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten ausrichten lassen.
- Die Vorgaben zum Risikomanagement sind unter Berücksichtigung aller Risikoarten in einem Risikohandbuch festgelegt. Dieses Regelwerk orientiert sich an der Generellen Weisung Risikomanagement für den Volksbanken-Verbund, wobei Anpassungen im Hinblick auf den genehmigten Abbauplan sowie an die Anforderungen einer Abbaugesellschaft und die geänderte Organisationsstruktur vorgenommen wurden.
- Für alle Risikoarten werden adäquate Systeme und Methoden zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung eingesetzt. Notfallplanungen stellen die erforderliche Verfügbarkeit der Systeme sicher.
- Alle mess- und steuerbaren Risiken unterliegen einer Limitstruktur, die einer regelmäßigen operativen Überwachung unterliegt.
- Ein zeitnahes, regelmäßiges und alle Risikoarten umfassendes Risikoreporting ist implementiert. Der Risikobericht informiert den Vorstand und Aufsichtsrat periodisch über die Entwicklung der Risikosituation und umfasst im Schwerpunkt die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zu den adressierten Risikokategorien, ergänzt durch kurze Lageeinschätzungen und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen. Bei der Erstellung des Reports wird besonderes Augenmerk auf die Datenqualität gelegt, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten.

c) Kreditrisiko

Definition

Unter Kreditrisiko werden folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten
- das makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Unter dem allgemeinen Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer der Abbaugesellschaft sind, entstehen können.

Unter Kontrahentenausfallrisiko (Counterparty-Risk) versteht die immigon das Risiko, dass ein Geschäftspartner in einem over the counter (OTC) Geschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommt und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Geschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für die Abbaugesellschaft eintritt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde für sämtliche Geschäfte der Abbaugesellschaft eine tägliche Bewertung durchgeführt. Großteils war das Kontrahentenrisiko durch Besicherungsvereinbarungen mit täglichem Austausch von Cash Collateral minimiert.

Das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten entsteht aufgrund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. Im dem Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Unter dem makroökonomischen Risiko wird die Gefahr quantifiziert, die sich aus einem wirtschaftlichen Abschwung ergibt.

Das Ratingmigrationsrisiko (oder auch Bonitätsänderungsrisiko oder nur Migrationsrisiko) beschreibt das Risiko, das sich aus Bonitätsabwertungen der ausfallbehafteten Forderungen ergibt. Hierbei sind mögliche Verluste noch nicht schlagend geworden jedoch signifikant gestiegen, woraus sich potentiell Ausfälle ergeben können.

Unter Konzentrationsrisiko wird das Risiko verstanden, dass aufgrund eines Ausfalls eines Kunden die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen würde. Daher wurden Kreditrisiken nicht nur auf Einzelkundenebene, sondern auch auf Kundengruppenebene betrachtet, wobei eine Kundengruppe primär nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht bloß nach rechtlichen Aspekten gebildet wurde. Die Erkennung und Quantifizierung von Konzentrationen erfolgte im Rahmen der regelmäßigen Engagementüberwachung durch das Risikomanagement. Zusätzlich wurden alle Kunden quartalsweise im Rahmen der Watchlist auch im Hinblick auf die Konzentrationsrisiken bewertet und dargestellt.

Die Kundenforderungen der immigon weisen einen Gesamtrahmen von EUR 88 Mio auf, was im Konzern einem Anteil von 41% am Gesamtportfolio bzw. 5,5% der Bilanzsumme entspricht. Die Besicherungsquote dieser Kunden beläuft sich auf 40%. Der für diese Kunden ermittelte Blankoanteil von EUR 53 Mio ist vollständig durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Collateral Management - Derivatehandel

Im Rahmen des internen Risikomanagements fand für Geschäfte, die auf Basis von Rahmenverträgen (ISDA – International Swap and Derivatives Association, österreichischer oder deutscher Rahmenvertrag) und Credit Support Annex (CSA)-Verträgen abgeschlossen wurden, ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit derzeit 14 Partnern (40 per 31. Dezember 2016) statt. Überschritten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, mussten diese Überhänge mit Collateral abgedeckt werden. Nach den abgestimmten Margin Calls erfolgte der Sicherheitstransfer in Form von Cash in EUR.

Stückzahl Derivate	6/2015	12/2015	6/2016	12/2016	6/2017	12/2017
Zinsderivate	1348	872	527	364	224	23
Equityderivate	203	146	105	87	73	48

Organisation und Risikostrategie

Die Dokumentation der internen Verfahren und Kontrollsysteme, welche die laufende Abwicklung der Kredit- und Leasinggeschäfte gewährleisten, gehört ebenfalls zum Aufgabenbereich des Risikomanagements. Abbauentscheidungen werden entlang einer Pouvoirordnung getroffen, die sicherstellt, dass die Inkaufnahme von Verlusten nur innerhalb festgelegter Grenzen stattfindet. Die Pouvoirordnung der immigon enthält Limite zur Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und auch von Klumpenrisiken.

Die Abbaugesellschaft unterliegt hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit weitgehenden gesetzlichen Einschränkungen. Es werden keine Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder des Publikums entgegengenommen und es wird diesbezüglich kein Neugeschäft mehr betrieben. Prolongationen zu Kreditgeschäften werden in Ausnahmefällen nur getätigt, falls es eine realistische und mit Fakten untermauerte sowie plausible Aussicht gibt, dass die künftige Rückführbarkeit oder die Verwertbarkeit der Finanzierung im Rahmen des Abbaus durch eine Prolongation verbessert wird. Bei der Steuerung der Risikopositionen wird generell darauf abgezielt, die bestehenden Transaktionen bzw. Geschäfte zu verringern. Es ist daher bei einer Veränderung der Risikopositionen durch Abbau (z.B. vorzeitiger Verkauf von Aktiva oder Rückkauf von Passiva) primär eine Risikominimierung durch Auflösung bzw. Abbau (Verkauf) von zugehörigen Absicherungsinstrumenten vorzunehmen. Sollte der Abschluss von Sicherungsgeschäften für die Reduktion von Zins- oder Währungsrisiken bestehender Grundgeschäfte im Rahmen der Abbautätigkeit notwendig werden, so erfolgen diese ausschließlich mittels Transaktionen, die bereits in Verwendung waren und entsprechende Produkteinführungsprozesse durchlaufen haben.

Durch das Risikomanagement wird sichergestellt, dass jedes Engagement eines Kreditnehmers regelmäßig überprüft wird. Grundsätzlich umfasst eine Engagementüberwachung folgende Inhalte:

- Unternehmens- bzw. Personentätigkeit
- Wirtschaftliche Entwicklung/ Ausblick (Bilanzkennzahlen/ Finanzierungsstruktur, etc.)
- Obligo und Besicherung
- Festlegung und Überprüfung der Abbaustrategie
- Beurteilung der bisherigen Geschäftstätigkeit und des Zahlungsverhaltens
- Stellungnahmen des Review-Erstellers und des Risikomanagements

Aufgrund des abbaubedingt bereits deutlich reduzierten Mengengerüsts an Kundenforderungen wurde im Jahr 2017 das gesamte Kreditportfolio – und nicht wie davor nur die ausgefallenen bzw. ausfallgefährdeten Kunden – einem intensivierte Überwachungsprozess zugeführt, der u.a. eine vierteljährliche Berichterstattung über diese Engagements im Rahmen von Watchlist-Sitzungen an den Vorstand vorsieht.

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos war die Anwendung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das Abbauportfolio zugeschnitten sind, notwendig. Im Zuge der Implementierung dieser Systeme, die in der immigon Gruppe weitergeführt wurden, wurde insbesondere darauf geachtet, dass alle im Konzern eingesetzten Ratingsysteme eine vergleichbare Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) aufweisen und mit einer Masterskala, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst, verbunden sind. Das verwendete PD-Band ermöglichte nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Länder und Kundensegmente hinweg.

Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Methoden und Instrumente war die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Dabei wurde insbesondere berücksichtigt, dass die Systeme in erster Linie eine Unterstützung für die handelnden Personen darstellen. Neben der Qualität der Methoden wurde daher größter Wert auf die Ausbildung, Qualifikation und Erfahrung der Mitarbeiter gelegt.

Bei den nachfolgenden Tabellen sind die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte inkludiert.

Darstellung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden aufgeteilt nach Kreditqualität und Zuordnung zu den einzelnen Risikokategorien

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden		
EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Buchwert brutto	308.656	784.184
Risikovorsorge	71.938	132.046
Buchwert netto	236.718	652.138
Einzelwertberichtigung		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	303
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	4.813
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	1.960
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	111.074	211.848
Risikokategorie 6 (NR)	0	80
Buchwert brutto	111.074	219.004
Risikovorsorge	71.530	130.683
Buchwert netto	39.544	88.321
> 90 Tage und <= 180 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	48	168
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	48	168
> 180 Tage und <= 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	0	2.651
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	0	2.651
> 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	92	357
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	92	357
Weder überfällig noch wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	3.006	18.256
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	74.511	136.332
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	88.693	337.573
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	28.958	59.313
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	2.274	9.983
Risikokategorie 6 (NR)	0	547
Buchwert brutto	197.442	562.005
		0
Portfoliowertberichtigung	408	0
Gesamt-Buchwert netto	236.718	652.138

Die Einteilung in die einzelnen Risikokategorien erfolgte nach internen Ratingstufen. Forderungen der Risikokategorie 1 weisen die höchste Bonität (niedrigste erwartete Ausfallsrate) auf, während Forderungen der Risikokategorie 4 die niedrigste Bonität aufweisen und Forderungen der Risikokategorie 5 ausgefallene Forderungen darstellen (non-performing loans, NPLs). Die Risikokategorie 6 (NR) fasst alle nicht ausgefallenen Forderungen zusammen, die keiner der anderen Risikokategorien 1 – 4 zugeordnet sind. Das sind vorwiegend kleine Exposures, die unterhalb der Ratingpflicht liegen. Diese Kategorie umfasst Kunden unterschiedlichster lebender Ratings und ist im Gegensatz zu den anderen Risikokategorien keinem bestimmten Risiko zuzuordnen. Verbessert sich bei einem ausgefallenen Kunden das Rating, wird der Kunde in eine bessere (performende) Ratingkategorie zugeordnet, die Wertberichtigung entsprechend vermindert und der Kunde nicht mehr als NPL geführt.

Die ausgefallenen Kredite oder NPLs werden der Risikokategorie 5 zugeordnet und nach Ausfallsgrund den einzelnen Ratingstufen zugeordnet. So stellt zum Beispiel die Ratingstufe 5A jene Kreditnehmer dar, die mehr als 90 Tage überfällig sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der nicht performenden Kredite auf die Ausfallsratingstufen

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden			
	31.12.2017 Brutto	Netto	31.12.2016 Brutto	Netto
Einzelwertberichtigung				
Rating 5A	0	0	0	0
Rating 5B	51.490	22.759	85.002	50.048
Rating 5C	58.684	16.737	81.702	29.916
Rating 5D	900	48	36.577	7.735
Rating 5E	0	0	8.567	623
Gesamt	111.074	39.544	211.848	88.321
Mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt				
Rating 5A	0	0	0	0
Rating 5B	48	48	2.819	2.819
Rating 5C	0	0	259	259
Rating 5D	92	92	98	98
Rating 5E	0	0	0	0
Gesamt	140	140	3.175	3.175
Weder überfällig noch wertberichtigt				
Rating 5A	2.274	2.274	3.329	3.329
Rating 5B	0	0	0	0
Rating 5C	0	0	6.655	6.655
Rating 5D	0	0	0	0
Rating 5E	0	0	0	0
Gesamt	2.274	2.274	9.983	9.983
Gesamt-Buchwert	113.488	41.958	225.007	101.480

Die nachfolgende Tabelle stellt die Brutto- und Nettobuchwerte der Forderungen nach ihrer jeweiligen Risikokategorie dar

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
	Brutto	Netto
31.12.2017		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	3.006	3.006
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	74.511	74.511
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	88.693	88.693
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	28.958	28.958
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	113.488	41.958
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Gesamt	308.656	237.126
31.12.2016		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	18.256	18.256
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	136.634	136.332
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	342.386	337.573
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	61.273	59.313
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	225.007	101.480
Risikokategorie 6 (NR)	627	547
Gesamt	784.184	653.501

Die Nettobuchwerte sind ohne Abzug der Portfoliowertberichtigung abgebildet.

Die Einzelwertberichtigungen in der Risikokategorie 5 decken in der Regel nicht den gesamten Bruttowert der ausstehenden Forderungen ab, da Sicherheiten berücksichtigt, aber sonstige Vorsorgen (Portfoliovorsorgen) nicht berücksichtigt werden und es zudem im Bereich der Restrukturierungsfälle nicht immer zu einer vollständigen Wertberichtigung der ausgefallenen Forderung kommen muss.

Die nachfolgende Tabelle stellt den Anteil der ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen an den Gesamtforderungen dar

EUR Tsd.	Forderungen gesamt		Forderungen im Ausfall		Forderungen Lebend	
	Buchwert	Unbesichert	Unbesichert	Risiko- vorsorge	Unbesichert	
31.12.2017						
Kredit und Wertpapiere	155.666	120.856	53.158	54.658	67.698	
Investment Property und Sonstiges	6.264	406	406	189	0	
Leasing	146.726	35.502	14.049	16.683	21.453	
Gesamt	308.656	156.764	67.613	71.530	89.151	
31.12.2016						
Kredit und Wertpapiere	483.643	296.026	102.973	114.426	193.053	
Investment Property und Sonstiges	10.437	10.357	697	496	9.660	
Leasing	290.104	63.910	16.413	13.329	47.497	
Gesamt	784.184	370.293	120.082	128.251	250.210	

Der Ausfall folgt konzernweit der Definition von Artikel 178 CRR bei mehr als 90 Tagen Überfälligkeit oder bei Vorliegen von Indikatoren für die Zahlungsunfähigkeit. Den ausgefallenen Forderungen wird die Höhe der gebildeten Einzelwertberichtigungen gegenübergestellt

Die nachfolgende Tabelle gibt den Gesamtrahmen der besicherten Forderungen nach den einzelnen Sicherheitenkategorien an

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
	31.12.2017	31.12.2016
Sicherheiten zu einzelwertberechtigten Forderungen		
Barreserve	0	866
Wertpapiere	1.294	284
Hypotheken	21.496	67.086
Garantien	7.543	21.518
Mobilien	881	2.930
Sonstige	12.253	8.537
Sicherheiten zu Forderungen, die mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt sind		
Barreserve	0	0
Wertpapiere	0	0
Hypotheken	91	608
Garantien	0	2.130
Mobilien	48	178
Sonstige	0	0
Sicherheiten zu Forderungen, die weder überfällig noch wertberichtigt sind		
Barreserve	7.193	22.362
Wertpapiere	0	1.052
Hypotheken	13.223	59.830
Garantien	0	9.918
Mobilien	87.870	182.095
Sonstige	0	34.498
Wert der Sicherheiten gesamt	151.892	413.891

Die wichtigste Besicherungsform im Kreditgeschäft ist die Hypothek. Mobiliensicherheiten stammen aus den Leasingeinheiten des Konzerns und stellen im Wesentlichen Privat-PKW's dar.

Die folgende Tabelle zeigt die Regionalverteilung bezogen auf die Ausnutzung und verteilt auf die strategischen Geschäftsfelder

EUR Tsd.	Österreich	EWR inkl. Schweiz	EU Mittel- u. Osteuropa	Nicht EU Europa	Sonstige	Gesamt
31.12.2017						
Kredit und Wertpapiere	54.247	31.466	69.953	0	0	155.666
Investment Property und Sonstiges	724	0	5.523	17	0	6.264
Leasing	25.194	0	97.177	24.355	0	146.726
Gesamt	80.165	31.466	172.653	24.372	0	308.656
31.12.2016						
Kredit und Wertpapiere	3.193.901	77.414	176.388	32.720	3.220	483.643
Investment Property und Sonstiges	4.855	4.919	662	0	0	10.436
Leasing	39.983	20.420	174.141	55.560	0	290.105
Gesamt	238.739	102.753	351.192	88.280	3.220	784.184

Kreditsicherheiten

Verwendung von Kreditsicherheiten

Die Verwendung von Kreditsicherheiten sowie deren Management werden als Bestandteil des Kreditrisikomanagements im immigon Konzern gesehen. Sie stellen neben der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers den wesentlichen Faktor für die Bestimmung des Kreditrisikos eines Engagements dar. Die primäre Bedeutung von Kreditsicherheiten liegt in der Vorsorge für nicht vorhersehbare Zukunftsrisiken des Kreditengagements und somit in der Begrenzung des Verlustrisikos eines Kreditengagements im Falle einer Insolvenz oder Restrukturierung.

Die im immigon Konzern zum Einsatz kommenden Sicherheitenarten und deren Behandlung wurden umfassend in einem Sicherheitenhandbuch dargestellt.

Dort erfolgte eine Kategorisierung sowohl nach rechtlichem Sicherungsgeschäft als auch nach der zugrunde liegenden Sicherheitenart. Dabei war jeder Sicherheitenart die Information zugeordnet, ob sie grundsätzlich als wirtschaftlich taugliche Sicherheit gilt und somit zur Reduktion des ökonomischen Risikos herangezogen werden kann.

Wurden für ein Kreditengagement Sicherheiten bestellt, waren diese nach konzernweit verbindlichen Bewertungsregeln objektiv zu bewerten. Darüber hinaus bestanden klar definierte Richtlinien und Prozesse für die Verwaltung und Verwertung von Kreditsicherheiten. Jede Kreditsicherheit wurde regelmäßig auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei die Periodizität im Wesentlichen von der Sicherheitenart abhing und konzernweit einheitlich geregelt war.

Bewertung von Kreditsicherheiten

Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufswert. Auf diesen Wert werden in der Folge jeweils die korrespondierenden Abschläge im Rahmen der Credit Risk Mitigation angewendet.

Die initiale Bewertungsmethode einer Kreditsicherheit wird gemeinsam mit dem Bewertungsergebnis für die laufende Überprüfung in geeigneter Weise dokumentiert.

d) Marktrisiko

Definition

Als Marktrisiko wird in der immigon das Risiko finanzieller Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z.B. Aktienkursen, Zinsen, Wechselkursen oder Rohstoffen) bezeichnet. Die Marktrisiken der immigon resultierten aus dem ab-

zubauenden Kredit- und Wertpapierportfolio, dem zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken notwendigen Derivateportfolio und aus dem Aktiv-Passiv-Management der Abbaugesellschaft.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung, Überwachung und Limitierung aller Marktrisiken wurde vom marktunabhängigen Risikomanagement wahrgenommen. Als wesentliche Risiken sind das Marktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Fremdwährungsrisiko und das Credit-Spread Risiko zu nennen.

Marktrisiko

Die tägliche Messung und das Reporting aller Marktrisiken inklusive Zins- und Optionssensitivitäten stellte im Jahr 2017 die Basis für eine effektive Bewirtschaftung des Portfolios und eine entsprechende Risikominimierung in der immigon dar. Das Marktrisiko der Abbaugesellschaft beschränkte sich im Wesentlichen auf Überhänge aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen und Laufzeitinkongruenzen zwischen Aktiv- und Passivseite, die aufgrund des Abbaus kurzzeitig entstehen können. Durch Abreifen der Geschäfte und Verkäufe bzw. Rückkäufe entstanden Marktrisiken, die ein aktives Managen und entsprechende Anpassungen der Hedgeposition erforderten.

Im Hinblick auf die spezifische Zielsetzung der immigon, die sich aus dem klaren Auftrag für einen möglichst raschen und wertschonenden Abbau aller Vermögenswerte ergibt und die entsprechend risikoaverse Abbaustrategie, wird auf den Einsatz von Methoden zur Quantifizierung von Konzentrationsrisiken, wie etwa Stresstestprogrammen oder Sensitivitätsanalysen, verzichtet.

Zinsänderungsrisiko

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen Zinsänderungsrisiken aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuches zu erfassen. Dafür war es 2017 notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulationsszenarien zu analysieren. Das Zinsänderungsrisiko wurde auf Basis der Zinsrisikostatistik der OeNB sowie auf weiterführenden Sensitivitätsanalysen gemessen und analysiert. Das Risiko wird durch Zinssensitivitätslimite beschränkt. Die Limithöhen werden zumindest jährlich oder bei Bedarf evaluiert und vom Vorstand beschlossen.

In die Risikoberechnung wurden alle zinssensitiven Positionen einbezogen. Darunter werden alle bilanziellen sowie außerbilanziellen Positionen mit der charakteristischen Eigenschaft der zinsbezogenen Finanzinstrumente verstanden, deren Marktwert oder Gegenwartswert (rechnerischer Barwert) von Marktzinssätzen abhängen.

Da die mit der Gap Methode ermittelten Kennzahlen limitierte Aussagekraft (keine Berücksichtigung von Zins-Cashflows, Einordnung in Laufzeitbänder, Parallelverschiebung der Zinskurve, etc.) besitzen, wurde zusätzlich ein Barwert Report erstellt. Neben Parallelverschiebungen kamen auch Drehungen der Zinskurven zum Einsatz. Diese für die Steuerung ebenfalls unbedingt erforderlichen Barwertanalysen wurden für alle Positionen in jeder Währung separat vorgenommen.

Zum Ultimo stellen sich die Zinssensitivitäten der immigon, das heißt die Auswirkung der Verschiebung der Zinskurve um einen Basispunkt, aufgegliedert nach den wichtigsten Währungsräumen wie folgt dar¹⁾:

EUR Tsd. Währung	31.12.2017	31.12.2016
EUR	38	-9
Sonstige	0	-4
Gesamt	38	-13

Im Vergleich zum 31. Dezember 2016 hat sich das Zinsänderungsrisiko aufgrund von Derivat-Hedgeauflösungen von Eigenemissionen auf TEUR 38 je +1BP Zins-Anstieg erhöht und ist im Vergleich zu dem Eigenanteil am Eigenkapital in Höhe von EUR 775 Mio. aber weiterhin als moderat zu bezeichnen.

Fremdwährungsrisiko

Das Fremdwährungsrisiko ist das Risiko, dass sich die Werte offener Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse ungünstig verändern.

Ein unmittelbares Fremdwährungsrisiko, das sich aus Finanzierungen in Fremdwährungen (nicht EUR) ergibt, war im Kreditportfolio der immigon zum 31. Dezember 2017 nicht mehr vorhanden. Ein gewisses inhärentes Fremdwährungsrisiko resultiert allerdings aus EUR-Krediten, die an Kunden in Nicht-EUR Ländern, wie z.B. Kroatien, Polen oder Rumänien, ausgereicht wurden. Das Ausmaß dieser Finanzierungen ist mit 70% des Gesamtkreditvolumens der immigon zu beziffern. Mitigiert wird dieses Risiko dadurch, dass die Kunden in der Regel entsprechende Erträge in EUR generieren.

e) Liquiditätsrisiko

Definition

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen bzw. die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von cash flows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern.

Organisation und Strategie

Den gesetzlichen Vorgaben zur Trennung von Markt und Marktfolge entsprechend wurde das Liquiditätsmanagement vom Treasury der immigon durchgeführt, während die Überwachung des Liquiditätsrisikos vom Risikomanagement wahrgenommen wurde. Das Liquiditätsmanagement umfasste die Teilbereiche Operatives Liquiditätsmanagement, Liquiditätssteuerung und -strategie und war sowohl für die operative Liquiditätssteuerung, das kurzfristige Reporting als auch das langfristige, strategische Liquiditätsmanagement der immigon verantwortlich. Eine tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate für alle relevanten Währungen wurde mittels eines Planungstools erstellt. Neben einem Real Case Szenario wurde die Risikomessung durch ein Stressszenario ergänzt.

¹⁾ Hier wird innerhalb der Währungen saldiert (positiv und negativ), aber vorzeichenneutral über die Währungen hinweg addiert.

Die aus der Laufzeiteninkongruenz zwischen der Aktiv- und Passivseite bzw. durch die vorzeitige Veräußerung von Vermögenswerten entstehende Überliquidität stellt bei der Veranlagung ein mögliches Risikopotential bzw. einen Kostenfaktor für die Abbaugesellschaft dar. Daher erfolgt die Veranlagung von Liquidität unter der Maßgabe einer möglichst risikofreien Veranlagung, um den Abbauerfolg nicht durch das Eingehen von neuen Kreditrisiken zu gefährden.

Die Veranlagung der Ergebnisse aus den Abbaumaßnahmen erfolgte ausschließlich bei der Oesterreichische Nationalbank. Aufgrund des vorherrschenden Zinsniveaus wurde mit dieser kurzfristigen und risikoarmen Veranlagung ein Verlust erwirtschaftet.

Ausgehend von der oben angeführten Risiko-/Ertragssituation plante die Abbaugesellschaft Maßnahmen, um die Passivseite in einem gewissen Verhältnis zur Aktivseite möglichst gleichmäßig zu reduzieren. Eine Reduktion der Passivseite und damit ein Abbau der Überliquidität konnte dabei nur insofern erfolgen, als dass der in der Planung berücksichtigte Liquiditätspuffer (für den Fall eines verzögerten Abbaus der Aktivseite) von EUR 500 Mio nicht unterschritten werden sollte. Dieser wurde und wird bei Bedarf in Abstimmung mit der FMA an das Risikoprofil angepasst.

Liquide Mittel, die über den Liquiditätspuffer hinaus gehen, verwendete die immigon dazu, um den Inhabern von Wertpapierverbindlichkeiten (Senior Unsecured Schuldtiteln, Nachrang- oder Ergänzungskapitalanleihen) und Schuldscheindarlehen regelmäßig Rückkaufangebote zu unterbreiten. Die Häufigkeit bzw. die nominelle Betragshöhe von Rückkaufangeboten war nicht nur von der zur Verfügung stehenden Überliquidität und der Vorschau auf die noch zu erwartenden Zahlungsströme, sondern auch von der Aufnahmefähigkeit des Marktes abhängig.

Das Liquiditätspotenzial ist für die immigon als Abbaugesellschaft bedeutend und stellt sich wie folgt dar:

EUR Mio.	31.12.2017	31.12.2016
Zentralbankguthaben (OeNB)	1.065	1.110
Barmittel (Volksbank Wien AG)	2	15
Qualitativ hochwertige, liquide Wertpapiere	30	108
Gesamtes Liquiditätspotential	1.097	1.223

Im Jahr 2017 wurde ein Rückkaufprogramm (RKP) gestartet, das bis zum 31. Dezember 2017 noch andauerte (in den Jahren 2015 und 2016 konnten insgesamt acht Rückkaufprogramme durchgeführt werden):

- RKP VIII startete am 1. Februar 2017 als Fixpreistender für Senior Unsecured Verbindlichkeiten, Schuldscheindarlehen und Nachrangdarlehen (LT2) und wurde
- am 2. Mai um den Rückkauf von Ergänzungskapitalanleihen (UT2), ebenfalls als Fixpreistender, ergänzt.

Insgesamt wurde ein Volumen iHv EUR 637 Mio ausgeschrieben (Fälligkeiten ab dem 1. Jänner 2018), wobei bis zum Stichtag 31. Dezember 2017 ein Nominale iHv EUR 168,4 Mio. zurückgekauft werden konnte. Von 110 ausgeschriebenen Wertpapierverbindlichkeiten konnten insgesamt 22 Wertpapiere abgestockt werden.

Von 550 unterschiedlichen Emissionen zum Zeitpunkt der Spaltung im Jahr 2015 (einschließlich Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen) wurden somit bis Jahresende 2017, inklusive fälligen Verbindlichkeiten, 454 Emissionen und ein Gesamtnominale iHv EUR 3,2 Mrd abgebaut und abgestockt.

Liquiditätsvorschau 2018

Der Liquiditäts-Gap der vereinfachten Liquiditätsplanung, hochgerechnet für das komplette Jahr 2018, zeigt einen Netto-Liquiditätsabgang von EUR 217,7 Mio. Den geplanten Eingängen in Höhe von EUR 90,4 Mio. (zu erwartende Eingänge aus dem Abbauportfolio, div. Verkäufen) stehen Ausgänge in Höhe von EUR 308,1 Mio. (Tilgungen von Wertpapier-Verbindlichkeiten) gegenüber. Diese vereinfachte Liquiditätsplanung beinhaltet nicht außerordentliche Abgänge aus eventuell vorgezogenen Kündigungen von Verbindlichkeiten sowie mögliche Rücknahmen von allenfalls neu zu planenden Rückkaufprogrammen oder anderen auftretenden Sonderfaktoren. Ebenso nicht berücksichtigt sind eventuell noch zu planende außerordentliche Veräußerungen von diversen Assets.

Konzentrationsrisiko

Ein Großteil der vorhandenen Überschussliquidität der immigon ist aus Risikoüberlegungen und der erforderlichen schnellen Verfügbarkeit bei der Oesterreichische Nationalbank veranlagt (per 31. Dezember 2017: EUR 1.065 Mio, per 31. Dezember 2016: EUR 1.110 Mio.).

f) Operationelles Risiko

Definition

Die immigon definiert operationelles Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Darüber hinaus werden in der immigon ebenso Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken, wie beispielweise jene aus Geschäftsprozessunterbrechungen, in der Risikobetrachtung berücksichtigt.

Organisation und Risikostrategie

Zur Messung operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Das für das Management operationeller Risiken verantwortliche Linienmanagement wird dabei durch die Abteilung Risikomanagement unterstützt.

Operatives Risikomanagement und -controlling

In der immigon gelten folgende Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Daher werden operationelle Ereignisse in einheitlicher Form zentral erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Angemessenheit der Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des Risikopotenzials laufend, zumindest jedoch jährlich im Rahmen einer OpRisk-Klausur, neu bewertet. Die Ergebnisse werden an das Linienmanagement, das Risikomanagement sowie den Vorstand berichtet. An dieser Stelle seien exemplarisch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des 4-Augen-Prinzips als Steuerungsmaßnahmen angeführt. Die internen Kontroll- und Steuerungsmaßnahmen (IKS) stellen den angemessenen und akzeptierten Risikolevel im Unternehmen sicher.

- Operationelle (Rest-) Risiken, die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, werden formal und nachweislich durch den Risikoverantwortlichen (Risk Owner) akzeptiert.
- Die Implementierung zusätzlicher Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird überwacht und die Wirksamkeit der Maßnahmen im Rahmen der periodischen Revisionsprüfung bewertet. Des Weiteren wird die Effizienz des operationellen Risikomanagements durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen evaluiert.

g) Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht der immigon Konzern das Risiko von Verlusten aus der Beteiligungsbewertung oder dem Abgang von Beteiligungen.

Das Beteiligungsvolumen nach Abwertungen und Risikovorsorgen beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 14 Mio., wovon EUR 11 Mio. auf verbundene nicht konsolidierte Unternehmen und EUR 3 Mio. auf Beteiligungsunternehmen entfallen.

h) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der immigon Konzern dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Geschäftsrisiko gegenüber.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Betriebsergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der immigon Konzern die Gefahr, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Geschäftsrisiko (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können. Dieser Situation sieht sich die Abbaugesellschaft nach Verlust ihrer operativen Ertragskraft ausgesetzt.

Bis auf das letztgenannte Ertragsrisiko besitzen die sonstigen Risiken zwar keine wesentliche Bedeutung für den immigon Konzern, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent.

i) Ausblick 2018

Aufgrund des fortgeschrittenen Abbaus und der damit einhergehenden Risikoreduktion werden in der immigon strukturelle Anpassungen in der Aufbau- und Ablauforganisation vorzunehmen sein. Dem unterliegt auch das Risikomanagement. Im ersten Halbjahr 2018 wird daher ein auf die Erfordernisse abgestimmtes Konzept für eine neue Risikomanagementstruktur entwickelt werden.

48) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
"VBL POSREDNIK" d.o.o.; Sarajevo	SO	50,00 %	50,00 %	1
IKIB alpha Beteiligungsholding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
IKIB Mittelstandsfinanzierungs GmbH; Wien	SH	100,00 %	100,00 %	35
Investkredit Funding Ltd.; St. Helier	HD	100,00 %	100,00 %	10
Investkredit-IC Holding alpha GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
LAND SIBIU TWO s.r.l.; Bucharest	SO	100,00 %	100,00 %	10.178
Leasing-west Gesellschaft m.b.H. in Liqu.; Wörgl	SO	100,00 %	100,00 %	36
ÖVAG FINANCE (JERSEY) LIMITED; St. Helier	HD	100,00 %	100,00 %	0
PPI ONE Ltd.; Limassol	HO	100,00 %	100,00 %	117
Premium Office One Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	8.371
PRI FIVE Limited; Limassol	HO	100,00 %	100,00 %	2
REWO Unternehmensverwaltung GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
RO REWO 90 Limited; Limassol	HO	100,00 %	100,00 %	2
Skalea Investments Limited; Limassol	HO	100,00 %	100,00 %	2
Themis Development Sp. z o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	72
Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	73
VB LEASING d.o.o.; Zagreb	FI	50,00 %	50,00 %	10.053
VB Leasing doo Beograd; Novi Beograd	FI	50,00 %	50,00 %	3.585
VB Real Estate Holding eins GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Holding Euphemia GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
VB Real Estate Holding zwei GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Alpha GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Delta GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Gamma GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Penta GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	35
VB Real Estate Leasing RAI GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Services GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	3.270
VBCS Beteiligungsverwaltung Ges.m.b.H.; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
VBI Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36
VBL SERVICES DOO BEOGRAD u likvidaciji; Beograd	FI	50,00 %	50,00 %	69
VB-Leasing International Holding GmbH; Wien	HO	50,00 %	50,00 %	5.603
VB-NEPREMICNINE podjetje za promet z nepremicninami, d.o.o.; Ljubljana	SO	60,00 %	60,00 %	956
VBS Leasing d.o.o.; Ljubljana	FI	50,00 %	50,00 %	8
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
Volksbank Leasing BH d.o.o.; Sarajevo	FI	50,00 %	50,00 %	2.125

¹⁾ Bei allen vollkonsolidierten Unternehmen liegt Kontrolle vor.

49) Beteiligungsunternehmen bewertet at equity

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
TPK-24 Europe B.V.; Amsterdam	SO	30,00 %	30,00 %	0
VBI Beteiligungs GmbH; Wien	SO	51,00 %	51,00 %	35

50) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
"VBV iota" - IEB Holding GmbH in Liqu.; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	36
IKIB beta Beteiligungsholding GmbH in Liqu.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Immoconsult Ares Leasinggesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
IMMOINVEST, s.r.o. "v likvidácii"; Bratislava	SO	100,00 %	100,00 %	33
Immorent-VBV Grundverwertungsgesellschaft m.b.H. "in Liqu."; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36
INPROX Karlovac d.o.o. u likvidaciji; Krapina	SO	100,00 %	100,00 %	13
Invest Mezzanine Capital Management GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Investkredit International Bank p.l.c.; Sliema	SO	100,00 %	100,00 %	0
Kalvin-Center Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	10
Leasing - west Gesellschaft m.b.H. & Co. Kommanditgesellschaft in Liqu.; Wörgl	SO	100,00 %	100,00 %	0
PLUYETTE INVESTMENTS LIMITED; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	2
PREMIUMRED REAL ESTATE MANAGEMENT LIMITED; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	1
SHELF INVESTMENT Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	11
VB Real Estate Development Baross Ingtatlan Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	10
VB Real Estate Leasing FMZ eins GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VBV Holding GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	36
VBZ Váci u. 37 Irodaközpont Kft "v.a."; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	11
Verwaltungsgenossenschaft der Volksbank Wien e. Gen. in Liqu.; Wien	HO	79,86 %	79,86 %	2.602
VIBE-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35

*Abkürzung GesArt

FI Finanzinstitut
 HD bankbezogener Hilfsdienst
 SO, SH, HO sonstige Unternehmen

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, am 14. März 2018



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor

Compliance + Geldwäscheprävention, Organisation/IT/Services,
Gremialbetreuung + Beteiligungen, Legal + Credit Services,
Interne Revision, Personal, Finanzen, Treasury



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

Risikomanagement, Non-Core Business, Non-Core Beteiligungen

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM KONZERNABSCHLUSS

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

immigon portfolioabbau ag, Wien,

und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzerngeldflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind und den sondergesetzlichen Bestimmungen.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Rahmen der Prüfung haben wir folgende derartige Sachverhalte identifiziert:

1. Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden
2. Ansatz und Bewertung der Rückstellung für Rechtsrisiken

Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Konzernabschluss

Die Forderungen an Kunden stellen einen wesentlichen Posten der Bilanz dar. Der Buchwert dieser Forderungen beträgt zum 31. Dezember 2017 215,4 Mio EUR. Es bestehen Einzelwertberichtigungen in Höhe von 71,2 Mio EUR. Das noch bestehende Kreditportfolio umfasst im Wesentlichen Unternehmens- und Immobilienfinanzierungen in Österreich sowie CEE und SEE.

Der Vorstand beschreibt die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Anhang (Notes) zum Konzernabschluss in Kapitel 3)o) „Rechnungslegungsgrundsätze – Risikovorsorge“, in Kapitel 15) „Risikovorsorge“ sowie in Kapitel 47)c) „Risikobericht – Kreditrisiko“.

Die Überwachung der Werthaltigkeit der Kundenforderungen und die damit verbundene Überprüfung hinsichtlich des Vorliegens von Ausfallsindikatoren und der Bildung von Einzelwertberichtigungen erfolgt durch die betreuende Einheit in Abstimmung mit dem Risikomanagement. Im Falle des Vorliegens von Ausfallsindikatoren wird die Werthaltigkeit mittels der Discounted Cash

Flow-Methode überprüft. Hierbei werden Höhe und Zeitpunkte von Rückflüssen, die von Kunden geleistet werden oder aus der Verwertung von Sicherheiten resultieren, individuell eingeschätzt. Im Falle von geplanten Kreditverkäufen fließt bei dieser Ermittlung auch die Einschätzung über das Verhandlungsergebnis mit Käufern ein. Die Ermittlung des Vorsorgebedarfs ist daher wesentlich von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung von Kreditsicherheiten vor dem Hintergrund einer kurzfristigen Realisierbarkeit sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts der daraus abgeleiteten Rückflüsse beeinflusst.

Das Risiko für den Konzernabschluss ergibt sich daraus, dass die Bewertung von Forderungen an Kunden in hohem Maße von Schätzungen und Annahmen sowie länderspezifischen Besonderheiten beeinflusst ist. Hierzu zählen insbesondere die individuelle kundenspezifische Einschätzung der zukünftigen Cash Flows unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Kunden, der Wertansatz von Kreditsicherheiten im Verwertungsfall und die Schätzung von Verwertungsdauer und -kosten, sowie Annahmen zu markt- oder bonitätsbedingten Abschlägen für Kreditverkäufe.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehende Dokumentation der konzernweiten Prozesse zur Überwachung und Risikovorsorgebildung für Kundenforderungen analysiert und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, drohende Kreditausfälle zu identifizieren und die Werthaltigkeit der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Dabei haben wir die wesentlichen internen Kontrollen auf deren Ausgestaltung und Implementierung sowie in Stichproben auf deren Effektivität getestet.

Im Zuge unserer Prüfung haben wir auf Basis einer Stichprobe an Krediten untersucht, ob Indikatoren für Kreditausfälle bestehen und ob in angemessener Höhe Kreditrisikovorsorgen gebildet wurden. Bei Feststellung von Ausfallsindikatoren wurden die von der Gesellschaft getroffenen Annahmen hinsichtlich Schlüssigkeit, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit untersucht sowie mit Detailinformationen aus der Kundenkorrespondenz abgestimmt. Weiters haben wir die rechnerische Richtigkeit der Ermittlung der Einzelwertberichtigungen nachvollzogen. Für die Beurteilung von Höhe und Zeitpunkt von Rückflüssen, welche aus der Verwertung von Immobiliensicherheiten angenommen wurden, haben wir zudem unsere Immobilienbewertungsspezialisten einbezogen, um die aus den vorgelegten Bewertungsgutachten oder bankinternen Berechnungen abgeleiteten Rückflüsse anhand von Marktvergleichen und externen Informationsquellen zu überprüfen.

Weiters haben wir beurteilt, ob die Angaben zur Ermittlung von Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Konzernanhang angemessen sind.

Ansatz und Bewertung der Rückstellung für Rechtsrisiken

Das Risiko für den Konzernabschluss

Die zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 bilanzierte Rückstellung für Rechtsrisiken beträgt 34,9 Mio EUR. Wir verweisen auf die Ausführung des Vorstands im Anhang (Notes) zum Konzernabschluss in Kapitel 1) „Allgemeine Angaben – Abbaumaßnahmen sowie Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“, in Kapitel 3)z) „Rechnungslegungsgrundsätze – Rückstellungen“ sowie in Kapitel 29) „Rückstellungen“.

immigon ist als Abbaugesellschaft Unsicherheiten und Risiken, die sich aus der Umstellung in eine Abbaugesellschaft ergeben, ausgesetzt. Daraus resultieren insbesondere Rechtsrisiken aus laufenden oder drohenden Prozessen und Gewährleistungen, deren Ursprung in der Verwertung von Vermögenswerten und dem Abbau von Schulden liegt.

Bei der Ermittlung der Höhe der Rückstellung für Rechtsrisiken müssen vom Vorstand Annahmen und Schätzungen getroffen werden. Diese betreffen insbesondere die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos, die Höhe von Streitwerten und Ansprüchen, Verfahrens- und Verhandlungsdauer, die Erfolgsaussichten sowie sich daraus ergebende Abflüsse wirtschaftlicher Ressourcen.

Das Risiko für den Konzernabschluss ergibt sich daraus, dass die Rückstellung für Rechtsrisiken in hohem Ausmaß von Schätzunsicherheiten und Ermessensspielräumen beeinflusst ist, welche sowohl die Vollständigkeit der gebildeten Vorsorge als auch die Ermittlung der Höhe betreffen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehende Dokumentation der Prozesse zur Identifikation und Bewertung von Rechtsrisiken analysiert und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, gegenwärtige Verpflichtungen aus Ereignissen der Vergangenheit, für die ein Ressourcenabfluss wahrscheinlich ist, zu identifizieren und angemessen abzubilden. Wir haben hierbei die Einschätzung des Vorstandes zum Ansatz einer Rückstellung sowie zu den bewertungsrelevanten Faktoren durch

Einsichtnahme in Verträge und Dokumentationen sowie aufgrund der Befragung der mit der Beurteilung der Rechtsrisiken befassten Mitarbeiter analysiert. Dabei haben wir überprüft, ob diese Einschätzung konsistent mit den Informationen aus den identifizierten, drohenden Ansprüchen sowie aus bereits laufenden Verfahren ist.

Die Angemessenheit der Rückstellung für Rechtsrisiken und damit im Zusammenhang stehende Prozess- und Anwaltskosten haben wir aufgrund der Befragung des Vorstands und des Vertreters der Rechtsabteilung sowie durch Einholung und Durchsicht von Auskunftsschreiben der betrauten Rechtsanwälte beurteilt.

Für wesentliche Verkäufe von Vermögenswerten erfolgte eine Durchsicht der Vertragsunterlagen hinsichtlich möglicher Gewährleistungsverpflichtungen. In Fällen, in denen Gewährleistungsverpflichtungen identifiziert wurden, haben wir die Einschätzungen und Annahmen für den Ansatz einer Rückstellung anhand von Gesprächen mit den verantwortlichen Personen analysiert.

Wir haben die rechnerische Richtigkeit der auf Basis der getroffenen Annahmen und Schätzungen ermittelten Rückstellung für Rechtsrisiken nachvollzogen. Ferner haben wir beurteilt, ob die Angaben im Konzernanhang zu Rechtsrisiken, bestehende Unsicherheiten und dafür gebildete Vorsorgen angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB und den sondergesetzlichen Bestimmungen ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und

erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter Berücksichtigung des geplanten Abbaus vorgenommen.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahres- bzw Konzernabschluss, den Lage- bzw Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind, und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Konzernabschluss stehen oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 1. Juni 2016 als Abschlussprüfer gewählt und am 27. September 2017 vom Aufsichtsrat mit der Konzernabschlussprüfung der immigon beauftragt. Wir sind ohne Unterbrechung seit dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 1992 Konzernabschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Konzernabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von den Konzernunternehmen gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Georg Blazek.

Wien, am 14. März 2018

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Georg Blazek
Wirtschaftsprüfer

EINZELABSCHLUSS

immigon portfolioabbau ag

130 Bilanz zum 31. Dezember 2017

132 Gewinn- und Verlustrechnung

134 Anhang

160 Lagebericht

176 Bilanzzeit

177 Bestätigungsvermerk

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

AKTIVA in EUR	31.12.2017	31.12.2016
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.065.390.156,98	1.110.417.059,00
2. Forderungen an Kreditinstitute	90.979.967,70	192.230.497,21
a) täglich fällig	980.580,12	22.928.007,69
b) sonstige Forderungen	89.999.387,58	169.302.489,52
3. Forderungen an Kunden	28.659.791,35	248.598.634,14
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	46.696.582,90	137.449.091,51
darunter:		
eigene Schuldverschreibungen	0,00	6.183.029,07
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	143.374,35	3.151.011,15
6. Beteiligungen	10.952.002,00	14.150.068,45
darunter:		
an Kreditinstituten	0,00	373.300,00
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	120.324.931,02	174.550.637,92
darunter:		
an Kreditinstituten	0,01	6.800.000,00
8. Sachanlagen	339.044,62	654.315,61
darunter:		
Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	0,00	180.782,33
9. Sonstige Vermögensgegenstände	46.442.890,62	67.325.062,40
10. Rechnungsabgrenzungsposten	24.477.067,83	41.695.585,28
Summe	1.434.405.809,37	1.990.221.962,67
Posten unter der Bilanz		
Auslandsaktiva	95.425.914,03	410.022.112,79

PASSIVA in EUR

		31.12.2017	31.12.2016
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.485.945,55	66.249.838,20
a) täglich fällig	0,00		1.292.032,81
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.485.945,55		64.957.805,39
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		20.981.782,90	230.384.287,15
sonstige Verbindlichkeiten	20.981.782,90		230.384.287,15
darunter:			
aa) täglich fällig	252.114,41		4.283.616,64
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20.729.668,49		226.100.670,51
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		487.670.680,53	821.408.224,71
a) begebene Schuldverschreibungen	0,00		583.857.128,22
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten	487.670.680,53		237.551.096,49
4. Sonstige Verbindlichkeiten		15.973.713,78	40.085.582,08
5. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	21.516,49
6. Rückstellungen		150.355.689,89	210.235.667,98
a) Rückstellungen für Abfertigungen	2.300.546,00		3.539.692,00
b) Rückstellungen für Pensionen	18.266.116,26		30.929.365,58
c) Steuerrückstellungen	15.302.030,17		5.000.000,00
d) sonstige	114.486.997,46		170.766.610,40
7. Nachrangige Verbindlichkeiten		20.668.492,00	125.348.847,00
8. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		62.590.442,42	71.317.884,84
9. Gezeichnetes Kapital		34.685.491,00	34.685.491,00
Gezeichnetes Kapital vor Abzug der Eigenen Anteile	19.335.951,23		19.335.951,23
abzüglich:			
Eigene Anteile	-50.947,90		-50.947,90
Partizipationskapital 2008	5.023.815,84		5.023.815,84
Anderes Partizipationskapital vor Abzug der Eigenen Anteile	10.390.031,39		10.390.031,39
abzüglich:			
Eigene Anteile	-13.359,56		-13.359,56
10. Gewinnrücklagen		638.993.571,30	390.484.623,22
a) gesetzliche Rücklage	1.933.595,13		1.933.595,13
b) andere Rücklagen	636.995.668,71		388.486.720,63
c) Rücklage für eigene Anteile	64.307,46		64.307,46
11. Bilanzgewinn		0,00	0,00
a) Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00		0,00
b) Jahresgewinn	0,00		0,00
Summe		1.434.405.809,37	1.990.221.962,67
Posten unter der Bilanz			
1. Eventualverbindlichkeiten		10.797.222,89	32.197.521,05
darunter:			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	10.797.222,89		32.197.521,05
2. Kreditrisiken		770.067,73	1.000.666,54
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften		129.635.534,51	128.528.817,64
4. Auslandspassiva		27.373.220,76	329.667.854,94

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JÄNNER BIS 31. DEZEMBER 2017

in EUR	01-12/2017	01-12/2016
1. Zinsen und ähnliche Erträge	20.343.766,56	41.811.708,46
darunter:		
aus festverzinslichen Wertpapieren	4.045.767,18	4.600.253,65
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-27.527.625,73	-54.686.653,31
I. NETTOZINSERTRAG	-7.183.859,17	-12.874.944,85
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	177.835.629,40	206.060.378,50
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	12.832,17	235.853,97
b) Erträge aus Beteiligungen	550.399,76	591.862,43
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	177.272.397,47	205.232.662,10
4. Provisionserträge	1.265.598,25	2.327.660,45
5. Provisionsaufwendungen	-2.902.132,25	-10.392.909,19
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	-15.354,71	-30.786.139,26
7. Sonstige betriebliche Erträge	92.638.385,63	204.617.171,81
II. BETRIEBSERTRÄGE	261.638.267,15	358.951.217,46
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-18.249.477,83	-32.788.941,03
a) Personalaufwand	-5.107.531,10	-4.288.347,81
darunter:		
aa) Löhne und Gehälter	-5.377.063,04	-6.531.602,34
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-1.137.877,49	-1.732.695,53
cc) sonstiger Sozialaufwand	-112.249,58	-141.508,93
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-734.385,14	-3.514.759,24
ee) Veränderung der Pensionsrückstellung	2.865.490,40	8.834.708,50
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-611.446,25	-1.202.490,27
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-13.141.946,73	-28.500.593,22
9. Wertberichtigungen auf die in dem Aktivposten 8 enthaltenen Vermögensgegenstände	-86.036,34	-89.592,40
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-18.418.228,02	-91.990.127,42
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN = ÜBERTRAG	-36.753.742,19	-124.868.660,85

in EUR	01-12/2017	01-12/2016
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN = ÜBERTRAG	-36.753.742,19	-124.868.660,85
IV. BETRIEBSERGEBNIS	224.884.524,96	234.082.556,61
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	-11.744.860,30	-125.045.631,85
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	65.753.039,40	116.395.889,92
13. Wertberichtigung auf und Veräußerungsverluste aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-79.496.114,72	-179.965.166,14
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf und Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	36.115.335,12	47.169.858,93
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	235.511.924,46	92.637.507,47
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	13.037.402,47	-2.587.856,46
16. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15. auszuweisen	-40.378,85	863,55
VI. JAHRESÜBERSCHUSS	248.508.948,08	90.050.514,56
17. Rücklagenbewegung	-248.508.948,08	-90.050.514,56
VII. JAHRESGEWINN	0,00	0,00
18. Gewinnvortrag	0,00	0,00
VIII. BILANZGEWINN	0,00	0,00

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

Allgemeine Angaben

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der immigon portfolioabbau ag (im Folgenden kurz „immigon“) wurde vom Vorstand in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und (soweit anwendbar) bankrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Rundungshinweis

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Betrieb als Abbaugesellschaft

Allgemein

Die immigon portfolioabbau ag (immigon) mit Sitz in Wien ist eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und die Konzernspitze von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften. Bis zum 4. Juli 2015 firmierte die Gesellschaft als Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG). Seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 befand sich die Gesellschaft in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde lagen.

In der Hauptversammlung der ÖVAG am 28. Mai 2015 wurde die Abspaltung zur Aufnahme des „Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion“ Teilbetriebes der ÖVAG als übertragende Gesellschaft auf die Volksbank Wien-Baden AG (nunmehr VOLKSBANK WIEN AG) als übernehmende Gesellschaft beschlossen. Die Übertragung erfolgte rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals zur Verlustdeckung beschlossen.

Die FMA hat mit Bescheid vom 2. Juli 2015 den Betrieb der Gesellschaft als Abbaugesellschaft im Sinne des § 162 BaSAG unter der Bedingung der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch genehmigt. Seit der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch am 4. Juli 2015 ist die Gesellschaft kein Kreditinstitut mehr. Der Firmenwortlaut wurde am 4. Juli 2015 auf immigon portfolioabbau ag geändert. Seit diesem Stichtag ist die immigon eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs 1 BaSAG. Der Geschäftsgegenstand gemäß § 2 der Satzung sieht vor, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen. Die Gesellschaft hat demnach einen Abbauplan zu erfüllen, der die Eliminierung der risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 vorsah.

Abbaumaßnahmen

Ziel der immigon ist es, den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig zu vollenden, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und die immigon final abzuwickeln. Die immigon ist als Abbaugesellschaft trotz des sehr weit fortgeschrittenen Abbaus den Unsicherheiten und Risiken im Abbauprozess, unter anderem hinsichtlich erzielbarer Verkaufspreise von Vermögensgegenständen, ausgesetzt. Ferner besteht das Risiko, dass auch im Rahmen der Veräußerung bzw. dem Schließen von Derivaten Abschlüsse erforderlich sein könnten. Darüber hinaus bestehen allgemeine Gewährleistungsrisiken aus Beteiligungsverkäufen sowie Rechtsrisiken aus bestehenden Passivprozessen.

Diesen Risiken wird durch die Bildung von pauschalen Abbauvorsorgen, durch die Dotierung entsprechender Rückstellungen und der Einstellung des Jahresüberschusses in die Rücklagen Rechnung getragen.

Der **Abbau der Vermögenswerte** konnte 2017 erfolgreich fortgesetzt werden. Ausgehend von dem Bilanzvolumen 2016 in Höhe von EUR 1.990,2 Mio. ohne der Liquiditätsveranlagung bei der OeNB in Höhe von EUR 1.110,4 Mio., d.h. von EUR 879,8 Mio. konnten 58 % oder EUR 510,8 Mio. abgebaut werden. Das Bilanzvolumen ohne der OeNB-Veranlagung hat sich entsprechend auf EUR 369,02 Mio. vermindert. Die wesentlichen Abbauerfolge des letzten Jahres sind insbesondere:

- Der Bestand an nicht börsennotierten Bankanleihen konnte vermindert werden.
- Wesentliche Transaktionen im Bereich der Kundenforderungen waren drei Immobilienfinanzierungen in Ungarn,

- Refinanzierungen zu einem verkauften Portfolio von Leasingfinanzierungen, eine Immobilienfinanzierung in Prag, österreichische Konsortialkredite sowie die vollständige Rückführung der Kredite an die VB-Leasing International Gruppe.
- Im Bereich der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere wurden etliche wenig liquide Anleihen veräußert, einige hochliquide Wertpapiere waren zur Rückzahlung fällig.
 - Aufgrund der am 18. März 2017 in das Firmenbuch eingetragenen Verschmelzung der RZB auf die RBI hat die immigon indirekt über ihre Tochtergesellschaft Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung (UBG) rund 9,9 Mio. Aktien der RBI erhalten. Diese Aktien wurden im März 2017 im Rahmen eines beschleunigten Bookbuilding-Verfahrens an institutionelle Investoren zur Gänze verkauft. Das Ergebnis dieser Transaktion führte per März 2017 zu einem Anstieg des Beteiligungsansatzes an der UBG und einer Erhöhung des Eigenkapitals der immigon.
 - Aus den Beteiligungen fanden Ausschüttungen in Höhe von EUR 177,8 Mio. statt, wodurch die Verkaufs- und Verwertungserlöse aus Leasingforderungen, Immobilien und Beteiligungen in Tochtergesellschaften in die immigon transferiert wurden.

Zum Abbau der Passivseite hat die immigon auch 2017 Maßnahmen zur Reduktion der Verbindlichkeiten ergriffen.

- Die Rückkaufprogramme für Verbindlichkeiten wurden 2017 fortgeführt bzw. auf nachrangige (Senior Subordinated) Verbindlichkeiten ausgeweitet. immigon stellt Rückkaufkurse für bestimmte Verbindlichkeiten auf ihrer Homepage <http://www.immigon.com> zur Verfügung und lädt Anleger ein, ihr die genannten Instrumente zu diesen Kursen zum Rückkauf anzudienen. Im Geschäftsjahr 2017 waren von diesen Rückkäufen Nominalwerte von EUR 94,8 Mio. betroffen.
- Weiters hat immigon im Februar 2017 eine Nachranganleihe vorzeitig gekündigt.
- Durch den Abbau von Derivatgeschäften konnten zugehörige Besicherungskonten zurückgezahlt werden.

Die immigon wird ihre Abbaubemühungen weiter fortsetzen und sich um eine aktive, rasche und bestmögliche Verwertung der Vermögenswerte im Einklang mit einer entsprechenden Reduktion der Refinanzierung bemühen. Gemäß der Abbaustrategie ist jede Möglichkeit zum vorzeitigen Abbau zu nützen und ein aktiver Verkauf von Vermögenswerten anzustreben. Restliche Vermögensbestände haben zu einem guten Teil Restlaufzeiten im ersten Quartal 2018 oder sind fällige Forderungen aus beendeten Kreditbeziehungen, Restanten sind weiterhin durch Umfinanzierungen seitens der Kreditnehmer oder durch Verkauf von Einzelengagements abzubauen. Im Bereich der Tochtergesellschaften sind die verbliebenen Leasingforderungen und Immobilien zu verwerten bzw. Gesellschaftsanteile zu veräußern. Hierunter fallen insbesondere die indirekt über die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehaltene VB-Leasing International Beteiligung und die indirekt über die Investkredit-IC Holding alpha GmbH gehaltenen Beteiligungen an Immobilienleasinggesellschaften in Österreich. Im Bereich der Tochtergesellschaften ist deren Anzahl weiterhin zu reduzieren, d.h. vor allem Liquidationen von Tochtergesellschaften bis zu Löschungen im Firmenbuch voranzutreiben.

Die Vorbereitungen auf die Liquidation der immigon werden im Mittelpunkt der Anstrengungen für das Jahr 2018 stehen. Das entsprechende Projekt beschäftigt sich mit dem Rückbau der IT-Systeme, dem Outsourcing von Leistungen, der Archivierung von Daten, weiteren Komplexitätsreduktionen, rechtlichen Aspekten und einer möglichst guten Vorbereitung der Liquidationsphase. Aufgrund des fortgeschrittenen Abbaus und der damit einhergehenden Risikoreduktion werden in der immigon strukturelle Anpassungen in der Aufbau- und Ablauforganisation vorzunehmen sein. Gleichzeitig ist ein effizienter und sicherer Betrieb des Unternehmens zu gewährleisten.

Die aktuelle Arbeitshypothese geht davon aus, dass die Liquidation der immigon nach einer Ausschreibung eines Liquidators im Jahr 2019 beginnen wird können. Unverändert ist immigon auch der Ansicht, dass der Abschluss der formalen und rechtlichen Liquidation und damit die Löschung der Firma mit großer Wahrscheinlichkeit erst sehr viel später erfolgen wird können.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immigon unterliegt als Abbaugesellschaft den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG). § 84 Abs. 2 BaSAG verweist auf die für eine Abbaugesellschaft nach wie vor anzuwendenden Bestimmungen des Bankwesengesetzes (BWG), weshalb die Rechnungslegungsvorschriften für Banken auch weiterhin für die immigon zu beachten sind.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei den Vermögenswerten und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewendet. Die Bilanzierung der vom Abbau betroffenen Vermögensgegenstände geht grundsätzlich von der Annahme eines kontrollierten Abbaus entsprechend der zugrunde gelegten Laufzeiten der Vermögensgegenstände aus. Sofern ein beschleunigter Abbau vorgesehen ist, wurde

dies durch Abwertung auf den voraussichtlich erzielbaren Verkaufspreis bzw. durch Bildung von Vorsorgen für verkaufsbedingte Abschläge entsprechend berücksichtigt.

Dem Vorsichtsgrundsatz wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr 2017 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, einschließlich der Risiken aus dem beschlossenen Abbau, wurden, soweit bekannt, berücksichtigt.

Die [Forderungen an Kreditinstitute](#) und die [Forderungen an Kunden](#) wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern wurden [Einzelwertberichtigungen](#) bzw. [pauschale Wertberichtigungen](#) gebildet. Vom Wahlrecht des § 57 Abs 1 BWG wurde per 31. Dezember 2017 nicht Gebrauch gemacht

Zumindest vierteljährlich erfolgt eine Überprüfung der bestehenden Einzelwertberichtigungen. Bei Vorliegen von Ausfallsindikatoren wird ein etwaiger Einzelwertberichtigungsbedarf mittels der Discounted Cashflow Methode durch die betreuende Einheit und in Abstimmung mit dem Risikomanagement ermittelt. Hierbei werden auf die aktuelle Aushaftung eines Kontos, zukünftige mit dem Sollzinssatz diskontierte Ein- und Auszahlungen subtrahiert bzw. addiert. Die verbleibende Differenz ergibt den wertzuberichtigenden Betrag. Die Zahlungsflüsse beruhen auf einer individuellen Schätzung ob und inwieweit der Kunde die vereinbarten Rückflüsse leisten kann, der Bewertung hinsichtlich der Verwertbarkeit von Kreditsicherheiten und der Schätzung des Zeitpunktes der angenommenen Rückflüsse.

Aufgrund der Zielsetzung, den weitgehenden Abbau der risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 umzusetzen, wird seit dem Jahr 2014 für Kundenforderungen auch eine Vorsorge für den beschleunigten Abbau in Form einer Pauschalwertberichtigung gebildet. Diese Pauschalwertberichtigung berücksichtigt insbesondere Schätzungen aus den Erfahrungen der letzten Jahre mit dem Portfolio, eine angenommene Ratingmigration sowie einem weiteren Faktor, der das Risiko von Besicherungswertänderungen mit aufnimmt. Besicherungen bestehen hauptsächlich in Form von Hypotheken in Mittel- und Osteuropa.

Bei Werterholungen werden Zuschreibungen vorgenommen.

Die Fremdwährungsbeträge wurden zu den Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

Das Kriterium der Zuordnung zum [Anlagevermögen](#) im Bereich der Wertpapiere ist die Absicht, ein Wertpapier dauerhaft im Bestand zu halten. Erforderliche Umwidmungen von Wertpapieren des Anlagevermögens ins Umlaufvermögen aufgrund der Änderung des Geschäftsmodelles und der damit einhergehenden fehlenden langfristigen Nutzung gemäß § 198 UGB wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 bereits vorgenommen. Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere wurden wie Anlagevermögen, die Wertpapiere des Umlaufvermögens nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wahlrecht gemäß § 204 Abs. 2 UGB bei nicht dauernder Wertminderung bei Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht.

Für alle wesentlichen [Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen](#) der immigon erfolgt vierteljährlich eine Beurteilung der Bewertung. Bei Identifikation von wesentlichen den Wert beeinflussenden Ereignissen bei einer Gesellschaft oder von Beteiligungen einer Holding wird diese Beurteilung auch anlassbezogen durchgeführt.

Bei der Bewertung der Beteiligungen wurden konkrete Abbauvorgaben und die Einschätzung erzielbarer Veräußerungspreise sowie etwaig vorliegende Kaufpreisangebote berücksichtigt.

Für die indirekten Beteiligungen am Immobilienleasingportfolio, welche sich derzeit in einem Verkaufsprozess befinden, wurden bei der Bewertung der Beteiligung Erkenntnisse und Einschätzungen aus den vorliegenden Angeboten berücksichtigt.

Der Wert einer Beteiligung wird – so ferne keine konkreten Kaufpreisangebote vorliegen – durch Gegenüberstellung des Marktwertes des anteiligen Eigenkapitals der Gesellschaft mit dem Buchwert ermittelt. Der Marktwert des Eigenkapitals der Tochtergesellschaften wird überwiegend nach der Net Asset Value Methode ermittelt. In Einzelfällen wird der Wert einer Beteiligung auf Basis der Planungsdaten des Unternehmens mittels der Discounted Cash Flow Methode erhoben. Ein allfälliger negativer Unterschiedsbetrag wird gemäß den Bewertungsprinzipien nach UGB/BWG behandelt. Ist der Wert der Beteiligung nach einer vorgenommenen Abschreibung wieder höher, wird eine Zuschreibung auf den aktuellen Wert, jedoch maximal bis zur Höhe der historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

Im Jahr 2014 wurde aufgrund des beschleunigten Abbaus – aus Sicht eines dreijährigen Abbauhorizonts – eine pauschale Abbauvorsorge für die Engagements des ehemaligen Segments Non Core Business für individuelle Verwertungsabschläge, Ratingmigration und Besicherungswertänderungen bei Immobilienleasingfinanzierungen und Eigenobjekten gebildet. Seit dem Jahr 2015 werden alle Beteiligungen in die Ermittlung der pauschalen Abbauvorsorge der immigon mit einbezogen.

Die Bewertung des **Sachanlagevermögens** (Grundstücke, Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung) erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. Die Abschreibungssätze betragen bei den unbeweglichen Anlagen 2,0 % bis 2,5 %, bei den beweglichen Anlagen 10 % bis 33 % und bei den immateriellen Wirtschaftsgütern 25 %. Außerplanmäßige Abschreibungen des Sachanlagevermögens werden aufgrund von voraussichtlicher dauernder Wertminderung vorgenommen.

Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte wird die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Einzelanschaffungswert bis EUR 400,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Verpflichtungen werden mit dem Rückzahlungsbetrag am Bilanzstichtag angesetzt.

Emissionskosten, Zuzählungsprovisionen und Agio- und Disagiobeträge für die **verbrieften Verbindlichkeiten** werden auf die Laufzeit der Schulden verteilt.

Die **Rückstellungen für Pensionen und Abfertigungen** können laut der AFRAC-Stellungnahme „Rückstellungen für Pensions-, Abfertigungs-, Jubiläumsgeld- und vergleichbare langfristig fällige Verpflichtungen nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches“ vom Juni 2016 für den UGB-Abschluss entweder auf Basis des Teilwertverfahrens oder nach den Vorschriften des IAS 19 (Projected Unit Credit Method) erfolgen. Seit dem Geschäftsjahr 2014 erfolgt die Bilanzierung von Pensions- und Abfertigungspflichten gemäß IAS 19.

Der Ansatz für diese Sozialkapitalrückstellung wird gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik als Barwert der Gesamtverpflichtung sowie der in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei den Abfertigungspflichten werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet. Diese Parameter stellen sich wie folgt dar:

	2017	2016
Rechnungszinssatz: Pensionen	1,60 %	1,20 %
Rechnungszinssatz: Abfertigungen	0,00 %	0,00 %
Zinssatz Planvermögen	1,60 %	1,20 %
Künftige Gehaltssteigerungen	2,50 %	2,50 %
Künftige Pensionssteigerungen	1,70 %	1,50 %

Der Rechnungszinssatz wurde wie in Vorjahren auf Basis der von HEUBECK AG veröffentlichten Zinsinformationen ermittelt.

Fluktuationsabschläge wurden nicht vorgenommen.

Als Rechnungsgrundlage werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafeln „AVÖ 2008-P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung Pagler & Pagler, Angestelltenbestand“ verwendet. Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

Seit dem Jahr 1996 besteht mit der VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen AG, welche rückwirkend mit 1. Jänner 2016 auf die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft verschmolzen wurde (nachfolgend kurz „Bonus Pensionskasse“), ein Pensions-

kassenvertrag. Infolge der Verschmelzung der Investkredit Bank AG („Investkredit“) auf die immigon wurde der Pensionskassenvertrag der Investkredit mit der Valida Pension AG mit Ausnahme der Pensionisten und der vor dem 1. Jänner 2012 bereits ausgeschiedenen Mitarbeitern übernommen und in Folge ein Teil der Ansprüche auf die Bonus Pensionskasse übertragen. In Abhängigkeit der Performance beider Pensionskassen kann es zu Nachschussverpflichtungen kommen.

Für aktive Pensionisten, deren Ansprüche in eine Pensionskasse ausgelagert wurden, wurde eine Vorsorge für mögliche vertragliche Nachschussverpflichtungen gebildet.

Seit dem Jahr 1992 wird von der Gesellschaft eine Rückstellung für Jubiläumsgelder gebildet. Die Rückstellung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach IFRS mit einem Rechnungszinssatz von 0,0 % (2016: 0,0 %) und einer künftigen Gehaltssteigerung von 2,5 % (2016: 2,5 %) berechnet. Es wurde kein Fluktuationsabschlag vorgenommen.

Die immigon hat das Wahlrecht die Änderungen der Rückstellungen aufgrund von Änderungen des Rechnungszinssatzes im Finanzergebnis auszuweisen nicht wahrgenommen.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Diese betreffen insbesondere Rückstellungen für Rechtsrisiken, für Redimensionierungsmaßnahmen (Sozialplan, Abbaumaßnahmen) und für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten.

Der Ermittlung der Rückstellung für Rechtsrisiken, die für laufende und drohende Prozesse sowie Gewährleistungsrisiken aus Abbaumaßnahmen gebildet wurden, liegen Annahmen und Expertenschätzungen hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit, Streitwert, möglicher Verfahrensdauer sowie Erfolgsaussichten zugrunde. Die Rückstellung für Maßnahmen der Redimensionierung basiert auf der bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 erstmals berücksichtigten Betriebsvereinbarung „Sozialplan“ für Personalmaßnahmen. Der Sozialplan wurde 2017 erneuert und gilt bis 30.06.2019 bzw. längstens bis zur Hauptversammlung, die die Auflösung der immigon beschließt. Weiters wurden Annahmen für Auflösungsmöglichkeiten von Verpflichtungen gegenüber bestimmter Personengruppen sowie Einschätzungen hinsichtlich möglicher Aufwendungen im Zusammenhang mit Redimensionierungsmaßnahmen berücksichtigt. Etwaige Auflösungen der Rückstellung für Redimensionierungsmaßnahmen werden in den übrigen betrieblichen Erträgen in der Position Auflösungen von Rückstellungen gezeigt. Den Personalaufwand betreffende Auflösungen, welche durch zu hohe Vorsorgen in einer Einzelfallbetrachtung entstehen, werden wie in Vorperioden über den Personalaufwand geführt.

Die Rückstellung für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten basiert auf finanzmathematisch ermittelten negativen Marktwerten.

Die Bestimmungen des § 211 Abs. 1 UGB, hier insbesondere die Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen, und des § 211 Abs. 2 UGB hinsichtlich der Diskontierung des zu erwarteten Zahlungsbetrages bei langfristigen Rückstellungen auf den Bilanzstichtag wurden bei der Ermittlung von Rückstellungsbeträgen angewandt. Die Abzinsungszinssätze beruhen auf den von der Deutschen Bundesbank auf ihrer Homepage bundesbank.de veröffentlichten Siebenjahresdurchschnittszinssätzen. Von dem Wahlrecht zur Verteilung des Ergebnisses aus der erstmaligen Abzinsung per 01. Jänner 2016 wurde kein Gebrauch gemacht.

Latente Steueransprüche resultierend aus Bilanzunterschieden zwischen unternehmensrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen sind nach § 198 (9) und (10) iVm § 238 (1) Z 3 UGB grundsätzlich verpflichtend anzusetzen, wobei auf eine Verwertbarkeit in künftigen Jahren bei der Bewertung derselben Bedacht zu nehmen ist. Für steuerliche Verlustvorträge ist im Falle künftiger Verwertbarkeit ein Ansatzwahlrecht vorgesehen.

Aktive latente Steueransprüche der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 in Höhe von insgesamt EUR 49.981.785,77 (31.12.2016: TEUR 92.860) resultieren insbesondere aus der Siebtelung der steuerlichen Teilwertabschreibungen von Beteiligungen nach § 12 Abs 3 Z 2 KStG, aus Rückstellungen und Wertberichtigungen auf Anteilen an verbundenen Unternehmen und Forderungen an Kunden und waren mangels voraussichtlicher Verwertbarkeit in den folgenden Jahren nicht zu aktivieren. Auf die Unterschiedsbeträge ist ein Steuersatz von 25 % gemäß KStG anzuwenden. Latente Steuern auf Verlustvorträge konnten mangels Verwertbarkeit nicht angesetzt werden.

Die Nominale außerbilanzieller Geschäfte werden in den Posten unter der Bilanz ausgewiesen. Für diese werden bei drohender Inanspruchnahme Rückstellungen gebildet.

Derivative Finanzinstrumente werden wie folgt bewertet und bilanziert:

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs 2016

Da die immigon als Abbaugesellschaft keine Handelsaktivitäten mehr entfaltet, wurde im Jahr 2016 entschieden, das Handelsbuch in das Bankbuch zu übertragen und interne Derivate aufzulösen. Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs der immigon umfassten bis zur Auflösung des Handelsbuches im vierten Quartal 2016 den Optionsteil aus strukturierten Emissionen sowie Handelspositionen von börsengehandelten Futures, Optionen, Zinsswaps, Forward Rate Agreements, Swaptions, Caps/Floors/Collars und Währungsoptionen. Die Bewertung erfolgte mit dem Marktwert und das Bewertungsergebnis wurde erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Übertrag löste im vierten Quartal 2016 eine erfolgswirksame Ausbuchung der positiven Marktwerte des Handelsbuches aus. Die negativen Marktwerte des Handelsbuches wurden von den Sonstigen Verbindlichkeiten erfolgsneutral in die Rückstellung für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten übertragen.

Durch den fortgeschrittenen Abbau ist der Zeitraum, in dem effektive Hedgebeziehungen zur langfristigen Absicherung eingegangen werden, so weit verkürzt, dass die langfristige Steuerung der Geschäfte gegenüber den aktiven Abbaumaßnahmen (insbes. auch aller Derivate) nicht mehr wesentlich ist und die formellen Anforderungen an das Hedge Accounting nur unter aufwändigen und komplexen Maßnahmen sichergestellt werden konnten. Um den Abbauvorgaben entsprechen zu können ist unter anderem auch eine Reduktion der Komplexitäten in allen Bereichen der immigon anzustreben. Zur Erfüllung dieses Auftrages wurde im Geschäftsjahr 2016 die Möglichkeit der Beendigung des Hedge Accountings identifiziert und umgesetzt. Durch die Aufhebung des Hedge Accountings sind Rückstellungen für alle Derivate mit negativen Marktwerten zu bilden. Diese Rückstellungen sind laufend zu überprüfen und insofern zu adaptieren als eine Erhöhung des negativen Marktwertes eine aufwandswirksame Anpassung und eine Verringerung des negativen Marktwertes eine ertragswirksame Anpassung der Rückstellung auslösen.

Derivative Finanzinstrumente des Bankbuchs

Gekaufte Optionen, Futures, Währungsoptionen, Swaptions sowie Caps und Floors, die der Absicherung eigener Emissionen dienen, werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Erhaltene Prämien für Verkaufspositionen werden passiviert, bezahlte Prämien für Kaufpositionen werden aktiviert.

Für Zinsswaps erfolgt eine anteilige Zinsabgrenzung bis zum Bilanzstichtag.

Devisentermingeschäfte und Währungsswaps werden mit dem Devisenmittelkurs bewertet. Die Abgrenzung des Swapsatzes erfolgt aliquot über die Laufzeit.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“, in der aktuelle Version vom September 2017 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung werden seit dem Geschäftsjahr 2011 angewendet. Für negative Marktwerte von Derivaten wurden Rückstellungen gebildet.

Erläuterungen zu Bilanzposten

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Gliederung der Forderungen an und Guthaben bei Kreditinstituten und Forderungen an Kunden:

Restlaufzeit	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
täglich fällig	6.155.161,91	33.168
bis 3 Monate	52.695.714,31	91.427
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.481.692,65	107.478
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.974.695,66	157.887
mehr als 5 Jahre	56.332.494,51	50.870
Gesamt	119.639.759,05	440.829

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2017		31.12.2016	
	gegenüber verbundenen Unternehmen EUR	gegenüber Beteiligungen EUR	gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR	gegenüber Beteiligungen TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	0,00	0,00	0	0
Forderungen an Kunden	7.991.532,34	0,00	98.553	123
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00	0	0
	7.991.532,34	0,00	98.553	123

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen der Bilanzposten 4,5, 6 und 7 in börsennotierte und nicht börsennotierte Wertpapiere:

EUR (inkl. Zinsabgrenzungen)	Börsennotiert	Nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46.696.582,90	0,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	143.374,35
Beteiligungen	0,00	10.952.002,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	120.324.931,02

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere der Bilanzposten 4 und 5 in Anlage- und Umlaufvermögen:

EUR	Anlagevermögen	Umlaufvermögen
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	46.696.582,90
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	143.374,35

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen wurde konform der Bilanz 2016 fortgeführt, neue Wertpapiere wurden nicht erworben. Dem Anlagevermögen der Abbaugesellschaft sind jene Wertpapiere zugeordnet, die bis Ende 2018 fällig werden und dauerhaft dem Geschäftsbetrieb der Abbaugesellschaft dienen. Dieses Wahlrecht wurde auch 2017 unverändert in Anspruch genommen und eine Abschreibung in Höhe von EUR 0,00 (2016: TEUR 135) vorgenommen.

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert der nicht dem Anlagevermögen (Umlaufvermögen ohne Handelsbuch) gewidmeten zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 4.308.354,48 (31.12.2016: TEUR 4.950).

Sonstige Angaben zu Wertpapieren

Unterlassene Zuschreibungen bei Wertpapieren des Umlaufvermögens gibt es gemäß RÄG seit dem Geschäftsjahr 2016 nicht mehr.

Es gibt keinen zeitanteilig abgeschriebenen Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens (31.12.2016: TEUR 0).

Der zeitanteilig zugeschriebene Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt EUR 0,00 (31.12.2016: TEUR 0).

Aufgrund der Tatsache, dass sowohl das Umlaufvermögen wie auch das Anlagevermögen wie Umlaufvermögen bewertet wird (Wahlrecht gem. § 204 Abs 2 UGB wurde 2014 für jene Wertpapiere angewandt, die nach der Spaltung in der immigon verblieben sind), gibt es per 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2017 keine Wertpapiere im Bestand, bei denen eine Abschreibung unterblieben ist.

Aufgrund fehlender oder ungenügender Marktliquidität ist gegenwärtig die Aussagekraft der Marktwerte für einige Wertpapiere eingeschränkt und daher nur ein Indikator für die Werthaltigkeit dieser Wertpapiere. Die von inaktiven Märkten aber auch alle

anderen betroffenen Wertpapier-Positionen werden periodisch (quartalsmäßig) hinsichtlich notwendiger außerplanmäßiger Abschreibung untersucht. Extern angelieferte Marktwerte werden laufend anhand verfügbarer Marktdaten auf ihre Plausibilität überprüft. Bei abweichenden Einschätzungen erfolgt eine Adaption der Marktbewertung durch Rückgriff auf bisher aufgetretene Geschäftsfälle, durch Vergleich mit den aktuellen beizulegenden Zeitwerten eines anderen im Wesentlichen identischen Finanzinstruments oder durch Discounted Cash Flow Methode.

Im Geschäftsjahr 2017 gab es wie im Vorjahr keine echten Pensionsgeschäfte.

Das Unternehmen führt kein Handelsbuch mehr.

Vermögensgegenstände nachrangiger Art:

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	TEUR
inklusive Zinsabgrenzung		
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	0,00	0
Forderungen an Kunden	0,00	3.604
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.930.819,50	11.513
	10.930.819,50	15.117

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Zusammensetzung der wesentlichen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen; bei den angeführten Daten handelt es sich teilweise um vorläufige Werte:

Gesellschaftsname	Anteil immigon %	Jahres- abschluss	Bilanz- summe TEUR	Eigenkapital		Jahreserfolg insgesamt TEUR
				Gesamtes Eigenkapital TEUR	Anteil immigon TEUR	
Unternehmensbeteiligungs Ges mbH, Wien	100,00	31.12.2017	118.018	93.325	93.325	91.787
REWO Unternehmensverwaltung GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	26.043	25.936	25.936	1.318
Investkredit-IC Holding alpha GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	27.669	27.654	27.654	8.622
Verwaltungsgenossenschaft der VB Wien rGmbH, Wien	79,86	30.06.2016	10.472	10.437	8.335	-1.126
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	145	132	132	-13
Investkredit International Bank plc, Sliema (Malta)	99,99	31.10.2017	7.830	7.830	7.800	-2
Leasing West GesmbH & Co KG, Wörgl	99,00	20.03.2017	66	63	63	10
IKIB alpha Beteiligungsholding GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	505	491	491	-1.062
IKIB Mittelstandsfinanzierungs GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	589	365	365	271
VBI Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	443	430	430	-147
VIBE-Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	2.182	2.170	2.170	2.097
ÖVAG Finance (Jersey) Limited, St. Helier (Jersey)	100,00	31.12.2016	27.482	58	58	-56
Invest Mezzanine Capital Management GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	46	28	28	-19
IKIB beta Beteiligungsholding GmbH, Wien	100,00	31.03.2017	28	28	28	1
VBV Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2017	41	11	11	-11
Investkredit Funding Ltd., St. Helier (Jersey)	100,00	31.12.2016	21.798	216	216	218

Zur Entwicklung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen verweisen wir auf den Anlagenspiegel in Anlage 1.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die immigon portfolioabbau ag ist seit 2005 Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Zur Anwendung gelangt die Belastungsmethode, welche bei der Berechnung der Steuerumlage von der steuerlichen Selbstständigkeit des einzelnen Gruppenmitgliedes ausgeht. Des Weiteren ist die Steuerschuld der Gruppenmitglieder am 30. September des Folgejahres an die immigon abzuführen, Steuerforderungen werden entweder in Gruppengewinnjahren von der immigon ausgeglichen, oder das Gruppenmitglied kann in Folgejahren seine Steuerforderungen gegen Steuerverbindlichkeiten gegen-

rechnen. Ein etwaiger Schlussausgleich von Steuerforderungen wird mit dem Barwert der (fiktiven) zukünftigen Steuerersparnis aus den noch nicht verrechneten Verlustvorträgen des jeweiligen Gruppenmitgliedes abgegolten. Die Diskontierung der Verlustvorträge erfolgt unter Zugrundelegung eines angemessenen Zinssatzes unter Anbindung an den 12-Monats-EURIBOR oder, sollte dieser nicht mehr verfügbar sein, eines vergleichbaren Referenzzinssatzes. Im Geschäftsjahr bestehen zwei Varianten der Gruppenumlagevereinbarung. Jene, die mit Gruppenmitgliedern vor dem Jahr 2010 abgeschlossen wurde, sieht einen Steuersatz in Höhe des Körperschaftsteuersatzes von 25 % vor. Ab dem Jahr 2010 abgeschlossene Vereinbarungen sehen auf Grund der bestehenden, hohen Verlustvorträge einen Umlagesatz von 6,25 % vor.

Zum 31. Dezember 2017 beträgt die Anzahl der Gruppenmitglieder 13 (31.12.2016: 14). Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Zugänge zur Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG.

Mit Invest Mezzanine Capital Management Gesellschaft mbH, Wien, besteht ein zivilrechtlicher Ergebnisabführungsvertrag mit folgenden Ergebnisübernahmen.

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Invest Mezzanine Capital Management Gesellschaft mbH, Wien Verlustübernahme	-50.941,11	-32

Die Gewinnübernahmen sind in den [Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen](#) enthalten, Verlustübernahmen werden im Posten „[Wertberichtigung auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen](#)“ ausgewiesen.

Anlagevermögen

Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf Anlage 1. Die Grundwerte von bebauten Grundstücken betragen EUR 0,00 (31.12.2016: TEUR 34). Abgangsbedingt wurden im Geschäftsjahr keine Zuschreibungen auf sonstige Grundstücke und Bauten vorgenommen (2016: EUR 121.961,23).

Aufgliederung der Sonstigen Vermögensgegenstände

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Forderungen gegenüber Finanzamt	19.993.250,68	19.901
Schwebende Gelder	14.361.487,22	0
Forderungen aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften	6.104.375,37	140
Forderung gegenüber AWS	3.111.719,77	18.696
Prämien zu Optionsrechten (2016 auch Marktwerte derivativer Finanzinstrumente)	996.923,84	2.741
Zinsabgrenzungen	133.463,38	23.373
Sonstige Forderungen	1.741.670,36	2.475
	46.442.890,62	67.325

Im Posten [sonstige Vermögensgegenstände](#) sind Erträge in Höhe von EUR 6.237.838,75 (31.12.2016: TEUR 23.512) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Im Wesentlichen betrifft dies Zinsabgrenzungen und Forderungen aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften. Die Forderungen aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften resultieren aus Umlagen der Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG.

In den sonstigen Vermögensgegenständen (ausgenommen Prämien zu Optionsrechten) sind Posten mit Laufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von EUR 21.052.468,89 (31.12.2016: TEUR 21.244) enthalten.

Gliederung der Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Restlaufzeit	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	TEUR
täglich fällig	252.114,41	5.576
bis 3 Monate	18.154.364,04	74.552
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0,00	122.300
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	61.250,00	54.206
mehr als 5 Jahre	5.000.000,00	40.000
	23.467.728,45	296.634

Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2017		31.12.2016	
	gegenüber verbundenen Unternehmen EUR	gegenüber Beteiligungen EUR	gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR	gegenüber Beteiligungen TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,00	0,00	0	0
	0,00	0,00	0	0

Aufgliederung der Sonstigen Verbindlichkeiten

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften	12.094.512,28	1.280
Prämien zu Optionsrechten	807.853,49	4.883
Zinsabgrenzungen	492.728,17	21.635
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	437.865,13	0
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern	327.065,55	407
Übrige Verbindlichkeiten	1.813.689,16	11.880
	15.973.713,78	40.086

Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind wesentliche Aufwendungen in Höhe von EUR 12.587.240,45 (31.12.2016: TEUR 22.500) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Diese bestehen hauptsächlich aus Zinsabgrenzungen. Durch die Abbaumaßnahmen auch im Derivatebereich kam es im Jahr 2016 zu einer wesentlichen Reduktion der in den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten. Aufgrund der Auflösung des Handelsbuches kam es im Jahr 2016 darüber hinaus zu einer Verschiebung der verbliebenen Verbindlichkeiten für Marktwerte derivativer Finanzinstrumente in die Rückstellungen in einem Gesamtwert von EUR 26.422.203,32.

Die Verbindlichkeiten aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften resultieren überwiegend aus Umlagen der Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG.

In den sonstigen Verbindlichkeiten (ausgenommen Prämien zu Optionsrechten) sind Posten mit Laufzeit von weniger als einem Jahr in Höhe von EUR 15.005.980,06 (31.12.2016: TEUR 35.042) enthalten.

Die übrigen Verbindlichkeiten beinhalten mit EUR 1.061.808,59 Aufwendungen in Bezug auf die Lohnverrechnung.

Rückstellungen für Pensionen

Die Rückstellungen für Pensionen beinhalten die Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 18.116.176,26 sowie eine Rückstellung für Nachschüsse an Pensionskassen in Höhe von EUR 149.940,00. Die Gesamtverpflichtung für Pensionen (DBO) beträgt EUR 51.854.710,00, wobei diesem Betrag ausgelagerte Aktiva in Pensionskassen (plan assets) in Höhe von EUR 33.738.533,74 gegenüberstehen, sodass sich ein Rückstellungsbetrag von EUR 18.116.176,26 errechnet.

Rückstellungen für latente Steuern

Im Geschäftsjahr 2017 bestand wie im Vorjahr kein Erfordernis einer Rückstellungsdotierung für passive latente Steuern.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Vorsorgen für folgende Verpflichtungen:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
für Rechtsrisiken	64.523.023,96	77.747
für Redimensionierung (Sozialplan, Transformation)	25.642.305,88	34.073
für Stabilitätsabgabe	5.900.000,00	5.900
für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten	3.803.568,72	32.234
für Verluste und Risiken aufgrund von Kreditgewährungen und –garantien	1.600.007,38	7.455
für ausstehende Eingangsrechnungen	1.701.337,47	1.915
für nicht konsumierte Urlaube	519.837,03	685
für Abschläge Derivateauflösung	500.000,00	1.000
für Personalaufwand und Jubiläumsgelder	102.687,39	57
für sonstige Verpflichtungen	10.194.229,63	9.700
	114.486.997,46	170.767

Die Rückstellung für Rechtsrisiken umfasst Vorsorgen für laufende oder drohende Prozesse sowie Gewährleistungsrisiken aus Abbaumaßnahmen. Die immigon führt eine Reihe von Aktivprozessen zur Einbringung von Forderungen aus dem bis zur Zurücklegung der Bankkonzession ausgeübten Bankgeschäft in einem für die Zusammensetzung des Portfolios angemessenen Ausmaß. Darüber hinaus ist die immigon Beklagte in dreizehn Gerichtsverfahren (Passivprozesse).

Die Rückstellung für Redimensionierung konnte – neben Verwendungen – auch teilweise aufgelöst werden. Die Erträge aus der Auflösung dieser Rückstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung in den jeweiligen Personalaufwandsposten bzw. in den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen ausgewiesen.

Die Rückstellung für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der erheblichen Reduzierung des Derivategeschäftes stark vermindert.

Mit 1. Jänner 2016 wurde gemäß § 211 Abs. 2 UGB erstmals eine Abzinsung vorgenommen. Der aufgrund der geänderten Bewertung nach RÄG im Jahr 2016 entstandene Ertrag aus der Umstellung der Bewertungsmethodik in Höhe von EUR 4.769.855,61 wurde 2016 in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen“ unter dem Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesen.

Eigenkapital

Am 31. Dezember 2017 setzte sich das Grundkapital wie folgt zusammen:

	EUR
18.907.729 Namensaktien mit einem Rechenwert von EUR 1,0226	19.335.951,23

Das Grundkapital blieb 2017 unverändert.

Am Grundkapital sind am 31. Dezember 2017 die nachstehenden Aktionäre beteiligt:

	TEUR	%
Gesellschafter mit einer qualifizierten Beteiligung		
Republik Österreich	8.373	43,3
Volksbanken Holding eGen	8.355	43,2

Sonstige Gesellschafter

GPVAUBEOE Beteiligungen GmbH	1.798	9,3
DZ Bank AG	733	3,8
Streubesitz und eigene Anteile	77	0,4
	19.336	100,0

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15. Dezember 2008, geändert durch die Hauptversammlung vom 20. März 2009 und die Hauptversammlung vom 23. Mai 2013, wurde eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu EUR 155.547.705,91 durch Ausgabe von Stammaktien beschlossen, die nur soweit durchgeführt werden soll, wie die Inhaber des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 ausgegebenen Partizipationskapitals von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen ([bedingtes Kapital](#)).

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 23. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, bis 23. Mai 2018 das Grundkapital der Gesellschaft zum Zweck der Einziehung nach § 102a Abs 7 Satz 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 auszugebenden Partizipationskapitals um bis zu EUR 288.664.311,73 durch Ausgabe neuer Aktien - allenfalls in mehreren Tranchen - gegen Barzahlung in Form von Stammaktien zu erhöhen, wobei der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates wie folgt festgesetzt werden: Der Ausgabebetrag hat sich am Unternehmenswert der Gesellschaft, der nach einer zu diesem Zweck durchzuführenden Unternehmensbewertung zu ermitteln ist, im Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung zu orientieren ([genehmigtes Kapital](#)).

Neben dem Grundkapital verfügte die Gesellschaft am 31. Dezember 2017 über ein [Partizipationskapital](#) mit Nennbetrag von TEUR 15.414; von diesem Partizipationskapital befanden sich aufgrund von Rückkäufen aus Drittbesitz Partizipationsscheine mit Nennbetrag von EUR 13.359,23 (31.12.2016: TEUR 13) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,09 % (31.12.2016: 0,09 %) sowie 49.819 Stück eigene Anteile (31.12.2016: 49.819 Stück) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,26 % (31.12.2016: 0,26 %) im Portefeuille der immigon.

Das Partizipationskapital 2008 wurde in den Vorjahren nicht als Teil des Eigenkapitals, sondern gesondert ausgewiesen. Die Bedingungen dieses Partizipationskapitals sehen eine Wiederauffüllung des durch die Kapitalmaßnahmen 2012 und 2015 geschnittenen Kapitals vor. Zur Vereinfachung der Darstellung und zur Vermeidung von Missverständnissen wird das Partizipationskapital 2008 nunmehr auch in der Bilanz - und nicht nur in den Anhangangaben - als Teil des Eigenkapitals ausgewiesen.

Das im Jahr 2009 begebene Partizipationskapital der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft im Volumen von Nominale EUR 10,048 Mio. (nach Kapitalherabsetzung) befand sich zum 31. Dezember 2017 zur Gänze im Besitz der Republik Österreich.

Das Eigenkapital (ohne eigene Anteile) entwickelte sich wie folgt:

EUR	31.12.2016	Jahresergebnis	Rücklagenbewegung	Umgliederung	31.12.2017
Grundkapital	19.335.951,23	0,00	0,00	0,00	19.335.951,23
Partizipationskapital 2008	5.023.815,84	0,00	0,00	0,00	5.023.815,84
Anderes					
Partizipationskapital	10.390.031,39	0,00	0,00	0,00	10.390.031,39
Gewinnrücklagen	390.484.623,22	0,00	248.508.948,08	0,00	638.993.571,30
Bilanzergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	425.170.114,22	0,00	248.508.948,08	0,00	673.679.062,30

Entwicklung und Aufteilung des Partizipationskapitals:

EUR	Nennwert	Buchwert
Stand am 31.12.2016	15.413.847,23	15.413.847,23
Veränderung		0,00
Stand am 31.12.2017	15.413.847,23	15.413.847,23

hievon

Partizipationskapital 2008	5.023.815,84	5.023.815,84
Partizipationskapital 1986	116.830,38	116.830,38
Partizipationskapital 2006	225.569,33	225.569,33
Partizipationskapital 2009	10.047.631,68	10.047.631,68

Hafrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG

Die Hafrücklage (31.12.2016: TEUR 0) wurde im Rahmen der Kapitalherabsetzung 2015 zur Gänze gegen den Verlustvortrag verrechnet und beträgt zum 31. Dezember 2017 unverändert EUR 0,00.

Eigene Aktien oder Anteile und Partizipationsscheine

EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Eigene Stammaktien	50.947,90	50.947,90
Eigene Partizipationsscheine	13.359,56	13.359,56
Summe	64.307,46	64.307,46

Die Eigenen Aktien oder Anteile sind seit 2016 gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 (RÄG) nicht mehr aktivseitig auszuweisen, sondern mit dem Gezeichneten Kapital zu saldieren.

Zu- und Abgänge eigener Aktien:

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Zu- und Abgänge eigener Aktien

Eigene Aktien	Anzahl Stk.	Nennwert EUR	Buchwert EUR
Stand am 31.12.2016	49.819	50.947,30	50.947,90
Veränderung	0	0,00	0,00
Stand am 31.12.2017	49.819	50.947,30	50.947,90

Centdifferenzen entstanden systembedingt durch die Begrenzung der Nachkommastellenzahl im Wertpapiersystem im Rahmen der Aufwertung 2016.

Zu- und Abgänge eigener Partizipationsscheine:

Es gab im Geschäftsjahr 2017 keine Zu- und Abgänge eigener Partizipationsscheine.

Eigene Partizipationsscheine	Anzahl Stk.	Nennwert EUR	Buchwert EUR
Stand am 31.12.2016	18.296	13.359,55	13.359,56
Veränderung	0	0,00	0,00
Stand am 31.12.2017	18.296	13.359,55	13.359,56

Centdifferenzen entstanden systembedingt durch die Begrenzung der Nachkommastellenzahl im Wertpapiersystem im Rahmen der Aufwertung 2016.

Ergänzungskapital

Die ÖVAG als Rechtsvorgänger der immigon hat in der Vergangenheit Ergänzungskapital im Sinne des § 23 Abs 7 BWG idF vor BGBl 2013/184 begeben, das als Eigenmittelbestandteil aufsichtsrechtlich angerechnet wird. Gemäß den Beschränkungen des § 23 Abs 7 Z 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 dürfen Zinsen hierauf nur dann ausgezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss (vor Rücklagenbewegungen) gedeckt sind. Es ist daher nicht auszuschließen, dass das Ergänzungskapital nicht zum Nominalkurs getilgt werden wird. Durch die Teilnahme des Ergänzungskapitals an den Nettoverlusten während der Laufzeit können je nach Tranche bedeutende Verluste bis hin zum Totalverlust beim Investor anfallen.

Die Bedingungen für das begebene Nachrang- und Ergänzungskapital stellen sich in der Bilanz per 31. Dezember 2017 wie folgt dar:

WP-Kennnummer	Bezeichnung	Nominale Stand	Währung	Zinssatz in %	Tilgung	Daueremission	Kündigungsrecht	Bedingung der Nachrangigkeit	Umwandlung in Kapital
AT000B056759	Nachr.Merkur Best of Life II Garant 08-20/Serie 20 - Nullkupon	144.000	EUR	0,000	01.12.20	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322532	FRN INVESTKR FRN 02-22/2/P NR	100.000	EUR	3,718	12.04.22	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115902	FRN OEVAG NR FRN SV 13-18/S2	17.747.732	EUR	8,670	26.07.18	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115910	FRN OEVAG NR FRN SV 13-19/S3	577.535	EUR	8,670	26.07.19	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115928	FRN OEVAG NR FRN SV 13-20/S4	135.285	EUR	8,670	26.07.20	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115936	FRN OEVAG NR FRN SV 13-24/S5	881.820	EUR	8,670	26.07.24	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115944	FRN OEVAG NR FRN SV 13-25/S6	966.920	EUR	8,670	26.07.25	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322557	INVESTKR.ERG.KAP.SV 02/22	2.000.000	EUR	7,000	20.06.22	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439765	Step up to 8% Ergänzungs- kapitalanleihe 2005-2020	723.000	EUR	6,000	07.09.20	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439724	Kündbare 4,81 % Ergänzungs- kapitalanleihe 2005-2025	100.000	EUR	4,810	29.07.25	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439732	Callable 13J.FRN Ergänzungs- kapitalanleihe 2005-2018	400.000	EUR	1,228	29.07.18	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322615	FRN INVESTKR. SCHV. 02/49	25.069.000	EUR	1,421	29.12.49	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
QOXDB9964244	OEVAG ERG.KAP.-ANL.04/END	32.629.000	EUR	0,000	31.12.99	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
30000001000	ERP-Fonds	3.338.885	EUR	1,000	31.12.18	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine

Zusammensetzung der Eventualverbindlichkeiten

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Bürgschaften und Haftungen	10.797.222,89	32.198
ab: Rückstellungen	0,00	0
	10.797.222,89	32.198

Die Eventualverbindlichkeiten betreffen wie im Vorjahr im Wesentlichen Haftsummenzuschläge aus Genossenschaftsanteilen.

Zusammensetzung der Kreditrisiken

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Kreditzusagen	770.067,73	1.001

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

Zum 31. Dezember 2017 wurden unter dem Posten **Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften** Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 129.635.534,51 (31.12.2016: TEUR 128.529) ausgewiesen.

Ergänzende Angaben

Aufstellung über die Vermögensgegenstände, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten gestellt wurden:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände		
Forderungen an Kunden	55.120,61	38.707
Für folgende Verpflichtungen wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	55.120,61	38.707

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen** beträgt für das folgende Geschäftsjahr 417.404,40 (2016: TEUR 444), davon verbundene Unternehmen EUR 0,00 (2016: TEUR 0) und für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 877.998,00 (2016: TEUR 724), davon verbundene Unternehmen EUR 0,00 (2016: TEUR 0).

Im Jahr 2018 werden Forderungen aus **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** in Höhe von EUR 35.765.776,70 fällig (im Jahr 2016 für 2017: TEUR 97.936).

Begebene Schuldverschreibungen werden im Geschäftsjahr 2018 nicht fällig (im Jahr 2016 für 2017: TEUR 151.637).

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf Fremdwährungen lauten:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Fremdwährungs-Aktiva	70.495,20	41.618
Fremdwährungs-Passiva	68.022,12	3.922

Gesamtkapitalrentabilität

Gemäß § 64 Abs 1 Z 19 BWG idF des BGBI I 2014/184 beträgt die Gesamtkapitalrentabilität 17,32% (2016: 4,52%). Als Gesamtkapitalrentabilität gemäß BWG ist der Quotient aus Jahresergebnis nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag zu verstehen.

Angaben gemäß § 238 UGB

Bankbuch

Die immigon portfolioabbau ag unterliegt bei Positionen des Bankbuches dem Risiko von Marktwertschwankungen aufgrund von Zins- und Währungsänderungen.

Als Mittel zur Absicherung dieser Risiken und zur Steuerung der Bilanzstruktur bedient sich die immigon portfolioabbau ag derivativer Finanzinstrumente. Interest Rate Swaps werden als primäre Sicherungsinstrumente für eigene fix verzinsten Emissionen genutzt und zur Absicherung gegen Marktwertschwankungen von fix verzinsten Veranlagungen in festverzinsliche Wertpapiere sowie Kundenforderungen verwendet.

Daneben dienen Devisentermingeschäfte und Devisenswaps zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken von Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie von Emissionen, die auf Fremdwährungen lauten.

Für diese Absicherungsinstrumente im Bankbuch werden keine bilanziellen Bewertungseinheiten gemäß AFRAC-Stellungnahme „Derivate und Sicherungsinstrumente (UGB)“ gebildet.

Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches werden mit ihrem negativen Marktwert abzüglich passivierter Prämien und Abgrenzungen rückgestellt. Es erfolgt keine Bilanzierung von positiven Marktwerten von Derivaten.

Aktivierete Prämien von Wertpapieroptionen werden auf niedrigere Marktwerte abgeschrieben.

Alle in den Emissionen des Bankbuchs eingebetteten Derivate werden vom Treasury überwacht und wurden mit entsprechenden Produkten abgesichert.

Marktwertermittlung

Der Marktwert ist jener Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht oder eine Verpflichtung beglichen werden kann. Bei börsennotierten Finanzinstrumenten entspricht der Marktwert dem Kurswert. Wenn kein Kurswert vorhanden ist, werden die zukünftigen Cash-Flows eines Finanzinstruments mit der jeweiligen Zinskurve auf den Bewertungsstichtag diskontiert. Dabei werden international übliche finanzmathematische Verfahren zur Berechnung angewendet.

Die immigon hat sämtliche Positionen in den Frontoffice- und Risikomanagementsystemen Kondor+ und MUREX abgebildet, welche direkt mit verschiedenen Preisinformationssystemen verbunden sind. Das bedeutet, dass die Marktpreise für verschiedene Produkte in Echtzeit aktualisiert werden. Produkte, die keinen direkten Preis beziehen, werden durch Bewertungsmodelle unter Verwendung von Marktdaten (Marktrisikofaktoren) in der vorgenannten Standardsoftware bewertet.

Strukturierte oder exotische Produkte, deren Modellpreise in der Standardsoftware nicht ermittelt werden können, werden in externen Preisrechnern bewertet, deren Modellergebnisse im Rahmen einer Testphase während der Modellprüfung mit den am Markt handelbaren Preisen verglichen werden.

Diese Tabelle enthält Informationen über die derivativen Finanzinstrumente (Marktwerte inklusive Zinsabgrenzung):

31.12.2017

TEUR	Nominale bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	Nominale über 5 Jahre	Nominale Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	90.597	11.448	10.953	112.998
Caps&Floors	7.705	0	0	7.705
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	0	0	0	0
IRS	82.892	11.448	10.953	105.293
Swaptions	0	0	0	0
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	84	0	0	84
Cross Currency Swaps	0	0	0	0
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	84	0	0	84
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	86.676	0	0	86.676
Credit Default Swaps Kaufpositionen	43.338	0	0	43.338
Credit Default Swaps Verkaufpositionen	43.338	0	0	43.338
SONSTIGE GESCHÄFTE	19.068	35.939	14.565	69.572
Index-, FX- u. Commodity Futures	0	0	0	0
Optionen	19.068	35.939	14.565	69.572
GESAMTSUMME	196.425	47.387	25.518	269.330

				31.12.2016			
Marktwert 31.12.17	Sonst. Ford. 31.12.17	Sonst. Verb. 31.12.17	Rückstellungen 31.12.17	Nominale Summe	Marktwert 31.12.16	Sonst. Ford. 31.12.16	Sonst. Verb. 31.12.16
1.600	130	165	1.858	2.823.350	50.421	22.465	18.319
0	0	0	0	40.262	272	31	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	317.500	0	0	0
1.600	130	165	1.858	2.430.588	50.415	22.433	18.319
0	0	0	0	35.000	-265	0	0
1	1	0	0	40.386	-214	32	257
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
1	1	0	0	40.386	-214	32	257
1	2	2	21	604.301	-85	877	78
19	0	2	21	327.151	-351	0	78
-18	2	0	0	277.151	266	877	0
1.210	997	808	1.925	208.035	1.198	2.741	4.883
0	0	0	0	0	0	0	0
1.210	997	808	1.925	208.035	1.198	2.741	4.883
2.812	1.130	975	3.804	3.676.073	51.320	26.114	23.538

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Ertragslage der immigon ist aufgrund ihrer Eigenschaft als Abbaugesellschaft nicht mit der einer Bank vergleichbar. Die wesentlichsten Ergebnistreiber der immigon sind Sondereffekte aus dem Abbau, die sowohl die Ergebnisse der Vorjahre als auch des abgelaufenen Geschäftsjahres wesentlich bestimmt haben. Unmittelbare Vergleichsmöglichkeiten einzelner Posten sind aufgrund dieser Sondereffekte nur eingeschränkt zwischen den Jahren gegeben.

Der Verlust der operativen Ertragskraft zeigt sich deutlich im Nettozinsenertrag, der wie im Vorjahr ein Aufwandssaldo ist und EUR 7.183.859,17 (2016: EUR 12.874.944,85) beträgt. In den Zinserträgen sind negative Zinserträge in Höhe von EUR 3.242.978,64 (2016: TEUR 4.342) sowie in den Zinsaufwendungen negative Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 225.045,75 (2016: TEUR 420) enthalten.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen gliedern sich wie folgt:

	2017 EUR	2016 TEUR
Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	12.832,17	236
Erträge aus Beteiligungen	550.399,76	592
Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	177.272.397,47	205.233
	177.835.629,40	206.060

In den Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind Substanzausschüttungen in Höhe von EUR 69.096.341,98 (2016: TEUR 170.677) enthalten, denen in gleicher Höhe ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen gegenüberstehen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2017 EUR	2016 TEUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	45.828.725,30	121.320
Tilgungserlös Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen, Schuldscheindarlehen, sonstige Emissionen und dazugehörige Zinsswaps	30.553.424,24	43.943
Erträge aus Auflösung von Zinsswaps ohne Hedge-Beziehung	10.016.345,76	26.029
Weiterverrechnete Personal- und Sachaufwendungen	1.437.826,90	3.501
Erträge Termination CDS, Zins- und FX-Optionen	0,00	1.363
Bewertung Forderung Wertpapieroptionen	1.727.877,17	0
aus anderen Geschäften	3.074.186,26	8.461
	92.638.385,63	204.617

In den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen ist die größte Position auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für negative Marktwerte von Derivaten zurückzuführen. Weiteres finden sich hier Rückstellungsaufösungen für Redimensionierungsmassnahmen sowie für sonstige Rückstellungen. Im Vorjahr waren in dieser Position EUR 100 Mio. aus der Auflösung des Rückzahlungsanspruches des Bundes aus der Asset Garantie der Republik Österreich enthalten.

In dem Posten Tilgungserlös Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen und dazugehörige Zinsswaps sind Erlöse aus Rückkäufen und Tilgungen von Emissionen und Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 109.412,05 sowie Erträge aus der Auflösung von dazugehörigen Zinsswaps in Höhe von EUR 30.444.012,19 enthalten.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2017 EUR	2016 TEUR
Personalaufwand	5.107.531,10	4.288
Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	13.141.946,73	28.501
	18.249.477,83	32.789

In der Veränderung des Verwaltungsaufwandes spiegeln sich die erfolgten Abbaumaßnahmen der immigon wider. Diese Reduktion basiert einerseits auf den getroffenen Personalabbaumaßnahmen und den sich daraus ergebenden Aufwandsenkungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Personalaufwand sind Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung und die Aufwendungen für Abfertigungen (nach Rückstellungsverwendung) und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von insgesamt EUR 1,345.831,39 (2016: TEUR 4.717) enthalten. Die Löhne und Gehälter, die Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge sowie der sonstige Sozialaufwand betragen im Geschäftsjahr EUR 6.627.190,11 (2016: TEUR 8.406). Die Verwendung von Rückstellungen für laufende Pensionsaufwendungen, die Verbesserung des Planvermögens der Pensionskassen sowie die Veränderungen der durch den Aktuar errechneten Pensionsverpflichtungen haben zu der positiven Veränderung des in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellten Posten 8 ee) Veränderung der Pensionsrückstellung geführt.

Im Posten Löhne und Gehälter sind Erträge aus der Dotierung von Jubiläumsgeldrückstellungen in Höhe von EUR 46.194,00 enthalten.

Innerhalb des Sachaufwandes in Höhe von EUR 13.141.946,73 sind Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen, insbesondere für den Verkauf von Assets, sowie der EDV-Aufwand mit zusammen EUR 8.478.698,96 (2016: TEUR 19.412) dominierend.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2017 EUR	2016 TEUR
Tilgungsverluste Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen, Schuldscheindarlehen, sonstige Emissionen und dazugehörige Zinsswaps	13.190.972,45	28.385
Weiterverrechnete Aufwendungen	276.780,62	1.442
Aufwendungen aus Auflösung von Zinsswaps ohne Hedge-Beziehung	266.903,83	10.103
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.683.571,12	52.060
	18.418.228,02	91.990

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrafen im Jahr 2017 mit EUR 3.473.368,56 Prämienaufwand für Optionen und Futures.

Bewertungs- und Veräußerungsergebnis:

	2017 EUR	2016 TEUR
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	10.627.399,50	-141.445
Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-11.744.860,30	-125.046
Kreditgeschäft	-11.415.092,66	-122.716
Wertpapiere des Umlaufvermögens	-329.767,64	-2.330
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	65.753.039,40	116.396
Kreditgeschäft	63.127.728,70	105.747
Wertpapiere des Umlaufvermögens	2.625.310,70	10.649
Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-79.496.114,72	-179.965
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	-151
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	-79.496.114,72	-179.814
Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	36.115.335,12	47.170
Wertpapiere des Anlagevermögens	530.233,58	21.177
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	35.585.101,54	47.149

Die Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken enthielten im Jahr 2016 EUR 100.000.000,- aus der Auflösung der Asset Garantie der Republik Österreich. Es sind keine Aufwendungen aus Swap-Auflösungen (2016: TEUR: 0) enthalten.

Die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen beinhalten die Auflösung einer Pauschalwertberichtigung in Höhe von EUR 48.394.688,25 (2016: TEUR 64.459).

In den Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind als größte Posten die ausschüttungsbedingten Abschreibungen auf die Unternehmensbeteiligungs GesmbH sowie die REWO Unternehmensverwaltung GesmbH enthalten.

Die Erträge aus Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung der Pauschalwertberichtigung in Höhe von EUR 22.244.516,00 (2016: TEUR 44.386).

Der Stand der pauschalen Wertberichtigung zu Forderungen an Kunden beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 12.158.757,00 (2016: TEUR 61.359). Die pauschale Wertberichtigung in Zusammenhang mit Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen beträgt EUR 44.008.269,00 (2016: TEUR 66.253).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betreffen das Ergebnis vor Steuern. Der Posten weist einen Ertragssaldo in Höhe von EUR 13.037.402,47 auf. Dieser Saldo setzt sich im Wesentlichen aus einem Ertrag aus Steuerumlagen in Höhe von EUR 19.746.917,56, einem Ertrag aus der KÖST-Verrechnung Gruppenmitglieder Vorjahre in Höhe von EUR 3.629.467,08, einem Körperschaftsteueraufwand Vorjahre in Höhe von EUR 7.714.324,73 und einem laufenden Körperschaftsteueraufwand in Höhe von EUR 2.624.657,44 zusammen.

Im Jahr 2016 resultierte der Steueraufwand in Höhe von EUR 2.587.856,46 aus einem Körperschaftsteueraufwand aus Vorperioden von EUR 2.670.710,66 und einem Körperschaftsteuerertrag von EUR 119.806,20 aus der laufenden Gruppenverrechnung.

Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15. auszuweisen

Im Posten sonstige Steuern in Höhe von EUR 40.378,85 (2016: Ertragssaldo TEUR 1) ist die Dotierung einer Rückstellung für die Betriebsprüfung in Höhe von EUR 27.000,00 enthalten.

Rücklagenbewegung

	2017		2016	
	EUR Dotierung (-)	EUR Auflösung (+)	TEUR Dotierung (-)	TEUR Auflösung (+)
Gewinnrücklagen – andere Rücklagen	-248.508.948,08	0,00	-90.051	0
Gewinnrücklagen für eigene Anteile	0,00	0,00	0	0
	-248.508.948,08	0,00	-90.051	0
	-248.508.948,08		-90.051	

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital betragen EUR 4.220.397,19 (2016: TEUR 18.596).

In den Jahren 2017 und 2016 gab es keine außerordentlichen Erträge oder Aufwendungen.

Sonstige Angaben

Die immigon portfolioabbau ag, Wien, stellt den Konzernabschluss für den größten und für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Der Konzernabschluss ist beim Handelsgericht Wien hinterlegt.

Im Jahr 2017 waren durchschnittlich 62 **Angestellte** beschäftigt (2016: 96).

Im Posten **Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen** zeigt sich für Vorstandsmitglieder im Wesentlichen aus der Auflösung von Vorsorgen ein Ertrag in Höhe von EUR 919.044,88 (2016: Ertrag TEUR 1.140).

Im Posten Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für Arbeitnehmer zeigt sich ein Ertrag in Höhe von EUR 1.484.530,22 (2016: TEUR Ertrag 5.953).

Die im Posten 8 a) ff) enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen betreffen mit einem Betrag von EUR 883.916,09 (2016: TEUR 2.976) Aufwendungen im Zusammenhang mit der Dotierung der Rückstellung für Redimensionierung (Sozialplan).

Die im Posten 8 a) ff) enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen betragen EUR 565.448,31 (2016: Aufwand TEUR 1.141).

Die im Geschäftsjahr gewährten **Gesamtbezüge des Aufsichtsrates** betragen EUR 52.755,66 (2016: TEUR 55).

Die **Gesamtbezüge des Vorstandes** (ohne Lohnnebenkosten) betragen EUR 1.077.490,14 (2016: TEUR 1.073).

Die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge (Pensionszahlungen) der früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen betragen EUR 707.530,55 (2016: TEUR 346).

Zum 31. Dezember 2017 hatten keine Vorschüsse und Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrates aus (31.12.2016: TEUR 0). Es wurden 2017 keine Rückzahlungen geleistet (2016: TEUR 0).

Wesentliche Ereignisse nach Abschluss des Geschäftsjahres

Am 9. Jänner 2018 beschloss der Vorstand der immigon die Einleitung erforderlicher Schritte zu einer einvernehmlichen Auflösung der von ÖVAG Finance und IK Funding gehaltenen Ergänzungskapitalanleihen, um damit eine Kündigung der Emissionen von ÖVAG Finance (Fixed/Floating Rate Non-cumulative Non-voting Preferred Securities, XS0201306288) und IK Funding (Subordinated non-cumulative Limited Recourse Notes, DE0009576108) durch die jeweilige Emittentin zu erlauben. Die Rückzahlung wird voraussichtlich jeweils zum Nennbetrag stattfinden. Die angestrebten Rückzahlungstermine sind 22.3.2018 (ÖVAG Finance) und 30.3.2018 (IK Funding). Der Gesamtbetrag der Rückzahlung an fremde Investoren (d.h. ohne den von immigon gehaltenen Bestand) wird rund EUR 43.125.000 ausmachen. Als Abbaugesellschaft sieht immigon damit die Möglichkeit einer weiteren Komplexitätsreduktion sowie eine Kostenersparnis aus der nachfolgenden Liquidation der beiden Tochtergesellschaften.

Am 2. Jänner 2018 wurden Anleihen der Immobank mit einem Buchwert von EUR 23,6 Mio. konditionskonform getilgt.

Im Jänner dieses Jahres konnte ein langlaufendes Schuldscheindarlehen zurückgekauft werden, wobei noch ein letztes Schuldscheindarlehen im Februar tilgend wird. Damit können bis Februar 2018 alle Schuldscheindarlehen zurückgekauft oder getilgt werden.

Organe

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Mag. Franz Zwickl

Vorsitzende-Stellvertreter

Mag. Birgit Noggler

Mitglieder

Dr. Martha Oberndorfer, CFA, MBA

Geschäftsführerin Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH

Direktor Edwin Reiter

Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank Kärnten eG

Vom Betriebsrat delegierte Mitglieder

Dipl.-Ing. Wolfgang Agler

Sabine Römer

Staatskommissäre:

Ministerialrat

Dr. Viktor Lebloch

Staatskommissär

Mag. Paul Pitnik

Staatskommissär-Stellvertreter

Vorstand:

Generaldirektor Mag. Dr. Stephan Koren

Compliance + Geldwäscheprävention, Organisation/IT/Services,
Gremialbetreuung + Beteiligungen, Legal + Credit Services,
Interne Revision, Personal, Finanzen, Treasury

Generaldirektor-Stellvertreter Dkfm. Michael Mendel

Risikomanagement, Non-Core Business, Non-Core Beteiligungen

Der Vorstand



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

Anlagenspiegel 2017

EUR	Anschaffungskosten Stand am 1.1.2017	Zugänge im Geschäftsjahr	Abgänge im Geschäftsjahr	Stand am 31.12.2017
Wertpapiere				
in den Bilanzposten:				
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen Banken	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen Kunden	6.245.121,07	0,00	-0,03	6.245.121,04
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	84.865.608,72	0,00	-84.469.766,42	395.842,30
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	91.110.729,79	0,00	-84.469.766,45	6.640.963,34
Beteiligungen				
a) an Kreditinstituten	770.187,53	0,00	-770.124,05	63,48
b) an sonstigen Unternehmen	16.059.721,76	20.000,00	-2.091.074,65	13.988.647,11
Summe	16.829.909,29	20.000,00	-2.861.198,70	13.988.710,59
Anteile an verbundenen Unternehmen				
a) an Kreditinstituten	12.782.498,00	0,00	0,00	12.782.498,00
b) an sonstigen Unternehmen	2.826.315.269,94	10.000,00	-162.000,00	2.826.163.269,94
Summe*	2.839.097.767,94	10.000,00	-162.000,00	2.838.945.767,94
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens				
	1.983.196,76	0,00	0,00	1.983.196,76
Sachanlagen				
a) Grundstücke und Bauten für den eigenen Geschäftsbetrieb	361.874,22	0,00	-361.874,22	0,00
b) Sonstige Grundstücke und Bauten	312.077,06	0,00	-312.077,06	0,00
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.296.039,60	104.312,39	-6.259,64	1.394.092,35
Summe	1.969.990,88	104.312,39	-680.210,92	1.394.092,35
Gesamtsumme	2.950.991.594,66	134.312,39	-88.173.176,07	2.862.952.730,98

* Nach Abzug der pauschalen Abbauvorsorge in Höhe von EUR 44.008.269,00 (31.12.2016: EUR 66.252.785,00) ergibt sich ein Bilanzwert für Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 120.324.931,02 (31.12.2016: EUR 174.550.637,92).

kumulierte Abschreibungen Stand am 1.1.2017	Zugänge (Abschreibungen) im Geschäftsjahr	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Abgänge im Geschäftsjahr	Stand am 31.12.2017	Buchwert 31.12.2017	Buchwert 31.12.2016
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
-6.245.120,94	0,00	0,00	0,00	-6.245.120,94	0,10	0,13
-395.842,28	0,00	0,00	0,00	-395.842,28	0,02	84.469.766,44
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
-6.640.963,22	0,00	0,00	0,00	-6.640.963,22	0,12	84.469.766,57
-396.887,53	0,00	0,00	396.824,05	-63,48	0,00	373.300,00
-2.282.953,31	-931.330,02	0,00	177.638,22	-3.036.645,11	10.952.002,00	13.776.768,45
-2.679.840,84	-931.330,02	0,00	574.462,27	-3.036.708,59	10.952.002,00	14.150.068,45
-5.982.498,00	-6.799.999,99	0,00	0,00	-12.782.497,99	0,01	6.800.000,00
-2.592.311.847,02	-71.575.222,91	1.965.000,00	92.000,00	-2.661.830.069,93	164.333.200,01	234.003.422,92
-2.598.294.345,02	-78.375.222,90	1.965.000,00	92.000,00	-2.674.612.567,92	164.333.200,02	240.803.422,92
-1.983.196,76	0,00	0,00	0,00	-1.983.196,76	0,00	0,00
-181.091,89	-4.304,34	0,00	185.396,23	0,00	0,00	180.782,33
-152.077,06	-3.927,24	0,00	156.004,30	0,00	0,00	160.000,00
-982.506,32	-77.804,76	0,00	5.263,35	-1.055.047,73	339.044,62	313.533,28
-1.315.675,27	-86.036,34	0,00	346.663,88	-1.055.047,73	339.044,62	654.315,61
-2.610.914.021,11	-79.392.589,26	1.965.000,00	1.013.126,15	-2.687.328.484,22	175.624.246,76	340.077.573,55

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

162	1	Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage	168	2	Voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Unternehmens
162	1.1	Geschäftsverlauf	168	2.1	Wirtschaftliches Umfeld 2018
162	1.1.1	Wirtschaftliches Umfeld	169	2.2	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
163	1.1.2	Geschäftsausrichtung	169	2.3	Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
163	1.1.3	Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	170	2.3.1	Risikopolitische Grundsätze
164	1.1.4	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	170	2.3.2	Kreditrisiko
165	1.1.5	Erläuterungen zu Bilanz und Abbaumaßnahmen	171	2.3.3	Marktrisiko
167	1.2	Bericht über Zweigniederlassungen	171	2.3.4	Liquiditätsrisiko
167	1.3	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	171	2.3.5	Operationelles Risiko
167	1.3.1	Finanzielle Leistungsindikatoren	172	2.3.6	Beteiligungsrisiko
167	1.3.2	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	172	2.3.7	Sonstige Risiken
168	1.4	Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag	172	2.4	Verwendung von Finanzinstrumenten

173 3	Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile	174 5	Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess
173 4	Bericht über Forschung und Entwicklung	174 5.1	Kontrollumfeld
		174 5.2	Risikobeurteilung
		174 5.3	Kontrollmaßnahmen
		175 5.4	Information und Kommunikation
		175 5.5	Überwachung

LAGEBERICHT

1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

1.1 Geschäftsverlauf

1.1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Das Bruttoinlandsprodukt in **Österreich** ist laut Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vom Dezember im Jahr 2017 um 3,0% J/J gewachsen. Dies stellt eine spürbare Zunahme der Dynamik gegenüber dem Jahr 2016 dar, in dem das Wachstum nur 1,5% betragen hatte. Die Wirtschaft Österreichs hat damit im vergangenen Jahr deutlich stärker zugelegt als die der Eurozone, die laut Schätzungen der Europäischen Zentralbank um 2,4% gewachsen ist. Das Wachstum in Österreich beruhte sowohl auf erhöhter Binnennachfrage als auch auf verstärkter Exportnachfrage.

Vor dem Hintergrund dieser Wachstumsbeschleunigung ist die österreichische Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr leicht gesunken: Sie fiel von 5,7% zu Beginn des Jahres auf 5,4% im November. In der Eurozone war der Abwärtstrend noch deutlicher: Von wesentlich höheren Werten ausgehend fiel die Arbeitslosenrate von 9,6% zu Jahresbeginn auf 8,7% im November. Laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich in den ersten elf Monaten des Jahres zwischen 2,0% und 2,5%. Österreich gehörte damit, wie schon in den Jahren davor, zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone. Im gemeinsamen Währungsraum lag die Teuerungsrate im vergangenen Jahr zwischen 1,3% und 2,0%.

Die Geldpolitik in der **Eurozone** blieb auch im vergangenen Jahr sehr expansiv. Die Europäische Zentralbank beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0,00%, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und Einlagensatz bei -0,40%. Im März entschied die Europäische Zentralbank EZB aber, ihre monatlichen Wertpapierkäufe von EUR 80 Mrd. auf EUR 60 Mrd. zu senken. Im Oktober erklärte sie, die Nettokäufe ab Jänner 2018 im verminderten Umfang von monatlich EUR 30 Mrd. zumindest bis September 2018 weiterzuführen.

Die Geldmarktzinsen blieben das gesamte vergangene Jahr fast unverändert niedrig. Der Dreimonatssatz begann das Jahr mit -0,32% und beendete es mit -0,33%. Die Renditen am Kapitalmarkt haben im vergangenen Jahr hingegen geringfügig angezogen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in Österreich stieg 2017 von 0,43% auf 0,59% an. In Deutschland stieg sie von 0,20% auf 0,42%.

Trotz der Straffung der Geldpolitik in den USA – die US-Notenbank hob 2017 ihren Leitzins in drei Schritten um insgesamt 75 Basispunkte an – wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf deutlich auf. Und zwar von 1,05 USD/EUR auf 1,20 USD/EUR. Auch gegenüber dem Schweizer Franken zeigte sich der Euro deutlich stärker.

Das Bruttoinlandsprodukt in **Ungarn** ist im vergangenen Jahr laut Schätzung der Europäischen Kommission aus dem November 2017 vor dem Hintergrund starker Zuwächse beim privaten Konsum und bei den Investitionen um 3,7% gewachsen. Ein Boom bei den Importen hat allerdings dazu geführt, dass der Handelsbilanzüberschuss (2,7% des Bruttoinlandsprodukts) und der Leistungsbilanzüberschuss (2,7% des Bruttoinlandsprodukts) letztes Jahr gesunken sind. Der für die Region relative hohe Staatsschuldenstand hat sich 2017 weiter verringert und lag laut Schätzung der Europäischen Kommission bei 72,6% des Bruttoinlandsprodukts. Der Wechselkurs des Forint gegenüber dem Euro blieb im vergangenen Jahr stabil.

Die Wirtschaftsleistung in der **Tschechischen Republik** ist im Jahr 2017 gemäß Schätzung der Europäischen Kommission um 4,3% gestiegen. Dies war sowohl auf die gute Entwicklung der Binnenwirtschaft als auch auf den Außenhandel zurückzuführen. Die tschechische Leistungsbilanz war im vergangenen Jahr ausgeglichen, der Haushalt der Tschechischen Republik erzielte laut Schätzung der Europäischen Kommission sogar einen deutlichen Überschuss. Die Tschechische Nationalbank hat – früher als erwartet – im März die Wechselkursuntergrenze von 27 CZK/EUR freigegeben. In Folge wertete die tschechische Krone bis Jahresende auf 25,5 CZK/EUR auf.

Die Europäische Kommission schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt **Rumäniens** im Jahr 2017 um 5,7% gewachsen ist. Sehr starke Zuwächse bei der Binnennachfrage – der private Konsum ist um 8,6% gestiegen, der staatliche Konsum und die Investitionen nahmen um 3,0% beziehungsweise 1,6% zu – waren dafür verantwortlich. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war aufgrund stark steigender Importe dagegen negativ. Das Haushaltsdefizit erreichte im vergangenen Jahr 3,0% des Bruttoinlandsprodukts. Der Leu hat im vergangenen Jahr gegenüber dem Euro geringfügig abgewertet.

Die Wirtschaft **Polens** ist laut Herbstprognose der EU-Kommission im vergangenen Jahr um 4,2% gewachsen. Der staatliche beziehungsweise der private Konsum legten um 2,5% beziehungsweise knapp etwa 5% zu, die Investitionen wuchsen um mehr als 4%. Der Außenhandel erzielte aufgrund deutlich höherer Dynamik bei den Importen einen negativen Wachstumsbeitrag. Das

Haushaltsdefizit Polens lag im Jahr 2017 bei 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Zloty wertete gegenüber dem Euro um etwa 5 % auf.

Mit einem Plus von 3,2 % konnte [Kroatien](#) laut Schätzung der EU-Kommission das höchste Wirtschaftswachstum seit vielen Jahren erreichen. Der starke private Konsum und die anziehenden Investitionen waren dafür hauptverantwortlich. Der Leistungsbilanzüberschuss betrug 3,1 %, das Budgetdefizit 0,9 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Wechselkurs des Kuna zum Euro zeigte im vergangenen Jahr keine Auffälligkeiten.

Eine kräftige Binnennachfrage und die gute Entwicklung der Nettoexporte ließen [Sloweniens](#) Wirtschaft laut Schätzung der Europäischen Kommission vergangenes Jahr um 4,7 % wachsen. Das Haushaltsdefizit sank auf 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts, die Staatsschuldenquote auf 86,4 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Wirtschaft in [Serbien](#) ist 2017 laut Schätzung der Europäischen Kommission um 2,0 % gewachsen. Das Wachstum beruhte auf gestiegener Binnennachfrage. Trotz eines kräftigen Plus bei den Exporten konnte der Außenhandel keinen positiven Wachstumsbeitrag erzielen. Der Staatshaushalt erzielte einen Überschuss in Höhe von 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Dinar wertete zum Euro geringfügig auf.

Laut Schätzung des Internationalen Währungsfonds vom Oktober 2017 ist das Bruttoinlandsprodukt Bosnien-Herzegowinas im Jahr 2017 um 2,5 % gewachsen.

In den [Immobilienmärkten](#) Zentral- und Osteuropas ist 2017 eine annähernd gleiche Nachfrage wie 2016 zu beobachten. Nach Berichten von CBRE wurden in den Kernländern Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Ungarn im Jahr 2017 rund EUR 11,0 Mrd. investiert (2016: EUR 11,3 Mrd.). Das Interesse der Investoren konzentriert sich dabei weiterhin auf die Länder Polen und Tschechien. Wie schon in den Jahren zuvor war Polen 2017 mit einem Investmentvolumen von EUR 4,5 Mrd. der stärkste Markt. Die Immobilienmärkte in Ungarn und Rumänien haben sich gesteigert. Die Renditeerwartungen in Zentral- und Osteuropa blieben im Wesentlichen unverändert. Auch die Entwicklung der Büromieten blieb weitgehend stabil.

1.1.2 Geschäftsausrichtung

Die immigon portfolioabbau ag (immigon) mit Sitz in Wien ist eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und die Konzernspitze von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften. Bis zum 4. Juli 2015 firmierte die Gesellschaft als Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG). Die webpage der immigon lautet www.immigon.com. Neben der Veröffentlichung von Ad-Hoc-Meldungen und Berichten zum jeweiligen Geschäftsjahr findet sich auf der Webpage im Bereich Investor Relations in einem gesonderten Menüpunkt „Corporate Governance“ eine Entsprechungserklärung zum Österreichischen Corporate Governance Kodex durch den Vorstand und den Aufsichtsrat der immigon vom Dezember 2017.

1.1.3 Umstrukturierungen und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Schon seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 befand sich die Gesellschaft in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde lagen.

In der Hauptversammlung der ÖVAG am 28. Mai 2015 wurde die Abspaltung der „Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion“ der ÖVAG als übertragende Gesellschaft zur Aufnahme auf die Volksbank Wien-Baden AG (nunmehr VOLKSBANK WIEN AG) als übernehmende Gesellschaft beschlossen. Die Übertragung erfolgte rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Grundkapitals sowie des Partizipationskapitals zur Verlustabdeckung beschlossen.

Die FMA hat mit Bescheid vom 2. Juli 2015 den Betrieb der Gesellschaft als Abbaugesellschaft im Sinne des § 162 BaSAG unter der Bedingung der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch genehmigt. Seit der Eintragung der Spaltung im Firmenbuch am 4. Juli 2015 ist die Gesellschaft kein Kreditinstitut mehr. Der Firmenwortlaut wurde am 4. Juli 2015 auf immigon portfolioabbau ag geändert. Seither ist die immigon eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 Abs 1 BaSAG. Der Geschäftsgegenstand gemäß § 2 der Satzung sieht vor, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft mit dem Ziel zu verwalten, eine geordnete, aktive und bestmögliche Verwertung sicherzustellen. Die Gesellschaft hat demnach einen Abbauplan zu erfüllen, der die Eliminierung der wesentlichen risikotragenden Vermögensteile bis Ende 2017 vorsah.

Hinsichtlich der Angaben zu wesentlichen Entwicklungen des Geschäftsjahres wird auf die Kapitel verwiesen, in denen die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz näher erläutert werden.

Die Gesellschaft wurde 2017 noch von Moody's Investors Service geratet, allerdings auf einer „Non-participating“ Basis. Das geringer gewordene Emissionsvolumen hat per 8. Jänner 2018 zu einem Entzug des seit 19. Juni 2017 hinaufgesetzten Issuer Ratings von Ba1 durch Moody's geführt. Fitch Ratings hat das Rating bereits per 26. August 2015 entzogen.

1.1.4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Ertragslage der immigon ist wesentlich von Sondereffekten aus dem Abbau bestimmt. Diese haben im Jahr 2017 das Ergebnis positiv beeinflusst. Unmittelbare Vergleichsmöglichkeiten einzelner Posten sind aufgrund dieser Sondereffekte nur eingeschränkt zwischen den Jahren gegeben. Der Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von EUR 248,5 Mio. liegt deutlich über dem Vergleichswert aus 2016 und ist auf Abbaueffekte zurückzuführen, die im Folgenden erläutert werden.

Mit den fortgesetzten Abbaumaßnahmen ist die operative Ertragskraft aus dem Kredit- und Derivatgeschäft verschwunden. Dies zeigt sich deutlich im **Nettozinsertrag**, der mit einem Ergebnis in Höhe von EUR -7,2 Mio. negativ ist, was wesentlich auf die Veranlagung der Liquidität zu Negativzinssätzen zurückzuführen ist. Die Rückkäufe von Anleihen – und hier insbes. von höher verzinsten Nachranganleihen – haben in 2017 zu einer Verbesserung des Nettozinsertrags von EUR -12,9 Mio. auf EUR -7,2 Mio. geführt.

Bei den **Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen** wurde ein Ergebnis von EUR 177,8 Mio. erzielt. Gegenüber 2016 mit einem Vergleichswert von EUR 206,1 Mio. bedeutet dies einen Rückgang um 14 %. Wie 2016 entstammt im Wesentlichen der gesamte Ertrag aus Ausschüttungen von Beteiligungen, denen allerdings als Gegenposition Abschreibungen auf die Beteiligungsansätze in der Position **Wertberichtigung auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** gegenüberstehen. Dieser Effekt aus den Abbaupraktiken blieb 2017 mit EUR 79,3 Mio. deutlich unter dem Niveau des Vorjahres von EUR 177,3 Mio.

Die **Provisionserträge** resultieren im Wesentlichen aus Garantiprovisionen aus dem noch verbliebenen Kreditgeschäft. Sie haben sich abbaubedingt von EUR 2,3 Mio. auf EUR 1,3 Mio. vermindert. Die **Provisionsaufwendungen** entwickelten sich noch deutlicher rückläufig und verringerten sich von EUR 10,4 Mio. auf EUR 2,9 Mio. Im Jahr 2016 war der Großteil der Provisionsaufwendungen auf Entgeltzahlungen für die per Ende August 2016 gekündigte Asset Garantie der Republik Österreich zurückzuführen.

Die Position **Ergebnis aus Finanzgeschäften** ist im Jahr 2017 mit einem Aufwand von rund EUR 0,0 Mio. unwesentlich geworden, nachdem die im vierten Quartal 2016 umgesetzte Auflösung des Handelsbuches im Vorjahr noch einen negativen Saldo in Höhe von EUR 30,8 Mio. hervorgerufen hatte. Die Handelsbestände der ÖVAG wurden nach der Spaltung 2015 in der immigon weitergeführt und 2016 in das Bankbuch übertragen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** haben sich von EUR 204,6 Mio. im Vorjahr auf EUR 92,6 Mio. vermindert. Im Vorjahr ist durch die Auflösung der Rückstellung für den Rückzahlungsanspruch des Bundes aus der Asset Garantie der Republik Österreich ein sonstiger betrieblicher Ertrag in Höhe von EUR 100 Mio. entstanden. Die Positionen Erträge aus Rückkäufen und Tilgungen von Emissionen und Schuldscheindarlehen sowie Auflösung von Zinsswaps haben mit EUR 40,6 Mio. nach EUR 70,0 Mio. weiterhin einen wesentlichen Beitrag zu dem sonstigen betrieblichen Ergebnis geleistet. Wesentlich waren 2017 die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 45,8 Mio. (2016: EUR 21,3 Mio.). Abbaubedingt verringerte sich vor allem die Rückstellung für Derivatgeschäfte gegenüber dem Vorjahreswert. durch Abreibungen und Auflösungen von EUR 32,2 Mio. um EUR 28,4 Mio. auf EUR 3,8 Mio. Weiters enthalten in der Auflösung von Rückstellungen sind Auflösungen von Vorsorgen für Redimensionierungs- bzw. Abbaumaßnahmen. Weiterverrechnungen von Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 1,4 Mio. (2016: EUR 3,4 Mio.) haben ebenfalls das Ergebnis der sonstigen betrieblichen Erträge beeinflusst.

Die **allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** betragen EUR 18,2 Mio. gegenüber EUR 32,8 Mio. im Vorjahr und konnten damit um 44 % vermindert werden. Der weiter voranschreitende deutliche Personalabbau spiegelt sich darin ebenso wider, wie ein, dem geringeren Geschäftsumfang entsprechender niedrigerer Sachaufwand. Der Personalaufwand beläuft sich auf EUR 5,1 Mio. Die Reduktion der Löhne und Gehälter von EUR 6,5 auf EUR 5,4 Mio. basiert im Wesentlichen auf dem umgesetzten Personalabbau. Die Effekte aus Rückstellungsanpassungen im Personalaufwand fielen 2017 deutlich geringer als im Vorjahr an. Innerhalb des Sachaufwandes in Höhe von EUR 13,1 Mio. (2016: EUR 28,5 Mio.) sind – wie auch 2016 – Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen, insbesondere für den Verkauf von Assets, sowie der EDV-Aufwand mit zusammen EUR 8,5 Mio. dominierend. Im Vorjahr betragen die Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen sowie der EDV-Aufwand allerdings noch EUR 19,5 Mio.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** haben sich von EUR 92,0 Mio. auf EUR 18,4 Mio. deutlich reduziert. Im Jahr 2016 wurden hier Verluste aus Rückkäufen und Tilgungen von Emissionen und Schuldscheindarlehen sowie aus der Auflösung von Derivaten in Höhe von EUR 38,5 Mio. ausgewiesen, denen 2017 nur EUR 13,5 Mio. gegenüberstanden. Die Erhöhung einiger Rückstellungen für Rechtsrisiken haben auch zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen beigetragen.

Damit liegt das **Betriebsergebnis** im abgelaufenen Geschäftsjahr mit EUR 224,9 Mio. um EUR 9,2 Mio. unter dem Vorjahresvergleichswert von EUR 234,1 Mio.

Das **Bewertungs- und Veräußerungsergebnis** belief sich 2017 insgesamt auf EUR +10,6 Mio. Die Verbesserung um EUR 152,1 Mio. gegenüber dem Vorjahreswert von EUR -141,4 Mio. ist wesentlich auf die 2016 aufgelöste Asset Garantie der Republik Österreich zurückzuführen. Dem hier enthaltenen Aufwand aus der Wertberichtigung von Forderungen in Höhe von EUR 100 Mio. standen 2016 allerdings, wie erwähnt, EUR 100 Mio. sonstige betriebliche Erträge aus der Auflösung der Rückstellung für den Rückzahlungsanspruch entgegen, sodass die Auflösung der Asset Garantie im Jahr 2016 erfolgsneutral blieb.

Das **Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft und den Wertpapieren des Umlaufvermögens** (Positionen 11 und 12 der Gewinn- und Verlustrechnung) betrug EUR 54,0 Mio. Der Vergleichswert aus 2016 – ohne den erwähnten Sondereffekt der Asset Garantie – lag bei EUR 91,4 Mio. Kreditrückführungen bzw. Verkäufe über Buchwert haben auch in 2017 zu teilweisen Auflösungen von zuvor gebildeten Einzelwertberichtigungen sowie auch zu einer teilweisen Auflösung einer pauschalen Risikovorsorge geführt.

Beim **Bewertungsergebnis für Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind** sowie Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Positionen 13 und 14 der Gewinn- und Verlustrechnung) hat sich ein Saldo in Höhe von EUR -43,4 Mio. ergeben. Gegenüber dem Vorjahresvergleichswert von EUR -132,8 Mio. ist dies eine Verbesserung um EUR 89,4 Mio. Im Ausmaß von EUR -79,3 Mio. (2016: EUR -177,3 Mio.) ist dieses Ergebnis auf die oben erwähnten – großteils ausschüttungsbedingten – Teilwertabschreibungen für verbundene Unternehmen zurückzuführen, denen entsprechende Ausschüttungen in der Position Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen bzw. Liquidationserlöse entgegenstehen. Aufgrund der am 18. März 2017 in das Firmenbuch eingetragenen Verschmelzung der RZB auf die RBI hat die immigon indirekt über ihre Tochtergesellschaft Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung (UBG) rund 9,9 Mio. Aktien der RBI erhalten. Diese Aktien wurden im März 2017 im Rahmen eines beschleunigten Bookbuilding-Verfahrens an institutionelle Investoren zur Gänze verkauft. Das Ergebnis dieser Transaktion führte per März 2017 zu einem Anstieg des Beteiligungsansatzes an der UBG und einer Erhöhung des Eigenkapitals der immigon. Wie auch in der Vergleichsperiode 2016 entstanden Erträge aus Zuschreibungen auf Beteiligungen und aus der teilweisen Auflösung der pauschalen Abbauvorsorge für Beteiligungen.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von EUR 235,5 Mio. liegt damit deutlich über dem Vorjahresvergleichswert von EUR 92,6 Mio.

Die immigon ist Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Die **Steuern vom Einkommen** wiesen 2017 einen Ertrag in Höhe von EUR 13,0 Mio. gegenüber einem Steueraufwand von EUR 2,6 Mio. im Jahr 2016 aus. Im Ausmaß von EUR 24,8 Mio. ist dieser Ertrag auf die Steuerumlage aus dem Ergebnis der Tochtergesellschaft Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung zurückzuführen. In dieser Gesellschaft wurden im Jahr 2017 Aktien der Raiffeisen Bank International AG mit Gewinn verkauft, sodass der Gruppenumlagevertrag hier eine Zahlung der Tochtergesellschaft an die immigon vorsieht. Insgesamt ergab sich aus der Gruppenverrechnung ein Ertrag in Höhe von EUR 23,4 Mio. (2016: EUR 0,1 Mio.). Aus Vorperioden entstand ein steuerliches Ergebnis in der immigon von EUR -7,7 Mio. (2016: EUR -2,7 Mio.). In den **sonstigen Steuern** in Höhe von EUR -0,0 Mio. sind – gleich wie im Vorjahr – nur eine Kammerumlage und geringfügige Steuerrückerstattungen enthalten.

Der **Jahresüberschuss** beträgt somit EUR 248,5 Mio., was gegenüber dem Jahr 2016 eine Steigerung um EUR 158,5 Mio. bedeutet. Wie in den Vorjahren soll der Jahresüberschuss, aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf unerwartete Risiken im Rahmen der weiteren Abwicklung sowie rechtlichen Auflagen, im größtmöglichen Ausmaß zur Rücklagenbildung verwendet werden, sodass der Jahres- und Bilanzgewinn EUR 0,0 beträgt.

1.1.5 Erläuterungen zu Bilanz und Abbaumaßnahmen

Entsprechend ihrem Abbauauftrag hat immigon das Geschäftsvolumen auch im Jahr 2017 weiter signifikant reduziert. Die **Bilanzsumme** verringerte sich um EUR 555,8 Mio. oder rund 28 % auf EUR 1.434,4 Mio.

Den weitaus größten Teil der Aktiva bilden **Guthaben bei Zentralnotenbanken**. Bei der Oesterreichischen Nationalbank werden EUR 1.065,4 Mio. gehalten. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um veranlagte Erlöse aus den aktivseitigen Abbaumaßnahmen. Diese Position hat sich gegenüber dem Vorjahr, trotz intensiver Rückkäufe von diversen Emissionen der immigon, nur um EUR 45,0 Mio. vermindert. Die Guthaben bei der Oesterreichischen Nationalbank sind zum Bilanzstichtag auch größer als die Summe aller Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sind gegenüber dem Jahresanfang von EUR 192,2 Mio. auf EUR 91,0 Mio. gesunken. Der Bestand an nicht börsnotierten Bankanleihen konnte ebenso vermindert werden wie – bedingt durch den Abbau von Derivaten – die diesbezüglichen Besicherungskonten für Derivatgeschäfte mit Banken. Der Bestand zum Bilanzstichtag enthält auch noch Anleihen der Immobank in Höhe von EUR 23,6 Mio. die zur geplanten Fälligkeit am 2. Jänner 2018 zurückbezahlt wurden.

Die **Forderungen an Kunden** konnten durch die fortgesetzten Abbaumaßnahmen von EUR 248,6 Mio. auf EUR 28,7 Mio. also um 88% verringert werden. Im Rahmen der Abbautransaktionen wurden 2017 auch 25 Kreditengagements und damit ein Bruttovolumen von EUR 191,3 Mio. abgebaut. Die wesentlichsten Transaktionen umfassten drei Immobilienfinanzierungen in Ungarn, Refinanzierungen zu einem verkauften Portfolio von Leasingfinanzierungen, eine Immobilienfinanzierung in Prag, österreichische Konsortialkredite sowie die vollständige Rückführung der Kredite an die VB-Leasing International Gruppe. Das noch vorhandene Kreditvolumen von EUR 95,5 Mio. (vor Wertberichtigungen) besteht aus dem Eigenbestand rückgekaufter Wertpapiere, Finanzierungen an Tochtergesellschaften, acht Forderungen aus beendeten Kundenbeziehungen, einem Besicherungskonto für Derivatgeschäfte sowie neun Finanzierungen an Unternehmenskunden und von gewerblichen Immobilienprojekten, vor allem in CEE und SEE. Der Großteil der verbliebenen Kredite ist auch wertberichtigt.

Die **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** konnten von EUR 137,5 Mio. auf EUR 46,7 Mio. spürbar verringert werden. Das Portfolio umfasst im Wesentlichen noch Anleihen von zwei internationalen Emittenten mit guter bis sehr guter Bonität. Diese hochliquiden Wertpapiere mit Fälligkeiten 2018 dienen der erweiterten Liquiditätsreserve. Innerhalb dieser Position befindet sich auch eine Emission der Tochtergesellschaft Investkredit Funding Ltd., welche 2016 im Zuge von Rückkaufangeboten durch immigon erworben wurde.

Die **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** haben sich insgesamt um EUR 57,4 Mio. von EUR 188,7 Mio. auf EUR 131,3 Mio. vermindert. Dies ist im Ausmaß von EUR 79,3 Mio. auf die oben erwähnten – großteils ausschüttungsbedingten – Teilwertabschreibungen für verbundene Unternehmen zurückzuführen. Die Abbaumaßnahmen in Tochtergesellschaften haben derartige Ausschüttungen ermöglicht. Direkt von der immigon verkauft wurden sieben kleinere Beteiligungen. Zusammen mit Liquidationserlösen entstand aus dem Abgang von Beteiligungen ein Ergebnis in Höhe von EUR 11,2 Mio., demgegenüber haben Zuschreibungen zu Wertansätzen anderer Beteiligungen bzw. Teilauflösungen der pauschalen Abbauvorsorge das Volumen um rund EUR 24,2 Mio. erhöht.

Die **Sonstigen Aktiva** (Sachanlagen, Sonstige Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzungsposten) haben sich von EUR 109,7 Mio. auf EUR 71,3 Mio. vermindert. Dies ist hauptsächlich mit dem weiteren Abbau von Derivaten begründet. Zum Bilanzstichtag enthält die Position vor allem Forderungen an das Finanzamt, Forderungen aus der Steuerumlage an Konzerngesellschaften sowie aktivseitige Rechnungsabgrenzungen.

Auf der Passivseite konnten die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** von EUR 66,2 Mio. auf EUR 2,5 Mio. beinahe vollständig abgebaut werden. Auch hier hat der Abbau von Derivaten zu einer Verminderung der Besicherungskonten für Derivatgeschäfte mit anderen Banken geführt.

Zum Abbau der Passivseite hat immigon im Februar 2017 eine Nachranganleihe gekündigt. Weiters wurden die Rückkaufprogramme für Verbindlichkeiten auch 2017 fortgeführt bzw. auf nachrangige (Senior Subordinated) Verbindlichkeiten ausgeweitet. immigon stellt Rückkaufkurse für bestimmte Verbindlichkeiten auf ihrer Homepage <http://www.immigon.com> zur Verfügung und lädt Anleger ein, ihr die genannten Instrumente zu diesen Kursen zum Rückkauf anzudienen. immigon ist berechtigt, solche Angebote in ihrem alleinigen Ermessen anzunehmen.

Im Geschäftsjahr 2017 waren von diesen Rückkäufen Nominalwerte von EUR 94,8 Mio. betroffen.

Das Volumen der entsprechenden Verbindlichkeiten konnte damit – neben den planmäßigen Fälligkeiten – deutlich vermindert werden.

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** kam es zu einem Rückgang von EUR 230,4 Mio. auf EUR 21,0 Mio. Maßgeblich dafür waren die angekauften Schuldscheindarlehen von diversen Versicherern.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** verminderten sich um EUR 333,7 Mio. auf EUR 487,7 Mio.

Die **nachrangigen Verbindlichkeiten** verminderten sich um EUR 104,7 Mio. auf EUR 20,7 Mio. und das **Ergänzungskapital** um EUR 8,7 Mio. auf EUR 62,6 Mio.

Nach Durchführung von mehreren Rückkaufprogrammen hat immigon auch die ausgegebenen und im geregelten Freiverkehr der Wiener Börse zum Handel zugelassenen Schuldverschreibungen im Juni 2017 vom geregelten Freiverkehr zurückgezogen. Dieses Delisting umfasste senior unsecured Anleihen, Nachranganleihen (Lower Tier 2) und Ergänzungskapitalanleihen (Upper Tier 2). Unter den Bilanzpositionen Verbrieftes Verbindlichkeiten, Nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital befinden sich zum Bilanzstichtag keine börsennotierten Papiere mehr.

Das **Eigenkapital** hat sich durch den Jahresüberschuss 2017 um EUR 248,5 Mio. erhöht und beträgt EUR 673,7 Mio.

Von besonderer Bedeutung ist auch der Rückgang der Derivative in der immigon. Das Nominalvolumen an Derivatgeschäften konnte im Jahr 2017 von EUR 3.676,1 Mio. auf EUR 269,3 Mio. abgebaut werden. Der Rückgang der oben erwähnten Besicherungskonten ist eine entsprechende Folgewirkung. Zu den derivativen Finanzinstrumenten verweisen wir auf die Tabelle über derivative Finanzinstrumente in den ergänzenden Angaben im Anhang.

1.2 Bericht über Zweigniederlassungen

Die immigon verfügt über keine Zweigniederlassungen.

1.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Auch wenn die immigon für ihren Jahresabschluss das Bilanzierungsschema für Banken zu verwenden hat, sind für eine Abbaugesellschaft, die auf aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln oder auf dem Einlagengeschäft basierenden finanziellen Leistungsindikatoren, wie sie typischerweise für die Beurteilung von Banken herangezogen werden, nicht anwendbar. Im Fokus steht die Abbauleistung unter Schonung des Eigenkapitals.

Die Eigenkapitalquote der immigon beträgt 47,0 % (2016: 21,4 %). Die Eigenkapitalquote errechnet sich als Quotient von Eigenkapital (inklusive dem Partizipationskapital 2008) und Bilanzsumme. Der Return on Equity (ROE) vor Steuern der immigon für das Jahr 2017 beträgt 42,9 % (2016: 24,4 %). Der ROE vor Steuern berechnet sich als Quotient des Ergebnisses vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres. Der ROE nach Steuern liegt in der Berichtsperiode bei 45,2 % (2016: 23,7 %). Der ROE nach Steuern berechnet sich als Quotient des Ergebnisses nach Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio der immigon beträgt 21,4 % (2016: 63,9 %). Die Cost-Income-Ratio wird als Quotient der Betriebsaufwendungen und der Summe aus Nettozinsenertrag, Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie Provisionserträgen berechnet.

Für die immigon als Abbaugesellschaft ist auch die verfügbare Liquidität von besonderer Bedeutung, da neue Mittelaufnahmen am Geld- oder Kapitalmarkt nicht vorgesehen sind. Es errechnen sich nach den Methoden der Liquiditätsdeckungsanforderung für Kreditinstitute (LCR) aus dem Guthaben bei der Oesterreichische Nationalbank und entsprechend geeigneten Wertpapieren erstklassige liquide Aktiva in Höhe von EUR 1.085,4 Mio. (2016: EUR 1.185 Mio.). Bestimmt man über die Differenz zur Bilanzsumme die nicht erstklassigen liquiden Aktiva, so ergibt sich ein Betrag von EUR 349,0 Mio. (2016: EUR 806 Mio.). In Relation zum Eigenkapital der immigon sind dies 52 % (2016: 192 %). Die nicht erstklassigen liquiden Aktiva der immigon sind also durch das Eigenkapital mehr als abgedeckt.

1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Der geordnete Abbau von MitarbeiterInnen stand auch 2017 im Mittelpunkt der Anstrengungen des Bereichs **Human Resources**. Der notwendige Personalabbau wird, wo immer das geht, von gelebter sozialer Verantwortung begleitet. Eine

wesentliche Komponente ist der mit den Belegschaftsvertretern verhandelte Sozialplan. Zu den Maßnahmen des verantwortungsvollen Trennungsmanagements zählen vor allem Qualifizierungsmaßnahmen von MitarbeiterInnen, Angebote für Job-Caching und Stiftungslösungen. Dementsprechend wird die massive Verringerung des Personalstandes größtenteils durch einvernehmliche Auflösungen gemäß Sozialplan erreicht. Wird kein Einvernehmen erzielt, werden betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen.

Aufgrund des vorhersehbaren Endes der Beschäftigungsmöglichkeiten in der immigon kommt der Erhaltung der Motivation der MitarbeiterInnen besondere Bedeutung zu. Situationsbedingt liegt daher ein besonderer Schwerpunkt des Personalmanagements in der Erhöhung der Vermittelbarkeit der MitarbeiterInnen, um sie für die Anforderungen am Arbeitsmarkt nach ihrer Beschäftigung in der immigon optimal vorzubereiten. Etliche frühere MitarbeiterInnen der immigon arbeiten mittlerweile im Bankenbereich oder anderen Abbaugesellschaften, viele haben ihr Berufsbild aber deutlich verändert und sind etwa als Lehrer in einer Volksschule, einer HAK, als Immobilienentwickler oder Landschaftsgärtner aktiv. Es hat sich gezeigt, dass die individuelle Entwicklung von neuen beruflichen Perspektiven für die Erhaltung der Motivation und Leistungsfähigkeit ein wesentlicher Faktor ist.

Zum Ultimo 2017 waren bei der immigon 51 MitarbeiterInnen (Vollzeitäquivalente) beschäftigt. Das sind um 27 Vollzeitäquivalente weniger als zum Jahresende 2016 (2016: 78 Vollzeitäquivalente). Personen, die per Ultimo aus dem Unternehmen ausgeschieden sind, werden in den angegebenen Werten nicht mehr mitgezählt. Von den 51 Vollzeitäquivalenten im Angestelltenverhältnis waren 19 zum Jahresultimo 2017 nicht mehr aktiv, weil sie mit Auflösungsvereinbarungen gemäß Sozialplan bereits dienstfrei gestellt waren. Vier Personen reduzieren ihre Arbeitszeit beginnend mit 01.01.2018, damit kann die immigon zu Jahresbeginn 2018 noch auf aktive MitarbeiterInnen im Ausmaß von 30 Vollzeitäquivalenten zurückgreifen.

Das Durchschnittsalter liegt zum Jahresultimo bei 50,8 Jahren und hat sich damit gegenüber dem Vorjahresvergleichswert von 49,6 weiter erhöht. Die Akademikerquote von 47 % (2016: 44 %) zeigt das hohe Qualifikationsniveau der MitarbeiterInnen. Der Frauenanteil beträgt 62 % (2016: 64 %). Auch aus dem gesetzlichen Anspruch auf Elternteilzeit ergibt sich der Anteil an Teilzeitbeschäftigten von 27 % (2016: 32 %).

Die Erhaltung einer funktionsfähigen **Organisationsstruktur** war für die immigon auch im Jahr 2017 trotz der laufenden Personalreduktion eine besondere Herausforderung. Der Erfahrungsaustausch mit den anderen österreichischen Abbaugesellschaften KA Finanz AG und HETA Asset Resolution AG wurde auch in diesem Zusammenhang intensiviert.

Die Abbaugesellschaft stellt sich auch den Herausforderungen hinsichtlich der **Nachhaltigkeit** ihrer Handlungen. Dies betrifft – neben den Bestrebungen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, Motivation und Gesundheit im Personalbereich – auch Aspekte des Umweltschutzes, wo Druckerpools als Standardeinstellung doppelseitigen Druck vorgegeben haben. Es wird auch seit vielen Jahren Umweltschutzpapier mit EU-Ecolabel bezogen. Der Standort der immigon ist gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Die Nachhaltigkeit der Aktivitäten in der Abbaugesellschaft dokumentieren sich auch an den Aspekten der Qualitätssicherung und der Compliance Bestimmungen. Insbesondere beim Verkauf von Vermögenswerten muss auf die Standards der Bietersuche, der Preisfindung sowie der sorgfältigen und sparsamen Abwicklung besondere Aufmerksamkeit gesetzt werden. Die Förderung von Kunst-, Kultur oder Sportaktivitäten sowie Sponsoring aus der Bankenvergangenheit wurden hingegen schon in Vorjahren eingestellt.

1.4 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Hinsichtlich der Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag verweisen wir auf die diesbezüglichen Ausführungen im Anhang.

2 Voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Unternehmens

2.1 Wirtschaftliches Umfeld 2018

Laut der im Dezember veröffentlichten Konjunkturprognose des WIFO sollte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2018 um 3 % wachsen. Die Europäische Zentralbank hat im Dezember ihre Projektionen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2018 auf 2,3 % erhöht, die EU-Kommission ging in ihrer im November veröffentlichten Herbstprognose noch von einer Jahreswachstumsrate von 2,1 % aus.

Das Wachstum Österreichs sollte damit – genauso wie das der zentral- und südosteuropäischen Länder – jenes der Eurozone übertreffen. Die Prognose der Europäischen Kommission lautet für Ungarn 3,6 %, für die Tschechische Republik 3,0 %, für Polen 3,8 %, für Rumänien 4,4 %, für Kroatien 2,8 %, für Slowenien 4,0 % und für Serbien 3,3 %. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für Bosnien-Herzegowina für das 2018 Jahr eine Wachstumsrate von 2,6 %.

Die Projektion der Europäischen Zentralbank für die durchschnittliche Inflationsrate 2018 beträgt im Mittel 1,4 %. Damit würde die Teuerungsrate auch im Jahr 2018 das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp 2 % verfehlen. Dies und die entsprechend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sprechen für ein weiterhin niedriges Zinsniveau, obwohl von der sich fortsetzenden geldpolitischen Straffung in den USA weiterhin ein leichter Aufwärtstrend ausgehen sollte. Das sehr hohe Zinsdifferential zugunsten des US-Dollar sollte einer weiteren Aufwertung des Euro entgegenwirken. Die Währungen der hier betrachteten Volkswirtschaften außerhalb der Eurozone könnten im Jahr 2018 angesichts der guten konjunkturellen Lage von erhöhter Risikobereitschaft der internationalen Investoren und einer guten Entwicklung der Direktinvestitionen profitieren.

Die Risiken für diesen Ausblick sind vielfältig. Dazu zählen etwa die möglichen Beschränkungen des Außenhandels durch die USA, die die stark exportorientierten Ländern der Region überdurchschnittlich stark treffen könnte: Spannungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien oder eine nachlassende Eurofreundlichkeit in den großen Mitgliedsländern, etwa nach Neuwahlen, stellen ein Risiko für die fortgesetzte wirtschaftliche Erholung der Region dar. Ein rascher Zinsanstieg wäre ebenfalls als Risiko für Konjunktur und Immobilienmärkte einzustufen. Zusätzlich haben auch geopolitische Konflikte das Potenzial, einen grundsätzlich sehr freundlichen wirtschaftlichen Ausblick zu trüben.

2.2 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die immigon wird ihre Abbaubemühungen weiter fortsetzen und sich um eine aktive, rasche und bestmögliche Verwertung der Vermögenswerte im Einklang mit einer entsprechenden Reduktion der Refinanzierung bemühen. Gemäß der Abbaustrategie ist jede Möglichkeit zum vorzeitigen Abbau zu nutzen und ein aktiver Verkauf von Vermögenswerten anzustreben.

Restliche Vermögensbestände haben zu einem guten Teil Restlaufzeiten im ersten Quartal 2018 oder sind fällige Forderungen aus beendeten Kreditbeziehungen, Restanten sind weiterhin durch Umfinanzierungen seitens der Kreditnehmer oder durch Verkauf von Einzelengagements abzubauen. Im Bereich der Tochtergesellschaften sind die verbliebenen Leasingforderungen und Immobilien zu verwerten bzw. Gesellschaftsanteile zu veräußern. Hierunter fallen insbesondere die indirekt über die [Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung](#) gehaltene [VB-Leasing International](#) Beteiligung und die indirekt über die [Investkredit-IC Holding alpha GmbH](#) gehaltenen Beteiligungen an Immobilienleasinggesellschaften in Österreich. Im Bereich der Tochtergesellschaften ist deren Anzahl weiterhin zu reduzieren, d.h. vor allem Liquidationen von Tochtergesellschaften bis zu Löschungen im Firmenbuch voranzutreiben.

Im Einklang mit der Reduktion der Vermögenswerte sind auch weitere Maßnahmen nicht ausgeschlossen, die dazu beitragen könnten, die Passivseite weiter zu reduzieren und damit den hohen Liquiditätsbestand abzubauen. Hierzu stehen auch die Bestrebungen zur vorzeitigen Kündigung von Ergänzungsanleihen. Eine Reduktion der Passivseite und damit ein Abbau der Überliquidität kann dabei nur insofern erfolgen, als der in der Planung berücksichtigte Liquiditätspuffer nicht unterschritten wird.

Die Vorbereitungen auf die Liquidation der immigon werden im Mittelpunkt der Anstrengungen für das Jahr 2018 stehen. Das entsprechende Projekt beschäftigt sich mit dem Rückbau der IT-Systeme, dem Outsourcing von Leistungen, der Archivierung von Daten, weiteren Komplexitätsreduktionen, rechtlichen Aspekten und einer möglichst guten Vorbereitung der Liquidationsphase. Aufgrund des fortgeschrittenen Abbaus und der damit einhergehenden Risikoreduktion werden in der immigon strukturelle Anpassungen in der Aufbau- und Ablauforganisation vorzunehmen sein. Gleichzeitig ist ein effizienter und sicherer Betrieb des Unternehmens zu gewährleisten.

Die aktuelle Arbeitshypothese geht davon aus, dass die Liquidation der immigon nach einer Ausschreibung eines Liquidators im Jahr 2019 beginnen wird können. Unverändert ist immigon auch der Ansicht, dass der Abschluss der formalen und rechtlichen Liquidation und damit die Löschung der Firma mit großer Wahrscheinlichkeit erst sehr viel später erfolgen wird können.

2.3 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Im Rahmen der Abbaugesellschaft ergeben sich Risiken aus der Umsetzung des Abbauauftrags, insbesondere im Zusammenhang mit der Verwertung der Vermögensgegenstände. Das Risikomanagement orientiert sich weiterhin an den

spezifischen Anforderungen einer Abbaugesellschaft hinsichtlich der Bonitäts- und Marktrisiken, allfälliger Bewertungsabschläge bei Verkaufsprozessen und der Liquiditätssteuerung.

Das Risiko von Bewertungsabschlägen im Rahmen von Verkaufsprozessen bleibt – trotz eines massiv reduzierten Portfolios – auch für die Restbestände der immigon bestehen. Ähnliches gilt für das Risiko, dass auch im Rahmen der Veräußerung von anderen Vermögensgegenständen bzw. dem Schließen von Derivaten Abschläge erforderlich sein könnten.

Ein bedeutsames Risiko liegt im aktuellen Zinsniveau, welches derzeit eine kurz- und mittelfristige Veranlagung nur unter Inkaufnahme von Negativzinsen zulässt. Immigon sieht sich verpflichtet, die Erlöse aus den Verwertungen von Vermögensgegenständen risikofrei zu veranlagern. Ein anhaltend niedriges Zinsniveau stellt daher ein Profitabilitätsrisiko dar.

Darüber hinaus bestehen allgemeine branchen- bzw. geschäftstypische Gewährleistungsrisiken aus den bereits erfolgten und noch geplanten Beteiligungsverkäufen und Abbaumaßnahmen sowie Rechtsrisiken aus bestehenden und drohenden Passivprozessen.

Ein weiteres Risiko entsteht aus der notwendigen Personalreduktion der Abbaugesellschaft und den dadurch bedingten Prozessanpassungen, den zunehmenden Outsourcingerfordernissen sowie den Anforderungen an das Wissensmanagement. Aus dem deutlich kleiner werdenden Personalstand ist die immigon verstärkt auch den allgemeinen Personalrisiken wie Fluktuation oder Krankheit, sowie mit diesen einhergehenden operationellen Risiken ausgesetzt.

2.3.1 Risikopolitische Grundsätze

Immigon steuert und überwacht ihre Risiken mit dem Ziel einer geordneten, aktiven und bestmöglichen Verwertung ihrer Vermögensgegenstände. Dabei galten im Jahr 2017 folgende risikopolitischen Grundsätze:

- Es bestehen klare Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich alle Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten ausrichten lassen.
- Die Vorgaben zum Risikomanagement sind unter Berücksichtigung aller Risikoarten in einem Risikohandbuch festgelegt.
- Für die Risikoarten werden adäquate Systeme und Methoden zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung eingesetzt. Notfallplanungen stellen die erforderliche Verfügbarkeit der Systeme sicher.
- Die mess- und steuerbaren Risiken unterliegen einer Limitstruktur, die einer regelmäßigen operativen Überwachung unterliegt.
- Ein zeitnahes, regelmäßiges und alle Risikoarten umfassendes Risikoreporting ist implementiert. Der Risikobericht informiert den Vorstand und Aufsichtsrat periodisch über die Entwicklung der Risikosituation und umfasst im Schwerpunkt die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zu den adressierten Risikokategorien, ergänzt durch kurze Lageeinschätzungen und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen. Bei der Erstellung des Reports wird besonderes Augenmerk auf die Datenqualität gelegt, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten.

2.3.2 Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden in der immigon folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten
- das makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Die Dokumentation der internen Verfahren und Kontrollsysteme, welche die laufende Abwicklung der Kredit- und Leasinggeschäfte gewährleisten, gehört u.a. zum Aufgabenbereich einer internen Organisationseinheit der Abbaugesellschaft. Abbauentscheidungen werden entlang einer Pouvoirordnung getroffen, die sicherstellt, dass die Inkaufnahme von Verlusten nur innerhalb festgelegter Grenzen stattfindet. Die Pouvoirordnung der immigon enthält Limite zur Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und auch von Klumpenrisiken.

Die Abbaugesellschaft unterliegt hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit weitgehenden gesetzlichen Einschränkungen. Es werden keine Einlagen oder anderen rückzahlbaren Gelder des Publikums entgegengenommen und es wird diesbezüglich kein Neugeschäft mehr betrieben. Prolongationen zu Kreditgeschäften werden in Ausnahmefällen nur getätigt, falls es eine

realistische und mit Fakten untermauerte sowie plausible Aussicht gibt, dass die künftige Bedienbarkeit oder die künftige Verwertbarkeit der Finanzierung durch eine Prolongation verbessert wird. Bei der Steuerung der Risikopositionen wird generell darauf abgezielt, die bestehenden Transaktionen bzw. Geschäfte zu verringern. Es ist daher bei einer Veränderung der Risikopositionen durch Abbau (z.B. vorzeitiger Verkauf von Aktiva oder Rückkauf von Passiva) auch gleichzeitig eine Auflösung bzw. ein Verkauf von zugehörigen Absicherungsinstrumenten vorzunehmen.

Entsprechende pauschale Vorsorgen für die Risiken aus der Verwertung des Kreditportfolios wurden gebildet.

2.3.3 Marktrisiko

Als Marktrisiko wird in der Immigon das Risiko finanzieller Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z.B. Aktienkursen, Zinsen, Wechselkursen oder Rohstoffen) bezeichnet. Die Marktrisiken der Immigon resultieren aus dem abzubauenen Kredit- und Wertpapierportfolio, dem zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken notwendigen Derivateportfolio und aus dem Aktiv-Passiv-Management der Abbaugesellschaft. Die Steuerung, Überwachung und Limitierung aller Marktrisiken wurde auch 2017 vom marktunabhängigen Risikomanagement wahrgenommen. Unter diesen Risiken sind das Zinsänderungsrisiko und das Fremdwährungsrisiko zu nennen während Aktienkurse oder Rohstoffe für die Immigon keine Bedeutung haben.

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen **Zinsänderungsrisiken** aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuches zu erfassen. Dafür ist es notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulationsszenarien zu analysieren. Das Zinsänderungsrisiko wird gemessen und analysiert auf Basis der Zinsrisikostatistik gem. OeNB sowie auf weiterführenden Sensitivitätsanalysen. Das Risiko wird durch Zinssensitivitätslimite beschränkt. Die Limithöhen werden zumindest jährlich oder bei Bedarf evaluiert und vom Vorstand beschlossen.

Das **Fremdwährungsrisiko** ist das Risiko, dass sich die Werte offener Forderungen / Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse ungünstig verändern.

2.3.4 Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen bzw. die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von cash flows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern. Eine tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und für die nächsten 12 Monate für alle relevanten Währungen wurde im Geschäftsjahr 2017 mittels eines Planungstools erstellt. Neben einem Real Case Szenario wurde die Risikomessung durch ein Stressszenario ergänzt.

Die aus der Laufzeiteninkongruenz zwischen der Aktiv- und Passivseite bzw. durch die vorzeitige Veräußerung von Vermögenswerten entstehende Überliquidität stellt bei der Veranlagung ein mögliches Risikopotential bzw. einen Kostenfaktor für die Abbaugesellschaft dar. Daher erfolgt die Veranlagung von Liquidität unter der Maßgabe einer möglichst risikofreien Veranlagung, um den Abbauserfolg nicht durch das Eingehen von neuen Kreditrisiken zu gefährden. Durch den eingeschränkten Anlagehorizont bzw. eine restriktive Veranlagungspolitik beschränkt sich das Anlageuniversum auf die kurzfristige Veranlagung der Überschussliquidität bei Banken guter Bonität bzw. auf die Möglichkeit des Kaufes von hochliquiden Aktiva von Staaten bzw. staatsgarantierten Emittenten mit gutem Rating. Darüber hinaus besteht eine Veranlagungsmöglichkeit bei der Österreichischen Nationalbank, die vorrangig genutzt wird.

2.3.5 Operationelles Risiko

Immigon definiert operationelles Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten.

In der Immigon gelten folgende Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Daher werden operationelle Ereignisse in einheitlicher Form zentral erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Angemessenheit der Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des Risikopotenzials laufend, zumindest jedoch jährlich im Rahmen einer OpRisk-Klausur, neu bewertet. Die Ergebnisse werden an das Linienmanagement, das Risikomanagement sowie den Vorstand berichtet. An

dieser Stelle seien exemplarisch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des Vier-Augenprinzips als Steuerungsmaßnahmen angeführt. Die internen Kontroll- und Steuerungsmaßnahmen (IKS) stellen den angemessenen und akzeptierten Risikolevel im Unternehmen sicher.

- Operationelle (Rest-) Risiken, die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, werden formal und nachweislich durch den Risikoverantwortlichen (Risk Owner) akzeptiert.
- Die Implementierung zusätzlicher Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird überwacht und die Wirksamkeit der Maßnahmen im Rahmen der periodischen Revisionsprüfung bewertet. Des Weiteren wird die Effizienz des operationellen Risikomanagements durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen evaluiert.

2.3.6 Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht die immigon das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung teilweise ausfällt, gänzlich an Wert verliert oder nur unter Realisierung eines Verlusts verkauft werden kann.

Das Beteiligungsvolumen nach Abwertungen und Risikovorsorgen beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 131,3 Mio. (2016: EUR 188,7 Mio., wovon ein deutlich überwiegender Anteil auf verbundene Unternehmen entfällt. Die Risiken aus diesen Beteiligungen ergeben sich über indirekt gehaltene Geschäftsanteile, wovon folgende bedeutsam sind: die VB-Leasing International Holding GmbH mit der deren vier Landesgesellschaften in Slowenien, Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina für die 2015 die Einstellung des Neugeschäftes und der Run Down der Gesellschaften beschlossen wurde; VB Real Estate Leasing Services GmbH mit den verbliebenen österreichischen Leasingobjektgesellschaften sowie einige Grundstücke in Polen und Rumänien.

Entsprechende pauschale Vorsorgen für die Risiken aus der Verwertung des Beteiligungsportfolios wurden gebildet.

2.3.7 Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich die immigon dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Geschäftsrisiko gegenüber.

Das **strategische Risiko** ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das **Reputationsrisiko** ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Betriebsergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter **Eigenkapitalrisiko** versteht die immigon die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Abbaugesellschaft oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das **Geschäftsrisiko** (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können. Dieser Situation sieht sich die Abbaugesellschaft nach Verlust ihrer operativen Ertragskraft ausgesetzt.

Bis auf das letztgenannte Ertragsrisiko besitzen die sonstigen Risiken zwar keine wesentliche Bedeutung für die immigon, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert.

2.4 Verwendung von Finanzinstrumenten

Immigon setzt noch wenige zins-, währungs- oder kreditbezogene sowie sonstige derivative Finanzinstrumente ein. Im Wesentlichen dienen diese der Absicherung von underlyings mancher Zertifikate, die durch die ÖVAG emittiert wurden. Das Portfolio aus Zinsswaps konnte in den Jahren 2015 bis 2017 weitreichend eliminiert werden. Hinsichtlich der Volumina (Derivate-spiegel) und der Angaben zu den Finanzinstrumenten gemäß § 238 UGB wird auf den Anhang („Ergänzende Angaben“) verwiesen.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom September 2017 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Zinsrisiken durch Kreditinstitute werden angewendet. Andere im Geschäftsjahr 2017 entstandene Risiken und drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten wurden in der Höhe der negativen Marktwerte durch Dotierung von Rückstellungen berücksichtigt.

3 Bericht über den Bestand sowie den Erwerb und die Veräußerung eigener Anteile

Eigene Aktien oder Anteile und Partizipationsscheine:

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Eigene Stammaktien	50.947,90	50.947,90
Eigene Partizipationsscheine	13.359,56	13.359,56
Summe	64.307,46	64.307,46

Die Eigenen Aktien oder Anteile sind ab 2016 gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 nicht mehr aktivseitig auszuweisen, sondern mit dem Gezeichneten Kapital zu saldieren.

Entwicklung der eigenen Aktien:

	Anzahl	Nennwert	Buchwert
	Stk.	EUR	EUR
Stand am 31.12.2016	49.819	50.947,30	50.947,90
Veränderung	0	0,00	0,00
Stand am 31.12.2017	49.819	50.947,30	50.947,90

Centdifferenzen entstanden systembedingt durch die Begrenzung der Nachkommastellenzahl im Wertpapiersystem im Rahmen der Aufwertung 2016.

Die Partizipationsscheine im Portefeuille der immigon stellen sich wie folgt dar:

	Anzahl	Nennwert	Buchwert
	Stk.	EUR	EUR
Stand am 31.12.2016	18.296	13.359,55	13.359,56
Veränderung	0	0,00	0,00
Stand am 31.12.2017	18.296	13.359,55	13.359,56

Centdifferenzen entstanden systembedingt durch die Begrenzung der Nachkommastellenzahl im Wertpapiersystem im Rahmen der Aufwertung 2016.

Zu- und Abgänge eigener Aktien

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Zu- und Abgänge eigener Aktien.

Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine

Es gab im Geschäftsjahr 2017 keine Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine.

4 Bericht über Forschung und Entwicklung

Die immigon betreibt keine Forschung und Entwicklung.

5 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

5.1 Kontrollumfeld

Das interne Kontrollsystem ist ein System zur Dokumentierung aller durchgeführten Kontrolltätigkeiten und baut auf allen bereits in der Organisation aktiv durchgeführten Kontrollen auf (Operative Kontrollen / Management-Kontrollen). In der Konzernrichtlinie IKS (Richtlinie: Internes Kontrollsystem) wird ein konzernweiter Rahmen für die Implementierung des internen Kontrollsystems vorgegeben. Die Implementierung des internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in internen Richtlinien und Vorschriften festgelegt. So existieren u.a. Richtlinien im Bereich der laufenden Buchhaltung, der Verwaltung der offenen Posten, der Risikovorsorge und der Bilanzierung. Für Hauptbuch-Buchungen ist grundsätzlich die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vorgeschrieben. Jeder Beleg hat die Unterschrift des Mitarbeiters, der den Beleg erstellt hat, sowie die Unterschrift des Anweisungs- und Freigabeberechtigten zu enthalten. Im Hauptbuch-Buchungssystem wird in elektronischer Form der Mitarbeiter dokumentiert, der den Buchungsauftrag gegeben hat.

Jedes Hauptbuchkonto hat einen klar definierten Verantwortlichen. Zweimal jährlich wird der Saldo der Verrechnungskonten gemäß einer im internen Regelwerk (Richtlinie: Bestands- und Verrechnungskonten, Inventuraufnahme) definierten Vorgangsweise überprüft. Diese Überprüfung ist schriftlich zu dokumentieren. Die Kontrolle und Ablage der ordnungsgemäßen Dokumentation dient sowohl für die interne Revision als auch für den Wirtschaftsprüfer im Zuge der Jahresabschlussprüfung als Prüfungsunterlage.

5.2 Risikobeurteilung

Das wesentliche Risiko im Rechnungslegungsprozess besteht in einer unrichtigen Abbildung von Sachverhalten in der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage. Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht, um insbesondere die vollständige und korrekte Erfassung sämtlicher Geschäftsfälle, die zeitgerechte Überweisung von Rechnungen und die richtige Berechnung sowie termingerechte Abfuhr von Steuern sicherzustellen. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich zu betrachten sind.

In regelmäßigen Abständen wird eine Übersicht über sämtliche wesentliche Rechnungslegungsprozesse und -abläufe erstellt. Diese Prozesse sind durch die Prozessverantwortlichen kontinuierlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes zu prüfen und in IKS-relevante und nicht IKS-relevante Prozesse einzuteilen.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Abschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken der Abwicklung des Geschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

5.3 Kontrollmaßnahmen

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potentiellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und zeitnahe korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Im Rahmen des internen Kontrollsystems werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden.

Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen, die von Mitarbeitern anhand bestimmter Arbeitsschritte durchgeführt werden, automatische Kontrollen, die mit Hilfe von EDV-Systemen durchgeführt werden, präventive Kontrollen, die das Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.

Managementkontrollen dienen dazu, auf Stichprobenbasis die Einhaltung von operativen Kontrollen durch die Führungskräfte sicherzustellen. Dazu liegt ein eigener Kontrollplan vor, in dem die Periodizität der Überprüfungen in Abhängigkeit des

Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft festgelegt ist. Die Stichproben sind für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden vierteljährlich an die betreffenden Führungskräfte und halbjährlich an den Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Die Kontrolldokumentation erfolgte 2017 teilweise automationsunterstützt.

5.4 Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert. Zusätzlich dazu werden die Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend im Hinblick auf Neuerungen in der Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können. Die Erstellung von Berichten wie Tages- und Monatsbilanz oder Risikobericht erfolgt automationsunterstützt mit Schnittstellen zu Vorsystemen.

Ein Managementreport über interne Kontrollen wird zweimal jährlich erstellt. Dieser beinhaltet Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Das Management erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. monatliche Berichte über die Entwicklung der immigon, den Abbaufortschritt und die wichtigsten Finanzkennzahlen. Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Der Informationsfluss beinhaltet neben der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auch das Budget sowie Kommentierungen der wesentlichen Entwicklungen, einen quartalsweisen Risikobericht sowie die Darstellung der Liquiditätssituation. An den Aufsichtsrat berichten darüber hinaus die interne Revision sowie der Compliance Officer.

5.5 Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Abteilungsleitung und dem Vorstand vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen.

Über das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet. Der Report beinhaltet eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis. Weiters wird im Report dokumentiert, wie viele Kontrollen in Relation zu den Kontrollvorgaben durchgeführt wurden. Auch die interne Revision übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

Die interne Revision überprüft unabhängig und gemäß einem jährlich zu erstellenden und vom Vorstand genehmigten Revisionsplan und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle dem Vorstand zugeordnet, die Leistungserbringung wurde aufgrund der vorgenommenen Personalabbaumaßnahmen im Jahre 2016 zur Gänze outgesourct. Die zuständige Leitung des Dienstleisters berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Wien, am 30. Jänner 2018

Der Vorstand

Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor

Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, am 30. Jänner 2018



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor

Compliance + Geldwäscheprävention, Organisation/IT/Services,
Gremialbetreuung + Beteiligungen, Legal + Credit Services,
Interne Revision, Personal, Finanzen, Treasury



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

Risikomanagement, Non-Core Business, Non-Core Beteiligungen

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

immigon portfolioabbau ag, Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden EU-V0) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutendsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Rahmen der Prüfung haben wir folgende derartige Sachverhalte identifiziert:

1. Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden
2. Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen
3. Ansatz und Bewertung der Rückstellung für Rechtsrisiken

Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden stellen einen wesentlichen Posten der Bilanz dar. Der Buchwert dieser Forderungen beträgt zum 31. Dezember 2017 28,7 Mio EUR. Es bestehen Einzelwertberichtigungen in Höhe von 54,7 Mio EUR und pauschale Wertberichtigungen in Höhe von 12,2 Mio EUR. Das noch bestehende Kreditportfolio umfasst Kommerzkunden und Finanzierungen an Tochtergesellschaften in Österreich sowie CEE und SEE.

Der Vorstand beschreibt die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Anhang zum Jahresabschluss im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“. Darüber hinaus verweisen wir auf die Ausführungen im Abschnitt „Bewertungs- und Veräußerungsergebnis“ des Anhangs.

Die Überwachung der Werthaltigkeit der Kundenforderungen und die damit verbundene Überprüfung hinsichtlich des Vorliegens von Ausfallsindikatoren und der Bildung von Einzelwertberichtigungen erfolgt durch die betreuende Einheit in Abstimmung mit dem Risikomanagement. Im Falle des Vorliegens von Ausfallsindikatoren wird die Werthaltigkeit mittels der Discounted Cash

Flow Methode überprüft. Hierbei werden Höhe und Zeitpunkte von Rückflüssen, die von Kunden geleistet werden oder aus der Verwertung von Sicherheiten resultieren, individuell eingeschätzt. Im Falle von geplanten Kreditverkäufen fließt bei dieser Ermittlung auch die Einschätzung über das Verhandlungsergebnis mit Käufern ein. Die Ermittlung des Vorsorgebedarfs ist daher wesentlich von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung von Kreditsicherheiten vor dem Hintergrund einer kurzfristigen Realisierbarkeit sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts der daraus abgeleiteten Rückflüsse beeinflusst.

Darüber hinaus werden zur Erreichung der Abbauziele innerhalb der zeitlichen Vorgaben des Abbauplans einzelne Kreditverkäufe oder Portfolioverkaufstransaktionen durchgeführt. In Abhängigkeit von den Zins- und Bonitätsparametern, den bis zum Verkauf erwarteten Rückzahlungen vom Kunden sowie den Verhandlungen mit den Käufern, können sich Bewertungsverluste ergeben. Für diese Risiken werden in den Fällen, in denen noch keine konkreten Verkaufsergebnisse vorliegen, pauschale Wertberichtigungen gebildet.

Das Risiko für den Jahresabschluss ergibt sich daraus, dass die Bewertung von Forderungen an Kunden sowohl bei den Einzelwertberichtigungen als auch bei den pauschalen Wertberichtigungen in hohem Maße von Schätzungen und Annahmen sowie länderspezifischen Besonderheiten beeinflusst ist. Hierzu zählen insbesondere die individuellen kundenspezifische Einschätzung der zukünftigen Cash Flows unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Kunden, der Wertansatz von Kreditsicherheiten im Verwertungsfall und die Schätzung von Verwertungsdauer und -kosten, sowie Annahmen zu markt- oder bonitätsbedingten Abschlägen für Kredit- und Portfolioverkäufe.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehende Dokumentation der Prozesse zur Überwachung und Risikovorsorgebildung für Kundenforderungen analysiert und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, drohende Kreditausfälle zu identifizieren und die Werthaltigkeit der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Dabei haben wir die wesentlichen internen Kontrollen auf deren Ausgestaltung und Implementierung sowie in Stichproben auf deren Effektivität getestet.

Im Zuge unserer Prüfung haben wir bei allen zum 31. Dezember 2017 noch vorhandenen Krediten analysiert, ob Indikatoren für Kreditausfälle bestehen und ob in angemessener Höhe Kreditrisikovorsorgen gebildet wurden. Bei Feststellung von Ausfallsindikatoren wurden die von der Gesellschaft getroffenen Annahmen hinsichtlich Schlüssigkeit, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit untersucht sowie mit Detailinformationen aus der Kundenkorrespondenz abgestimmt. Weiters haben wir die rechnerische Richtigkeit der Ermittlung der Einzelwertberichtigungen nachvollzogen. Für die Beurteilung von Höhe und Zeitpunkt von Rückflüssen, welche aus der Verwertung von Immobiliensicherheiten angenommen wurden, haben wir zudem unsere Immobilienbewertungsspezialisten einbezogen, um die aus den vorgelegten Bewertungsgutachten oder bankinternen Berechnungen abgeleiteten Rückflüsse anhand von Marktvergleichen und externen Informationsquellen zu überprüfen.

Die Berechnungsmethode der pauschalen Wertberichtigung sowie die dabei getroffenen Annahmen, insbesondere hinsichtlich der Ermittlung von Marktwerten für die Kredite und Kreditportfolien sowie potenzieller markt- oder bonitätsbedingter Verkaufsabschläge, wurden von uns auf Grundlage der Gespräche mit dem Vorstand und der Leitung des Bereichs „Non Core Business“ analysiert und mit Marktinformationen verprobt. Darüber hinaus haben wir die Angemessenheit der Höhe der ermittelten pauschalen Wertberichtigung durch Vergleich mit tatsächlichen Verwertungsergebnissen im Rahmen des bereits bisher erfolgten Abbaus untersucht.

Weiters haben wir beurteilt, ob die Angaben zur Ermittlung von Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Anhang angemessen sind.

Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen

Das Risiko für den Abschluss

Die immigon weist in der Bilanz zum 31. Dezember 2017 Anteile an verbundenen Unternehmen mit einem Buchwert von 120,3 Mio EUR aus. Dieser beinhaltet eine pauschale Vorsorge in Höhe von 44,0 Mio EUR.

Im Anhang zum Jahresabschluss im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ erläutert der Vorstand die Vorgehensweise zur Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen. Weitere Informationen zu den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden im Abschnitt „Erläuterungen zu Bilanzposten“ (Unterpunkt „Beteiligungen“) sowie im Abschnitt „Bewertungs- und Veräußerungsergebnis“ dargestellt.

Wesentliche Anteile an verbundenen Unternehmen werden vierteljährlich auf Wertminderungen überprüft. Bei Auftreten negativer Entwicklungen einer Gesellschaft erfolgt diese Überprüfung auch anlassbezogen.

Aufgrund der Abbaustrategie und der damit einhergehenden Erfordernisse der zeitnahen Verwertung von Tochtergesellschaften erfolgt die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen auf Basis der vorliegenden Kaufpreisangebote unter Berücksichtigung der Anschaffungskostenobergrenze. Sollten keine oder nicht hinreichend konkrete Kaufangebote bestehen, erfolgt die Ermittlung eines Marktwertes. Der Marktwert des Anteils am Tochterunternehmen wird hierbei überwiegend nach der Net Asset Value-Methode ermittelt. In Einzelfällen erfolgt die Ermittlung auf Basis der Planungszahlen des Unternehmens mittels der Discounted Cash Flow Methode. Eine wesentliche schätzungsbedingte Unsicherheit ergibt sich aus dem Ansatz der Vermögenswerte, insbesondere der Liegenschaften, und der Verbindlichkeiten zum Marktwert.

Zur Berücksichtigung von potentiellen Risikoabschlägen, welche sich aus dem beschleunigten Abbau zur Erreichung der Abbauziele ergeben, werden pauschale Wertberichtigungen gebildet. Die Risikoabschläge werden für jede Gesellschaft individuell auf Basis interner Expertenschätzung festgelegt.

Das Risiko für den Jahresabschluss ergibt sich daraus, dass die Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie der Ansatz und die Ermittlung der Höhe der pauschalen Vorsorge in hohem Maße von Schätzungen und Annahmen beeinflusst sind.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehenden Prozesse zur Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen analysiert und beurteilt, ob die Prozesse geeignet sind, die Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen angemessen abzubilden und notwendige Bewertungsverluste zu identifizieren.

Bei Vorliegen von konkreten Kaufangeboten zu wesentlichen Tochtergesellschaften haben wir diese analysiert und den Wertansatz der Tochtergesellschaft mit den im Angebot dargelegten Konditionen verglichen. Wurde die Net Asset Value-Methode angewendet, haben wir diese auf ihre rechnerische Richtigkeit geprüft und die der Berechnung zugrunde gelegten Marktwertgutachten, insbesondere Immobilienbewertungen, dahingehend analysiert, ob die verwendeten Annahmen und Parameter schlüssig, nachvollziehbar und im Einklang mit beobachtbaren Marktdaten sind. Hierbei haben wir Immobilienbewertungsspezialisten hinzugezogen.

Bei der Prüfung der auf Expertenschätzungen basierten pauschalen Vorsorge haben wir die dabei berücksichtigten Risikoüberlegungen und insbesondere hinsichtlich potentieller marktbedingter Verkaufsabschläge auf Widerspruchsfreiheit, Schlüssigkeit und Konsistenz hin analysiert und in Gesprächen mit dem Vorstand und der Leitung des Bereichs „Non Core Business“ hinterfragt. Des Weiteren haben wir die pauschale Vorsorge dem Grunde sowie der Höhe nach nachvollzogen. Dazu haben wir die Annahmen mit Marktinformationen verglichen sowie die Verwertungsstrategien für wesentliche Tochtergesellschaften hinterfragt.

Ansatz und Bewertung der Rückstellung für Rechtsrisiken

Das Risiko für den Abschluss

Die zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 bilanzierte Rückstellung für Rechtsrisiken beträgt 64,5 Mio EUR. Wir verweisen auf die Ausführungen zu den sonstigen Rückstellungen im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ sowie im Abschnitt „Erläuterungen zu Bilanzposten“ (Unterpunkt „Sonstige Rückstellungen“) im Anhang.

Die immigon ist als Abbaugesellschaft Unsicherheiten und Risiken, die sich aus der Umstellung in eine Abbaugesellschaft ergeben, ausgesetzt. Daraus resultieren insbesondere Rechtsrisiken aus laufenden oder drohenden Prozessen und Gewährleistungen, deren Ursprung in der Verwertung von Vermögenswerten und dem Abbau von Schulden liegt.

Bei der Ermittlung der Höhe der Rückstellung für Rechtsrisiken müssen vom Vorstand Annahmen und Schätzungen getroffen werden. Diese betreffen insbesondere die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos, die Höhe von Streitwerten und Ansprüchen, Verfahren- und Verhandlungsdauer, die Erfolgsaussichten sowie sich daraus ergebende Kosten.

Das Risiko für den Jahresabschluss ergibt sich daraus, dass die Rückstellung für Rechtsrisiken in hohem Ausmaß von Schätzunsicherheiten und Ermessensspielräumen beeinflusst sind, welche sowohl die Vollständigkeit der gebildeten Vorsorge als auch die Ermittlung der Höhe betreffen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung die bestehende Dokumentation der Prozesse zur Identifikation und Bewertung von Rechtsrisiken analysiert und beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, drohende Risiken zu identifizieren und angemessen abzubilden. Wir haben hierbei die Einschätzung des Vorstandes zum Ansatz einer Rückstellung sowie zu den bewertungsrelevanten Faktoren durch Einsichtnahme in Verträge und Dokumentationen sowie aufgrund der Befragung der mit der Beurteilung der Rechtsrisiken befassten Mitarbeiter analysiert. Dabei haben wir überprüft, ob diese Einschätzung konsistent mit den Informationen aus den identifizierten, drohenden Ansprüchen sowie aus bereits laufenden Verfahren ist.

Die Angemessenheit der Rückstellung für Rechtsrisiken und damit im Zusammenhang stehenden Prozess- und Anwaltskosten haben wir aufgrund der Befragung des Vorstands und des Vertreters der Rechtsabteilung sowie durch Einholung und Durchsicht von Auskunftsschreiben der betrauten Rechtsanwälte beurteilt.

Für wesentliche Verkäufe von Vermögenswerten erfolgte eine Durchsicht der Vertragsunterlagen hinsichtlich möglicher Gewährleistungsverpflichtungen. In Fällen, in denen Gewährleistungsverpflichtungen identifiziert wurden, haben wir die Einschätzungen und Annahmen für den Ansatz einer Rückstellung anhand von Gesprächen mit den verantwortlichen Personen analysiert.

Wir haben die rechnerische Richtigkeit der auf Basis der getroffenen Annahmen und Schätzungen ermittelten Rückstellungen für Rechtsrisiken nachvollzogen. Ferner haben wir beurteilt, ob die Angaben im Anhang zu Rechtsrisiken, bestehenden Unsicherheiten und dafür gebildete Vorsorgen angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter Berücksichtigung des geplanten Abbaus vorgenommen.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte austauschen, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält die nach § 243a UGB zutreffenden Angaben, und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahres- bzw Konzernabschluss, den Lage- bzw Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Jahresabschluss stehen, oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 1. Juni 2016 als Abschlussprüfer gewählt und am 27. September 2017 vom Aufsichtsrat mit der Abschlussprüfung der immigon beauftragt. Wir sind ohne Unterbrechung seit dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 1992 Abschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Jahresabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von der geprüften Gesellschaft gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Georg Blazek.

Wien, am 30. Jänner 2018

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Georg Blazek
Wirtschaftsprüfer

PERSONEN UND ADRESSEN

186 immigon portfolioabbau ag

187 Tochtergesellschaften

188 Impressum

immigon portfolioabbau ag

immigon portfolioabbau ag
A-1090 Wien, Peregringasse 2
Telefon: +43 (1) 31340-0
Telefax: +43 (1) 31340-3683
e-mail: info@immigon.com
Internet: www.immigon.com

ANSPRECHPARTNER

Gremialbetreuung und Beteiligungen

Dr. Brigitte Braun
Telefon: +43 (1) 31340-3245
e-mail: brigitte.braun@immigon.com

Kommunikation

Mag. Thomas Heimhofer, MsC
Telefon: +43 (676) 7907890
e-mail: thomas.heimhofer@outlook.com

Legal & Credit Services

Dr. Stefan Süssenbach
Telefon: +43 (1) 31340-4470
e-mail: stefan.suessenbach@immigon.com

Organisation & IT

Ingomar Truhetz
Telefon: +43 (1) 31340-4321
e-mail: ingomar.truhetz@immigon.com

Finanzen

Mag. (FH) Tamara Seifert
Telefon: +43 (1) 31340-3116
e-mail: tamara.seifert@immigon.com

Non Core Business

DI Dr. Julius Gaugusch
Telefon: +43 (1) 31340-3615
e-mail: julius.gaugusch@immigon.com

Treasury

Manfred Wiebogen
Telefon: +43 (1) 31340-3668
e-mail: manfred.wiebogen@immigon.com

AUSGEWÄHLTE TOCHTERGESELLSCHAFTEN UND BETEILIGUNGEN

VB Real Estate Services GmbH

A-1090 Wien, Peregringasse 2
Telefon: +43 (1) 31340-3636
Telefax: +43 (1) 31340-3639
e-mail: mail@vb-real-estate.com
Internet: www.vb-real-estate.com

DI Dr. Julius Gaugusch

Telefon: +43 (1) 31340-3615
e-mail: julius.gaugusch@immigon.com

Mag. Hubert Prosegger, MRICS

Telefon: +43 (1) 31340-3298
e-mail: hubert.prosegger@vb-real-estate.com

Mag. (FH) Tamara Seifert

Telefon: +43 (1) 31340-3116
e-mail: tamara.seifert@vb-real-estate.com

VB-Leasing International Holding GmbH

A-1090 Wien, Kolingasse 12 / Top 8
Telefon: +43 (50) 4004-7136
Telefax: +43 (50) 4004-7121
e-mail: office@vbleasing.com
Internet: www.vbleasing.com

Mag. Manfred Wolf

Telefon: +43 (50) 4004-7122
e-mail: manfred.wolf@vbleasing.at

Werner Zimmermann

Telefon: +43 (50) 4004-7128
e-mail: werner.zimmermann@vbleasing.com

Impressum:

immigon portfolioabbau ag
A-1090 Wien, Peregringasse 2
Telefon: +43 (1) 31340-0
Telefax: +43 (1) 31340-3683
e-mail: info@immigon.com
Internet: www.immigon.com

Konzernberichtsteam:

Mag. (FH) Tamara Seifert,
Mag. Tanja Schloegl, Mag. Gudrun Zillich,
Mag. Monika Bäumel, Mag. Christina Eder

Redaktion:

Konzernberichtsteam, Mag. Thomas Heimhofer

Gestaltung und Produktion:

Bianca Statna

Fotos:

Robert Polster

Redaktionsschluss:

April 2018

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Daten und Informationen kann trotz sorgfältiger Recherche und Erfassung keine Haftung übernommen werden.

Alle Bezeichnungen in diesem Bericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.